

DIE SOZIALE UND WIRTSCHAFTLICHE ENTWICKLUNG VON LOUISIANA
ALS GLIEDSTAAT DER USA UNTER BESONDERER BERÜCKSICHTIGUNG
DER INSTITUTIONELLEN ORDNUNGSFAKTOREN

vorgelegt

der Rechts- und Wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät
der Johannes-Gutenberg-Universität

in Mainz

zur Erlangung des Grades eines Doktors der Staatswissenschaften
(Dr. rer. pol.)

von

Diplom-Volkswirt Woodrow W. Wallace

Mainz/Rhein

1965

DIE SOZIALE UND WIRTSCHAFTLICHE ENTWICKLUNG VON LOUISIANA
ALS GLIEDSTAAT DER USA UNTER BESONDERER BERÜCKSICHTIGUNG
DER INSTITUTIONELLEN ORDNUNGSFAKTOREN

vorgelegt

der Rechts- und Wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät
der Johannes-Gutenberg-Universität
in Mainz

zur Erlangung des Grades eines Doktors der Staatswissenschaften
(Dr. rer. pol.)

von

Diplom-Volkswirt Woodrow W. Wallace
Mainz/Rhein



1. Gutachter: Prof. Dr. Antonio Montaner

2. Gutachter: Prof. Dr. Hubert Armbruster

Tag der mündlichen Prüfung: 22. Februar 1965

INHALTSVERZEICHNIS

I. Einführung	7
1. Die Vereinigten Staaten	7
2. Louisiana heute	10
3. Die Selbstverwaltung	16
II. Zur institutionellen Ordnung	20
1. Wesen und Werden der zu einer Sozialordnung führenden Faktoren	20
2. Die Dynamik des Sozialprozesses und die Frage einer Gesetzmäßigkeit	28
III. Die Kolonie Louisiana nach ihrer Gründung durch die Franzosen bis zur Eingliederung in die Vereinigten Staaten (1682-1803)	38
1. Die Anfänge	38
2. Die Kirche	39
3. Der Geist des Absolutismus	42
4. Der Colbertismus	44
5. Spaniens Beitrag zur Entwicklung (1766—1803)	51
6. Die Zusammensetzung der Bevölkerung Louisianas	54
7. Der Louisiana-Purchase (1803)	59
IV. Die religiöse und politische Entwicklungsgeschichte der Neueng- landkolonien (1607—1789); Die Quellen der geistigen Revolution	63
1. Neue Ziele und Wertmaßstäbe	63
2. Die Wurzeln des religiösen Amerikanismus	64
3. Der Liberalismus als Korrelat der religiösen und politischen Freiheit	72
4. Der Pioniergeist	74
5. Das Zustandekommen der US-Verfassung	77
V. Die soziale und wirtschaftliche Entwicklung des Staates Louisiana bis zur Weltwirtschaftskrise (1803—1929)	87
1. Die Gegensätze zwischen Creolen und „Amerikanern“	87
2. Die Rechtsordnung	90

3. Die wirtschaftliche Entwicklung auf der Grundlage der Sklaverei	94
4. Die Wirkung der Sklavenbefreiung auf die institutionelle Ordnung	99
5. Rechtlicher und wirtschaftlicher Neuaufbau	105
VI. Der Verlauf des Sozialprozesses in den Vereinigten Staaten bis zur Weltwirtschaftskrise (1789—1929)	109
1. Die richtungsweisenden Präsidenten	109
2. Der Abbau der Ständeordnung	110
3. Die Vollendung der Nivellierung	117
4. Der Charakter der neugebildeten Institutionen	121
5. Die Institutionalisierung des amerikanischen Geldwesens	123
6. Die Institutionalisierung des Bankwesens in Louisiana	130
7. Die Institutionalisierung des Verkehrswesens im Bund	136
8. Die Institutionalisierung des Verkehrswesens in Louisiana	139
9. Institutionen und Wettbewerb in den Vereinigten Staaten	144
10. Die Auswirkungen des laissez faire in Louisiana vor der Weltwirtschaftskrise	155
VII. Die Weltwirtschaftskrise	160
1. Wesen und Wirkung der Wirtschaftskrise	160
2. Der New Deal	165
3. Der New Deal in Louisiana	176
VIII. Zum weiteren Verlauf des Sozialprozesses	185
1. Der New Deal Roosevelts und das scheinbare Ende des Liberalismus in den Vereinigten Staaten	185
2. Die Fronten im öffentlichen Leben in den U.S.A	189
3. Der Ausgleich zwischen Freiheit und Ordnung	192
IX. Der amerikanische Volkscharakter und die Stellung Amerikas als Weltmacht	195

VORWORT

Der Verfasser möchte allen danken, die ihm bei der Anfertigung der vorliegenden Arbeit geholfen haben.

Sein ganz besonderer Dank gilt Herrn Prof. Dr. Antonio Montaner von der Rechts- und Wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät der Johannes Gutenberg-Universität, Mainz. Der Verfasser konnte die vorliegende Arbeit nicht in seiner Muttersprache schreiben. Darum waren ihm die stilistischen Hilfen von Fräulein Rosemarie Wetzel und den Herren Dr. Harald Winkel und Werner Trinks, Mainz/Rhein, besonders wertvoll.

Um die Entwicklung Louisianas als Gliedstaat der amerikanischen Union bis in die Gegenwart hinein verfolgen zu können, mußte der Verfasser Verbindung mit den zuständigen Regierungsstellen in Washington D.C. und Baton Rouge La. aufnehmen. Senator Long und die Research Analysts der zuständigen Ministerien in Washington ließen dem Verfasser ihre Hilfe zuteil werden. In Louisiana stellten „The Public Affairs Research Council of Louisiana, Inc. (PAR)“ und „The Louisiana Legislative Council“ dem Verfasser einschlägige Gesetze, Studien und Analysen zur Verfügung. Dafür, sowie für die Beantwortung zahlreicher Einzelfragen gebührt besonderer Dank:

Honorable Russel B. Long, United States Senate, Senator for Louisiana, Washington, 25, D.C.

Mr. Robert E. Graham, U.S. Department of Commerce, Office of Business Economics, National Income Division, Washington, 25, D.C.

Miss Herta Haase, Department of Health, Education and Welfare, Washington, 25, D.C.

Honorable B. B. Rayborn, State Senator for Washington Parish, Bogalusa, Louisiana.

Prof. Dr. William D. Ross, Professor of Economics and Dean in the College of Business Administration at Louisiana State University, Baton Rouge, Louisiana.

Mr. P. F. Boyer, Director Division of Research, College of Commerce, Louisiana State University, Baton Rouge, Louisiana.

Mr. Emmett Asseff, Exekutive Director, Louisiana Legislative Council, Baton Rouge, Louisiana.

Miss Emogine Pliner, Senior Research Analyst, Public Affairs Research Council of Louisiana, Inc., Baton Rouge, Louisiana.

Mr. J. W. Jeansonne, State Bank Commissioner, State Banking Department, Baton Rouge, Louisiana.

I. EINFÜHRUNG

1. Die Vereinigten Staaten

Während große Teile der „alten Welt“ im 18. Jahrhundert durch kriegेरische und politische Ereignisse erschüttert wurden, rangen auf dem kontinentalen Territorium der heutigen Vereinigten Staaten von Nordamerika drei Weltmächte um die Vorherrschaft: England, Frankreich und Spanien.

Das Siedlungsgebiet der Engländer erstreckte sich entlang der Ostküste und wurde im Westen von den Allegheny Mountains begrenzt. Die Franzosen hatten das Land zwischen den Alleghenies und den Rocky Mountains von Canada bis zum Golf von Mexiko in Besitz genommen. Die spanischen Niederlassungen und Stützpunkte lagen im Westen zwischen den Rocky Mountains und dem Pazifik sowie im Süden an der Küste des Golfes von Mexiko und in Florida.

Alle Lebensbereiche der englischen, französischen und spanischen Kolonisten waren straff institutionalisiert. Die damals herrschenden zwischenmenschlichen Beziehungsformen ließen sich mit den heute noch beim Militär üblichen vergleichen. Die Beamten des Staates und der Kirche ordneten nicht allein die Rechtsangelegenheiten der Siedler in den Kolonien, sondern griffen auch weitgehend in die religiösen, wirtschaftlichen und sozialen Belange der Bevölkerung ein. Die Kolonisten wurden als „sujets“ und nicht als „citoyens“ im Sinne Rousseaus behandelt. Die Bürgerrechte, die auf den Menschenrechten und auf dem Grundsatz der Gleichheit und Freiheit aller basieren und auf die die Amerikaner der späteren Generationen besonders stolz sind, lagen für die Bewohner der Kolonien noch in weiter Ferne.

Maßgeblichen Einfluß auf die soziale und wirtschaftliche Entwicklung in den werdenden Vereinigten Staaten hatten die religiösen und gesellschaftspolitischen Vorstellungen der angelsächsischen Einwanderer. Unter diesen Siedlern waren religiös Verfolgte, die gegen den Führungsanspruch der Staatskirche im Mutterlande opponiert hatten und später auf eine völlige Lösung von Großbritannien drängten. Diese Väter der protestantischen Sekten fanden bei anderen Gruppen, die teils aus politischen, teils aus wirtschaftlichen Gründen mit der fest institutionalisierten Gesellschaftsordnung des Mutterlandes unzufrieden waren, Unterstützung.

Unter Führung dieser „ersten Amerikaner“ wurde 1776 die Unabhängigkeitserklärung an England verfaßt, zwischen 1776 und 1783 die Unabhängigkeit von England erkämpft und 1789 die amerikanische Verfassung, die zunächst für die dreizehn ersten Gliedstaaten der Union ausgearbeitet wurde, angenommen. In den Vereinigten Staaten werden Unabhängigkeitserklärung und Verfassung im wesentlichen als ein Ausdruck geistigen Protests gegen die kirchliche, wirtschaftliche und soziale Ordnung in der „alten Welt“ gewertet.

Zu Anfang des 19. Jahrhunderts (1803) verkaufte Napoleon das Mississippigebiet an die zu den Vereinigten Staaten zusammengeschlossenen ehemaligen englischen Kolonien. Napo-

leon wurde durch die politische Situation in Europa, durch militärische Niederlagen und wirtschaftliche Mißerfolge Frankreichs in Kanada und im damaligen Louisiana zu diesem Verkauf veranlaßt. Ein kleiner Teil des „Louisiana Purchase“ ist das Territorium des heutigen Bundesstaates Louisiana, der übrige ehemals französische Kolonialbesitz wurde zwischen anderen Gliedstaaten des Bundes aufgeteilt. Die Bevölkerung des Mississippigebietes bewahrte ihre französische Kultur und behielt viele von Frankreich geprägte Institutionen bei. Ihre politischen Interessen deckten sich selten mit denen der Neuengländer.

Den zweiten großen Gebietszuwachs erhielten die zur Union zusammengeschlossenen 13 ursprünglichen Neuenglandstaaten durch den Erwerb spanischen Kolonialbesitzes. 1819 kauften die U.S.A. Florida von Spanien. Nach dem mexikanischen Krieg (1845-48) gingen Texas, Neumexiko und Kalifornien in den Besitz der Vereinigten Staaten über.

Um die Mitte des 19. Jahrhunderts war nach der Eingliederung des ehemaligen französischen und spanischen Kolonialbesitzes in die Union die Entwicklung der U.S.A. äußerlich abgeschlossen. Achtundvierzig zu einem Staatenbunde vereinigte Gliedstaaten bestimmten fast ein Jahrhundert lang die Geschehnisse der amerikanischen Nation.

In neuester Zeit wurde die Zahl der zum nordamerikanischen Bunde gehörenden Gliedstaaten durch die Eingliederung Alaskas und Hawaiis in die Union auf 50 erhöht. Alaska und Hawaii wurden mit Zustimmung ihrer Bevölkerung und auf den Beschluß des Kongresses in die U.S.A. aufgenommen.

Die innere Entwicklung der Vereinigten Staaten war gekennzeichnet durch die Festlegung der Kompetenzen von „Bund“ und „Staat“ und durch die Herausbildung von sozialen und wirtschaftlichen Ordnungen innerhalb des Bundes und innerhalb der einzelnen Gliedstaaten. In der Verfassung wurde, dem Geist der Pilgerväter und den liberalistischen Bestrebungen mittelständischer Wirtschaftskreise folgend, den Gliedstaaten der Union weitgehende Autonomie zugestanden. Die gemeinsame Bundespolitik der Gliedstaaten beschränkte sich in der Hauptsache auf das Verteidigungswesen und auf die Beziehungen zum Ausland. Innerhalb der einzelnen Gliedstaaten war die Bevölkerung in ihren sozialen und wirtschaftlichen Belangen unabhängig von der aus Europa gewohnten kirchlichen und staatlichen Obrigkeit. Die sich auf Grund der neuen freiheitlichen Gesinnung im Osten herausbildende Geisteshaltung wurde von amerikanischen Pionieren nach Westen und Süden in die französischen und spanischen Kulturräume hineingetragen. Die Pioniere, die bereit und fähig waren, sich mit Gewehr und primitivsten Werkzeugen den nordamerikanischen Kontinent von Osten nach Westen vordringend zu erobern und das einmal Gewonnene zu verteidigen, zeichneten sich durch einen starken Drang zur Selbständigkeit aus. Auch sie beeinflussten entscheidend die Ausprägung der sozialen und wirtschaftlichen Ordnung in den U.S.A. Der Erfolg der Pioniere als „Botschafter des Amerikanismus“ bei den Spaniern und Franzosen des Südens und Westens wird jedoch von amerikanischen Geschichtsschreibern vielfach überbewertet. Die Sitten, Bräuche und Institutionen alter Kulturvölker lassen sich nicht über Nacht umformen oder beseitigen.

Während die Masse der Bevölkerung, die im merkantilistischen Zeitalter vorwiegend als Siedler für die Kolonien, als Arbeitskräfte und als Soldaten nach Amerika gekommen war, die Neuordnung der staatlichen und kirchlichen Verhältnisse begeistert verfocht, sahen die Bevölkerungskreise, die bisher die Verantwortung in der Gesellschaft getragen hatten, der

Entwicklung mit Besorgnis entgegen. Nicht alle Amerikaner lehnten die Schaffung einer starken, leistungsfähigen Zentralregierung ab. Große Teile der Bewohner des Landes kannten und schätzten die Vorteile der Institutionalisierung und des gemeinsamen Vorgehens. Nach der Unabhängigkeitserklärung an England waren sich die führenden Staatsmänner der Neuenglandkolonien bei der Ausarbeitung der Verfassung keineswegs über die der Union zu gebende Staatsform einig. Beinahe die Hälfte der Abgeordneten in der verfassungsgebenden Versammlung trat für die Stärkung der Rechte des Bundes gegenüber den Rechten der Gliedstaaten ein. George Washington, der erste Präsident des neuen Bundes (1789 bis 1797), war ein „Föderalist“, wie man die Gegner der „Staatenrechtler“ damals nannte. Erst unter dem Präsidenten Andrew Jackson (1829 bis 1837), der den Prototyp des amerikanischen Pioniers verkörperte, gewannen die „Staatenrechtler“, die sich für eine Stärkung der Befugnisse der einzelnen Gliedstaaten auf Kosten des Bundes einsetzten, das unbestrittene Übergewicht.

In den Gliedstaaten der Union wurde die religiöse, soziale, wirtschaftliche und politische Entwicklung bestimmt durch die Abgrenzung der Befugnisse der Staatenregierungen gegenüber den Rechten der Kommunen und den Rechten des einzelnen Bürgers. Diese Entwicklung verlief in den einzelnen Gliedstaaten je nach Abstammung der Bevölkerung verschieden. In den von den religiös Verfolgten besiedelten Neuenglandstaaten spielte im religiösen Leben die einzelne Gemeinde und der einzelne Mensch eine bedeutende Rolle. Das führte dazu, daß innerhalb dieser Staaten der Kommune und dem einzelnen Bürger weitgehende Freiheit von übergeordneten Gebietskörperschaften zugestanden wurde. Die vorwiegend von ehemaligen Royalisten, Anhängern der englischen Staatskirche und Katholiken besiedelten südlichen Neuenglandstaaten, Virginia, Nord- und Südcarolina und Georgia, waren nicht immer einer Meinung mit ihren Verbündeten in den nördlichen Staaten. Die landwirtschaftlichen Interessen der südlichen Staaten führten schon von Anfang an zu Meinungsverschiedenheiten in sozialen und wirtschaftlichen Fragen mit den nördlichen Nachbarstaaten, in denen sich die Industrie im Aufbau befand. In den Gliedstaaten mit vorwiegend spanischer oder französischer Bevölkerung, die im religiösen und sozialen Bereich an eine hierarchische Ordnung und im politischen und wirtschaftlichen Bereich an straffe Zentralisation gewöhnt war, vermochte sich das demokratische Prinzip der vordringenden Pioniere nicht ohne weiteres durchzusetzen. Durch die Plantagenwirtschaft bedingt, bildete sich in den Südstaaten eine Sozialordnung heraus, die dem europäischen Feudalsystem ähnelte. Gesellschaftsträger war die Aristokratie der Plantagenbesitzer. Als Arbeitskraft standen Negersklaven zur Verfügung.

Es ist schwer, eine allgemein gültige Entwicklungstendenz in einem Land, das mehrere Kulturvölker mit völlig verschiedenen Erfahrungen, Traditionen, Leitsätzen und Lebenszielen in sich vereinigt, festzustellen. Obwohl ein für alle diese verschiedenen Volksgruppen gültiges Grundgesetz vorhanden war, gab und gibt es doch unterschiedliche Auslegungen der einzelnen Bestimmungen, die eine unwidersprochene Aussage unmöglich machen. Nichtsdestoweniger ist die Unabhängigkeitserklärung, deren Geist in die Verfassung als geltendes Recht übernommen wurde, und das Grundgesetz als solches, wenn man von der Auslegungsmöglichkeit absieht, in den U.S.A. am wenigsten umstritten. Vor allem sieht der Amerikaner traditionsgemäß die Freiheit des Einzelnen gegenüber einer Zentralgewalt garantiert

- (1) durch eine Beschränkung der Befugnisse der Zentralregierung zugunsten der Regierungen der Gliedstaaten,
- (2) durch eine Beschränkung der Befugnisse der Regierungen der Gliedstaaten zugunsten der Rechte des Einzelnen, und
- (3) durch die Wahrung der Rechte des Individuums gegenüber der „Verwaltung“ in den sog. Grund- oder Naturrechten.

Die Verfassung wurde zu einer Zeit angenommen, als fast alle Institutionen entweder Staatseinrichtungen waren, mit Beteiligung der Kirche oder des Staates ins Leben gerufen wurden oder zum mindesten von der staatlichen oder kirchlichen Obrigkeit genehmigt oder geduldet werden mußte, um existieren zu können. An eine Einschränkung der Rechte des Individuums durch andere als staatliche oder kirchliche Institutionen war bei der Formulierung des Grundgesetzes zunächst nicht gedacht worden. Im Verlauf des 19. Jahrhunderts, als die breite Ebene jenseits der Rocky Mountains mit ihren reichen Böden und Edelmetallen erschlossen war und als im Süden die Sklaverei eine Agrarwirtschaft ermöglichte, auf deren Grundlage sich eine Klassengesellschaft bildete, schien es einem Großteil der Bevölkerung notwendig, dem Bund mehr Autorität zur Regelung des sozialen und wirtschaftlichen Zusammenlebens zuzugestehen.

Der Streit um die Kompetenzen des Bundes gegenüber denen der Gliedstaaten und die Frage der Sklaverei in einer freiheitlichen Gesellschaft führte in den sechziger Jahren des vorigen Jahrhunderts zu einem verheerenden Krieg zwischen den nördlichen und südlichen Staaten. Nachdem die Union siegreich die Südstaaten unterworfen hatte, wurde der Kapitalismus im Zeichen des „free enterprise“ um die Jahrhundertwende verdächtigt, die Freiheit der Bürger einzuschränken, wenn der Bund nicht angemessene Spielregeln für das wirtschaftliche Zusammenleben aufstellte. So wurden vom Bunde die Sherman Anti-Trust Laws erlassen, die die Koalitionsfreiheit der wirtschaftlichen Unternehmen beschränken sollten. Die Maßnahmen, die das Regime Franklin D. Roosevelt zur Überwindung der Weltwirtschaftskrise ergriff, bedeuteten den tiefsten Eingriff in die wirtschaftliche Freiheit des Amerikaners. Aus sozialen und wirtschaftlichen Gründen wurde die Vertragsfreiheit eingeschränkt und das Eigentumsrecht beschnitten.

Trotz dieser Entwicklung, und obwohl die konservativen Republikaner und die Demokraten der Südstaaten eine ernstzunehmende Gefahr für das Ideal der Freiheit in der Politik der Demokraten Rooseveltischer Prägung sahen, läßt sich schwerlich behaupten, in den Vereinigten Staaten habe sich auf Kosten der Regierungen der einzelnen Gliedstaaten und auf Kosten des einzelnen Bürgers eine starke Zentralregierung herausgebildet, und aus dem ehemaligen Staatenbund sei ein Bundesstaat geworden.

2. Louisiana heute.

Louisiana, das mit einer 2.400 km langen Küste an den Golf von Mexiko grenzt, ist einer von den geographisch am weitesten im Süden gelegenen „Südstaaten“. Nördlich an Louisiana grenzt Arkansas, im Westen Texas und im Osten der Bundesstaat Mississippi.

Die Landschaft Louisianas wird von vier großen Wasserläufen durchzogen: vom Unterlauf

des Mississippi, dem 940 km lang bis zur Mündung in den Golf von Mexiko die Staatsgrenze zwischen Louisiana und dem östlichen Nachbarstaat Mississippi folgt, von dessen Nebenflüssen Red River und Ouachita River und vom Sabine River, der den Staat im Westen nach Texas hin begrenzt. Alle diese Flüsse entspringen in regenreichen Gebirgsgegenden und führen gewaltige Wassermassen mit sich. Da Louisiana in seinem nördlichen Teil nur eine Höhe von 120 m über N. N. erreicht, haben die Flüsse nicht genügend Gefälle. Das Wasser fließt sehr langsam ab. Es bilden sich zahlreiche Binnenseen und Sümpfe. 8.604 qkm von Louisiana werden von Seen und Sümpfen bedeckt. Die Gesamtfläche des Landes beträgt 125.647 qkm. Etwa die Hälfte der Gesamtfläche von Louisiana ist bewaldet. Der Wald wird nur teilweise bewirtschaftet. Weite Strecken des südlichen Louisiana liegen tiefer als der Meeresspiegel. In diesen Gebieten ist nur Fisch- und Pelztierzucht und zum Teil Forstwirtschaft möglich. Das Klima Louisianas ist überwiegend feuchtheiß und tropisch.

Fruchtbaren Ackerboden hat dieser Südstaat in den Flußtälern, besonders im Mississippi-delta und an den zahlreichen Seen. Zu den Bodenschätzen des Gebietes gehören Erdöl, Naturgas, Schwefel und Salz. Louisiana ist nach Texas der zweitgrößte Erdölstaat der U.S.A. Mittels eines ausgedehnten Pipelinenetzes pumpen Rohöl- und Naturgasbetriebe Treib-, Heiz- und Brennstoffe in die Städte und beliefern Industrieanlagen und Haushalte mit Energie. Gemessen an der Beschäftigtenzahl und am Beitrag zum Volkseinkommen sind nach dem Öl die Holzprodukte und ihre Verarbeitung die zweitwichtigste Einkunftsquelle für Louisiana. Ungefähr ein Drittel aller Arbeitskräfte des Staates findet in der Forstwirtschaft und in holzverarbeitenden Industrien (Sägemühlen, Papiermühlen usw.) Beschäftigung. Weitere bedeutende Erwerbszweige sind die Jagd und die Fischerei. Bei einer historischen Betrachtung der sozialen und wirtschaftlichen Entwicklung im Staate Louisiana ist die Landwirtschaft nicht so sehr wegen ihres heutigen Beitrages zum Sozialprodukt als wegen ihrer politischen Rolle wichtig.

Zum gesamten Volkseinkommen Louisianas in Höhe von etwa 5 Milliarden Dollar trug 1957 die Landwirtschaft 370.152.000 Dollar bei. Neben Veredlungsprodukten mit ca. 117.136.000 Dollar entfallen auf:¹

Baumwolle	66.388.000 Dollar
Reis	55.120.000 Dollar
Zuckerrohr	41.836.000 Dollar
Mais	17.581.000 Dollar
Süßkartoffeln	13.546.000 Dollar
Erdbeeren	3.720.580 Dollar

Obst, Gemüse und Nüsse tragen ebenfalls bedeutende Anteile zum Volkseinkommen bei.

Aus verwaltungstechnischen Gründen ist der Staat Louisiana in 64 Gebietskörperschaften aufgeteilt worden. Diese Verwaltungsbezirke heißen „parishes“ (Kirchspiele, Pfarreien). In anderen Bundesstaaten werden ähnliche Distrikte „Counties“ (Grafschaften) genannt.

¹ Quelle: Asseff, Emmett, The Government of Louisiana, Baton Rouge, 1959, S. 26 f.

Zwei parishes in Louisiana, die Gebiete um die Großstädte New Orleans und Baton Rouge, sind mit den Stadtverwaltungen der beiden Städte zu Stadtkreisen verschmolzen.

Die parishes bzw. counties lassen sich mit den in der Bundesrepublik Deutschland üblichen Land- oder Stadtkreisen vergleichen. Den deutschen Regierungsbezirken Entsprechendes gibt es in Louisiana nicht. Im Gegensatz zu anderen amerikanischen Bundesstaaten kennt Louisiana keine Gebietskörperschaften, die zwischen Kreis (-parish oder county-) und Bundesstaatsregierung stehen.

Innerhalb der parishes gibt es Stadt- und Gemeinderegierungen, die teils mit der Parishregierung und teils mit der Regierung des Bundesstaates unmittelbar zusammenarbeiten.

Außer der Einteilung in Verwaltungsbezirke kennt Louisiana Bezirkseinteilungen verschiedenster Art. Im Staat gibt es Gerichtsbezirke, Schuldistrikte, Straßenbaubezirke, Distrikte für Flutkontrolle und ähnliches mehr.

Die Legislative Louisianas - General Assembly genannt - besteht aus zwei Häusern: einem Senat und einem Repräsentantenhaus. Sie gleicht damit dem Kongreß der U.S.A. Die Zusammensetzung von Senat und Repräsentantenhaus ist in der Staatsverfassung von Louisiana im Jahre 1921 festgelegt worden. Die General Assembly hat insgesamt 140 Mitglieder: 101 Abgeordnete - state representatives - und 39 Senatoren.

Aus jedem der 64 parishes wird ein Abgeordneter ins Repräsentantenhaus gewählt. New Orleans wird als Metropole des Staates durch 17 Abgeordnete im Repräsentantenhaus vertreten. Die übrigen 20 Abgeordneten - „representatives at large“ genannt - werden in besonderen für die Wahl dieser Abgeordneten geschaffenen Wahlbezirken proportional zur gesamten Bevölkerungszahl Louisianas gewählt.

Für die Wahl der Senatoren werden in der Regel zwei parishes zu einem Senatorenwahlbezirk vereinigt. 31 solcher Wahlbezirke stellen je einen Senator. Die Stadt New Orleans schickt 8 Senatoren in den Senat der General Assembly.

Im Senat der Vereinigten Staaten von Amerika ist Louisiana, wie jeder andere Bundesstaat, durch zwei Senatoren vertreten. Im Repräsentantenhaus, dem zweiten Haus des U.S.-Kongresses, in das die Abgeordneten proportional zur Bevölkerungszahl der gesamten U.S.A. gewählt werden, hat Louisiana zur Zeit 8 Abgeordnetensitze inne. Die U.S.-Senatoren und Abgeordneten Louisianas im Kongreß werden aus in der Verfassung von Louisiana festgelegten Sonderwahlbezirken gewählt.

Die Exekutive wird in Louisiana vertreten von einem Gouverneur (Governor), einem stellvertretenden Gouverneur (Lieutenant Governor), einem Innenminister (Secretary of State), einem Finanzminister (Secretary of the Treasury), einem Controller (seine Tätigkeit läßt sich etwa mit der eines Rechnungshofes in der Bundesrepublik Deutschland vergleichen), einem Superintendent, der das Schulwesen im Staate koordiniert, und von zahlreichen Boards und Commissions. Gouverneur, Lieutenant Gouverneur, der Innenminister, der Finanzminister, Controller und Superintendent werden vom Volke gewählt. Die Zusammensetzung der Boards und Commissions wird mit wenigen Ausnahmen vom Gouverneur bestimmt.

Die Rechtsprechung in Louisiana ist in folgende Instanzen gegliedert:

1) die Justice of the Peace Courts

2) die Parish Courts

3) die District Courts

4) den State Supreme Court.

Die Justice of the Peace Courts sind Polizeireviergerichte. Jedes parish ist in vier bis zwölf Polizeireviere - „wards“ - eingeteilt. Jedes Revier unterhält einen Justice of the Peace Court. Die Parish Courts sind die Gerichte der Stadt- oder Landkreise. Die District Courts sind die Gerichte der 31 Gerichtsdistrikte, in die Louisiana eingeteilt ist. In der Regel sind je zwei parishes zu einem Gerichtsdistrikt zusammengefaßt. Der State Supreme Court ist das höchste Gericht im Staate. Fälle, die über den Zuständigkeitsbereich des State Supreme Court hinausgehen, werden in letzter Instanz vom United States Supreme Court, dem Obersten- und Verfassungsgericht der U.S.A. entschieden.

Die in der Bundesrepublik Deutschland übliche Einteilung der Gerichte nach sachlichen Zuständigkeitsbereichen, z.B. in Zivilgerichte, Strafgerichte, Sozialgerichte, Arbeitsgerichte oder Verwaltungsgerichte, ist in Louisiana unbekannt. Die Zuständigkeit eines Gerichtes richtet sich in Zivil-, Sozial- und Arbeitssachen nach der Höhe des Streitwertes und bei Strafsachen nach der Schwere des abzuurteilenden Vergehens.

Der Bund unterhält in den einzelnen Staaten Distriktgerichte - die U.S. District Courts -, vor denen Fälle verhandelt werden, in denen die U.S.-Verfassung verletzt oder vom Bund erlassenen Gesetzen zuwidergehandelt wurde. Für Streitfälle zwischen Körperschaften öffentlichen Rechts und den Staats- bzw. Kommunalverwaltungen ist in der Regel der State Supreme Court zuständig.

In Louisiana wird, anders als in anderen U.S. Staaten, nach kodifizierten Straf- und Zivilgesetzen Recht gesprochen. Diese Gewohnheit geht auf römische Rechtsgepflogenheiten zurück und kann als Erbe aus spanischer und französischer Zeit angesehen werden. Im allgemeinen wird in den U.S.A. auf der Grundlage des Common Law Recht gesprochen. Im Common Law wird ein Fall nach ungeschriebenen, dem gesunden Menschenverstand entsprechenden Gesetzen nach Recht und Unrecht beurteilt. Der gesunde Menschenverstand kann sich im Laufe der Zeit in der Beurteilung von Recht und Unrecht ändern. Gegebenenfalls entscheidet eine Jury, was als common sense zu gelten hat. Die ungeschriebenen Gesetze des Common Law werden ergänzt durch die in den Verfassungen von Bund und Gliedstaaten verankerten Grundgesetze sowie durch Gesetze, die vom Bund und von den Gliedstaaten erlassen werden. Für die praktische Urteilsfindung sind Präzedenzfälle richtungweisend. Die Rechtsprechung nach dem Common Law entspricht germanischen Rechtsgepflogenheiten. In den USA geht der Gebrauch des Common Law auf die englischen Siedler zurück.

Außer durch seine Rechtsprechung nach kodifizierten Gesetzen unterscheidet sich Louisiana in seiner Rechtsprechung noch dadurch von anderen Gliedstaaten der U.S.A., daß bei Prozessen neben der offiziellen Verhandlungssprache Englisch auch Französisch zugelassen ist. Wenn es eine der betroffenen Parteien verlangt, müssen nach geltendem Recht Anklage, Urteil und Urteilsbegründung außer in englischer auch in französischer Sprache vorgelegt werden. Gerichtsbarkeit und Rechtsprechung in Louisiana werden heute allmäh-

[illegible]

siana wurde nach Ludwig XIV. benannt. Robert Cavelier, Sieur de la Salle, der erste Franzose, der Louisiana betrat, nannte den Mississippi nach dem Begründer des Colbertismus „Colbert“.¹ An die Zeit der spanischen Herrschaft in Louisiana (1762-1802) erinnern die Namen von Verwaltungsgebieten wie Ascension, St. Tammany, St. Martin und andere. Diese Kreisnamen deuten auch auf den starken Einfluß der Katholischen Kirche im spanischen Louisiana hin. Die Bezeichnung „parishes“ für Verwaltungseinheiten weist in die gleiche Richtung. Der Einfluß der Anglo-Amerikaner, der sich ab 1803 in Louisiana geltend machte, zeigt sich an den Ortsnamen Schreveport und Monroe und an den Namen der in Nordlouisiana liegenden Parishes Allen, Claiborne, Livingston, Washington, Jackson, Madison und anderen.

Hauptverkehrsträger in Louisiana waren ursprünglich die großen Ströme, später kamen Schienenwege und Straßen hinzu. In neuester Zeit wird ein erheblicher Teil des Personen- und Güterverkehrs auf dem Luftwege abgewickelt. Zur Zeit der Erforschung Louisianas reiste man fast ausschließlich auf den großen Wasserstraßen. La Salle erreichte von Kanada kommend über die großen Binnenseen den Mississippi und gelangte flußabwärts fahrend in das heutige Louisiana. Die späteren französischen Siedler erreichten Louisiana unter der Leitung d'Iberville über den Golf von Mexiko. Heute bieten die Ströme und Binnenseen Louisianas etwa 11.680 km schiffbare Wasserstraßen. Außerdem verfügt der Staat über drei bedeutende Seehäfen: Lake Charles, New Orleans und Baton Rouge.

Im 19. Jahrhundert wurden die Eisenbahnen die wichtigsten Verkehrsträger im Lande. Große Kapitalgesellschaften finanzierten den Bau eines Schienennetzes, das die bedeutendsten Verkehrszentren der Vereinigten Staaten berührte und die einzelnen Gliedstaaten der U.S.A. miteinander verband. Die Eisenbahngesellschaften sind Privatunternehmen. In Louisiana gibt es heute noch immer ca. 6.000 km Schienenweg, obwohl die Bedeutung der Schiene als Verkehrsträger in jüngster Zeit zurückgegangen ist.

Im 20. Jahrhundert sind Personen- und Lastkraftwagen wegen der schnellen, bequemen Beförderungsmöglichkeiten, die sie bieten, den Eisenbahnen eine harte Konkurrenz geworden. Durch diese Entwicklung kommt dem Straßenbau größte Bedeutung zu. Im Staate Louisiana wurden im Jahre 1960 bei einem Etat von etwa 785.000.000 Dollar für den Straßenbau ohne Anleihezinsen 211.457.619 Dollar bereitgestellt.² Die überaus hohen Straßenbaukosten sind in Louisiana durch den Charakter der Landschaft bedingt. Ein großer Teil des Landes ist von Mooren, Sümpfen, Binnenseen und Urwäldern bedeckt. Bis 1920 wurden die Kosten für den Straßenbau von Privatleuten oder von den Gemeinden getragen. Erst nach diesem Zeitpunkt stellte der Staat größere Summen für den Ausbau des Straßennetzes zur Verfügung.

Neben den Wasserwegen, den Schienenwegen und den Straßen werden in Louisiana die Luftverkehrswege ausgebaut. Der Staat verfügt über zahlreiche moderne Flughäfen, die täglich von Maschinen bedeutender Fluggesellschaften der U.S.A. und des Auslandes angefliegen werden. Bisher ist dem Straßenverkehr durch den Flugverkehr noch nicht die gleiche Konkurrenz erwachsen wie seinerzeit dem Schiffsverkehr und dem Schienenverkehr durch Personenautos und Lastkraftwagen.

¹ So French, B. F., *Historical Collections of Louisiana*, New York, 1846 Part I, S. 4.

² Vergl. Division of Administration State of Louisiana, *Financial Statements Fiscal Year 1959-60*, S. 4.

Das Nachrichten-, Rundfunk-, Fernseh-, Fernsprech- und Fernmeldewesen wird ebenfalls von Privatunternehmen getragen. Nur die Post befindet sich im Besitz des Bundes. Infolge der Monopolstellung aller Verkehrsträger und infolge ihres öffentlichen, teilweise sogar gemeinnützigen Charakters interessieren sich jedoch Bund und Staat für diesen Dienstleistungssektor der Wirtschaft. Die „Interstate Commerce Commission“ überwacht als Organ des Bundes Tarife, Fahrpläne und das allgemeine Gebaren der Verkehrsträger im „interstate commerce“. Über Verkehrseinrichtungen, die nicht über die Staatsgrenzen der einzelnen Gliedstaaten hinausreichen und die deshalb nicht vom Bunde überwacht werden, üben die einzelnen Staaten die gleiche Kontrolle aus. In Louisiana werden diese Aufgaben von der „Louisiana Public Service Commission“ wahrgenommen.

3. Die Selbstverwaltung.

Die gemeinsamen Versuche der ehemaligen englischen Kolonien, nach der Loslösung vom Mutterlande eine Regierungsform zu finden, in der die siedlungsgeschichtlich und regional bedingten Sonderinteressen der 13 betroffenen Gebiete soweit als möglich gewahrt blieben, lassen sich in mancher Hinsicht mit den Integrationsbestrebungen der westeuropäischen Staaten nach dem zweiten Weltkrieg vergleichen. Über den Fortfall der Zollschränken zwischen den Kolonien ließ sich schnell Einigkeit erzielen. Auf dem Gebiete der Rechtsprechung, des Geldwesens und der auf lokaler Ebene praktizierten Verwaltungstechnik herrschten in den einzelnen Kolonien erhebliche Unterschiede, die die gegenseitige Verständigung erschwerten und einem gemeinsamen Vorgehen wenig förderlich waren. Die verschiedenen religiösen Überzeugungen der Siedler in den ehemaligen englischen Kolonien machten einen Zusammenschluß auf kirchlicher Ebene gleichfalls nicht möglich. Die Regierungsform der Gebietskörperschaften, „towns“, „townships“, „cities“ und „counties“, reichten von der einer demokratischen Volksversammlung, in der alle Bürger gemeinsam ihre Angelegenheiten verwalteten, bis zu einem System, in dem gewählte Volksvertreter auf „county“-Ebene für den Einzelbürger verbindliche Bestimmungen erließen. Im wesentlichen gab es vier Typen von Lokalregierungen:

- (1) Die Bewohner einer Gemeinde beraten und beschließen in „town meetings“ über ihre Kollektivbedürfnisse und die Mittel zu deren Befriedigung. Dieses System wurde in den nördlichen Neuenglandkolonien praktiziert.
- (2) Den „townships“ und den „counties“ fallen wichtige Funktionen bei der Regelung lokaler Verwaltungsangelegenheiten zu. Stadtratsmitglieder sind zugleich Kreisabgeordnete. Dieses System herrschte im Staate New York.
- (3) Die Stadtverwaltungen werden Kreisverwaltungskörperschaften untergeordnet, ein System, das in Pennsylvania bekannt war.
- (4) Gemeinsame Angelegenheiten werden auf county-Ebene durch gewählte Repräsentanten beraten und verabschiedet. Es gibt keine towns oder townships als Gebietskörperschaften. Dieses System war im Staate Virginia üblich.

Asseff weist im gleichem Zusammenhang darauf hin, der Staat Rhode-Island habe überhaupt keine Kreiseinteilung, und schreibt: „Diese vier Lokalregierungssysteme bestehen auch heute noch, obwohl sich die Regelung der Regierungsbelange immer mehr von der Gemeindeebene auf Kreisebene verschiebt. Die Großstädte bilden hiervon eine Ausnahme.“¹

Vor, während und nach der Revolution gegen Großbritannien wurden in den Kolonien zahlreiche Formen von Regionalregierungen, die je nach Abstammung und politischer Gesinnung ihrer geistigen Väter verschieden waren, eingeführt. Die im Geiste der Pilgerväter geschaffenen Regierungen gingen von der Voraussetzung aus, die Macht im Staate soweit als möglich beim einzelnen Bürger zu belassen, d. h. den Bürgervertretungen „towns“ und „counties“ weitgehende Autonomie gegenüber den Regierungen der Gliedstaaten einzuräumen. Auf Bundesebene setzten sich die Vertreter dieser Geistesrichtung für größtmögliche Selbständigkeit der Gliedstaatenregierungen gegenüber der gemeinsamen Bundesregierung ein. Je weniger sich die Bevölkerung eines Gebietes den Idealen der Gründerväter verpflichtet zeigte, desto eher war sie gewillt, die Stellung der Gliedstaatenregierungen gegenüber der der Kommunen zu stärken. In den 13 ursprünglichen Staaten der U.S.A. und erst recht in denen, die der Vereinigung später beitraten und deren Bewohner von anderen Kulturen beeinflusst waren, wurden Regierungsformen aller Art ins Leben gerufen. Es gab Staaten, in denen die Staatsregierung viele Funktionen für die Bevölkerung in deren Interesse wahrnahm, und solche, in denen die wichtigste Verwaltungsarbeit den Gemeinden zufiel. Louisiana gehört, was zum Teil durch den Einfluß der französischen und spanischen Kultur bedingt ist, zu den stärker institutionalisierten Staaten.

Zu Beginn der sozialen und wirtschaftlichen Entwicklung der heutigen U.S.A. wurden die 13 ehemals völlig getrennten, weit auseinanderliegenden Kolonien der Engländer auf Grund ihrer gemeinsamen Interessen gegenüber dem Mutterlande zueinandergeführt. Um ihrer Gleichberechtigung mit den im „Herrenland“ verbliebenen Engländern und später um ihrer Unabhängigkeit von der Regierung Großbritanniens Nachdruck zu verleihen, gingen sie eine lockere Verbindung miteinander ein. Zunächst wurde die Zusammenarbeit auf die Verteidigung beschränkt, doch spielten von vornherein auch Bestrebungen, die zu Handelserleichterungen führen sollten, ähnlich wie heute bei der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft, eine wesentliche Rolle. Der Anlaß für die Rebellion der englischen Kolonien gegen die Regierung im Mutterlande ist, außer in der Religionsunterdrückung und in der unangemessenen Belastung durch drückende Steuern, in der Kontrolle, die die englische Regierung über die wirtschaftliche Betätigung der Ansiedler und über den interkolonialen Handel, sowie über den Handel der Kolonien mit dem Auslande ausübte, zu suchen. Die Polemik, ob die Vereinigung der ehemaligen Kolonien auf Verteidigungsangelegenheiten und gemeinsame Handelspolitik zu beschränken sei oder ob einer Erweiterung der Institutionalisierung auf anderen Sektoren des menschlichen Zusammenlebens zugestimmt werden sollte, spielte damals eine ähnlich große Rolle wie heute bei den Integrationsbestrebungen in Westeuropa. Sieht man die soziale und wirtschaftliche Entwicklung in den Vereinigten Staaten unter diesem Aspekt, so gewinnt man ein besseres Verständnis für das manchmal aus euro-

¹ Asseff, a.a.O., S. 323 f. - Übersetzung vom Verfasser

päischer Perspektive recht unlogisch erscheinende Gebaren der amerikanischen Zentralregierung, insbesondere des US-Kongresses.

Die Grundeinstellung der Amerikaner zu zwischenmenschlichen Beziehungen und zum „Staat“ hat ihren Ausdruck in der Unabhängigkeitserklärung gefunden. Die Unabhängigkeitserklärung enthält die Aufzählung der Ungerechtigkeiten, die die Kolonisten unter der absolutistisch-merkantilistischen Herrschaft Englands erdulden mußten. Sie gipfelt in der Feststellung, den Siedlern stehe das Recht zu, über ihre eigene Regierungsform selbst zu entscheiden und sich vom Mutterland zu lösen. Das Grundgesetz, noch im Geist der Gründerväter konzipiert, verlangt eine weitgehende Beschränkung der Machtbefugnisse der Bundesregierung zugunsten der einzelnen Staaten und Gemeinden, um zu verhindern, daß die neugewonnene Freiheit an irgendeine Zentralgewalt verloren gehe.

In der US-Verfassung wurden die Rechte des Individuums, der Gliedstaaten und des Bundes verankert. Die Aufgaben und Funktionen des Bundes sind keineswegs allumfassend. Ausgedehnte Bereiche der zwischenmenschlichen Beziehungen fallen unter die Zuständigkeit der Einzelstaatsregierungen. Diesen werden wiederum nach dem Grundgesetz des Bundes in Ihrer „Souveränität“ Grenzen gesetzt. Die Befugnisse der Regierungen der Gliedstaaten werden in deren jeweiligen Verfassungen genau festgelegt.

Obwohl die Verfassungsgeber zu Philadelphia gegen allzu große Machtansammlung der Zentralgewalt Vorsorge getroffen hatten, gaben sich die Bürger der neuen Welt noch nicht mit der Sicherung ihrer Freiheit vor den Eingriffen des Staates zufrieden. Man forderte weitere Garantien dafür, daß Bund, Gliedstaaten oder deren Behörden keine zu große Autorität für sich beanspruchen konnten. So wurden am 25. September 1789 die ersten 10 Amendments zum Grundgesetz eingebracht, die dann am 15. Dezember 1791 in Kraft traten.¹ Erst diese Verfassungszusätze schützten ausdrücklich Religions-, Presse- und Redefreiheit (Amendment I)², die Sicherheit der Person, der Wohnung, des Eigentums (Amendment IV)³ sowie die übrigen Grundrechte gegen Staatseingriffe. Um Vorsorge zu treffen, daß sich auch in Zukunft die Gesetzgebung nicht in alle möglichen Angelegenheiten des täglichen Lebens einmischen und diese beeinträchtigen könne, wurde nunmehr endgültig in der Verfassung festgelegt, daß die Machtbefugnisse, die die Verfassung nicht dem Bund überträgt und deren Ausübung durch die Einzelstaaten sie nicht verbietet, diesen oder dem Volk vorbehalten bleiben.⁴ Schließlich verfügte die novellierte Verfassung,

¹ Vergl. Morison, Samuel Eliot und Commager, Henry Steele, Das Werden der Amerikanischen Republik, Band I, Stuttgart, 1942, S. 935 f.

² „Congress shall make no law respecting an establishment of religion or prohibiting the free exercise thereof; or abridging the freedom of speech, or of the press; or the right of the people peaceably to assemble, and to petition the government for a redress of grievances.“ (Amendment I to the Constitution of the United States of America) - Vgl. Dart, Benjamin Wall, Constitutions of the State of Louisiana and Selected Federal Laws, Indianapolis, 1932, S. 402).

³ „The right of the people to be secure in their persons, houses, papers, and effects, against unreasonable searches and seizures, shall not be violated, ... (Amendment IV - Vgl. Dart, a.a.O., S. 404).

⁴ „The powers not delegated to the United States by the constitution, nor prohibited by it to the states, are reserved to the states respectively, or to the people.“ Amendment X - Vgl. Dart, a.a.O., S. 404.)

die in der Verfassung enthaltene Aufzählung gewisser Rechte dürfe nicht in dem Sinne ausgelegt werden, als sollten durch sie andere, dem Volke zugestandene Rechte zurückgenommen oder beschnitten werden.¹ Der Wirkungsbereich des Kongresses und der Parlamente in den einzelnen Gliedstaaten wird dadurch enger begrenzt als man denken könnte.

Die Frage, ob die in der novellierten Verfassung zum Ausdruck kommende Einstellung zum „Staat“ heute noch in den Vereinigten Staaten aktuell ist und von der Bevölkerung beachtet wird, beantworten die Lehrpläne der Volksschulen. Die Verfassung Louisianas schreibt beispielsweise unter „Elementary schools-Course of study“, folgendes vor: „There shall be taught in the elementary schools only fundamental branches of study, including instruction upon the constitutional system of state and national government and the duties of citizenship.“² In einem Rechtskommentar wird hierzu ausgeführt: „It should be impressed upon students (Schüler, der Verf.) that the constitution is the organic law, controlling public, private, political and social rights.“³ Schon dem Kind wird von Anfang an die zentrale Bedeutung der Verfassung in der privaten, öffentlichen und sozialen Ordnung nahegebracht.

Im Endeffekt bleiben, weil die Befugnisse des Bundes in der US-Verfassung erschöpfend aufgezählt werden und die Rechte der Gliedstaaten dort ebenfalls begrenzt sind, weite Bereiche in Wirtschaft und Gesellschaft völlig der Selbstverwaltung überlassen. Die Beschränkung der Befugnisse des Staats- und Verwaltungsapparates ist der beherrschende Gedanke des Grundgesetzes der USA, prägt die Gesetzgebung und wird der Jugend als Inbegriff der Freiheit gelehrt. Es ist Aufgabe der Gerichte, den Verfassungsbestimmungen bei gesetzgeberischen oder behördlichen Verletzungen der geschützten Freiheiten Geltung zu verschaffen. Während man im 18. und 19. Jahrhundert in vielen europäischen Staaten mit Stolz auf Ordnung und Sicherheit im Lande, die dem einzelnen Bürger durch das Vorhandensein eines straff organisierten Staatsbeamtenapparates und einer Polizei garantiert wurden, hinwies, bildete sich in Nordamerika die Ideologie von der Freiheit vom Staat heraus, die man gewöhnlich als Grundlage für die Ausprägung des „American way of life“, des amerikanischen Lebensstils ansieht.

Die institutionellen Ordnungsfaktoren im allgemeinen und insbesondere die, die zu den angeführten zwischenmenschlichen Beziehungsformen in den Vereinigten Staaten geführt haben, sollen Gegenstand der Untersuchung des folgenden Kapitels sein.

¹ „The enumeration in the constitution, of certain rights, shall not be construed to deny or disparage others retained by the people.“ (Amendment IX - Vgl. Dart, a.a.O., S. 403).

² Art XII, § 3 Constitution of 1921 of the State of Louisiana. (Vgl. Dart, a.a.O., S. 287.)

³ Abgedruckt bei Dart, a.a.O., S. 287.

II. ZUR INSTITUTIONELLEN ORDNUNG

1. Wesen und Werden der zu einer Sozialordnung führenden Faktoren.

In den alten wie in den jüngeren Kulturländern haben die institutionellen Ordnungsfaktoren zu sehr unterschiedlichen Formen des gesellschaftlichen Zusammenlebens geführt. Bei allen Völkern ist die geltende soziale Ordnung aus Sitten, Bräuchen und Institutionen erwachsen, die teils religiösen Ursprungs sind oder die sich aus der politischen und wirtschaftlichen Entwicklung, die ein Land genommen hat, erklären. Die Entstehungsursachen der verschiedenen Wirtschafts- und Gesellschaftsformen sind in neuerer Zeit von der Forschung zu wenig berücksichtigt worden. Es ist symptomatisch für die moderne Forschung, daß sie bei der Klärung des sozialen Verhaltens eines Volkes die in der menschlichen Natur liegenden Triebkräfte, die bei religiösen oder sozialen Zielsetzungen und Bewertungen mitspielen und einen bestimmten Volkskreis mitprägen, oft zu gering veranschlagt.¹ Dieses Versäumnis, das in den U.S.A. vorwiegend auf den Versuch zurückzuführen ist, Gesinnungen und Sozialphilosophien als objektive Naturgesetze anzusehen, trägt innerhalb der Weltgemeinschaft zu Mißverständnissen bei. Meist sind selbst Intellektuelle und Wissenschaftler der Meinung, daß für bestimmte Gruppen notwendige Zielsetzungen und ihre sich daraus ergebenden Bewertungsvorstellungen, ihr Verhältnis zu Institutionen und gesellschaftlichen Allgemeingültigkeit haben müßten und daß es nur eine Frage der Zeit sei, bis sich alle Menschen zu gleichen Vorstellungen bekehrten. Sie übersehen dabei, daß Zielsetzungen und Bewertungsvorstellungen, die die geschichtliche Entwicklung eines Volkes bedingen, lediglich eine Antwort auf die diesem Volke aus der engsten Umwelt erwachsenen Bedürfnisse und Notwendigkeit sein können.

Wichtig ist die Einstellung der Glieder eines Volkes zur Volksgemeinschaft. Aus dem Mittelalter stammt die Auffassung, die Kirche, der Staat und diejenigen Institutionen, die von der geistlichen und weltlichen Obrigkeit gebilligt wurden, seien immerwährend und gottgewollt. Die staatlichen Institutionen und erst recht die religiösen Dogmen, die das kirchliche Leben bestimmten, waren unabänderlich. Man war überzeugt, die herrschende soziale und wirtschaftliche Ordnung sei göttlichen Ursprungs und ihr Fortbestand müsse von Kirche und Staat garantiert werden. Dieser Geist beherrschte viele Kulturvölker und bestimmte ihre soziale Entwicklung. Mit Beginn der Reformation und der Aufklärung kam

¹ „Gleichzeitig mit Darwin trat Herbert Spencer hervor mit seiner Lehre, die menschliche und die nicht-menschliche Organwelt seien den gleichen naturwissenschaftlichen, und das bedeutet hier zugleich historischen, Gesetzen unterworfen, Veränderungen innerhalb beider Sphären, einschließlich des Untergangs der beim Konkurrenzkampf Besiegten, seien nicht nur als Wandlungen, sondern als begrüßenswerter Fortschritt anzusprechen.“

Vgl. Paul Honigstein, *Darwinismus*, Handwörterbuch der Sozialwissenschaft, II. Band, Stuttgart, Tübingen, Göttingen, 1959, S. 549.

eine andere Denkweise auf, die sich, besonders während der kommerziellen und industriellen Revolutionen, allmählich weiterentwickelte. Immer stärker versuchten ökonomisch unabhängig gewordene Bevölkerungsschichten, unterstützt von Bevölkerungsgruppen, die sich aus religiöser Überzeugung gegen die alte Ordnung auflehnten, die bestehenden sozialen Verhältnisse der wirtschaftlichen Entwicklung anzupassen.

Diese Kreise lehnten die althergebrachten Bewertungsvorstellungen und Sozialverhältnisse ab und waren bestrebt, die Entscheidung über die eigene wirtschaftliche und soziale Tätigkeit der bisherigen Obrigkeit zu entziehen. Zunächst setzte sich das Bürgertum dafür ein, seine wirtschaftlichen und sozialen Belange selbst zu wahren. In einer späteren Entwicklungsphase machte das Proletariat die gleichen Ansprüche geltend. Die Gegner der alten Ordnung spalteten sich bald in zwei Gruppen auf, wovon die eine - von der Masse der Industriearbeiter und europäischen Bauern, die im 18. und 19. Jahrhundert innerhalb der Wirtschaftsordnung vielfach ausgenutzt worden waren, unterstützt - eine Diktatur des Proletariats einführen wollte und die andere, die bürgerliche Klasse und die breite Masse der Bevölkerung, im Geist des Liberalismus eine demokratisch-republikanische Regierungsform anstrebte. Diese beiden Hauptrichtungen weisen heute eine Vielzahl von Varianten auf. Die Bewertungsvorstellungen der alten Sozialordnung und die derjenigen Bevölkerungskreise, die sich nach ihrer „Befreiung“ von der alten Gesellschaftsordnung eine neue zum Ziel gesetzt haben, die ebenfalls nur eine gelenkte und kontrollierte Gedankenrichtung anerkennt, sind jeweils annähernd einheitlich. Nach liberalistischen Grundsätzen wird jedem das Recht auf eigene Meinung zugestanden. In den U.S.A. kommt den verschiedenen Einstellungen zur institutionellen Ordnung eine besondere Bedeutung zu. Im folgenden soll darum der Versuch gemacht werden, die Faktoren zu erfassen und zu ordnen, die das soziale und wirtschaftliche Zusammenleben einer Gruppe von Menschen nach irgendeiner Richtung hin beeinflussen können.

Von vornherein sei dabei unterstellt, daß nicht die sozialen und wirtschaftlichen Ordnungen die Verhaltensweise des Menschen bestimmen, wie zuweilen behauptet wird, sondern daß Volksgeist, Zielsetzungen, Wertvorstellungen und Verhaltensweisen einer Gruppe von Menschen über deren gesellschaftliches Zusammenleben entscheiden. Die Kräfte, die das Zustandekommen irgendeiner Sozialordnung bewirken, können als institutionelle Ordnungsfaktoren bezeichnet werden. Sie lassen sich aufgliedern in Triebe und Alltagsbedürfnisse und in die Mentalität eines Volkes, die dessen Zielsetzungen, welche wiederum den Ausschlag für Bewertungsvorstellungen und Verhaltensweise dieser Gruppe von Menschen geben, bestimmt. Diese sich gegenseitig durchdringenden Faktoren liegen letztlich allen Gesellschaftsordnungen zugrunde, eine Tatsache, die es ohne weiteres verständlich macht, daß sich Sozialordnungen im Laufe der Zeit wandeln können.

Tatsächlich änderten sich in neuerer Zeit bei der Bevölkerung der U.S.A. die Grundformen der zwischenmenschlichen Beziehungen. Das amerikanische Beispiel bietet sich dazu an, die Neubildung von Institutionen auf der Grundlage der erwähnten Faktoren darzustellen, weil sich in den Vereinigten Staaten der Wandel in der Einstellung der Bevölkerung zu ihren Institutionen leichter nachweisen läßt als in anderen Ländern, in denen sich die Formen des gesellschaftlichen Zusammenlebens infolge allgemein akzeptierter Bewertungsvorstellungen und Einstellung zur Gemeinschaft und zum Staate durch viele Jahrhunderte hindurch fest einbürgern konnten.

Dem Wort „Trieb“ wird gewöhnlich eine zu spezielle Bedeutung unterstellt. Darum hat man sich in der Wissenschaft auf die Bezeichnung „Bedürfnis“ geeignet. Diesen primären Beweggrund zum Tätigwerden und zur Zusammenarbeit nennt Friedrich Benedikt Wilhelm von Hermann in seinen „Staatswirtschaftlichen Untersuchungen“: „das Gefühl eines Mangels mit dem Streben, diesen zu beseitigen.“¹ Die Triebe und Bedürfnisse, ob tierischer oder menschlicher Natur, sind teils allgemein, teils speziell, je nach Wesen des Tieres oder des Menschen. Während Hunger-, Kälte- und Durstgefühle universal sind und individuell befriedigt werden können, gibt es Mangelgefühle, die nur in Gesellschaft anderer Menschen zu stillen sind, z. B. der Geschlechtstrieb, der nach einem weiteren Lebewesen verlangt. In früheren Zeiten verbanden sich die Menschen, um gegen Wetter und Feinde besseren Schutz zu finden, und später, um die Lebensnotwendigkeiten leichter und bequemer herbeizuschaffen. Der Herdentrieb erwies sich als ein alltägliches Bedürfnis. Er ist jedoch nicht allenthalben gleichmäßig ausgeprägt und geht auf völlig verschiedene Beweggründe zurück. Die verschiedene Mentalität der Menschen bedingt bei einer Gruppierung zur besseren Bedürfnisbefriedigung ganz und gar unterschiedliche Formen des Zusammenschlusses.² Es ist deshalb empfehlenswert, die primären Bedürfnisse nach ihren individuellen und kollektiven Erscheinungsformen zu ordnen. Man kann aus dem folgenden Zitat aus Barnes und Ruedi in „The American Way of Life“ eine Einteilung der „Mangelgefühle“ ableiten: „Der mächtigste menschliche Trieb ist der Selbsterhaltungstrieb. Jeder normale Mensch hat einen starken Willen zum Leben und versucht, sich gegen Hunger, Krankheit, Angriff, Zufall und ähnliches zu schützen. Ein weiterer primärer Trieb ist der Fortpflanzungstrieb, der Trieb zur Erhaltung der menschlichen Rasse. Daraus entsteht der Geschlechtstrieb, der zur Liebe, Ehe und Kinderzeugung führt. Der dritte dringliche Trieb ist der Trieb zur Persönlichkeitsentfaltung, der durch Umgebung, Klima, das Auftreten anderer Personen usw. beeinträchtigt werden kann.“³ Mit dem Streben der menschlichen Rasse nach Fortpflanzung ist in irgendeiner Form die universale Sehnsucht nach dem ewigen Leben verwandt. Die weitere Abhandlung baut auf der hier vorgenommenen Einteilung der Bedürfnisse und den daraus abgeleiteten Formen der Zusammenarbeit, um sie zu befriedigen, auf. Zusammenfassend sind dies:

- 1) Bedürfnisse zur Fortpflanzung, nach Geborgenheit, nach Unsterblichkeit;
- 2) Bedürfnisse zur Persönlichkeitsentfaltung, nach Ansehen: der Geltungstrieb, der Behauptungswille und der Trieb zur Popularität;
- 3) Bedürfnisse zur materiellen Selbsterhaltung.

Nimmt man an, die aufgeführten Mangelgefühle gelten für alle Menschen und alle Bedürf-

¹ Vgl. Hermann, Friedrich Benedikt Wilhelm, „Staatswirtschaftliche Untersuchungen über Vermögen, Wirtschaft, Produktivität der Arbeiten, Kapital, Preis, Gewinn, Einkommen und Verbrauch.“ Leipzig 1924, 3. Auflage. Weiter sagt er: „Was Jeder als Gabe in sich findet oder was er ... erzeugt, ist ihm Inneres Gut.“ I. Kapitel S. 1.

² Vgl. Montaner, Antonio, Der Institutionalismus als Epoche Amerikanischer Geistesgeschichte, Tübingen 1948, besonders Kap. IB, „Die Institution als sozialwissenschaftliche Kategorie“, zur ausführlichen Begriffbestimmung der Masse, Gruppe, Institution, Institutionalisierung und des Sozialprozesses.

³ Barnes, Harry Elmer and Ruedi, Oreen M., The American Way of Life, New York, 1947, S. 48. - Übersetzung vom Verfasser.

nisse könnten mit ihrem natürlichen Streben nach Befriedigung unter einen der drei Punkte eingereiht werden, so bleibt die Frage offen, ob die Mangellagen nicht von Person zu Person oder von Gruppe zu Gruppe mit verschiedenem Intensitätsgrad empfunden werden. Das Ausmaß der Bedürfnisbefriedigung ergibt sich aus der Stärke des empfundenen Mangels. Werden die Mangellagen verschieden stark empfunden, dann sind auch die zur Behebung dieser Gefühle getroffenen Maßnahmen verschieden.

Als Gegenstück und gewissermaßen als reziproker Wert zu den Mangelgefühlen darf das Wort "Nutzen" verwendet werden. Nutzen ist die Tauglichkeit eines Gutes (Mittel zur Bedürfnisbefriedigung), den empfundenen Mangel zu beheben. Nach der Grenznutzenlehre richtet sich die Nutzenstiftung zunächst nach der Dringlichkeit der Mangellage. Wenn die einzelnen Bedürfnisse befriedigt werden, stiftet jede neue Hinzufügung weiterer Mittel zur Behebung des gleichen Mangelgefühls immer weniger Nutzen. Je größer die Dringlichkeit, desto größer der Nutzen und je kleiner die Intensität des Mangelgefühls, desto kleiner ist auch die Nutzenstiftung. Wird nun die Mangellage bei einem Bedürfnis nach und nach behoben, so wägt man das Mittel zur Befriedigung eines Bedürfnisses mit dem Gut zur Behebung eines anderen Mangelgefühls ab. Ist die Nutzenstiftung gleichwertig, wechselt man zu neuer Mangellage über. So stellt sich das Wesen des Nutzenaustausches dar, den jeder nach seiner individuellen Nutzenschätzung (Bewertung) täglich vornimmt. Weil die Zielsetzungen, sobald das „Existenzminimum“ überschritten ist, verschieden sind und nunmehr die Bewertung bestimmen, wird eine Nutzensteigerung der Tauschpartner beim Tauschakt ermöglicht. Genießt der Mensch völlige Freiheit, d. h. kann er ungehindert seinen natürlichen Bedürfnissen leben, wird er fortwährend seinen individuellen Lebensnutzen durch Nutzenaustausch zu steigern suchen.

Man gibt sich aber erst auf das Gebiet der institutionellen Ordnung, wenn man diesen Gedanken folgend, die Frage zu beantworten sucht, die der Einzelne, die Gruppe oder auch die gesamte Bevölkerung, wenn das „Existenzminimum“ überschritten ist, nach weiterer Nutzensteigerung strebt. Jeder nimmt, bewußt oder unbewußt durch seine Umgebung und Entwicklungsgeschichte beeinflußt und von eigener Erfahrung geleitet, selbst die Einschätzung seiner persönlichen Mangelgefühle und die Bewertung des Nutzens vor, den er sich vom Austausch verspricht. Der einzelne Mensch in seiner gewohnten Umgebung muß darum Gegenstand der Untersuchung sein. Besonders notwendig erscheint dieses Vorgehen für die Beurteilung einer Gesellschaftsordnung, in der die einzelnen Nutzenschätzungen, die von Zeit zu Zeit neu getroffen werden, maßgeblich die religiösen, politischen und wirtschaftlichen Zusammenschlüsse bestimmen. Zur Beantwortung der Frage nach dem Verhalten, das der Mensch entweder als Individuum oder in einer Gemeinschaft als „Volk“ oder als „Staat“ beim Streben nach Wohlergehen annimmt, taugen erfahrungsgemäß weder die früheren metaphysischen Dogmen, die die zwischenmenschlichen Beziehungen zuweilen dem Übersinnlichen und der „Vorsehung“ überlassen wollen, noch die Maßstäbe der Mathematik, die alle tiefgreifenden und ausschlaggebenden religiösen und persönlichen Bestimmungsgrößen vernachlässigen. Man muß sich des Wahrnehmens, des Erkennens und des Verstehens bedienen, um das Wesen des Menschen und sein Verhalten in seiner natürlichen oder künstlich geschaffenen Umgebung zu erfassen.¹

¹ Sombart schreibt: „Wir erfassen eine Erscheinung, die wir ‚verstehen‘, in ihrer Gänze. . . . Wir

Die körperlichen und geistigen Kräfte des Menschen werden zunächst ohne Berücksichtigung der Geistestypen und abgesehen von der Entwicklungsgeschichte eines Volkes, nach den von Hermann Heinrich Gossen in seinem Werk „Entwicklung der Gesetze des menschlichen Verkehrs und der daraus fließenden Regeln für menschliches Handeln“¹ aufgestellten Thesen, zur Behebung der elementaren Bedürfnisse eingesetzt. Dessenungeachtet zeichnen sich in allen Bevölkerungs- und Einkommensgruppen und auf jedem Versorgungsniveau Unterschiede im Verhalten der Menschen ab, die die Richtigkeit der Gossenschen Gesetze in Frage stellen. Eine Mutter würde wahrscheinlich Hunger und Durst ihres Kindes stillen, bevor sie ihre eigene Mangellage berücksichtigt. Nachdem sich der Mensch gegen die Witterung geschützt und Durst und Hunger hinreichend gestillt hat, unternimmt er in jedem Falle weitere Versuche, seinem Gesamtlebensnutzen innerhalb der Gruppe zu steigern. Damit eröffnet sich ein neues Forschungsgebiet. Von Mensch zu Mensch, von Geistestyp zu Geistestyp und von Volk zu Volk gestalten sich die Nutzenschätzungen und die Nutzensteigerungen verschieden.

Besonders in den niedrigen Einkommensgruppen räumt man, kurzfristig von Fall zu Fall, seinen dringenden Bedürfnissen jeweils den Vorrang ein und freut sich fortwährend einer Besserung seiner Nutzenlage. Auf lange Sicht gesehen hat sich jedoch im Laufe von Jahrtausenden eine Art „Typisierung“ der Menschen im Hinblick auf ihre Nutzenschätzung ergeben. Manche gehen von der Gegenwart als Basis ihrer Wertvorstellungen aus, andere von der Zukunft. Diese werden augenblickliche Erfolge vorziehen, jene zukünftige. Bei ihrer Nutzenschätzung macht sich eine betonte Vorliebe für bestimmte materielle oder immaterielle Werte bemerkbar. Geht man von einem „ausgeglichene“ Menschen aus, der eine „normale“, „gesunde“ oder „durchschnittliche“ Mischung von Nutzen im Leben bevorzugt, so scheinen solche typisierten Menschen einseitig. Dennoch soll an dieser Stelle analog zur Bedürfnisgruppierung für die weitere Untersuchung eine Gruppierung der Menschen nach Geistestypen vorgenommen werden. Wir unterscheiden:

- 1) Personen, deren Bestrebungen im Leben dadurch gekennzeichnet sind, daß sie moralische, ethische und religiöse Werte in den Vordergrund stellen. Ihre Lebensziele bewegen sich in religiösen Vorstellungen. Sie suchen Geborgenheit und ersehnen das Seelenheil. Diese Menschen schließen sich vornehmlich zu Religionsgemeinschaften zusammen.

sehen ein, warum sie so und nicht anders sein muß, und begreifen, warum sie immer so sein muß, solange sie an dem Sinne teilnimmt, aus dem heraus wir sie ‚verstanden‘ haben. . . . Das Verstehen stillt also vollständig Fausts Sehnen:

„Daß ich erkenne, was die Welt
im Innersten zusammenhält,
schau alle Wirkungskraft und Samen
und tu' nicht mehr in Worten kramen.“

Vgl. Sombart, Werner, Die Drei Nationalökonomien, München und Leipzig, 1930, S. 196.

¹ Gossen schreibt hierzu: „Der Mensch wünscht sein Leben zu genießen und setzt seinen Lebenszweck darin, seinen Lebensgenuß auf die mögliche Höhe zu steigern.“ Vgl. Gossen, Hermann Heinrich; „Entwicklung der Gesetze des menschlichen Verkehrs, und der daraus fließenden Regeln für menschliches Handeln“; Berlin 1899, S. 1.

- 2) Personen denen es darauf ankommt, ihre Stellung in der Gesellschaft zu heben und die, neben einer mehr oder minder starken Betonung der ethischen Wertvorstellungen der Gruppe (1), eine Beimischung von Machiavellismus oder Chauvinismus in ihren Wertmaximen aufweisen. Dieser Menschentypus unterscheidet sich von seinen Mitmenschen durch sein Geltungs-, Selbstbehauptungs- und Popularitätsstreben. Er ist vornehmlich in der Politik zu finden.
- 3) Personen, die die materielle Bedürfnisbefriedigung als Hauptziel ihres Lebens ansehen und die den Typ des „homo oeconomicus“ verkörpern. In dieser Gruppe gelten naturwissenschaftlich-mathematische Bewertungsmaßstäbe. Aus den Trieben zum Leben und zum Schutz gegen Hunger erwächst bei gewissen Bevölkerungsschichten das Streben nach materieller Gewinnmaximierung. Allein unter dieser Gruppe scheinen sich Gewinnmaximierung und Nutzenmaximierung, d. h. individuelles Wohlergehen (pursuit of Happiness), einander anzugleichen.

Ein Volk in seiner Gesamtheit neigt dazu, sich mit seinen Bewertungsvorstellungen der geistigen, politischen und wirtschaftlichen Führung anzupassen. Das trifft nicht nur auf totalitäre Staaten, in denen die Volksgesinnung bewußt gelenkt wird, zu, sondern auch auf Staaten, die ihren Bürgern weitgehende geistige Freiheit zugestehen. So waren und sind nicht nur die kirchliche und staatliche Obrigkeit im Mittelalter, die Beamten und Offiziere in Altpreußen, die modernen Wissenschaftler und Parteifunktionäre in den Ländern des Ostblocks Leitbilder, sondern auch erfolgreiche Geschäftsleute, die in Amerika dem Volk als Bürgerideale vorschweben. Diese in der Forschung wenig berücksichtigten Geistestypen machen es möglich, die Verhaltens- und Institutionalierungsweise einer Bevölkerung verständlicher darzustellen.

Der Mensch ist ein Sozialwesen. Er versucht innerhalb einer Gruppe von Gleichgesinnten seine Persönlichkeit zu entfalten. Die Natur scheint somit den Zusammenschluß ähnlich- oder gleichgesinnter Wesen vorgeschrieben zu haben. „Even if a normal person were completely isolated from any contact with a group,“ schreiben Barnes und Ruedi, „he would have the will to live, the urge for sexexpression, and a desire for selfexpression. Under normal circumstances, however, these human drives are regulated by the fact that man is a social being and lives in a group consisting of other individuals with the same basic impulses.“¹

Unter einer Institution wird im vorliegenden eine zweckbedingte Bevölkerungsgruppierung, die sich nach den Sitten und Bräuchen eines Volkes im Prozeß seiner Nutzenaustausche zur Nutzensteigerung herausgebildet hat, verstanden. Bestimmte religiöse, soziale oder wirtschaftliche Verhaltensweisen bürgern sich ein, werden von der Gruppe angenommen und bestätigt. Fortan regelt die vorherrschende Gruppenmeinung die Verhaltensweise. Eine auf diese Weise entstandene Institution braucht keineswegs gesetzlich geregelt zu sein. Sie muß in erster Linie von der Gruppe überwacht werden. Der Zusammenschluß der Gruppen kann fest oder lose sein. Je nach Zweck, Natur und Notwendigkeit einer Gruppierung sind die Mitglieder einer Institution eng oder weniger eng aneinander gebunden. Für eine Darstellung der unterschiedlichen Institutionalisierung in verschiedenen Gesell-

¹ Barnes und Ruedi, a.a.O., S. 58.

schaftssystemen ist es zweckmäßig, die zwischenmenschlichen Beziehungsformen in primäre oder freiwillige und sekundäre oder gebundene (unter Umständen erzwungene) Institutionen einzuteilen. Unter ersteren versteht man die Gruppierungen, die sich ausschließlich auf die Wahrnehmung persönlicher Interessen Gleichgesinnter beschränken, ohne dabei in Wettbewerb oder kämpferische Auseinandersetzungen mit anderen treten zu wollen. In der Gruppe, zu der sich die Gruppenglieder freiwillig zusammengefunden haben, streben die Menschen nach ihrer optimalen Nutzenkombination. Die Institution steht hierfür zur Verfügung. Wenn solche Zusammenschlüsse ihren Zweck erfüllen sollen, muß es dem einzelnen überlassen bleiben, über seine Zugehörigkeit zu einer solchen Gruppe selbst zu entscheiden. Ohne diese Entscheidungsmöglichkeit wäre die Bewegungsfreiheit der Gruppenglieder eingeengt. Diejenigen, denen der Austritt aus der Gruppe versagt wäre, erlitten eine Gesamtnutzeneinbuße. Sie müßten unfreiwillig Zeit und Substanz aufbringen, die sie sonst besser zur Befriedigung ihres individuellen Zielstrebens einsetzen könnten. Auch diejenigen, denen der Zutritt zur Gruppe verweigert würde, erlitten eine Nutzeneinbuße. Ihnen bliebe das Mittel zur Bedürfnisbefriedigung, das nur in dieser Institution zu erhalten wäre, und der Weg zu ihrem Ziel, wenn er ausschließlich über eine solche Institution führte, versperrt. Die Kirche ist ein Beispiel einer primären Institution, desgleichen viele Vereine und manche Schulen. Alle derartigen Zusammenschlüsse tragen den Keim zu einer Straffung und Konkretisierung der Verhältnisse und, damit verbunden, die Möglichkeit zur Einschränkung der persönlichen Freiheit in sich. Die Entscheidungsbefugnisse gehen vom einzelnen auf die Gruppenautorität über.

Als sekundäre Institutionen bezeichnet man diejenigen Zusammenschlüsse, die zur Wahrnehmung der tatsächlichen oder vermeintlichen Interessen ihrer Mitglieder mit anderen Bevölkerungskreisen und Interessenvertretungen den Kampf aufnehmen. Das Ziel einer solchen Institution geht über Nutzenstiftung für die Gruppenglieder hinaus. Juristisch gesehen entsteht ein Binnen- aber auch ein Außenverhältnis. „Wir-Gruppen“ und „Andere-Gruppen“ bilden sich auf horizontaler Ebene. Sie ringen miteinander, bauen sich in Wirtschaft und Gesellschaft zu Spitzenverbänden und Vertretungen in vertikaler Richtung auf, um ihre Interessen auf allen Stufen wahrnehmen zu können. Man denke dabei an die „Parteidisziplin“ und die Kampflust der Interessengruppen in der modernen pluralistischen Gesellschaft. Die sekundären Institutionen sind in der Regel das Rückgrat einer Gesellschaftsordnung, in der die Wirtschafts- oder Gesellschaftsverhältnisse kontrolliert werden sollen. Sie stellen in diesem Fall das Bindeglied zwischen einer individualistischen und einer kollektivistischen Ordnung dar.

Nimmt man an, die „Naturtriebe“ seien von Volk zu Volk annähernd gleich, das Wesen der vorherrschenden Institutionen dagegen verschieden, so liegt die Frage nach deren Unterscheidungsmerkmalen nahe. Eine bunte Auswahl von institutionellen Ordnungen ergibt sich aus den Faktoren, die vorstehend umrissen worden sind. Im Laufe der Geschichte waren jedoch nicht notwendigerweise Volksgeist, Volksgesinnung und Volksverhaltensweise für die Ausprägung einer Gesellschaftsordnung allein ausschlaggebend. Lange bestimmte die Kirche die Verhaltensweise der Menschen und die institutionelle Ordnung in einem Staate. Es folgt eine Zeit, in der die weltliche Macht die Kirche weitgehend ihrer Autorität unterstellte, und später folgte eine Phase, in der die Bevölkerung die Macht des von Gottes Gnaden regierenden Herrschers bestritt.

Im Mittelalter ähnelten sich die institutionellen Ordnungen in den meisten europäischen Ländern. Nach den Revolutionen bahnte sich eine Neuordnung der zwischenmenschlichen Beziehungsformen an. Nicht alle Völker folgten der revolutionären Bewegung. Bei manchen wurde die Verhaltens- und Institutionalisierungsweise weiterhin von Kirche und Staat bestimmt. Andere glaubten, ihren institutionellen Aufbau nach eigenen Ansichten vornehmen zu können. Im Laufe ihrer Entwicklung fanden die „Revolutionären“ Völker wiederum zu verschiedenen Gesellschaftsformen.

Ein weiteres Unterscheidungsmerkmal zwischen den institutionellen Ordnungen zeigt sich in der Gesellschaftsideologie, die diesen zugrunde liegt. Manche Ideologien sehen eine positive Gestaltung der Wirtschaft und der Gesellschaft vor; andere, z. B. die sozialwirtschaftlichen und politischen Überzeugungen der Amerikaner, verfechten die Freiheit vom Staat. Der Übersichtlichkeit halber sollen die bekanntesten institutionellen Ordnungstypen in der heutigen Welt im folgenden zusammengestellt werden. Es versteht sich von selbst, daß diese Aufzählung keine reinen Typen, sondern lediglich Tendenzen, die zur Bildung von institutionellen Ordnungstypen führen, umfassen kann:

- 1) Die absolutistische Monarchie unter starker Mitwirkung der religiösen Institutionen, etwa die Gesellschaftsformen vieler asiatischer Länder, die noch zahlreiche Wesensmerkmale der europäischen Gesellschaftsordnung des Mittelalters aufweisen.
- 2) Der absolutistische Kommunismus, etwa die Ordnung der Institutionen im kommunistischen China oder in Albanien, als Gesellschaftsform der „Revolutionäre“, in der die sozialen und die wirtschaftlichen zwischenmenschlichen Beziehungen am stärksten vom Staat reglementiert werden.
- 3) Der demokratisch-republikanische Sozialismus, etwa die Staatsform Schwedens, als Ordnungstyp der „Revolutionäre“, bei dem der Staat die wirtschaftlichen Vereinigungen vornehmlich kontrolliert.
- 4) Der demokratisch-republikanische Liberalismus, der heute nirgendwo völlig realisiert wird, aber doch als erstrebenswertes Ziel in den Vereinigten Staaten und bei ähnlichgesinnten Völkern erscheint. Mit diesem System verbindet man die Vorstellung von einer Bevölkerung, die in ihrer Mehrzahl nach ihrer eigenen Volksgesinnung bei immer neu entstehenden Zielsetzungen ihre Institutionen in Wirtschaft und Gesellschaft im Prozeß ihres Strebens nach Wohlergehen beliebig bildet und auflöst.

Innerhalb der unter (1), (2) und (3) aufgeführten Gesellschaftsformen sind überall graduelle Unterschiede anzutreffen. Auch in den vom Liberalismus geprägten Gesellschaftsformen finden sich viele Varianten im Hinblick auf die zulässigen Eingriffe eines Verwaltungsapparates, einer Zentralgewalt, einer regionalen Regierung oder eines Verbandes in die freie geistige oder materielle Betätigung des Individuums.

Die zwischenmenschlichen Beziehungsformen sind dessenungeachtet unter allen Regierungssystemen Änderungen unterworfen. Die sozialen Bewertungen und Einstellungen zur Institution und zum Staat wandeln sich im Laufe von Jahrzehnten. Die Wirtschaft erfordert immer neue Institutionalisierungsformen, aber auch die ihrem Wesen nach mehr kon-

servativen Religionsgemeinschaften können, über lange Zeiträume hinweg, das Gefüge ihrer Institutionen ändern.

2. Die Dynamik des Sozialprozesses und die Frage einer Gesetzmäßigkeit.

„Während Institute und Institutionen soziale Gebilde repräsentieren, stellt die Institutionalisierung einen sozialen Prozeß dar.“¹ Die Institutionalisierung als Sozialprozeß kennzeichnet somit den Weg, den die Menschen beschritten haben, um sich ihrer Umgebung anzupassen. Die Entwicklung der zwischenmenschlichen Beziehungsformen kann, wie andere soziale und wirtschaftliche Zusammenhänge, als eine Entfaltung, ein Verlauf aufgefaßt werden. Die institutionellen Ordnungsfaktoren und damit der Charakter der Zusammenschlüsse zur Bedürfnisbefriedigung sind über lange Zeiträume hinweg Änderungen unterworfen. Dieser evolutionäre Vorgang wird oft nicht genügend beachtet, weil sich Änderungen in der Auffassung vom Zusammenleben der Menschen untereinander und Änderungen im Verhältnis der Menschen zu den von ihnen geschaffenen Institutionen nicht von heute auf morgen feststellen lassen. Sie bilden sich langsam im Laufe von Generationen heraus und fallen deshalb zunächst weniger ins Gewicht. Die Reichweite der möglichen zwischenmenschlichen Beziehungsformen, die geschichtlich überlieferte Grundeinstellung der Menschen zur Institutionalisierung und die Frage einer dynamischen Gesetzmäßigkeit derselben sollen in diesem Abschnitt untersucht werden. Dabei soll die Eigenart der amerikanischen Sozialentwicklung hervorgehoben werden.

Die Institutionalisierung oder der Abbau bestehender sekundärer Institutionen vollzieht sich allmählich, zum Teil für die Mehrheit der Bevölkerung unbewußt und ungewollt. Richtung und Tempo dieses Entwicklungsprozesses sind verschieden. In einem Falle schließen sich gleichbewertende Menschen zu Einheiten mit engster gegenseitiger Bindung zusammen, um gemeinsame Ziele besser zu erreichen. Entgegengesetzt kann die Bevölkerung aber auch die von einer Zentralgewalt ausgehende Zusammenarbeit auflösen, um ihren eigenen individuellen Zielen nachzugehen.

Eine zum Erlangen eines bestimmten Zieles vollzogene Institutionalisierung kann über den vom ursprünglichen Ziel her gegebenen Institutionalisierungsbereich hinausgreifen, sich mit anderen Institutionalisierungsbereichen überschneiden und zu einer alle menschlichen Lebensbereiche umfassenden institutionellen Verkettung führen. Familie, Gemeinde, Kreis, Provinz, Staat, Staatenbündnisse und internationale Integrationen können auf diese Weise miteinander verflochten werden.

Neben dieser Entwicklung wäre jedoch auch eine andere denkbar. Aus religiösen, politischen oder wirtschaftlichen Gründen erfolgte Institutionalisierungen könnten streng voneinander getrennt bleiben. Im extremsten Falle ließe sich dabei die Autonomie der einzelnen Lebensbereiche und, noch weitergehend, die Souveränität des Individuums verfechten. In den U.S.A. fehlt es nicht an Lehrmeinungen, die die Einwirkung einer Gemeinde

¹ Vgl. Montaner, a.a.O., S. 3.

und sogar der Familie auf die Zielsetzungen der nachfolgenden Generation einschränken wollen.¹

Die mögliche Institutionalisierung reicht demnach von der lockeren Gemeinschaft mit primären Institutionen bis zum Zusammenleben in einer totalitären Gesellschaft. Dabei lehrt die Geschichte, daß die mächtigsten Reiche der Welt stets stark institutionalisierte, nahezu totalitäre Gebilde waren, die sich durch höchste Kultur und fortschrittlichste Zivilisation auszeichneten. Je kontinuierlicher sich eine gesellschaftliche Entwicklung vollzieht und je älter die Kultur eines Volkes ist, desto eher nehmen die sozialen und wirtschaftlichen Beziehungen desselben festere, engere und dauerhaftere Formen an. Das gilt besonders für die Rechtsordnung. Die Normen und Maximen einer Gesellschaft sind in ihren Gesetzen verankert und mit der Zeit konzentriert sich dann die Macht im Staate in einigen Händen. Aus der Perspektive einer Zentralkirche, einer dirigierte Wirtschaft, eines Totalstaates gesehen, müssen alle Kräfte aus Gründen der Rationalität nach Talenten und Fähigkeiten zur Zielerreichung eingesetzt werden. Ob dieses Ziel die Erziehung der Menschheit zu einem christlichen Leben, die maximale Befriedigung materieller Bedürfnisse oder die Stärkung des Staates ist, immer lautet die Parole „Zusammenarbeit“, um alle sich diesem Ziel widersetzenen Kräfte wirksam ausschalten zu können. Dazu werden Aufopferung, Entsaugung, Gemeinsinn, Zucht und Disziplin vom Einzelmenschen gefordert. Nach der Grundkonzeption der totalitären Staaten scheint eine Zwangsinstitutionalisierung gerechtfertigt zu sein, da man das durchschnittliche Individuum für unwissend und träge hält oder mit *Hobbes* annimmt, es trete seinem Mitmenschen als reißender Wolf entgegen. Die Zwangsinstitutionalisierung diene somit dem Schutze des Menschen vor sich selbst und könnte durchaus rechtens sein, weil sie den Forderungen der Vernunft entspricht und allen zum Vorteil gereicht. Mit einer streng ausgebauten Rechtsordnung können nach dieser Auffassung die echten Interessen des einzelnen am besten gewahrt werden. Er kann sich nicht unterdrückt oder ausgenutzt fühlen, denn seine wahren Ziele sind, wie die jedes anderen Menschen, auf persönliches Wohlergehen gerichtet. Dieses läßt sich am vernünftigsten durch gemeinsames Vorgehen erleichtern, auch wenn der einzelne kleinere Opfer in Kauf nehmen muß.

Schon im Mittelalter wurde die Institutionalisierung unter dem Gesichtspunkt der Sicherheit und der Ordnung gesehen. Im 13. Jahrhundert schlossen sich beispielsweise die Städte am Rhein zusammen, um ihre Interessen gegen die Übergriffe geistlicher und weltlicher Landesherrn zu schützen. *Leitermann* schreibt:²

„Damals herrschen in der Zeit des sogenannten 'Interregnums' — in der 'kaiserlosen, der der schrecklichen Zeit' — besonders im Rheinland verworrene Verhältnisse, die jeder auf seine egoistische Weise auszunützen sucht. Ein Chronist schreibt darüber anschaulich: 'Damals aber stand's in Deutschland und fürnehmlich am Rhein also, daß wer der

¹ v. *Mises* schreibt: „State or government is the social apparatus of compulsion and coercion.“ Aber er gibt zu: „Inheritance and environment direct a man's actions. They suggest to him both the ends and the means. He lives not simply as man in abstracto; he lives as a son of his family, his race, his people and his age; ...“ Vgl. v. *Mises*, Ludwig; *Human Action, A treatise on Economics*, New Haven Yale University Press, 1949, S. 47 und S. 149.

² *Leitermann*, Heinz, *Zweitausend Jahre Mainz*, Mainz, 1962, S. 74.

Stärkste war, der schob den anderen in den Sack, wir er konnte und möchte. Die Reuter (Ritter) und Edelleute nährten sich aus dem Stegreif, mordeten wen sie konnten, verlegten und versperrten die Pässe und Straßen und stellten denen, so ihres Gewerbes halber über Land ziehen mußten, wunderbarlich nach. Daneben hatten etliche Herrschaften neue Zölle am Rhein aufgerichtet, auch das arme Volk mit übermäßigen, unbilligen Schatzungen hochbeladen und beschwert.¹ Wer damals von Basel bis zum Niederrhein eine Fracht hatte, mußte an rund dreißig offiziellen Zollstätten haltmachen, zu denen jetzt noch willkürlich von den Rittern eingerichtete Sperren kommen. Der Volksmund macht seinem Unmut darüber in satirischen Versen Luft:

'Der König und der Bischof teilen
Und Burg und Stadt und Dom,
Mehr Zölle sind am Rhein als Meilen
Und Pfaff und Ritter sperrt den Strom.
Zollschreiber sind zuerst Empfänger,
Dann stellt sich der Beseher ein,
Ihm folgt Nachschreiber und Nachgänger:
Vier Mann hoch zapfen sie am Wein.'"

Um diese Zustände zu verbessern, wird im Juli 1254 der „Rheinische Bund“ gegründet, den die Erzbischöfe, Bischöfe sowie viele Grafen und Herren „beschwören“. Seine Hauptaufgabe erblickt der Bund in der Abstellung ungerechter Zölle und in der Verfolgung von Raub und Gewalt, um die Sicherheit des Straßenverkehrs zu erhöhen. Weiterhin wird den einzelnen Ständen, die es in den Gebieten der Mitglieder gibt, Schutz versprochen. Das sind die Geistlichen und Orden, Christen und Juden, Städter und Bauern, Arme und Reiche. Auch soziale Hilfsmaßnahmen sind vorgesehen, wie zum Beispiel Unterstützung von wirtschaftlich Schwächeren durch Armensteuern und Bestimmungen über das Zinswesen.“¹ In Mitteleuropa führten Institutionalisierungen, etwa Städte- oder Staatenbündnisse, wie sie nach dem Dreißigjährigen Kriege zustande kamen, stets zu einer Verbesserung der wirtschaftlichen und sozialen Lage, nicht nur der herrschenden Bevölkerungsklasse, sondern auch der „Städter und Bauern“, die zu den niedrigeren Einkommensgruppen gehörten. Die Völker Europas waren sich des Vorteils einer starken Institutionalisierung bewußt und diese Lebensauffassung wurde vom Vater auf den Sohn übertragen.

Aus der zitierten Schrift *Leitermanns* geht hervor, daß es den rheinischen Städten bei ihrer Institutionalisierung darauf ankam, die verworrenen Verhältnisse abzuschaffen, die jeder auf egoistische Weise ausnutzen konnte. Die Frage, ob es den Rittern und Edelleuten überhaupt zukomme, Pässe und Straßen zu versperrn und denen, „die ihres Gewerbes halber über Land ziehen mußten, wunderbarlich nachzustellen“ oder mit Beistand des Monarchen „das arme Volk durch übermäßige Schatzungen hoch zu beladen und zu beschweren“, wurde nicht gestellt. Erst in Frankreich und England, wo die Institutionalisierung um der Ordnung im Staate willen zu einer Konzentration der Macht in den Händen des Königs und des Adels geführt hatte, wurde zur Zeit der großen Revolution dieser Gedanke weiterverfolgt. Die Bevölkerung fühlte sich trotz der geordneten Verhältnisse, die

¹ Vgl. *Leitermann*, a.a.O. S. 74.

mit der starken Institutionalisierung gegeben waren, genauso ausgenutzt wie die Rheinländer in der „kaiserlosen Zeit“. Man begann allmählich, an den Grundfesten der bestehenden Ordnung zu rütteln, und strebte danach, die vorhandenen Institutionen, das geltende Recht und die überlieferten zwischenmenschlichen Beziehungsformen überhaupt zu ändern. Um die spezifisch amerikanische Einstellung zur Institution und zum Staat deutlich zu machen und diese im Gegensatz zu der des mittelalterlichen Menschen und des Europäers, der überhaupt einer stärkeren und verbindlicheren Institutionalisierung zuneigt, zu sehen, sei auf den führenden Soziologen v. Wiese Bezug genommen. Von Wiese zeigt in einer Übersicht, wie die institutionellen Ordnungsfaktoren als Bestimmungsgründe und Erklärung einer sozialen Entwicklung ihre Anwendung finden können.¹ In seinen „Prozessen erster Ordnung“ zeigt er die Bandbreite der möglichen Institutionalisierung an, in seinen „Prozessen zweiter Ordnung“ liefert er eine Typologie der Institutionalisierungsprozesse. Das Schema als Ganzes wirft die Frage nach der Gesetzmäßigkeit eines Sozialprozesses auf. V. Wiese schreibt: „Mag im Gebilde ein starker beständiger Lebensstrom kreisen, den die C- und D-Prozesse zu benennen versuchen, so erscheinen dabei die Gebilde doch als etwas verhältnismäßig Bleibendes, während auch das unaufhörliche Untergehen und Neuwerden der Gebilde selbst, also das zwischengebildliche Leben, das Aufsteigen zu unpersönlicheren Gebildetypen und der Zerfall dieser Körperschaften zu berücksichtigen ist.“²

Schema der sozialen Prozesse (nach v. Wiese)

A-Prozesse des Zueinander	B-Prozesse des Auseinander	M-gemischte Prozesse
------------------------------	-------------------------------	----------------------

I Prozesse erster Ordnung

Aa: Annäherung	Ba: Lockerung	z. B. Konkurrenz
Ab: Anpassung	Bb: Abhebung	
Ac: Angleichung	Bc: Lösung	
Ad: Vereinigung	Bd: Erreichung des Ohnneinander	

II Prozesse zweiter Ordnung

Ca: Uniformierung	Da: Entstehung von Ungleichheiten
Cb: Einordnung	Db: Herrschen und Dienen
Cc: Sozialisierung	Dc: Abstufung und Schichtenbildung
	Dd: Auslese (Selektion)
	De: Individuation, Absonderung und Entfremdung

¹ Vgl. v. Wiese, Leopold, System der Allgemeinen Soziologie, II. Auflage, München und Leipzig 1933, S. 176 ff.

² v. Wiese, a.a.O., S. 177.

Ea: Institutionalisierung
Eb: Professionalisierung
Ec: Befreiung

Fa: Ausbeutung
Fb: Begünstigung und Bestechung
Fc: Formalismus und Verknöcherung
Fd: Kommerzialisierung
Fe: Radikalisierung
Ff: Verkehrung (Perversion)

Wenn neben dem Aufsteigen zu unpersönlichen Gebildetypen auch der Zerfall dieser Typen - ob eine Gesetzmäßigkeit vorhanden ist oder nicht, bleibe dahingestellt - beachtet werden muß, so taucht naturgemäß das Problem des Anstoßes, der zum Prozesse des Auseinander führen kann, auf. Die Ziele der sekundären Institutionen pflegen neben der Sicherung der Interesse ihrer Träger anderen Verbänden gegenüber auch das Verhalten der Träger untereinander und zur Institution zu umfassen. Der Staat als oberste Institution sollte sich dementsprechend der Sicherung der Interessen der Staatsbürger nach außen und der Ordnungen der Verhältnisse zwischen Bürger und Bürger, Bürger und Institution sowie Interessengemeinschaft und Interessengemeinschaft widmen. Nun haben alle Nationen ihre spezifischen Religions-, Wirtschafts- und Sozialordnungen. Jede dieser Ordnungen ist, geschichtlich gesehen, von einem besonderen Geist geprägt und hat eine besondere Zielsetzung. Vor allem stark sozialisierte, institutionalisierte, professionalisierte, zentralisierte, totalitäre Staaten lassen eine spezielle Geistesrichtung erkennen. So kennt die Vergangenheit eine Reihe von „Ismen“:¹ Kirchenabsolutismus, Staatsabsolutismus, Merkantilismus, Feudalismus. Heute sind „Ismen“ wie Sozialismus, Faschismus, Kommunismus geläufig. Manches spricht dafür, daß Institutionen und Sozialordnungen, wenn sich die Macht im Verlaufe der Sozialdynamik in wenigen Händen konzentriert, eine Überbetonung bestimmter menschlicher Bedürfnisse mit sich bringen.² Diese Entwicklung braucht sich jedoch nicht zwangsläufig einzustellen. Viele stark institutionalisierte Staaten haben bei ihrem Sozialisierungsprozeß eine einseitige Ausrichtung auf die Befriedigung eines bestimmten Bedürfnisses vermieden und ihre Institutionen auf eine abgewogene Bedürfnisbefriedigung abgestellt. Diese Tugend wird zum Beispiel den Staatsprägungen Friedrichs des Großen und Bismarcks nachgesagt. Daneben gibt es jedoch andere Staaten, die einer Vereinseitigung zuneigen. Unter ihnen sind folgende Sozialisierungsformen denkbar:

- (1) Beruht, wie etwa im Mittelalter in Europa, die Weltanschauung eines Volkes auf religiösen, moralischen Bewertungsvorstellungen, so ist die Institution Kirche die beherrschende Macht im sozialen Zusammenleben. Die Kirche übernimmt im Prozeß des gesellschaftlichen Zueinanders die führende Rolle. Das kann in einem Staate zu einem Kirchenabsolutismus oder zu einer „Totalkirche“ führen.
- (2) Überwiegen in einem Volke Zielsetzungen und Bewertungsvorstellungen, die dem Geltungs- und Selbstbehauptungstrieb entspringen, so daß der vornehmliche Zweck zur Institutionalisierung in dem Wunsch, den Widerstand eines Kon-

¹ Vgl. Montaner, a.a.O., S. 1 zum Begriff „Ismen“. Er soll auf eine Vereinseitigung zu Gunsten des damit verbundenen Stammwortes hindeuten.

² Vgl. die Ausführungen auf S. 22 über Menschentypisierung.

kurrenten zu überwinden, gesehen werden kann, so kann der Sozialprozeß innerhalb dieser Gesellschaft zu einer Machtkonzentration auf eine bestimmte Spitze hin führen. Das liefe auf einen Staatsabsolutismus hinaus.

- (3) Wird in einer Gesellschaft die materielle Bedürfnisbefriedigung auf der Grundlage des dialektischen Materialismus institutionalisiert, so führt dieser Sozialisierungsprozeß in seiner verengten Form zum Kommunismus.

Ist der Bogen im binnenstaatlichen Ideologiekampf überspannt, befindet sich das System infolge von Korruption und Dekadenz auf der oberen Stufe der Sozialleiter in Verfall, ist das System von außen her zerstört oder fühlt sich das Volk mit der Reglementierung und Freiheitseinschränkung nicht mehr zufrieden, so kann aus diesen Gründen ein Umschwung in dem von v. W i e s e beschriebenen Sozialprozeß eintreten. Eine Überspitzung der Uniformierung, Institutionalisierung und Professionalisierung führt zum Ablauf des B-Prozesses. Entwickelte sich der Sozialprozeß eines Volkes jahrhundertlang in einer Richtung, so neigt dieses Volk dazu, sich mit der ihm vertrauten Sozialordnung abzufinden, ja sich darüber hinaus die Ziele und Bewertungsvorstellungen des stark institutionalisierten Staates zu eigen zu machen. Eine einmal gewordene Gesellschaftsordnung kann sich nur langsam ändern, es sei denn, eine Revolution fände statt, die die Befreiung des einzelnen von der Reglementierung des Staates zum Ziele hat und die nicht darauf hinaus läuft, daß der Staatsabsolutismus durch ein anderes, genau so stark zentralisiertes Gesellschaftsgefüge ersetzt wird. Der Anstoß zu einer solchen Revolution muß in einem Volke von innen kommen und seinem Geiste gemäß sein. Fremdes Geistesgut kann nur vorübergehend die Einstellung eines Volkes zu seiner institutionellen Ordnung beeinflussen.

Entschlösse sich eine Bevölkerung, die von Jugend auf durch Familie, Schule, Kirche und Gesellschaft zu gewissen Bewertungsvorstellungen, Verhaltensweisen und Einstellungen ihren Institutionen gegenüber angehalten worden ist, die geltende Gesellschaftsordnung aufzugeben, so müßten sich in der Tat gewichtige Beweggründe dafür auffinden lassen. Folgende Motive, einzeln oder in Kombinationen, scheinen den A-Prozeß v. W i e s e s umkehren zu können:

- (1) Eine Bevölkerung fühlt sich auf religiösem Gebiet durch die bestehende Rechts- und Kirchenordnung bedroht oder unterdrückt.
- (2) Die Menschen glauben sich durch die Verlagerung der Entscheidungsmacht von den Gebilden des sekundären Institutionalisierungsprozesses auf das Kollektivgebilde in ihrer Persönlichkeitsentfaltung gehindert.
- (3) Ein Volk fühlt sich in seinem Wunsch nach materieller Bedürfnisbefriedigung ausgenutzt oder ausgebeutet, was seinem Trieb zur Selbsterhaltung zuwiderläuft.

Das angelsächsische Element des amerikanischen Volkes darf als klassisches Beispiel für eine Bevölkerung angesehen werden, die sich in ihrer Mehrzahl bewußt von den bisherigen religiösen, politischen und wirtschaftlichen Bindungen lösen und die sich, nachdem diese Bindungen aufgegeben waren, ebenso bewußt von allen Institutionalisierungen freihalten wollte, die geeignet waren, eine neue Reglementierung herbeizuführen. Die Revolüt on der Neuenglandkolonisten gegen Großbritannien im Jahre 1776 gab den Ansiedlern europäischer

Abstammung in der werdenden amerikanischen Nation eine geistige Tradition, die erheblich von der anderer Völker abweicht. Selten kamen in der Weltgeschichte, wenn eine geltende Sozialordnung verworfen wurde, so viele Motive, die einen Umsturz herbeiführen können, zusammen wie bei den Immigranten der englischen Kolonien in Nordamerika. Dazu kam, daß die Besiedlung des neuen Kontinents nach der Reformation und während der Renaissance erfolgte, in einer Zeit also, in der der Mensch sich von der Vorstellung frei machte, daß die bestehenden zwischenmenschlichen Beziehungen genauso wie die Ordnung des Universums von Gott gewollt und deshalb unabänderlich und unerforschbar seien.

Die ersten europäischen Besiedler der Neuengland-Kolonien rekrutierten sich zum größten Teil aus Bevölkerungsschichten, die Haus und Herd verlassen hatten, um ihre Religion frei ausüben zu können. Zur Zeit des Kirchen- und Staatsabsolutismus waren in Europa die Treue zum Herrscher und der Glaube an die Kirche die höchsten staatsbürgerlichen Tugenden. Zur gleichen Zeit wurden in den englischen Kolonien Nordamerikas nach dem Willen der Protestanten die herkömmlichen Bindungen zur Kirche gelöst. Die Kolonisten waren bereit, für die Verwirklichung ihrer Prinzipien Not und Leid auf sich zu nehmen und in Entbehrung und Entsagung auszuharren. Sie bestanden darauf, das gesamte Sozialgebilde so zu gestalten, daß weder andere Menschen noch höhere Institutionen im Staatsgefüge die Religionsfreiheit beeinträchtigen konnten. Der Geist der protestantischen Sekten ist als einer der Hauptfaktoren der sozialen Entwicklung der Vereinigten Staaten zu bewerten. Er ist ein einmaliges Phänomen und hat das mitprägen helfen, was man heute die Ideologie des Westens nennen könnte. Diese Ideologie, nach der jeder im Religionsbereich „nach seiner Façon selig werden soll“, ist grundlegend für die amerikanische Gesellschaftsordnung geworden.

Der König und das englische Parlament nahmen das Recht für sich in Anspruch, Behörden in den Kolonien einzusetzen und die Siedler in ihrer sozialen und politischen Entfaltung einzuschränken. Die englischen Kolonisten und erst recht die sonstigen europäischen Siedler in Pennsylvania, New York und Delaware meinten, im Parlament nicht ausreichend vertreten zu sein. Schon in der Kolonialzeit bestand die Bevölkerung der neuen Welt aus Kulturgruppen, die mehrere Nationen, mehrere Rassen und mehrere Volksgesinnungen repräsentierten. Die nichtenglische Bevölkerung lehnte es ab, sich einer starken Regulierung, die dem Geist einer fremden Kultur angepaßt war, zu unterwerfen. Das führte dazu, daß man zunächst die Autorität Großbritanniens in Kolonialangelegenheiten bestritt und später, daß man zu verhindern suchte, überhaupt irgendeine Zentralregierung, auch eine amerikanische, mit weitreichenden Machtbefugnissen auszustatten. Die verschiedenen Kulturgruppen wollten ungestört nach ihren eigenen Bräuchen, Sitten und mit ihren selbstgeschaffenen Institutionen leben. Man beschloß deshalb, die Hoheitsrechte im Staate, so weit das möglich war, auf eine Vielzahl von regionalen Regierungen zu verteilen. Hierbei lag der Gedanke nahe, die „Souveränität“ auf die einzelne Siedlung, die Familie oder sogar auf den einzelnen weiter zu verlagern.

Obwohl sich zunächst riesige Handelskompanien der Besiedlung der Kolonien annahmen, unterstanden die Kolonisten doch dem Monarchen, dem im merkantilistischen Zeitalter die Kontrolle über die Gesellschaften zukam und der Unternehmungen wie die Kolonisation von riesigen Gebieten konzessionierte. Die führenden Vertreter der Handelsgesellschaften in den Kolonien waren zugleich mit exekutiver Gewalt ausgestattete Beamte des Königs. Um die

Besiedlung und Ausbeutung der Kolonien durchführen zu können, war es nötig und üblich, die Siedler der Autorität dieser kommerziellstaatlichen Behörden zu unterstellen. Auch den wenigen unabhängig nach Amerika gekommenen Einwanderern wurden von diesen Behörden weitreichende Handelsrestriktionen und drückende Steuern auferlegt. Wer seine Überfahrt nicht selbst finanzieren und die anfänglichen Betriebskosten zu eigenen Unternehmungen nicht selbst aufbringen konnte, blieb auch in der neuen Welt den königlichen Beamten in einer Art Leibeigenschaft unterstellt. Im Laufe der Zeit mußten diese Zustände in einer Gesellschaft, die von John Locke und David Hume stark beeinflusst war, großen Unwillen erregen. Für jeden Kolonisten bot nämlich der natürliche Reichtum des Landes durchaus die Möglichkeit, sich wirtschaftlich selbständig zu machen. Voraussetzung hierfür war allerdings, daß er gegenüber den Handelsgesellschaften nicht verschuldet war und nicht der behördlichen Kontrolle unterlag. Aus diesem Grunde verstärkte sich überall im Volk der Wunsch, alle als Ausnutzung empfundenen wirtschaftlichen Hindernisse aus dem Wege zu räumen, Handelsrestriktionen und hohe Steuerlasten, von denen man behauptete, sie seien nur möglich gewesen, weil die Kolonien im Parlament des Mutterlandes nicht angemessen vertreten waren, führten in der Hauptsache zur Auflehnung der Bevölkerung gegen die Zentralgewalt, die die wirtschaftliche Tätigkeit kontrollierte und das Gedeihen der privaten Unternehmungen gefährdete. Zu der Sehnsucht nach wirtschaftlicher Selbständigkeit kam das Bestreben, auf religiösem und politischem Gebiet eigene Wege zu gehen.

Alle diese Faktoren begünstigten die Ausprägung einer „Weltanschauung“, die der klassischen Vorstellung von der Notwendigkeit zur Institutionalisierung entgegenlief. Die kolonialen Erfahrungen lehrten die Bevölkerung, daß die Lockerung oder Auflösung einer vorhandenen institutionellen Ordnung dem einzelnen zum Vorteil gereiche, weil nur diese zu einer Befreiung von einer Sozialordnung, die auf einem Herrscher-Diener Verhältnis beruhte, hatte führen können. Diese aus amerikanischem Erleben entstandene Gesellschaftsphilosophie ist heute noch im Volk, wenn auch nicht immer in akademischen Kreisen, unbestritten. Die Grundkonzeption des Amerikanismus wurde für die darauffolgenden Generationen in dem Beschluß des Kongresses, die Kolonien unabhängig von Großbritannien zu machen, schriftlich fixiert. Für den gebürtigen Amerikaner spricht aus der Unabhängigkeitserklärung erst in zweiter Linie die Forderung nach Unabhängigkeit von England. Für ihn ist vielmehr an dieser Stelle das geistige Fundament der amerikanischen Sozialordnung niedergelegt.¹ In der Präambel zur Unabhängigkeitserklärung wurde festgestellt: „Wir halten diese Wahrheiten für selbstverständlich, nämlich daß alle Menschen gleich geschaffen worden sind, daß sie von ihrem Schöpfer mit gewissen unveräußerlichen Rechten ausgestattet wurden, unter denen sich Leben, Freiheit und das Trachten nach persönlichem Wohlergehen befinden; daß zur Sicherung dieser Rechte unter den Menschen Regierungen eingesetzt worden sind, die ihre gerechte Macht von der Zustimmung der Regierten ab-

¹ Der Tag, an dem diese Erklärung im Kongreß im Jahre 1776 angenommen wurde (4. Juli - Independence Day), wird neben dem Tag, an dem die Pilgerväter im November 1621 ihr erstes Dankfest für das Eintreffen eines Schiffes mit neuen Vorräten, für das Einbringen einer guten Ernte und für den Erfolg auf der Jagd hielten (Thanksgiving Day), als Nationalfeiertag in den Vereinigten Staaten begangen.

leiten, daß, sobald eine Regierungsform diesen Zwecken entgegensteht, es für das Volk rechtens ist, sie zu verändern oder abzuschaffen und eine neue Regierung einzusetzen, deren Grundlage auf solche Prinzipien gestellt und deren Machtbefugnisse so eingerichtet sind, wie sie ihnen am besten zur Verwirklichung ihrer Sicherheit und ihres Wohlergehens geeignet scheinen.“¹

Man interpretierte die Unabhängigkeitserklärung in dem Sinne, daß die Sicherheit eine gewisse Machtkonzentration in den Händen der Zentralgewalt verlange, das Wohlergehen hingegen dadurch garantiert werde, daß die Selbstverwaltung möglichst innerhalb der Familie oder der einzelnen Gemeinde, höchstens aber auf der Ebene der Gliedstaaten durchgeführt werde. Die US-Verfassung, die 1789 von den regionalen Regierungen der inzwischen von Großbritannien unabhängig gewordenen Gebiete angenommen worden war, räumte der Zentralregierung ausreichende Machtbefugnisse ein, damit sie die ihr zugedachten Aufgaben erfüllen konnte.

Wenn in der Dynamik eines Sozialprozesses eine Gesetzmäßigkeit oder wenigstens eine Regelmäßigkeit festzustellen ist, so sollte nach v. Wiese dem „Auseinander“ ein erneutes „Zueinander“ folgen. Die gesellschaftliche Entwicklung in den U.S.A. scheint die Richtigkeit dieser These zu beweisen. Um die Mitte des 19. Jahrhunderts machte sich im amerikanischen Bund die Tendenz bemerkbar, den Gliedstaaten einige ihrer früheren, selbstverständlichen Rechte zu nehmen und dem Bund größere Verfügungsgewalt zuzusprechen.²

Das Zueinander scheint — sieht man von Revolutionen und Kriegen ab — die normale Entwicklung eines Sozialprozesses zu kennzeichnen. Die Tendenz der Menschen, sich einander anzupassen, sich zu vereinigen und einzuordnen, sich zu uniformieren und zu institutionalisieren, ist in der ganzen Welt verbreitet. Insbesondere seit dem zweiten Weltkrieg herrscht unverkennbar die Neigung, sogar überstaatliche Institutionen auf wirtschaftlichem, aber auch auf politischem und gar kirchlichem Gebiete zu schaffen. Ob die Kämpfe zwischen Spitzenverbänden, Ideologien und machthungrigen Persönlichkeiten einerseits und der Bevölkerung, die sich bedroht, bedrängt oder ausgebeutet fühlt, andererseits dem

¹ Vgl. Morison-Commager, *The Growth of the American Republic*, New York, 1942 ins Deutsche übersetzt von P. Schmidt. (Morison-Commager, Band I, a.a.O., S. 220). Diese Autoren fügen hinzu: „Diese ‚Wahrheiten‘ waren nicht Jeffersons Gehirn entsprungen, sie waren eine politische Theorie, die für seine Generation ‚selbstverständlich‘ war. Diese Philosophie stammte offensichtlich aus John Lockes ‚Zweiter Abhandlung über die Regierung‘ und beruhte auf der praktischen Erfahrung, die die Amerikaner selbst gemacht hatten.“ (ebenda).

Der englische Wortlaut der Präambel zur Unabhängigkeitserklärung lautet: „We hold these truths to be self-evident, that all men are created equal, that they are endowed by their Creator with certain inalienable rights, that among these are life, liberty, and the pursuit of happiness; that to secure these rights governments are instituted among men, deriving their just powers from the consent of the governed. That whenever any form of government becomes destructive of these ends, it is the right of the people to alter or abolish it, and to institute new government laying its foundation on such principles, and organizing its powers in such form, as to them shall seem most likely to effect their safety and happiness.“ Vgl. Dart, a.a.O., S. 387).

² Man darf das Gründungsprogramm der gegenwärtigen Republikanischen Partei, die Sklaverei in Staaten, die in Zukunft zum Bund zugelassen werden sollen, nicht zu erlauben, als Auftakt dieser Entwicklung betrachten. Diese politische Partei, die nicht mit der Partei Jeffersons, die bald Demokratische, bald Republikanische, bald Republikanisch-Demokratische Partei hieß, verwechselt werden darf, wurde am 6. Juli 1854 gegründet. (Vgl. Morison-Commager, Band I., a.a.O., S. 698).

A-Prozeß von v. Wiese, auf weltweiter Basis betrachtet, ein Ende setzen würde, läßt sich nicht ohne weiteres entscheiden. Die Erfahrung scheint lehren zu wollen, daß sich mit dem Wirksamwerden des Malthus'schen Bevölkerungsgesetzes, mit der Zusammenballung der Bevölkerung in Industriezentren, den Vorteilen der Arbeitsteilung und Markterweiterung, dem Fortschritt im Verkehrswesen das Zueinander unter den Menschen immer stärker bemerkbar macht. Um seine gesellschaftlichen Beziehungen zu ordnen und zu regeln, fordert der Mensch selbst eine engere vertragliche und gesetzliche Verbindung.

In den U.S.A. darf die soziale und wirtschaftliche Entwicklung in den Gliedstaaten und im Bund jedoch nicht allein aus der Perspektive der Angelsachsen und der Pilgerväter angesehen werden. Die Bevölkerungen der verschiedenen Staaten haben zum Teil stark voneinander abweichende gesellschaftliche, wirtschaftliche und politische Interessen. Die 40 Millionen Katholiken und die $5\frac{1}{2}$ Millionen Juden bringen nicht allzuviel Verständnis für die religiösen Wertvorstellungen der 60 Millionen Protestanten und für ihre sich daraus ergebende Einstellung zur Institutionalisierung und zum Staat auf. Vor allem darf aber nicht übersehen werden, daß weite Gebiete der heutigen Vereinigten Staaten zunächst von Spanien und Frankreich besiedelt wurden und daß die Bevölkerung der Gliedstaaten, die später aus diesen Territorien entstanden, eine völlig andere Einstellung zur institutionellen Ordnung mitbrachte.

III. DIE KOLONIE LOUISIANA NACH IHRER GRÜNDUNG DURCH DIE FRANZOSEN BIS ZUR EINGLIEDERUNG IN DIE VEREINIGTEN STAATEN. (1682 — 1803)

1. Die Anfänge.

Rund hundert Jahre vor der Zeit, in der in Frankreich der Ruf „liberté, égalité, fraternité“ die bis dahin bestehende kirchliche und staatliche Ordnung in der alten Welt ins Wanken brachte und in der neuen Welt die 13 englischen Kolonien jede geistige und wirtschaftliche Bevormundung des Individuums durch Kirche und Staat verwarfen, wurde Louisiana von den Franzosen in Besitz genommen. Bei ihrer Gründung wurde die Kolonie der Herrschaft des französischen Königs und dem Einfluß der katholischen Kirche unterstellt. Robert Cavalier, Sieur de La Salle kam von Kanada den Mississippifluß herunter und erreichte am 7. April 1682 die Küste des Golfes von Mexiko. Ein Begleiter La Salles schildert die Landnahme: „On the 8th, we reascended the river, a little above its confluence with the sea, to find a dry place, beyond the reach of inundations. The elevation of the North Pole was here about 27 degrees. Here we prepared a column and a cross, and to the said column were affixed the arms of France, with the inscription:

‘Louis Le Grand, Roi de France et de Navarre, Règne;
le Neuvième Avril, 1682.’“¹

Einen Tag, nachdem La Salle und seine Leute die Säule mit dem Wappen Frankreichs und das Kreuz errichtet hatten, wurde, so berichtet der Chronist weiter, das neuentdeckte Gebiet von der Kirche gesegnet.²

Die Aufstellung der Säule mit dem französischen Wappen vor dem Kreuz und die Tatsache, daß die kirchliche Segnung der Kolonie erst einen Tag nach der Besitzergreifung des Landes durch einen Vertreter des französischen Staates erfolgte, könnte symbolisch die Ablösung der Vorherrschaft der Kirche durch die Vorherrschaft des Staates zum Ausdruck gebracht haben. Schritt für Schritt hatten sich die Wertvorstellungen der französischen Gesellschaft, die zunächst bei allen christlichen Nationen des Abendlandes von der nachhaltigen Betonung des Geborgenheits- und Unsterblichkeitsbedürfnisses bestimmt waren, zugunsten einer vom Drang zur Persönlichkeitsentfaltung und materiellen Selbsterhaltung geformten Bewertung und Zielsetzung verschoben. Für die unter französischer Oberhoheit gegründeten Kolonien stellt sich für Hopp der später von v. Wiese geschilderte Sozialisierungsprozeß folgendermaßen dar:

„Es waren drei Mächte, die es unternahmen, den neuentdeckten Erdteil gemeinsam zu erobern und zu bewältigen: der zwar bezwungene, aber immer noch lebenskräftige Feudalis-

¹ French, a.a.O., S. 4.

² French, a.a.O., S. 4.

mus, die siegreich über ihn triumphierende Monarchie und das wiedererwachende Rom, welches bestrebt war, dasjenige in anderen Ländern zurückzugewinnen, was es im eigenen Reiche verloren hatte. . . ."¹

Innerhalb der Kirche war zur Zeit der Kolonisation Amerikas der Institutionalisierungsprozeß bis zum Entstehen unpersönlicher Gebildetypen gediehen, und die gegenläufige Entwicklung zur Lockerung der institutionellen Ordnung setzte ein. Trotz dieser Entwicklung steht jedoch das Denken der Bevölkerung in den von den Franzosen und vor allem in den von den Spaniern besiedelten Gebieten noch stark unter dem Einfluß der römisch-katholischen Kirche.

2. Die Kirche

In Louisiana spielte die römisch-katholische Kirche in kolonialen Tagen eine führende Rolle, und ihr straff institutionalisierter Aufbau wirkte sich auf die sich bildende soziale Ordnung in dem späteren Gliedstaat der U.S.A. aus. Was in dieser Richtung unter der Herrschaft der Franzosen begonnen wurde, wurde während der spanischen Zeit (1766-1803) verstärkt fortgesetzt. Für die Bevölkerung von Louisiana trifft die Vorstellung, dem amerikanischen Bürger gehe der Individualismus über alles, und er sei nur in den seltensten Fällen bereit, sich seine persönliche Freiheit von irgendeiner Seite her einschränken zu lassen, nicht völlig zu. Besonders in Südlouisiana ist das soziale Verhalten der Bevölkerung noch stark von der katholischen Kirche gelenkt. Aus diesem Grunde scheint es, um die soziale Entwicklung des Staates richtig beurteilen zu können, angebracht, sich das Denken der mittelalterlichen Menschen, die noch ganz im Schoße der Kirche lebten, ins Gedächtnis zurückzurufen. Hillebrecht charakterisiert es wie folgt:

„Der mittelalterliche Mensch ist immer nur ein Teil eines Ganzen, der Gemeinschaft der Gläubigen. Jeder steht im Erwerbsleben nicht allein, sondern als Mitglied seines Standes, der meist in einer Zunft, oft unter Betonung des religiösen Bruderschaftsgedankens, organisiert ist.“² Man verteilte Eigennutz und Profitsucht. Vom einzelnen wurde erwartet, daß er seine Kräfte für die Gemeinschaft und deren Bedürfnisse einsetze und daß er sich wohl-tätig seiner Mitmenschen annehme. Das Leben auf der Erde wurde als kurze Übergangszeit angesehen, die man so zuzubringen hatte, daß man sich des ewigen Lebens im Jenseits würdig erwies. Aller das Existenzminimum übersteigende materielle Besitz war unnötig. Alle Schätze dieser Erde kamen allein Gott zu. Edelmetalle und anderer Luxus gehörte der Kirche, die zu Ehren Gottes alle Pracht zu entfalten hatte, und, um sich einen Platz im Jenseits zu sichern, lieferte man einen guten Teil seines Besitzes an die geistliche Obrigkeit ab. Der einzelne wurde in allen Lebensbereichen von der Kirche gelenkt und dazu angehalten, im Interesse der Gemeinschaft zu handeln. Das Christentum predigte immaterielle Werte wie Entsagung, Aufopferung, Treue und Glauben an Gott. In diesem Sinne wur-

¹ Hopp, Ernst Otto, Bundesstaat und Bundeskrieg in Nordamerika, Berlin, 1886, S. 71.

² Hillebrecht, Arno, Geschichte der volkswirtschaftlichen Lehrmeinungen, Stuttgart, Düsseldorf, 1950, S. 19.

den die Menschen erzogen. Die Wirkung dieser Erziehung war umso nachhaltiger, als das gesamte Bildungswesen von Geistlichen getragen und gestaltet wurde.

In Altloisiana lag das Bildungs-, das Fürsorge- und weitgehend auch das Gesundheitswesen in den Händen der Kirche. Sie brachte die Kosten, die diese Aufgaben verursachten und die heute über 50% im Haushaltsplan von Louisiana ausmachen, zum Teil aus eigenen Mitteln und zum Teil mit Hilfe des Staates auf.

Der Erziehung der Jugend wurde im 17. und 18. Jahrhundert in Frankreich und Spanien und erst recht in einer Kolonie von Staats wegen wenig Aufmerksamkeit geschenkt. Die Einrichtung von Bildungsinstituten blieb der Privatinitiative und der Kirche überlassen. Zuerst gründeten französische Orden Schulen und widmeten sich der Armenpflege. Die Ursulinerinnen nahmen sich beispielsweise besonders der Mädchenerziehung an und walteten auf diesem Gebiete ziemlich selbständig. Als während der spanischen Herrschaft in Louisiana ein Streit zwischen spanischen und französischen Orden entstand, in dem die Spanier den Franzosen zu große Leichtfertigkeit und die Franzosen den Spaniern zu großen Rigorismus in Glaubensdingen vorwarfen, weigerten sich die Ursulinerinnen, spanische Schwestern an denen von ihnen gegründeten Einrichtungen mitarbeiten zu lassen und die spanische Sprache einzuführen. Trotz einzelner Schulgründungen wurde im großen und ganzen wenig unternommen, um der breiten Masse der Bevölkerung eine geordnete Schulbildung zukommen zu lassen. Edwin A. Davis schreibt dazu: „While a few of the wealthy Creoles educated their sons in France or the United States and an even larger number provided tutors to teach their children to read and write, the majority had little interest in education.“¹ Als die französische und spanische Herrschaft zu Ende ging, war Louisiana, was das Bildungswesen anbetraf, eine rückständige Kolonie. Schätzungsweise konnten nur einige hundert Personen lesen und schreiben.

Da in Louisiana die englischen „poor laws“, die ersten Maßnahmen im Fürsorgewesen in den atlantischen Kolonien, nicht zur Anwendung kamen, lag die Wohlfahrt völlig in den Händen der Kirche und privater Wohltätigkeitsverbände. Die bereits erwähnten Ursulinerinnen hatten sich schon in Frankreich der Aufsicht abhängiger junger Mädchen und der Betreuung der Armen angenommen. Als sich dieser Orden 1727 in New Orleans niederließ, arbeitete er auf dem gleichen Gebiete weiter. Die Ursulinerinnen sind Pioniere der Wohlfahrtspflege in Louisiana. Sie gründeten das erste Heim für heimatlose Kinder und die „Loge de Charité“ für die Armen. Das von einem französischen Seefahrer gestiftete „Charity Hospital of New Orleans“, eine der ältesten Fürsorgeeinrichtungen, wurde seit seiner Gründung von einem katholischen Orden geführt.² Dieses Krankenhaus, das Armen und Reichen in gleicher Weise zur Verfügung steht, genießt noch heute den Ruf eines der besten Krankenhäuser im Süden der Vereinigten Staaten zu sein.

Louisiana hat im Laufe seiner Geschichte, was den Grad und den Umfang der Institutionalisierung zur Befriedigung der religiösen Bedürfnisse anbetrifft, alle Stadien des Aufstiegs zu unpersönlichen Gebildetypen und die des darauffolgenden Abbaus der geschaffenen Institutionen gesehen. Die Bevölkerung erlebte alles von der Inquisition, die die

¹ Davis, Edwin Adams, Louisiana, The Pelican State, Baton Rouge 1959, S. 126.

² Vgl. das Sammelwerk „Workers of the Writers' Program of the Work Projekts Administration in the State of Louisiana, Louisiana, A Guide to the State,“ New York, 1941, S. 111.

Institution Kirche auf dem Höhepunkt ihrer Macht zeigen mag, bis zur Auflösung der hierarchischen Kirchenordnung und der Abspaltung von protestantischen Sekten, die für sich Religionsfreiheit in Anspruch nahmen. Die besondere Situation auf dem neuen Kontinent bewirkte im Bereich der Kirche eine Beschleunigung des sich auch in der alten Welt schon im Gang befindlichen Prozesses des Auseinanders, obwohl sich die Kirche gegen diese Entwicklung zur Wehr setzte.

Davis berichtet zur kirchlichen Inquisition in Louisiana:

„About this time (1788, der Verf.) a Capuchin priest named Father Antonio de Sedella arrived in New Orleans as the representative of the Inquisition, which was a Catholic Church court for the trial and punishment of heretics. Governor Miro soon received a letter from him saying that it might be necessary, in carrying out his work, to have some guards or soldiers placed at his command. 'On reading the communication,' wrote Governor Miro, 'I shuddered.' And he continued that 'the mere name of the Inquisition' would keep prospective immigrants from coming to Louisiana and might even drive out some who had already arrived. So he bundled Father Antonio aboard a ship which sailed away from Louisiana the next morning.“¹ Als streng institutionalisiertes Gebilde konnte sich die katholische Kirche in Louisiana nicht durchsetzen. Dennoch ist die Einwirkung, die sie auf die soziale Entwicklung des Landes genommen hat, im Vergleich zu anderen Staaten der U.S.A. sehr bedeutend.

Die frühere einheitliche, streng hierarchisch aufgebaute Kirche hat sich auch in Louisiana in eine Vielzahl von Religionsgemeinschaften mit von der katholischen Lehre abweichenden Glaubensbekenntnissen aufgespalten. Eine Umfrage des „National Council of Churches“ im Jahr 1956 ergab, daß über 80% der weißen Bevölkerung einer Kirche angehörten. Damit stellte Louisiana den höchsten Prozentsatz an weißen Kirchenmitgliedern in allen Gliedstaaten der U.S.A. 50% bekennen sich zu protestantischen Sekten, 47% zur katholischen Kirche und die übrigen 3% entweder zur jüdischen oder zu einer sonstigen Religion. Etwa 80% der einer Kirche zugehörigen Negerbevölkerung bekennen sich zu protestantischen Sekten, vorwiegend zu den Baptisten. Die bedeutendsten Religionsgemeinschaften sind, an der Zahl der Gotteshäuser gemessen, die Baptisten mit über 1.200, die Methodisten mit über 600 und die Katholiken mit mehr als 350 Kirchen.² Davis schreibt: „The Catholic Church is of course the oldest church in the state. Until recently south Louisiana had few Protestants and north Louisiana had few Catholics, but now Catholics and Protestants alike live in all sections of the state.“³

Obwohl der Amerikanismus eine strenge Trennung der Institutionalisierungsbereiche Kirche, Staat und Wirtschaft vorsieht, ist die Einflußnahme der Kirche auf die Gestaltung des gesellschaftlichen Zusammenlebens außerhalb ihres Bereiches nicht unmöglich gemacht. In der Politik ist bei einer Wahl oft die Religionszugehörigkeit eines Kandidaten von entscheidender Bedeutung. Auch die „fraternal orders„ sind durchaus an gesellschaftlichen und politischen Angelegenheiten interessiert und wissen ihren Interessen Nachdruck zu verleihen. Diesen mit den Religionsgemeinschaften in Verbindung stehenden Institutionen

¹ Davis, a.a.O., S. 103.

² Davis, a.a.O., S. 328.

³ ebenda.

sind nach außen hin nicht die gleichen Zuständigkeitsgrenzen gezogen wie den Kirchen selbst. Im Jahre 1955 gab es z. B. in Louisiana 50.000 Freimaurer, 20.000 „Knights of Columbus“ (Katholiken) und beinahe 6.000 Mitglieder des Ordens „B'nai B'rith“ (Juden).¹ Beschränkt man sich indessen auf die französische und spanische Zeit Louisianas, so kann man sagen, daß die katholische Kirche das Feld der immateriellen Bedürfnisbefriedigung beherrschte. Ihre Macht und ihr Einfluß auf Staat und Wirtschaft sind heute noch in abgeschwächter Form wirksam. Auf die Familie und den einzelnen übt die katholische Kirche noch immer starken Einfluß aus. Die von ihr geprägten Zielsetzungen und Wertvorstellungen sind wesentliche Faktoren in der sozialen und wirtschaftlichen Entwicklung des Landes.²

3. Der Geist des Absolutismus

Thomas Hobbes (1588-1679) hat mit seiner Philosophie des Staatsabsolutismus die theoretischen Grundlagen für die absolutistische Regierungsform Ludwigs XIV. von Frankreich und aller seiner Nachfolger und Nachahmer geliefert. In seinen Schriften „De cive“ und „Leviathan“ nimmt er an, der Mensch sei von Natur aus selbstsüchtig und ungesellig. Jeder gehe rücksichtslos seinem eigenen Vorteil nach und versuche, möglichst viele Güter in seinen Besitz zu bringen (homo homini lupus). In diesem Bestreben kommt der Mensch mit seinen Mitmenschen in Konflikt. Jeder führt beständig Krieg gegen jeden (bellum omnium contra omnes). Der Trieb zur Selbsterhaltung und damit das Streben nach Sicherheit lassen es auf die Dauer ratsam erscheinen, den Krieg aller gegen alle zu vermeiden, sich zusammenzuschließen und sich gemeinsamen Gesetzen, die jeden einzelnen schützen, aber gleichzeitig die Freiheit jedes einzelnen einschränken, zu unterwerfen. Man schließt aus Gründen der Vernunft einen Staatsvertrag, d. h. man verzichtet als einzelner auf alle Machtmittel, um in Ruhe und Sicherheit leben zu können. Der Staatsvertrag kann nur wirksam werden, wenn ein Wille da ist, der die Durchsetzung der geschaffenen Gesetze notfalls erzwingen kann.

In den absolutistisch regierten Staaten wurde dem Souverän die Macht übertragen, den Gesetzen Wirksamkeit zu verleihen. Mit Hilfe eines Beamtenapparates und eines Heeres verwaltete der Herrscher den Staat im Inneren und schützte und verteidigte ihn nach außen. Denkt man an Hobbes' Bild, der Mensch sei im Naturzustand dem Menschen ein Wolf, so könnte man die absolutistisch regierten Staaten mit Wolfsrudeln vergleichen. Unter der Führung eines Leittieres geht ein Wolfsrudel gemeinsam auf Futtersuche. Das

¹ Davis, a.a.O., S. 328.

² Die führenden Köpfe der französischen Kolonialverwaltung waren sich von Anfang an der Nachteile einer Staatskirche für die Kolonisation bewußt. „Champlain and other enlightened spirits - perceived the difficulty of creating and retaining a colonial domain; observed how few Frenchmen, even among the sailors of Brittany and Normandy, were willing to expatriate themselves, and appreciated the disadvantage of the French colonies, with an established church, as compared with the English possessions, where dissidents and free-thinkers were welcome.“

Vgl. Morris, Henry C. The History of Colonization from the Earliest Times to the Present Day. New York 1900, Band I., S. 371.)

Leittier sucht und sichert für sein Rudel die besten Futterplätze und ist bereit, falls nötig jeden, der nicht zum Rudel gehört, zu vertreiben.

Ein Staat muß, um seinen Bürgern Gerechtigkeit und materiellen Wohlstand garantieren zu können, im Inneren straff verwaltet werden und nach außen hin schlagkräftig sein. Alle Produktiv- und Verteidigungskräfte müssen rationell und ökonomisch aufgebaut und eingesetzt werden. Jeder Bürger muß seinen Fähigkeiten entsprechend an seinem Platze zum Wohle der Allgemeinheit beitragen. Der Staat wird vom Herrscher repräsentiert.

Der Gedanke, in einem Staate herrsche Gerechtigkeit, wenn jeder Bürger seiner angeborenen Veranlagung und seiner Erziehung gemäß am Ganzen mitarbeite, stammt von Platon. In der „Politeia“ teilt Platon die Staatsbürger in drei Stände ein: die Weisen, die den Staat lenken sollen, die Wächter, die den Staat gegen innere und äußere Feinde schützen sollen, und die Bauern, Handwerker und Kaufleute, die für das materielle Wohlergehen der beiden oberen Stände zu sorgen haben.

In einem Staat, in dem alle Bürger rationell und ökonomisch zusammenarbeiten, braucht sich der einzelne Mensch nicht unterdrückt zu fühlen. Herdentrieb, Ordnungsliebe und die Sehnsucht nach Geborgenheit können etwaige Wünsche eines einzelnen, sein Leben ohne Einmischung des Staates zu gestalten, verdrängen. Eine Bevölkerung kann so stark von der Notwendigkeit und den Vorteilen der straffen Institutionalisierung auf eine Spitze hin überzeugt sein, daß sie nicht in der Lage ist, sich eine andere Form des Zusammenlebens zu denken. Damit hätte der Staatsabsolutismus auch praktisch seine Rechtfertigung gefunden.

Im Frankreich Ludwigs XIV. wurde die Institutionalisierung nicht auf das Wohl aller Bürger, sondern lediglich auf das Interesse eines bestimmten Standes oder allein auf die Bedürfnisse des Herrschers hin ausgerichtet. Parkman schildert das despotische Schalten Ludwigs XIV. auf volkswirtschaftlichem Gebiete: „Ludwig schrieb sogar dem Handel seine Richtung vor, beförderte nach seinem Gutdünken die Industrie, schuf einen Markt für die Erzeugnisse des Landes und bestimmte die Gesellschaften, welche diese zu festen Preisen nehmen mußten“ oder „Der Intendant Randot fand, daß die Farmer zu viele Pferde zögen. Er befahl daher, daß sie mehr Schafe und Zugvieh ziehen und im nächsten Jahre alle, eine gewisse Zahl überschreitenden Pferde töten sollten.“¹ Seinen Verwaltungsapparat institutionalisierte Ludwig XIV. auf seine Person hin. Parkman berichtet dazu: „Er gründete ein äußerlich wohlgebildetes Feudalsystem mit Herren und Vasallen, aber er trug vorher Sorge, ihm die Zähne auszuziehen, damit es ihn nicht beißen könne, indem er den Baronen weder selbständige Rechte verlieh, noch die Vasallen zu Lehnspflichten zwang. Beide standen vielmehr gleich rechtlos unter dem König, und die Lehnsherren durften ohne dessen Erlaubnis nicht einmal Frankreich besuchen.“² Wie weit die öffentliche Reglementierung in den privaten Bereich des einzelnen Bürgers eingriff, illustriert das folgende Zitat: „Dienstboten, welche ihren Herrschaften entliefen, wurden das erste Mal an den Pranger ausgestellt, das zweite Mal aber öffentlich ausgepeitscht und gebrandmarkt.“³ In den Kolo-

¹ Parkmann, Franz, Frankreich und England in Nord-Amerika - Die Pioniere Frankreichs in der neuen Welt, Stuttgart, 1875, S. XIII f.

² Parkmann, a.a.O., S. XIII f.

³ ebenda.

nien mischte sich der König sogar in Angelegenheiten, die bis dahin als „Aktionsparameter“ der Kirche angesehen wurden. Parkman stellt fest: „Die Regierung kannte den Haushalt und die Geheimnisse jeder Familie, dagegen verbot sie selbst in kirchlichen Angelegenheiten jede öffentliche Versammlung.“¹ Eine Vorstellung, inwieweit die Bevölkerung vom König dirigiert wurde, vermittelt auch folgende Stelle aus einem Brief des Königs an seinen Intendanten: „Wenn sich die Bevölkerung nicht im Verhältnis zu der Mühe vermehrt, die ich mir gebe, so trifft der Tadel ausschließlich Sie, weil Sie meine Befehle nicht ausführen.“²

Ludwig XIV. war sich der Sonderstellung seiner Untertanen in den amerikanischen Kolonien, die geographisch vom Mutterland getrennt waren und die sich im Laufe der Zeit auch geistig dem Einfluß des französischen Staates zu entziehen suchten, bewußt. Er und seine Nachfolger bemühten sich, das Volk durch übertrieben straffe Institutionalisierung auf Frankreich hin zusammen zu halten. Die Methoden, die dabei angewendet wurden, waren mehr auf die Stärkung der Macht des Despoten als auf das Wohl der Untertanen ausgerichtet.

Die Franzosen begannen Louisiana zu einer Zeit zu besiedeln, als innerhalb der französischen Gesellschaft der Führungsanspruch der Kirche vom Führungsanspruch des Staates abgelöst wurde. Nicht das Streben nach Geborgenheit, sondern der Geltungs- und Behauptungstrieb bestimmte die Bewertungsvorstellungen und Zielsetzungen des Menschen. Man erstrebte eine gesellschaftliche Stellung als Beamter oder im Heer und legte Wert darauf, der Adelsklasse anzugehören oder in sie aufzusteigen. Der Besitz von materiellen Gütern diente dem Herrscher und, nach dessen Vorbild, allen Ständen als Machtgrundlage. Man war nicht mehr bereit, wie zur Zeit des Kirchenabsolutismus, das Recht auf materiellen Besitz der Kirche allein zuzugestehen.

4. Der Colbertismus.

Ludwig XIV. strebte, um seine politischen Ziele durchsetzen zu können, danach, auch auf wirtschaftlichem Gebiete Frankreich die Vormachtstellung in Europa zu sichern und einen möglichst großen Kolonialbesitz zu erwerben. Sein Finanzminister Jean Baptiste Colbert institutionalisierte die französische Volkswirtschaft zu dem Zwecke, Frankreichs Interessen gegenüber den Interessen anderer Länder wirksam und nachhaltig behaupten zu können und das Land von anderen Ländern unabhängig zu machen. Das System des Colbertismus war darauf ausgerichtet, möglichst viele Güter im eigenen Lande zu erzeugen, die Industrie auszubauen, den Import zu drosseln und den Export zu steigern, Rohstoffe, die in heimischen Industrien verarbeitet werden sollten, aus eigenen Kolonien zu beziehen und die Bevölkerung zu vermehren, um Arbeitskräfte zu gewinnen und die Kolonien, die auch als Handelsstützpunkte wichtig waren, besiedeln zu können. Der wirtschaftliche Gewinn kam

¹ Parkmann, a.a.O., S. XIII.

² ebenda.

hauptsächlich dem Monarchen zugute. Alle handelspolitischen Maßnahmen zielten darauf hin, Gold und Edelmetalle in die Kammern des Souveräns fließen zu lassen.

Im Kampf um die wirtschaftliche Vormachtstellung in Europa war Spanien für Frankreich ein ernstlicher Rivale. Durch Gold- und Silberfunde in Mexiko und Peru war Spanien reich und mächtig geworden. Ludwig XIV. und Colbert waren bemüht, sich ebenfalls Edelmetallquellen zu erschließen und möglichst nahe an den Nebenbuhler heranzurücken, um dessen Handelswege überwachen zu können und von dessen Goldfunden einen Teil abzubekommen. Alexander Franz deutet in seiner Geschichte des Mississippigebietes die Beweggründe des „Sonnenkönigs“, Louisiana zu kolonisieren, wie folgt:

„Von jeher war der freie Verkehr mit der neuen Welt eine Forderung Frankreichs gewesen, das die päpstliche Teilung der außereuropäischen Welt zwischen Spanien und Portugal nie anerkannte. ... Neben handelspolitischen Motiven waren bei der Festsetzung der Franzosen im Mississippital noch andere wirksam, zunächst das, das dem steten Geldbedürfnis der Regierung entsprang. Diese brauchte für ihre Finanzen immer größere Mittel, und solche hoffte sie auch direkt — nicht nur vermittels des Handels — aus der neuen Welt gewinnen zu können. Hierzu verleiteten sie die scheinbar so glänzenden finanziellen Ergebnisse der spanischen Kolonisation, wie die Erfolge, die Holland und England aus dem geheimen oder offenen Handel mit den spanischen und portugiesischen Kolonien erwuchsen, für ihre kommerziellen Pläne bestimmend waren. Sie träumte von Edelmetallschätzen im Mississippital selbst und richtete zugleich begehrliche Blicke auf Teile Neuspaniens, auf deren Erwerb man bei der zu erwartenden Erledigung des spanischen Thrones rechnete.“¹ Die Besiedlung Louisianas durch die Franzosen begann, nachdem Pierre le Moynes, Sieur d'Iberville am 2. März 1799 den Mississippi vom Golf von Mexiko aus erreicht und daß Flußgebiet bis zur Red River-Mündung erforscht hatte. Vor d'Iberville hatte der ursprüngliche Entdecker von Louisiana, La Salle, im Jahre 1685 auf gleichem Wege in das neue Land zu gelangen versucht, hatte aber die Mississippi-Mündung nicht wiederfinden können. In den Jahren 1699-1712 versuchte man zunächst die Kolonie zu bevölkern, ohne wie es damals üblich war, eine Handelsgesellschaft einzuschalten. Da die königlichen Behörden weder Goldschätze fanden noch Handelsbeziehungen mit den Spaniern anknüpfen konnten, beschloß die Regierung, die Kolonisation des neuen Landes einem Privatunternehmen anzuvertrauen. Antoine Crozat, Marquis de Chatel, der reichste Kaufherr und Bankier des damaligen Frankreich, erhielt ein ausschließliches Handelsprivileg und andere wichtige Vorrechte in Louisiana. Der französische Staat zahlte an Crozat jährlich 50.000 Lire, damit er auch die Zivil- und Militärverwaltung der Kolonie übernahm. Crozat bestimmte das Geschick des Louisianagebietes von 1712 bis 1717. Nach Crozat übernahm der berühmte aber auch berüchtigte John Law die Verwaltung des Gebietes.

Von 1717 bis 1731 beherrschte John Laws Mississippigesellschaft das Feld, zunächst unter der Bezeichnung „Compagnie d'Occident“, sodann unter dem Namen „Compagnie des Indes“. Laws Compagnie überstand das Scheitern des Law'schen Banken- und Währungsexperimentes, verlor aber in der Folgezeit beachtlich an Einfluß.

Von 1731 bis 1763 verwaltete die französische Krone das Land erneut durch königliche

¹ Franz, Alexander, Die Kolonisation des Mississippital bis zum Ausgange der französischen Herrschaft, Leipzig, 1906, S. 429.

Beamte. Im Vertrag von Paris, der den Siebenjährigen Krieg beendete, wurde der größte Teil des französischen Louisiana an die spanische Krone abgetreten.

Das ehemals französische Louisiana deckt sich nicht mit den Grenzen des heutigen Gliedstaates, die erst 1803 nach dem „Louisiana Purchase“ festgesetzt wurden. Ursprünglich war Louisiana wesentlich größer. v. Hesse-Wartegg schildert die ehemalige Kolonie: „Anderthalb Jahrhunderte lang war Louisiana der Traum aller europäischen Monarchen, das Gebiet ihrer Soldateska, und seine Geschichte ist in jener Zeit mit der Geschichte Europas innig verwoben. Louisiana's Erwerbung war auch die Mühe wert. Die Grenzen dieses Ländergebietes umfaßten damals fünfhundert Meilen der Küsten des stillen Ozeans; siebzehnhundert Meilen längs der britischen Besitzungen; vierzehnhundert Meilen längs des Meschaschebe, wie der Vater der Ströme damals hieß, und endlich siebenhundert Meilen längs des Golfs von Mexiko. Der Flächeninhalt der Kolonie belief sich auf nahe anderthalb Millionen englischer Quadratmeilen!“¹

Hopp schildert die Zustände in Louisiana vor der Kolonisation durch Crozat: „In Louisiana gab es 1702 nur dreißig französische Familien, die sich kümmerlich ernährten; statt Ackerbau, die Grundlage aller Colonialunternehmungen, zu pflegen, suchten sie Perlen, gingen auf die Büffeljagd und bemühten sich edle Metalle zu finden.“² In seinem Freibrief an Crozat gibt Ludwig XIV. deutlich zu erkennen, was er sich von dem neuen Gebiete verspricht: „The care we have always had to procure the welfare and advantage of our subjects, having induced us to seek all possible opportunities of enlarging and extending the trade of our American colonies; ... we have resolved to grant the commerce of the country of Louisiana to the Sieur Anthony Crozat, our councillor, secretary of the household, crown, and revenue, to whom we trust the execution of this project.“³ Der Freibrief wurde nicht gewährt, um die Kolonisierung Louisianas zu fördern. Die Gründung von Siedlungen und der Ackerbau waren für die Colbertisten zweitrangig. Sie waren in erster Linie am goldbringenden Handel interessiert. Im Artikel III des Freibriefes befiehlt Ludwig XIV. Crozat darüberhinaus, nach Edelmetallen zu suchen. „To search for, open, and dig all sorts of mines, veins, and minerals throughout the whole extent of the said country of Louisiana.“⁴ Da es in Louisiana keine Edelmetalle gab und die Spanier nicht geneigt waren, ihr Gold und Silber gegen französische Waren einzutauschen, konnte Crozat die Erwartungen Ludwigs nicht erfüllen. Franz ist der Ansicht, das Handelsmonopol habe sich nachteilig auf die Entwicklung der Kolonie ausgewirkt: „Weit verhängnisvoller aber sollte sich auf die Dauer das Crozat verliehene Monopol erweisen. Sein Inhaber spekulierte, wie ihm auch sein Patent vorschrieb, weit weniger auf die Produkte, welche die Kolonie versprach, als auf die Handelsbeziehungen, die er von ihr aus mit den spanischen Besitzungen in Amerika anzuknüpfen hoffte.“⁵ Hopp fügt hinzu: „Man hätte nun glauben sollen, daß alle diese Mißerfolge (der Handel mit Spanien, die ergebnislose Suche nach

¹ v. Hesse-Wartegg, Ernst, Mississippi-Fahrten, Leipzig, 1881, S. 200.

² Hopp, a.a.O., S. 125.

³ Vgl. Wallace, Joseph, The History of Illinois and Louisiana under the French Rule, Cincinnati (Ohio) 1893, S. 234.

⁴ Wallace, a.a.O., S. 235.

⁵ Franz, a.a.O., S. 89.

Edelmetallen; der Verf.) in Frankreich bekannt geworden wären, daß man eingesehen hätte, Louisiana sei ein Land, in dem niemand schnell reich werden könne, daß langsame Arbeit fleißiger Bebauer des Bodens nötig sei, um die Colonie zu heben und eine Goldquelle aus ihr zu machen.“¹

Während der Herrschaft Crozats und später Laws wurden die Franzosen in Louisiana von einem wahren Goldrausch erfaßt. Bedeutungslose Erzvorkommen wurden als Goldfunde ausgegeben. Man verbreitete Gerüchte, daß man in dem neuen Lande schnell reich werden könne, und lockte damit zahlreiche Siedler nach Louisiana.

Wallace schreibt: „Indeed, to such a degree were Crozat and his partners affected by this mania for the precious metals, that they often magnified insignificant findings into supposed realities of great value.“² In Europa ist bekannt, wie während des großen Mississippiwindels solche Gerüchte ausgenutzt wurden, um das Papiergeld im Kurs steigen zu lassen und neue Siedler in das Gebiet zu locken.

Horn stellt dar, warum Crozat auf sein Privilegium, Louisiana auszubeuten, verzichtete und wie die Kolonie Law überlassen wurde: „Seine (Crozats; der Verf.) vereinzelt Mittel mögen wohl nicht zur ernstlichen und fruchtbaren Ausbeutung der Kolonie ausgereicht haben; auch fand er sich in den Erwartungen getäuscht, die er namentlich auf eine leichte und reiche Gold- und Seidenernte gegründet hatte. Als die ‚Justizkammer‘ ihn für den Besitz von Louisiana taxieren wollte, ließ er das Privilegium fallen.

Der Finanzrat fühlte sich durch diesen Heimfall (Edikt vom 23. August 1717) eher belästigt als bereichert. Die Regierung, bei der bedrängnisvollen heimischen Lage, war außerstande, die ferne Kolonisation auf eigene Faust zu betreiben; einen neuen Unternehmer zu finden, war äußerst schwierig; wo ein Crozat gescheitert, mochte kein anderer Finanzmann seine Millionen daranwagen. Man dachte an die Gründung einer Aktiengesellschaft mit einem Kapital von 2 Millionen, und bot die Unternehmung dem Schotten (Law; der Verf.) an; sei es, weil man ihm mehr Geschick und besonders mehr Mut als den anderen Finanzgrößen zutraute, oder daß seine heimlichen Gegner ihn durch die gewagte Unternehmung seinem gewissen Ruine zuzuführen glaubten. Weit entfernt, das Danaergeschenk zurückzuweisen, nahm Law es bereitwillig an; unter dem einzigen Vorbehalt dem Unternehmen einen viel großartigeren Umfang geben zu dürfen. So wenigstens wird die Genesis der Mississippigesellschaft von Lemontey, dem zuverlässigen Geschichtsschreiber der Regenschaft, nach Graf de la Marck's handschriftlichen Aufzeichnungen erzählt. . . . Den Plan selbst zu dem großen Werke, welchem die Mississippikompagnie als Mittelpunkt dienen sollte, hatte Law längst erfaßt.“³

Zu den Rechten, die der Versailler Hof an Crozat verliehen hatte, erhielt die Compagnie d'Occident „das volle Eigentums- und Souveränitätsrecht über alle in Louisiana entdeckten und zu entdeckenden Ländereien, die sie selbst ausbeuten oder an Pächter und Vassallen überlassen könne.“⁴ Das Privilegium war auf 25 Jahre befristet; bei Nichterneuerung desselben verblieb der Gesellschaft nach Ablauf des Vertrages das Eigentumsrecht

¹ Hopp, a.a.O., S. 125.

² Wallace, a.a.O., S. 239.

³ Horn, J. C., Jean Law. Ein finanzgeschichtlicher Versuch. Leipzig, 1858, S. 81.

⁴ So Horn, a.a.O., S. 82.

auf die Ländereien, mit der einzigen Einschränkung, daß diese nur an Franzosen veräußert werden durften. Über das Ausmaß der Besiedlung, die Ziele der Mississippigesellschaft und den sozialen Status der Siedler berichtet Wallace: „The first efforts of the company at colonizing the new province were upon a large scale; indeed, extraordinary measures were adopted for this purpose. A royal edict was issued, authorizing the collection and transportation of settlers to the Mississippi, under which the streets and prisons of Paris and other cities were swept of their Mendicants and vagabonds. These unwilling colonists were conveyed to the seaport of Rochelle, and, with implements of all kinds for the working of mines, were crowded on board of ships, and sent to Louisiana.“¹

Das Gebiet Louisiana wurde in Frankreich unter die Oberschicht verteilt, um diese Klasse für die Kolonie zu interessieren. Untertanen für die „Grafschaften“ wurden ebenfalls aus Frankreich geliefert. „On the 9th of February, 1718, three ships, of the Western Company — the Dauphine, the Vigilante and the Neptune — arrived at Dauphin Island² to take possession of Louisiana. . . . Besides the officers and the soldiers belonging to the company, these different vessels brought out about six hundred colonists who were intended to settle the various concessions or land grants that had been made to persons of prominence, as inducements to immigration.“³

Auch unter Law wurde die Kolonie in erster Linie als mögliche Goldquelle angesehen. Law hatte vor, das Gold und Silber, das er in Louisiana zu finden beabsichtigte, in die Staatskasse fließen zu lassen und für den Binnenhandel und die Kolonisation ein Geldsurrogat zu schaffen. Seine Pläne wurden besonders vom Herzog von Orléans unterstützt, weil sie einen Ausweg aus der durch die Verschwendung des Hofes entstandene Staatsverschuldung zu weisen schienen. Man druckte Papiergeld, das dazu verwendet werden konnte, die Staatsschuld zu tilgen. Man verfuhr nach dem Grundsatz: „C'est au souverain à donner le credit, et non à le recevoir.“⁴ Man nimmt an, Laws Pläne seien daran gescheitert, daß er, um die Verwirklichung seines Gedankens durchsetzen zu können, dem Adel, der ebenfalls seine Schulden decken wollte, zu große Zugeständnisse gemacht hatte.

Ein Zitat von Franz möge auf die Bedeutung des Geldes für Louisiana hinweisen. „Denn die verderblichen Erscheinungen des großen Schwindels hatten auch nach dem Mississippi die herübergegriffen und das Geldwesen der Kolonie ähnlich wie das des Mutterlandes zerrüttet. Deren Bedürfnis nach einem allgemein gültigen Umlaufmittel war bis zur Zeit der Compagnie des Indes nur sehr gering gewesen und blieb es auch während der ganzen französischen Epoche. Im Innern herrschte im Verkehr mit den Eingeborenen und auch in dem der Kolonisten untereinander fast ausschließlich Tauschhandel, wobei Felle und daneben Tabak als Hauptzahlungsmittel dienten. Für Kreditgeschäfte, für Papiergeld und andere Geldsurrogate fehlte es den dortigen Kolonisten an Bedürfnis und Verständnis, und auch später sind die Ansiedler im Binnenlande ‚Hard Money men‘ geblieben. Nur an

¹ Vgl. Wallace, a.a.O., S. 259.

² Dauphin Island liegt 500 m von der heutigen Stadt Gulfport (Mississippi) entfernt.

³ Wallace, a.a.O., S. 259.

⁴ So Law nach Hillebrecht, a.a.O., S. 34.

der Küste, an der sich der überseeische Handel abspielte, bestand eine Nachfrage nach Geld als Tauschmittel und Wertträger; doch hatte sich auch hier der Handelsverkehr bisher in der Form des Warenaustausches nach bestimmten Taxen abgespielt. Aber diejenigen, die private Sendungen von Frankreich erhielten und dorthin gehen ließen, oder nicht als Beamte der Kompanie auf deren Schiffen reisten, mußten Bargeld zahlen. Daher strebten alle, die nach der Heimat zurückverlangten, und dies waren die meisten, nach dem Besitze gemünzten Geldes. Als solches zirkulierte in der Kolonie fast ausnahmslos spanisches Silber. Denn französische Münzen kamen mit den Einwanderern nur in geringen Mengen in das Land. Auch die Offiziere und Beamten brachten solche nicht — ja, sie kamen meist mit Schulden, die sie nun in der Kolonie auf die eine oder andere Weise zu tilgen hofften. Daher suchten sie klingendes Geld in ihren Besitz zu bringen.¹ Das Papiergeld Laws wurde als Wertträger und Tauschmittel weitgehend abgelehnt. Das führte dazu, daß sein Kurs, in Gold oder Silber gemessen, fortwährend sank.

Die ersten Siedler in Louisiana beschäftigten sich außer mit Goldsuche mit Goldschmuggel. Franz bemerkt dazu: „Es liegt eine gewisse Tragik in der Tatsache, daß die Finanzpolitik Frankreichs in Louisiana überhaupt an eben dem spanischen Edelmetalle scheiterte, in dessen Besitz man sich einst mit Gewalt, mit List oder auf dem Wege des Rechts zu setzen gesucht hatte. Die Eroberung Neumexikos und anderer Gebiete Neuspaniens, der Erwerb von Handelsprivilegien und der Schmuggel waren die Wege gewesen, die man nacheinander versucht hatte, um dieses Ziel zu erreichen; von Erfolg war nur der letztere gewesen. Als sich aber das ersehnte Metall wirklich in der Kolonie einfand, da versagten alle Mittel, es aus dieser herauszuziehen und der heimischen Regierung oder der großen Handelskompanie dienstbar zu machen. Es lag dies in dem Wesen des Schmuggels selbst tief begründet; denn dieser ging von Privaten und zwar in erster Linie von Kolonisten kanadischer Abkunft aus, und diese wollten sich den Gewinn nicht durch die Herren im Mutterlande aus der Hand nehmen lassen.“²

Mit der Bebauung des Bodens in Louisiana begannen erst die von Law ins Land gebrachten Kanadier, Akadier, Deutschen und Schweizer. Nachdem die Ausbeuter und Spekulanten gescheitert waren, wandten sich diese Siedler zusammen mit einigen Franzosen der Landwirtschaft zu. Sie bauten hauptsächlich Tabak, Reis, Seide und Indigo an und tauschten ihre Produkte auf den Westindischen Inseln gegen andere Erzeugnisse ein. Franz schildert den Tauschhandel: „Louisiana sandte dorthin zugeschnittenes Zypressenholz, ja ganze Häuser aus diesem Stoff, Ziegelsteine, Materialien, um die Häuser zu decken, Apalachenbohnen, Mais, gereinigten Reis . . . Bohnen aus Zypressenholz, rote Erbsen (pois roux). Die Inseln lieferten dagegen: Zucker, Kaffee, Branntwein, Rum usw. Alle Schiffe aus Frankreich nahmen ihren Kurs über Cap François auf Hispaniola. Sie tauschten hier bereits einen Teil ihrer Ladung gegen Produkte der Inseln. Gegen diese handelten sie dann die Erzeugnisse in Louisiana ein.“³

Zunächst siedelten die Franzosen entlang der Küste in der Gegend der heutigen Städte Biloxi und Gulfport/Mississippi. Die Niederlassungen hatten ungünstige Häfen. Die Schiffe

¹ Franz, a.a.O., S. 181 f.

² Franz, a.a.O., S. 192.

³ Franz, a.a.O., S. 189.

mußten zwischen der Küste und den vorgelagerten Inseln ankern. Das Be- und Entladen war nur mit kleinen Booten möglich. New Orleans als Binnenhafen im Mündungsgebiet des Mississippiflusses war darum eine hochwillkommene und wohlüberlegte Gründung des Gouverneurs Bienville, dem das Gedeihen der Kolonie am Herzen lag. Die Niederlassung entwickelte sich zum Handels-, Finanz- und Verkehrszentrum der Kolonie und wurde Sitz der Kolonialverwaltung. Franz beschreibt die Entwicklung von Orleans wie folgt: „Noch aber sollte Bienvilles Plan, la Nouvelle Orleans, wie der Ort wohl auf Betreiben Laws zu Ehren des Regenten genannt wurde, zum Sitze der Kolonialverwaltung zu machen, nicht zur Ausführung gelangen. Die Vertreter der Kompagnie widerstrebten der Übersiedlung nach dem Mississippi und setzten durch, daß die Verwaltung an der Küste blieb.

So kam es vorläufig nur zu einer Absteckung des Terrains von New Orleans durch Bienville und zu einer Ebnung des Bodens. Achtzig faux sauniers, d. h. Verletzer des Salzregales, welche die französische Regierung mit Verschickung in die Kolonien zu bestrafen pflegte, und von denen eine Anzahl schon zu Crozats Zeit nach Louisiana gesandt worden war, bildeten die erste Ansiedlung und wurden in Hütten untergebracht. Dazu kamen einige dürftige Unterkunftsräume für eine schwache Besatzung und ein unansehnliches Warenhaus. Der Ort blühte erst auf, als 1722 die Verwaltung hierher verlegt wurde. Immerhin setzte man seine Gründung mit Recht in den Februar 1718.“¹

Zur Verwaltung von Louisiana schreibt Franz: „Die Verwaltung war wie die der anderen französischen Kolonien der Provinzialverwaltung des Mutterlandes nachgebildet. An der Spitze der Verwaltung standen der Gouverneur; der Commis-saire-Ordonnateur oder Intendant und der Conseil Superieur. Der Gouverneur oder Generalkommandant, der als der oberste Beamte galt, war der Vertreter der Exekutivgewalt und zugleich der höchste militärische Befehlshaber. Seine Macht aber wurde, wie die Geschichte Louisianas zur Genüge beweist, durch den Commis-saire-Ordonnateur beschränkt, der als der eigentliche Vertreter des Königs galt und der oberste Zivilbeamte in der Kolonie war. Ihm unterstanden die inneren Angelegenheiten Louisianas, namentlich das wirtschaftliche Leben und die Rechtspflege.“²

Das große Gebiet Louisiana wurde in Verwaltungs- und Handelsdistrikte eingeteilt. Unter dem Gouverneur standen an der Spitze der verschiedenen Bezirke Kommandanten, die den Titel „Major“ führten. Franz berichtet: „Es leuchtet ein, daß diese Offiziere bei der großen Entfernung von dem Sitze der Regierung und bei der langsamen Verbindung mit den höheren Instanzen fast allmächtig waren, zumal da sie auch den Handel in den unterstellten Gebieten beherrschten. Denn, da ihre wichtigste Aufgabe in der Regelung des Verhältnisses zu den Indianern bestand, die Franzosen diese aber vornehmlich durch Handel an sich zu fesseln suchten, so lag der Handel mit den Eingeborenen, die sog. ‚Traite‘, fast ganz in den Händen der Kommandanten. In ihren Diensten standen die zahl-

¹ Franz, a.a.O., S. 89. Zur Gründung New Orleans schreibt French: „In February, 1718, M. de Bienville set out to select a place on the banks of the Mississippi for his headquarters, which now bears the name of New Orleans, about thirty leagues from the sea, and which communicates with lake Pontchartrain, by the Bayou Saint John. He left fifty persons there to clear the land and build some houses.“ French, B. F. Part III, a.a.O., S. 57.

² Franz, a.a.O., S. 359.

reichen Coureurs de bois, die zumeist auf großen Booten oder leichten Birkenkähnen das Gebiet der Indianer durchzogen und die Hauptträger des Verkehrs mit den Wilden waren. Diese Wanderhändler wurden von den Kommandanten, denen der Transport von der Küste zu ihren Posten nichts kostete, da sie ihre Soldaten zu diesem Zwecke benutzten, mit Waren aus den königlichen Magazinen versorgt, und jene empfingen von ihnen Pelze, Bärenfett, Wildbret usw., die sie dann an die Kaufleute von New Orleans oder an der Goldküste verkauften.“¹

In den Jahren 1731 bis 1763 entwickelte sich Louisiana unter der Verwaltung der französischen Krone zu einer wohlhabenden Kolonie. Jedes Schiff aus Frankreich brachte neue Kolonisten, und die Bevölkerung nahm zu. Unter der Führung öffentlicher, aber auch privater Unternehmer blühte der Handel zwischen den nördlichen und südlichen Bezirken des damaligen Louisiana auf. Der Gütertausch zwischen New Orleans und ausländischen Häfen wurde bedeutsam. Schiffsladungen von Mehl, Speck, Bärenfett, Pelzen und Blei trafen über den Mississippi aus dem Binnenland kommend in New Orleans ein und wurden von hier aus zum Teil nach Westindien oder nach Frankreich verschifft. Ins Landesinnere wurden Reis, Zucker, Indigo und Waren europäischer Herkunft verfrachtet. Die verschiedenen Distrikte Louisianas tauschten ihre Produkte miteinander aus, wobei sie den Mississippi und seine Nebenflüsse als Verkehrswege benutzten.

5. Spaniens Beitrag zur Entwicklung (1766-1803)

Die Spanier verwalteten Louisiana in einem anderen Geiste als die Franzosen. Sie kolonisierten das Land mit zum Teil von den Franzosen abweichenden Zielen. Die katholische Kirche, die auf eine strenge Einhaltung der in der Religion begründeten Sitten und Bräuche drang, die das gesellschaftliche Zusammenleben geprägt hatten, gewann auf den Sozialprozeß in Louisiana unter den Spaniern wieder stärkeren Einfluß. Innerhalb der spanischen Gesellschaftsideologie bildeten Staat und Kirche immer noch eine starke Einheit, so daß die Verlagerung der Bewertung von ideellen auf materielle Güter innerhalb des Sozialprozesses dort nicht so sehr in Erscheinung trat wie in Frankreich. Spanien ging nicht wie Frankreich in erster Linie darauf aus, Louisiana oberflächlich auszubeuten und Gold zu suchen. Die neue Kolonie diente vielmehr zur Konsolidierung und damit zur besseren Verteidigungsmöglichkeit des schon erworbenen kolonialen Besitzes. In Mexiko und Peru hatten die Spanier nicht nur Reichtum gefunden, sie hatten auch gelernt, ihr Wirtschaftssystem so aufzubauen, daß es für Menschen, die gewillt waren, das Land in Besitz zu nehmen und den Boden zu bewirtschaften, interessant war, in die Kolonien zu kommen, und daß darüberhinaus die Bewirtschaftung von Kolonien für den Staat Gewinn brachte. Die Spanier ließen in Louisiana die von den Franzosen aus Verwaltungs- und Verteidigungsgründen und aus handelspolitischen Erwägungen getroffenen Gebietseinteilungen bestehen. Die französischen Beamten und Funktionäre wurden vielfach im Amt belassen. Zwei deutsche Reisende beschreiben die damalige Verwaltung: „Das Haupt der Kolo-

¹ Franz, a.a.O., S. 432.

nieregierung ist ein Beamter, der den Titel als zivilpolitischer und militärischer Generalsstatthalter von Louisiana und West Florida hat. Alles, was die innerliche Regierung der Kolonie betrifft, gehört vor die Gerichtsbarkeit seiner Potenz. Das Haupt der Finanzverwaltung ist der Oberaufseher der königlichen Gefälle für Louisiana und West Florida, Inspektor der Domänengüter und Besitzungen und endlich auch Richter der Adminalität und der Handelsangelegenheiten dieser Provinzen. Diese Fiscal-Dominical- und Kommerzial Administration drückte die Bürger nicht sehr. Es gibt nur eine einfache Einfuhr- und Ausfuhrsteuer von den ausländischen und kolonialen Produkten, die sich jährlich auf 100 000 Piaster beläuft. Diese Steuer deckt nicht die Kosten, sodaß der König jährlich noch 4 - 500 000 Piaster aus den Einkünften von Mexiko dazulegen muß.“¹

Unter der französischen Herrschaft war in Louisiana die Manufaktur, wie es der Politik des Colbertismus entsprach, wenig gefördert worden. Nachdem das Land an Spanien abgetreten worden war, entstanden vermutlich als Folge der größeren Produktivität der Landwirtschaft und des Bevölkerungszuwachses mit der dementsprechend gestiegenen Nachfrage überall Sägemühlen, Ziegeleien sowie Weizen- und Maismühlen. Indigo, Pelze und Häute wurden weiterverarbeitet. Aus den Forstprodukten wurden Fett, Wachs, Kerzen, Teer, usw. gewonnen. Davis berichtet jedoch, daß „most of the manufacturing continued to be the production of articles needed in the home: furniture, leather goods, clothing, utensils, and various tools and other implements made of iron.“²

Louisiana verdankt den Spaniern ebenfalls die Sanierung seines Geldwesens. Als das Land an die spanische Krone kam, kreisten über sieben Millionen Livres französischen Papiergeldes. Die Händler nahmen dieses Geld nur zu einem Bruchteil des Nennwertes an, den die Spanier im Tauschwert gegen Gold oder Silber auf ein Viertel festsetzten. Als bald floß ein Strom spanischen Münzgeldes aus den anderen spanischen Kolonien nach Louisiana.

Mit der Intensivierung des Handels zwischen den amerikanischen Besitzungen und den Neuenglandkolonien kam weiteres Geld ins Land. Im Laufe der Zeit verschwand das französische Papiergeld aus dem Verkehr. Davis kommentiert: „This was a great blessing to the colonists, for the hard money did not depreciate in value as the paper money had done.“³

Durch den Gebietszuwachs der ehemals französischen Besitzungen wurde das Wirtschafts- und Handelsgebiet der Spanier beträchtlich erweitert. Der Handel blühte, da die Spanier neben ihren politischen Interessen auch die Interessen der Bewohner der Kolo-

¹ Sprengel und Ehrmann, Schilderung von Louisiana, 10. Band der Bibliothek der neuesten und wichtigsten Reisebeschreibungen, von Sprengel und Ehrmann, Weimar, 1804, S. 158. Unter West-Florida verstand man den spanischen Besitz an der Küste des Golfes von Mexiko östlich des Mississippiflusses, also Teile der heutigen Staaten Mississippi, Alabama und ein Stück von Nord-Florida. Das Hauptgebiet des jetzigen Gliedstaates Florida, das die Spanier von Anfang an kolonisierten, wurde als Ost-Florida bezeichnet. Louisiana war zur Zeit der Spanier das ehemals französische Gebiet westlich des Mississippiflusses, die „Insel“ von New Orleans und der vormals französische Kolonialbesitz östlich des Mississippi, der nach dem Siebenjährigen Krieg an England hatte abgetreten werden müssen.

² Davis, a.a.O., S. 113.

³ Davis, a.a.O., S. 115.

nien berücksichtigten. Emigranten verschiedener Nationalitäten kamen nach Louisiana. Die Bevölkerung der Kolonie wurde mehr und mehr international. Handelsrestriktionen erwiesen sich als schwer durchsetzbar. Dennoch ließ die Verwaltung den Handel keineswegs unbehindert. Wie zur Zeit der Franzosen wurde der Handel von Bezirkskommandanten kontrolliert. Sprengel und Ehrmann berichten, es habe keinen Offizier gegeben, der sich nicht nach einem Kommandantenposten geseht habe, um mit der Bevölkerung Handel treiben und ein Vermögen ansammeln zu können.¹

Zur Siedlungspolitik Spaniens schreibt Davis, Don Bernado de Galvez. Gouverneur in Louisiana von 1777 bis 1785, habe großes Interesse an der Förderung der Einwanderung und Besiedlung der Kolonie gezeigt. Er habe jedem Ankömmling fünf Arpent (59 m) Land entlang einem der zahlreichen Flüsse gegeben, wobei die Tiefe des Grundstückes soweit in den Wald oder in die Sümpfe hineingereicht habe, wie der Farmer fähig und gewillt gewesen wäre, es unter den Pflug zu nehmen. Zudem wären jeder Ansiedlerfamilie eine Axt, eine Hacke, eine Sichel, ein Spaten, zwei Hühner, ein Hahn, zwei Schweine und ausreichend Verpflegungsmaterial für das erste Betriebsjahr zur Verfügung gestellt worden. Die Kunde von der spanischen Großzügigkeit habe sich verbreitet, und Emigranten aus Spanien, Westindien, Maryland, Pennsylvania und anderen Neuenglandkolonien seien nach Louisiana gekommen. Im Gegensatz zu den Franzosen, die nur an französische Siedler Land abgaben, wie es z. B. von John Law ausdrücklich verlangt worden war, statteten die Spanier alle Siedler mit Grundbesitz aus. Ihre einzige Bedingung war, daß diese sich zum katholischen Glauben bekannten und daß sie einen Treueid an Spanien leisteten.²

Die Kolonialpolitik Spaniens beruhte vielleicht auf größerer Erfahrung, unterschied sich aber im allgemeinen nur geringfügig von der der anderen größeren Kolonialmächte, die ihre Politik sämtlich nach absolutistisch-merkantilistischen Gesichtspunkten ausrichteten. „Die Eroberer wurden mit hohen Adelstiteln, ausgedehntem Grundbesitz und mit vielfachen Privilegien hinsichtlich der Steuern und der Colonialverwaltung belohnt. Der größere Theil der Führer vertheilte die vom König ihm geschenkten Strecken gegen vorbehaltene Feudalrechte an die Krieger unteren Grades, die ihn begleitet, oder an andere Auswanderer, welche die Begierde des Erwerbs nach den neuen Kolonien herbeigeführt hatten; so entstand schon früh eine europäische bleibende Bevölkerung neben der ungeheuren Masse der nach augenblicklicher Bereicherung strebenden Abentheurer, Kaufleute und Soldaten, der Beamten und Geistlichen, welche beiden letzteren gleich anfangs schaarenweise von der Regierung hinübersandt wurden, um den reichen Boden für ihren und den eigenen Vortheil zur Genüge auszubeuten, welche aber sämtlich die Rückkehr in's Vaterland nach gehörigem Erwerb fortwährend im Auge hatten.“³

¹ Vgl. Sprengel und Ehrmann, a.a.O., S. 158.

² So Davis, a.a.O., S. 91 f.

³ So Kottenkamp, Franz, Unabhängigkeitskampf der Spanisch-amerikanischen Colonien, Suppl. Band I, Stuttgart, 1838, S. 1.

6. Die Zusammensetzung der Bevölkerung Louisianas

Im wesentlichen waren es drei verschiedene Sozialprozesse, die das Sozialgebilde in Louisiana formten. Zwei davon spielten sich in der alten Welt ab und einer in der neuen. Die geistigen Strömungen, die in den Neuenglandkolonien das gesellschaftliche Miteinander prägten und die langsam auf die Gebiete jenseits des Alleghany-Gebirges übergriffen, fanden im 18. Jahrhundert in Louisiana nur geringen Anklang. Hier verlief die soziale und wirtschaftliche Entwicklung unter Einfluß der französischen und spanischen Sozialordnungen. Die Zielsetzungen und Bewertungen der Franzosen, die von denen der Spanier nicht allzuweit abwichen, beherrschten das Denken. Aus Gründen der Staatsräson milderten die Spanier lediglich Härten, die die französische Kolonialpolitik in Louisiana mit sich gebracht und die sich auf die Entwicklung der Kolonie nachteilig ausgewirkt hatten.

Der Sozialprozeß der Franzosen zur Zeit Ludwigs XIV. war weit in Richtung auf einen Staatsabsolutismus fortgeschritten. Alle Macht ging vom König aus. Dem Verlangen des Volkes, sich zusammenzuschließen, um die Bedürfnisse aller besser befriedigen zu können, war hierdurch jede Möglichkeit genommen. Beer sagt hierzu: „Der Steuerdruck war um so größer, je ungleichmäßiger die Lasten verteilt waren: Privilegien und Exemptionen fast auf allen Gebieten. Die bürgerlichen Klassen der Gesellschaft wurden in schwerer und eigensüchtiger Weise in Anspruch genommen. Noch kurz vor dem Ausbruch der Revolution weigerten sich die privilegierten Stände zu dem staatlichen Bedarf beizutragen und steiften sich auf ihre Vorrechte. ... Zwei Drittheile des Grundes und Bodens befanden sich in den Händen der Geistlichkeit und des Adels, der Magistratur und der Geldmacht.“¹

In diesem sozialen Denken waren die ersten Louisianafranzosen, ehrgeizige, abenteuerliche Adlige, Berufsbeamte, Geistliche, Militärs und Besitzlose im Sinne von „Tableau economique“, erzogen worden. Die Geistlichkeit, der Adel, die Beamten und die Financiers unterteilten sich in Louisiana in Personen, die berufsmäßig ihre Dienstzeit in der Kolonie absolvierten und so schnell wie möglich heimkehren wollten, und in solche, die Louisiana liebten und nicht abgeneigt waren, hier sesshaft zu werden. Diese Gruppe befand sich in der Minderheit. D'Iberville und vor allem Bienville wären in ihr zu nennen. Besonders nach der französischen Revolution ließen sich viele Angehörige der vormals privilegierten Adelsklassen in Louisiana nieder. Sie konnten nicht mehr auf eine soziale Sonderstellung hoffen, fanden aber in der Kolonie eine Anzahl Gleichgesinnter.

Die soziale Ordnung der Spanier war nicht wie die der Franzosen in Umschwung und Auflösung begriffen. Die günstige Wirkung des spanischen Einflusses auf die Entwicklung der Kolonie beweist diese Feststellung. Nachdem die Spanier ihre Geltung in der neuen Welt sichergestellt hatten, wandten sie sich im Interesse der Aufrechterhaltung dieser Stellung dem Wohlergehen der Kolonisten zu. Es kamen auch Einwanderer aus Spanien, die Louisiana zu ihrer Heimat machen wollten. Kottenkamp sagt hierzu: „Es gab zahlreiche (spanische; der Verf.) Auswanderer nach Amerika, welche mit der Gegenwart unzufrieden, teilweise durch die Ereignisse bloßgestellt, und an der Zukunft verzweifelnd, einen Zufluchtsort in den ferngelegenen Kolonien suchten. Beide Volksklassen (neben den Grup-

¹ Beer, Ad., Allgemeine Geschichte des Welthandels, Wien, 1860, Band II, S. 1.

pen, die ausgedehnte Ländereien besaßen; der Verf.) gaben den Kern zu der bleibenden amerikanischen Bevölkerung, welche mit dem Namen Creolen (Criollos) bezeichnet wird, die den eigenen Gegensatz gegen die stets sich erneuerte Masse von Abenteurern, Priestern und Beamten bildete, deren Aufenthalt in den Kolonien sich gewöhnlich auf die Zeit beschränkte, in der sie sich zur Genüge bereichert hatten, um in Spanien ein gemächliches Leben führen zu können.“¹

In Louisiana fehlte es vor allem an gelernten, brauchbaren Arbeitskräften und einem bürgerlichen Mittelstand. „Das Menschenmaterial aus den Gefängnissen und Krankenhäusern, Landstreicher, Bankrotte und faux sauniers“² sollten als Arbeitskräfte verwendet werden. Entgegen allen Bemühungen d'Ibervilles und Bienvilles blieb die Regierung in Versailles dabei, die Kolonie durch Verschickung von Strafgefangenen zu bevölkern. D'Iberville und Bienville forderten jedoch, sobald sie eingesehen hatten, daß Louisiana kein Goldland war, wirklich taugliche Kräfte, Ackerbauern und Handwerker, für die Kolonie an. Desungeachtet wurden, „um Louisiana zu bevölkern, Verbrecher und liederliche Dirnen dorthin geschafft; da diese Gesellschaft aber nur Unruhen hervorrief, kam man auf den unheilvollen Gedanken, die Armen dorthin zu transportieren. Jeder, der sich über seinen Erwerb nicht ausweisen konnte, wurde nach Louisiana geschickt, und Laws Häscher (bandoulies du Mississippi) schleppten fort, wen sie fanden, oder wer ihnen bezeichnet wurde.“³

Obschon sich mit der Zeit ein Teil dieses Menschenmaterials, die amerikanische „opportunity“ nutzend, emporarbeitete,⁴ waren die faux sauniers und die übrigen Verschickten nicht geeignet, selbständige verantwortungsbewußte Bürger zu sein. Franz sagt: „Diesen fehlten die inneren Eigenschaften, welche die schwere Aufgabe der Selbstregierung erforderte. Ihre Erziehung war eine andere als die der Einwohner Neuenglands, von deren Selbstverwaltung und politischen Freiheiten man wenig oder nichts in Louisiana merkte.“⁵ Roosevelt weist ebenfalls auf die große Unselbständigkeit der französischen petit paysans hin: „But whereas the Americans (Pioniere aus Neuengland, der Verf.) invariably asked that they be allowed to govern themselves, the French on the contrary, habituated through the generations to paternal rule, were more inclined to request that somebody fitted for the task should be sent to gover them.“⁶

Louisiana mangelte es in den Gründerjahren und, im Vergleich zu den Neuenglandkolonien, bis zum amerikanischen Bürgerkrieg an einem tragfähigen, gesunden Mittelstand. Die Feudalherren unter den Franzosen und Spaniern wie auch später die großen Grundeigentümer lebten im Sommer auf ihren Konzessionen, Plantagen oder Pflanzungen und stellten die petit paysans und Negersklaven zum Beackern und Bepflanzen des Bodens und im Herbst zum Einbringen der Ernte an. Im Winter übersiedelten sie nach New Orleans, um

¹ Vgl. Kottenkamp, a.a.O., S. 3.

² So Franz, a.a.O., S. 120.

³ Vgl. Hopp, a.a.O., S. 126.

⁴ Fortier, Alcée, A History of Louisiana, New York, 1904, Band I, S. 35 schreibt: „But those among them who posses a little judgment and are diligent, soon succeed in possessing a piece of ground and prosper.“

⁵ Franz, a.a.O., S. 359.

⁶ Roosevelt, Theodore, The Winning of West, Band I, New York, London, 1894, S. 184 f. (Dieser Autor war 1901 - 1908 Präsident der Vereinigten Staaten und 1906 Träger des Friedensnobelpreises).

dort den Absatz ihrer Produkte zu regeln und mit ihren Familien die Gesellschaftssaison zu erleben. Diese Klasse steuerte, auch nachdem das französische und spanische Beamtentum und Militär nicht mehr da war, die soziale und wirtschaftliche Entwicklung Louisianas von New Orleans, dem „Paris in der Wildnis“, aus.

Im Laufe der Zeit bildete sich ein zunächst nicht sehr breiter und einflußreicher wirtschaftlich selbständiger Mittelstand heraus.¹ Die Anfänge einer Bewegung in der Richtung des B-Prozesses von Wieses sind unter diesen Schichten zu suchen, noch ehe die Neuenglandpioniere auftauchten. Was das Mutterland für seine Untertanen, die in den Sümpfen und Urwäldern Louisianas ausharrten, leistete, wurde von den Siedlern, insbesondere den weniger abhängigen Gruppen, gemessen an den Opfern und Entsaugungen, die sie in Kauf nehmen mußten, nicht als ausreichend empfunden. Die besonderen Verhältnisse in der neuen Welt wirkten sich auf die Creolen oder zumindest auf gewisse Schichten von ihnen aus. In der Wirtschaft bildeten sich Gruppen, die ihre Verdienste im Handel dem Staat nicht völlig abliefern wollten. Es gab schon früh Privatpersonen, Gaststätteninhaber und ähnliche Geschäftsleute, die der Verwaltung nicht unmittelbar unterstellt waren und denen Konzessionen übertragen wurden, damit sie Handel treiben konnten. Die Leitung der Handelskompagnie von Louisiana stand einer florierenden Privatwirtschaft nicht gerade wohlwollend gegenüber, weil sie selbst als Nebenfiskus des Fürsten meistens Verluste aufzuweisen hatte. Die Verwaltung, die vorwiegend der Handelsgesellschaft unterstand, erhöhte deshalb fortwährend die Preise für Konzessionsverleihungen und die Gewerbesteuern. Es ist verständlich, daß sich die Privatunternehmer diesen zusätzlichen Belastungen widersetzen.

Eine Sonderstellung unter den nicht sonderlich gewinnbringenden privat betriebenen Unternehmungen nahm die Gastronomie ein. Die Trinkstuben waren, besonders in New Orleans, rentabel und ihre Geschäfte für die Behörden schwer zu überwachen. Franz schreibt über die wenigen Privatkaufleute in Louisiana: „Lohnend allein war der Betrieb von Schenken. Deren Inhaber waren meistens Leute aus la Rochelle, bei denen Soldaten und Matrosen ihren Sold vertranken. Sie beherrschten auch den geringen Handel, der sich inzwischen entwickelt hatte, und Ansiedler und Eingeborene erstanden bei ihnen Branntwein und andere Waren. . . . Noch mehr Gewinn als der Handel mit Waren warf der Sklavenhandel ab, der ebenfalls durch die Hände der Schenkwirte ging. Sie tauschten von den Indianern Kriegsgefangene ein und verkauften sie dann weiter an die Kolonisten und die Spanier.“²

¹ Die Stellung der Feudalherren zu dem potentiellen mittelständischen Kaufmann noch während der Herrschaft Spaniens ist aus folgendem Zitat abzulesen: „Eigentliche Negotianten, denen diese Benennung wirklich zukäme, gibt es in dieser Kolonie gar nicht, sondern bloße gemeine Kaufleute, die mit allem was vorkommt, wie der geringste Budenkrämer, im kleinen Handeln. Viele darunter sind bloß Faktore oder Kommissionäre. Alle zusammen aber sind so wenig imstande und überdies auch so wenig geneigt den Pflanzern den mindesten Vorschuß zu geben, daß vielmehr hierzulande, um mit einem Wort alles zu sagen, durch eine sonderbare Verrückung der sonst gewöhnlichen Kolonialverfassung, der Pflanze nicht dem Handelsmanne, sondern dieser dem Pflanze schuldig ist.“ (Vgl. Sprengel und Ehrmann, a.a.O., S. 158.)

² Vgl. Franz, a.a.O., S. 86.

Im Laufe der Jahre lösten sich manche Louisianafranzosen von ihrer Heimat und ihrer angestammten Kultur. Es gab Kanadier, Akadier, Louisianer, die nur wenig von ihrem Stamm-land wußten und wissen wollten. Die Einwanderer aus nichtfranzösischen Ländern fühlten sich von vornherein nicht an Frankreich gebunden. Aus diesen Kreisen erwuchs mit zunehmender Seßhaftwerdung und steigendem Wohlstand der Hang zur Selbständigkeit. Die Kanadier, die vielfach schon 2 oder 3 Generationen nicht mehr unter unmittelbarem Einfluß der französischen Kultur standen, bildeten den Kern des künftigen Mittelstandes. Sie wußten mit dem amerikanischen Boden fertig zu werden und waren deshalb nicht auf französische Einfuhren zur Ergänzung ihrer Verpflegung angewiesen. Sie lernten, die wirtschaftliche Unabhängigkeit zu schätzen und auszubauen. Die kanadischen Familien waren kinderreich. „Als Ulloa (der erste spanische Gouverneur, der Verf.) im März 1766 landete, hatte man 5552 Weiße und ungefähr ebensoviel Sklaven gezählt. Nur die aus Kanada stammenden, schon in den ersten Jahrzehnten übersiedelten Einwanderer, die aber von vornherein eine besondere Gruppe für sich gebildet hatten, weisen im Verein mit einigen wenigen aus Frankreich und Westindien stammenden Familien eine Vermehrung auf und bildeten den Kern der alteingesessenen Bevölkerung.“¹ Nach der Verdrängung der Franzosen von ihren kanadischen Besitztümern ergoß sich ein stetiger Strom von Flüchtlingen nach Louisiana. Die Kanadier kamen in die Kolonie, weil sie innerhalb des französischen Kulturbereiches verbleiben konnten.

Außer den ehemaligen Kanadiern, die den Mississippi stromabwärts kommend den Spuren la Salle's folgten, trafen Tausende von Akadiern auf dem Wege d'Ibervilles in Louisiana ein und verstärken dort den Mittelstand. Alle diese Neuankömmlinge wußten den Boden zu bebauen und eigenhändig für ihren Unterhalt zu sorgen. „A constant stream of Acadians arrived after 1764. The Acadians were French Canadians whose ancestors had settled the province of Acadia, or Nova Scotia, early in the seventeenth century. Great Britain acquired Nova Scotia in 1713, but the Acadians never became loyal British subjects, refusing to adopt British customs and to obey the laws.“² Nachdem Großbritannien jahrelang ergebnislos versucht hatte, diese französischen Bewohner seiner Kolonie für Gesetz und Ordnung nach englischem Muster zu gewinnen, verloren 1755 die Engländer die Geduld und wiesen die Akadier aus ihrer Heimat aus und brannten deren Häuser und Höfe nieder. Insgesamt siedelten sich vier- bis sechstausend Akadier während der spanischen Zeit in Louisiana an. Die Akadier waren arbeitsame Farmer, Hirten und Fischer. Durch ihre Erfahrungen mit den französischen und später englischen Machthabern hatte sich bei ihnen eine Abneigung gegen ein stark institutionalisiertes Regierungssystem entwickelt, die der des Mittelstandes in den Neuenglandkolonien durchaus ebenbürtig war. Die Akadier strebten jedoch im Gegensatz zu den Neuengländern keine Auflösung der überlieferten kirchlichen Ordnung an.

Seine deutschstämmige Bevölkerung verdankt Louisiana in erster Linie der Siedlungspolitik John Laws. Hopp berichtet: „Law hatte mehrere hundert Deutsche in Louisiana angesiedelt.“³ Franz schreibt hierzu: „Bei der Beschaffung männlicher Kolonisten . . . sah man

¹ Zitat Franz, a.a.O., S. 345.

² Zitat Davis, a.a.O., S. 109.

³ Hopp, a.a.O., S. 126.

sich, um bessere Elemente zu gewinnen, auf die Anwerbung angewiesen. Besonders Law scheint von Anfang an die Besiedlung seiner Konzession mit ihrer Hilfe in großem Maßstabe geplant zu haben. Von den 30 Millionen Lire, die er für sein Herzogtum bezahlt haben soll, wird er wohl den größten Teil zu diesem Zwecke verwendet haben. So hören wir, daß er für 12 000 L., nach Arlevous, 9 000 Deutsche in der Pfalz kaufte, d. h. eine wahrscheinlich hohe Summe für die Erlaubnis zahlte, diese dort im Laufe der Zeit anwerben zu dürfen. . . . Die so für die Auswanderung Gewonnenen nannte man 'Engages', welche die Verpflichtung eingingen, die Kosten für ihre Überfahrt und ihre Ausrüstung durch ihre Händarbeit zurückzuverdienen und so von vorneherein in einem Abhängigkeitsverhältnis zu der Kompagnie oder zu deren Konzessionären standen."¹ Wir finden solche Pfälzer in Law's Herzogtum am Arkansasfluß. Law hat . . . mit dem ihm eigenen Scharfblick diesen Übelstand (das Fehlen von Brotgetreide im Gebiet des Golfs von Mexiko, der Verf.) erkannt, und wohl im Einverständnis mit Bienville plante er am Arkansas, d. h. in einer Gegend, wo neben Mais und Reis auch unsere Getreidearten bereits gedeihen, die Massenansiedlung von deutschen Bauern. Auch läßt die Tüchtigkeit, welche die wenigen in Louisiana wirklich angesiedelten Deutschen bewiesen haben, keinen Zweifel daran, daß dessen Geschichte einen weit günstigeren Verlauf genommen hätte, wenn nicht der Zusammenbruch der sonstigen law'schen Unternehmungen auch dieses, wohl das gesündeste von allen, vernichtet hätte."² Auch während der spanischen Zeit wanderten zahlreiche Familien aus Deutschland direkt oder aus den Neuenglandkolonien in Louisiana ein. Davis schreibt: „Several thousand Germans arrived, as did many Swiss and smaller numbers of other nationalities. Most of these Germans settled along the Mississippi just above New Orleans, and this section soon became known as the German Coast. . . . Even today many of their descendants say with pride: 'We are the descendants of those Germans who turned the wilderness into a paradise such as Louisiana never possessed before.'"³ Aus diesen mittelständischen Bevölkerungsschichten erwuchs im Laufe der Zeit in Louisiana eine Sozial- und Wirtschaftsgruppe, die weder zur kirchlichen und staatlichen Oberschicht der früheren Gesellschaft gehörte noch der völlig besitzlosen Klasse zugezählt werden darf. Ein solcher Mittelstand kann sich zum Träger einer Demokratie entwickeln. Er ist ebenfalls für den wirtschaftlichen Aufschwung eines Landes nicht zu entbehren. Das „zwischengebildliche Leben“ in Louisiana war jedoch für die Entfaltung einer Feudalgesellschaft bei weitem günstiger. Die Ersteinwanderer, die Bodenständigen und Großgrundbesitzer bestimmten die soziale und wirtschaftliche Entwicklung des Landes unter den Franzosen, den Spaniern und sogar noch nach der Eingliederung Louisianas in den Verband der Vereinigten Staaten von Amerika.⁴

¹ Franz, a.a.O., S. 122.

² So Franz, a.a.O., S. 129.

³ Davis, a.a.O., S. 48.

⁴ Sogar in den neunziger Jahren des 18. Jahrhunderts wurden größere Landkonzessionen gewährt: „The Marquis de Maison Rouge was given a large tract on the Ouachita River . . . and the Baron de Bastrop received over thirty square miles of land north of Monroe. The Baron agreed to settle four hundred families on his land . . .“ (Vgl. Davis, a.a.O., S. 109).

Hopp schildert die Eigenart der Entwicklung in den amerikanischen Südstaaten, von der Louisiana nur insoweit abwich, als es unter stärkerem Einfluß der französischen Kultur und der katholischen Kirche stand, wie folgt: „Die südlichen Colonien - zeigen in ihrer Entwicklungsgeschichte ein Streben, sich zu einem gleichförmigen Ganzen zu gestalten, das gemeinsame Züge trägt und von dem wirtschaftlichen und sozialen Leben in den nördlichen Ansiedlungen mehr oder minder weit entfernt und verschieden bleibt. Das Klima, die geographische Lage, das Vorhandensein zahlreicher kleiner Ströme rufen dieselben Erscheinungen hervor. Das geringe Hervortreten eines Mittelstandes ist für alle diese Colonien typisch; es gibt dort Latifundienbesitzer, die überall den Ausschlag geben und herrschen, an dieselben sich anschließend weiße Leute des Mittelstandes, die aber von den Großgrundbesitzern abhängig bleiben, sei es nun, daß sie als Aufseher und Verwalter direct, oder als Krämer, Schulmeister, Handwerker, Pächter mehr indirect von ihnen beeinflusst werden, und unter denen sich ein großen Prozentsatz von Armen und Verbrechern findet, endlich Sklaven, Arbeitsmenschen, welche die Äcker bestellen.“¹

Es bedurfte in Louisiana langer Jahre des unaufhörlichen Untergehens und Neuwerdens der Sozialgebilde bis sich ein Mittelstand emporarbeiten konnte und sich damit eine notdürftige Demokratie und eine „Amerikanisierung“ herauszuschälen vermochte. Ein Mittelstand, der die wirtschaftliche Unabhängigkeit anstrebt, bringt noch lange keine „Amerikaner“ hervor, obschon er die Voraussetzung für die Ideologie des Amerikanismus ist.² Die enge Bindung der Louisianer, die vorwiegend französischer Abstammung waren, an ihre sozialen und religiösen Institutionen und die damit zusammenhängende Weltanschauung und Politik hebt sie zum Teil heute noch von dem in den übrigen USA anzutreffenden Sozialtyp ab.

7. Der Louisiana-Purchase (1803)

Mit New Orleans, das durch seine Lage nahe der Mündung des größten Flusses von Nordamerika eine strategische Schlüsselstellung einnimmt, kontrollierte Spanien von 1766 bis 1803 den Güterverkehr im Mississippi. Militärisch war die Lage der Stadt in einer Zeit, in der nahezu sämtliche Truppenbewegungen auf dem nordamerikanischen Kontinent über die Wasserstraßen vorgenommen werden mußten, ebenfalls von höchster Bedeutung. Wie wichtig es war, die Stadt unter Kontrolle zu haben, zeigte sich im amerikanischen Revolutionskrieg (1776-1783). Die Spanier unternahmen von New Orleans aus militärische Aktionen gegen England, ihren traditionellen Feind. In New Orleans stellte Spanien den amerikanischen kolonialen Streitkräften Verpflegung und Kriegsmaterial zur Verfügung. Über New Orleans gewährten die Spanier den Amerikanern mississippiaufwärts und im Golf von Mexiko ungehinderte Bewegungsfreiheit, während sie den Engländern diese Rechte verweigerten. Im Mai 1779 erklärte Spanien England den Krieg. Der Gouverneur Don Bernardo de Galvez führte persönlich einige Expeditionen gegen die Truppen Groß-

¹ Hopp, a.a.O., S. 51. Den Sklaven wird in dieser Arbeit noch ein besonderes Kapitel (Vgl. V. 3 und 4) gewidmet.

² Im Sinne der freiwilligen Institutionalisierungsweise (vgl. S. 26).

britaniens.¹ Die strategische Bedeutung von New Orleans als Flottenstützpunkt für die neugeschaffene US-Kriegsmarine sowie die günstige Lage der Stadt als Ein- und Ausfahrhafen für die Süd- und Weststaaten veranlaßte Thomas Jefferson, den dritten Präsidenten der U.S.A., die Kontrolle über die „Insel von New Orleans“ mit allen Mitteln zu erzwingen. Nachdem die amerikanischen Siedler mit Hilfe anderer europäischer Mächte ihre Unabhängigkeit von Großbritannien erkämpft hatten, setzte von Neuengland aus eine große Westwanderung ein. Pioniere überschritten das Alleghany-Gebirge und ließen sich im Mississippital nieder, wo sie fruchtbares Ackerland fanden. New Orleans war ihnen ein Markt für ihre Produkte und ein Umschlaghafen für ihre Ausfuhr Güter. Zunächst unterstützten die Spanier den Freihandel der amerikanischen Bürger weitgehend. Im Jahre 1784 jedoch drohten sie ihn plötzlich ab. Diese spanische Maßnahme wird in der Fachliteratur unterschiedlich, je nach Einstellung der Kritiker zum Freihandel, beurteilt. Roosevelt, der den Freihandel bejaht, meint zu der spanischen Handelskontrolle: „The New Orleans customs official were corrupt, and the regulations very absurd and oppressive. The policy of the Spanish home government in reference to the trade was unsettled and wavering, and the attitude towards it of the Governors of Louisiana changed with their varying interests, beliefs, caprices, and apprehensions.“² Der spanienfreundliche Davis hingegen ist der Ansicht: „There had been considerable corruption in regard to trade during the French period, but most of the Spanish officials were honest and forced ship captains to account for all of their shipments. There was little personal graft, and none of them permitted their wives to engage in business or establish monopolies, as Madame Vaudreuil (Gemahlin des Grand Marquis, Pierre Rigaud, Marquis de Vaudreuil, Gouverneur Louisianas 1743-1753; der Verf.) had done.“³ Die von Spanien festgelegten Zollsätze fielen in verhältnismäßig kurzen Zeitabständen von 25% auf 15% und letztlich sogar auf 6%.

Hopp schilderte die Entwicklung Louisianas in der Zeit, die der Eingliederung des Gebietes in die U.S.A. unmittelbar vorausgeht, indem er auf die Beziehungen zwischen Spanien, England, Frankreich und Amerika eingeht, wie folgt: „Das Land zu beiden Seiten der Mündung des Vaters der Ströme war spanisch; aber die Vereinigten Staaten hatten immer darauf bestanden, daß die Spanier kein Recht hätten, die Strommündung der freien Durchfahrt amerikanischer Schiffe zu verschließen. An den damaligen Unionsgesandten Carmichael zu Madrid hatte Jefferson geschrieben und ihm aufgetragen, dem spanischen Minister vorzustellen, daß freie Schifffahrt auf dem Mississippi ein ganz notwendiges Erfordernis sei. . . Er fügt noch hinzu: 'Diese Mittheilung darf nicht verzögert, und keine Ausrede darf angenommen werden. Es ist unmöglich, für die Geduld unserer Bürger im Westen einzustehen; wir streben danach, sie zu beruhigen, indem wir ihnen versichern, daß der friedliche Weg in diesem Falle der beste ist'“. ⁴ Es gelang dem Präsidenten, amerikanischen Schiffen die freie Durchfahrt zu sichern. „Soweit war nun alles in Ordnung, mit Spanien hatte man sich abgefunden, aber bald schien von England, bald von Frankreich neue Gefahr zu drohen. Nicht ohne Grund ward gegen das Ende des achtzehnten

¹ Vgl. Davis, a.a.O., S. 93 f.

² Roosevelt, a.a.O., S. 113.

³ Davis, a.a.O., S. 115.

⁴ Hopp, a.a.O., S. 340 f.

Jahrhunderts in den Vereinigten Staaten die Befürchtung gehegt, England könnte bei einem Kriege mit Spanien die auf dem nordamerikanischen Continent gelegenen Besitzungen letzterer Macht erobern. Gegen Frankreich entstand aber auch ein Argwohn, man fürchtete bereits 1790, die Franzosen möchten Gelüste haben, ihre Besitzungen am Golf von Mexiko wieder zu gewinnen. Die Gesandten der Vereinigten Staaten in Paris, Madrid und London erhielten sofort Befehl, alles in ihrer Macht stehende zu versuchen, um eine Abtretung spanischen Gebietes an Frankreich zu hindern. Doch es war zu spät, Frankreich hatte bereits mit Spanien abgeschlossen, und das Gefürchtete war geschehen: Louisiana war schon am 1. Oktober 1800 an die Franzosen cediert; man hatte den Vertrag geheim gehalten, so daß die Kunde davon erst im Frühling 1802 über den Ozean gedrungen war.“¹

Die U.S.A. nahmen Verhandlungen mit Frankreich auf, in denen sie die Sicherung der freien Schifffahrt und der Stadt New Orleans als Freihafen anstrebten. James Monroe, bekannt durch die nach ihm benannte Monroedoktrin, dessen Amtszeit als Gouverneur Virginias gerade abgelaufen war, wurde als außerordentlicher Gesandter nach Paris geschickt. Hopp urteilt: „Und doch wäre Monroe wahrscheinlich vergeblich nach der Seinstadt gezogen, hätten nicht Glück und Zufall Jeffersons Pläne wunderbar begünstigt. Unter normalen und friedlichen Verhältnissen hätte Napoleon, der erste Consul, den amerikanischen Boten vielleicht übel empfangen und höhnisch entlassen, denn so kurzsichtig war seine Politik nicht, daß er nicht die Wichtigkeit des großen Gebietes, das damals Louisiana hieß, als eines französischen Coloniallandes begriffen hätte. Es war einer seiner Lieblingsträume, auf dem westlichen Continente wieder ein Neufrankreich zu begründen; Louisiana erstreckte sich von der Mündung des Mississippi über das heutige (1886 geschrieben, der Verf.) Louisiana, Arkansas, Missouri, Iowa, Minnesota, Nebraska, Kansas, Colorado, Wyoming, das indianische Territorium (den heutigen Staat Oklahoma, der Verf.), Dakota, Montana, Idaho, Oregon und Washington. Aber Umstände bestimmten ihn zur Annahme der amerikanischen Anträge. Der Aufstand auf Haiti war erfolgreich und konnte nicht so leicht gedämpft werden; und in Europa wurde die Kriegslage eine drohende. Unter den umfassenden Rüstungen, die er vornahm, vergaß Bonaparte seine Colonisationsprojecte, zum Kriegführen gebraucht man bekanntlich Geld, und so willigte er in den Verkauf.“²

„Auf das ganze Louisiana hatte man nicht gerechnet, nicht zu rechnen gewagt, aber Monroe war Staatsmann genug, um die ungeheure Wichtigkeit des Geschäftes einzusehen, und energisch genug, um die Situation auszunützen und seine Vollmacht zu überschreiten. Für 15 Millionen Dollars wurde am 30. April 1803 der denkwürdige Kauf abgeschlossen. Am 20. Dezember erfolgte die feierliche Besitzergreifung.“³

Nachdem die Handelsschranken gefallen waren, strömten Pioniere, Puritaner, aber auch Spekulanten und Abenteurer nach New Orleans. Die Neuankömmlinge mißfielen den alt-eingesessenen Kreolen. Ihre unkonventionelle Kleidung, ihr unkultiviertes, anmaßendes Benehmen, das Nichtbeachten der eingebürgerten Sitten und Gesetze und, wie die Katholiken meinten, ihre Gottlosigkeit machten sie den Siedlern französischer und spanischer

¹ So Hopp, a.a.O., S. 341.

² Hopp, a.a.O., S. 342.

³ Vgl. Hopp, a.a.O., S. 343.

Herkunft fremd. Die Freiheitsliebe der Amerikaner, ihre Neigung zum Individualismus und ihre Gewohnheit, sich über angeblich bewährte Sitten und Bräuche anderer hinwegzusetzen, riefen Abneigung hervor. Die Reaktion der damaligen Bewohner Louisianas auf die „Amerikaner“ war ähnlich wie die der Europäer im 20. Jahrhundert nach den beiden Weltkriegen auf die US-Soldaten und deren Familien.

Die Louisianer französischer und spanischer Abstammung verkörperten und verkörpern noch heute einen anderen sozialen Typus als die Louisianer angelsächsischer Herkunft, die aus Kentucky und Tennessee nach Louisiana kamen. Die Kreolen zollten dem Amerikanismus noch weniger Anerkennung als diejenigen intellektuellen Europäer, die nach dem zweiten Weltkrieg ihre herkömmliche Gesellschaftsphilosophie und ihre Kultur vor amerikanischen Einflüssen zu schützen suchten. Ungeachtet dessen stellt sich der amerikanisierte französische Historiker Fortier mit typisch amerikanischem Optimismus vor, die Amerikaner kreolischer Abstammung hätten ihren Volkscharakter, ihre Zielsetzung und ihre Bewertungsvorstellungen, die für sie jahrhundertlang Gültigkeit gehabt hatten, ohne weiteres vergessen können. Sie seien immerwährend um ihres geliebten Louisiana willen der herrschenden Gesellschaftsordnung treu gewesen.¹

Anders als Fortier erkennt Hopp, daß in Louisiana zur Zeit der Eingliederung des Gebietes in die U.S.A. verschiedene geistige Strömungen und damit verschiedene Einstellungen zu Staat und Kirche aufeinandertrafen: „Die Freiheit Neu-Englands trat gegen den Absolutismus Neu-Frankreichs in die Schranken, der Sproß einer unumschränkten Regierung nahm den Kampf auf mit dem Kinde eines unterdrückten Volkes, der Palatin des römischen Katholicismus rang mit dem Vorposten der Reformation.“²

¹ Fortier schreibt: „Robin who was present at the ceremonies attending the transfer of Louisiana to the United States, expresses eloquently what he felt when he heard Lousat absolving all who desired it from their allegiance to France. He asks how it was possible that a man's own native land might ever cease to be his fatherland, that he might become an enemy to his country and no longer think of it. This remark of Robin's indicates what must have been the feelings of the Louisianians when they saw themselves tossed about from one country to another, becoming Spaniards, Frenchmen, Americans, without being consulted, without any regard for the most sacred feelings of mankind. They were required three times to tear from their hearts their love for their country, and yet they were always found loyal to their oath of allegiance. Whether under the French, the Spanish, or the American domination, they were always in the front rank when called upon to defend their beautiful and beloved Louisiana.“ (Fortier, Band II, a.a.O., S. 302).

² Hopp, a.a.O., S. 71.

IV. DIE RELIGIÖSE UND POLITISCHE ENTWICKLUNGSGESCHICHTE DER NEUENGLAND-KOLONIEN (1607-1789); DIE QUELLEN DER GEISTIGEN REVOLUTION

1. Neue Ziele und Wertmaßstäbe

Will man die Geschichte der Vereinigten Staaten verstehen, so muß man davon ausgehen, wie sich die im vorangehenden Kapitel erwähnten, vom Amerikanismus geprägten Sozialtypen herausbildeten und worin ihre geistige Haltung begründet war. In England erwuchs aus dem Widerstand gewisser Bevölkerungsschichten gegen die herrschende Gesellschaftsordnung ein - nach v. Wiese - „starker, beständiger Lebensstrom“¹, der zu neuen Bewertungen und andersartigen Zielsetzungen führte. Allgemein anerkanntes Ziel wurde das Streben nach individuellem Wohlergehen auf der Grundlage freiwilliger Institutionalisierung in einer Gemeinschaft, die nach christlich-humanen Gesetzen lebte. Die Wertvorstellungen der Bevölkerung entsprachen dieser Zielsetzung. Die neuen Bewertungen und Zielsetzungen entstanden aus der Kritik an dem vorhandenen Sozialgefüge. Die institutionelle Ordnung Englands zeigte ähnliche Entartungserscheinungen wie die Frankreichs: Die unteren Volksschichten wurden von einer Oberschicht ausgenutzt. Die herrschende Klasse setzte die produktiven Kräfte nicht zum Wohle aller, sondern zur Verfolgung ihrer spezifischen Interessen ein. Die Führung war demzufolge wankelmütig und unaufrichtig.

Mit ihrer Loslösung von Rom unter Heinrich VIII. hatte sich die Englische Kirche zunächst vornehmlich aus politischen Gründen außerhalb der Einheit der europäischen Kirche gestellt. Mit zunehmendem Einfluß der Reformation distanzieren sich viele englische Kirchen auch ideell vom Katholizismus und lehnten gleichfalls die Anglikanische Staatskirche ab. Zur Zeit des Absolutismus, unter Karl I. und James II. (in den Jahren 1688 und 1689), erkämpfte sich der Mittelstand weitgehende Rechte. Die englische Krone gewährte allen Staatsangehörigen, denen die herrschende soziale Ordnung in Europa mißfiel, auf dem nordamerikanischen Kontinent Zuflucht. Im Gegensatz zu Frankreich, das seinen Mittelstand zuhause festhielt, um jede Aufruhr im Keime ersticken zu können, erlaubte England seinem unzufriedenen Mittelstand auszuwandern und sich eine neue Heimat zu suchen. Die große Revolution der Engländer vollzog sich darum in der neuen Welt, während die französische im Mutterlande selbst ausgetragen wurde.

Hopp zieht zum Verständnis des amerikanischen Sozialprozesses Montesquieus „Esprit des Lois“ heran. Er schreibt: „Im Jahre 1748 erklärte Montesquieu der Welt, daß ein freies, gedeihliches und großes Volk sich in den Wäldern Amerikas bilde, zu deren Bewohnung England seine Söhne ausgesandt habe. Eine kleine Schar angelsächsischer Abstammung, vorwiegend aus Farmern, Pflanzern und Handwerkern bestehend, hatte mit Weib und Kind, den atlantischen Ozean durchkreuzt, um Freiheit und Wohlstand zu erwerben. Sie brachten

¹ Vgl. v. Wiese, a.a.O., S. 177.

die Civilisation mit sich, die eine lange Vergangenheit auf England vererbt hatte; das Glück, das sie in der neuen Welt fanden, verlockte Einwanderer jeder Art und jeden Standes aus anderen Ländern, sich ihnen anzuschließen. Amerikas Aufgabe sollte es sein, an Stelle des Privilegiums der Erbfolge die von der Natur gewollte Freiheit der Menschen, an Stelle der unverantwortlichen Autorität eines Monarchen eine unabhängige Regierung zu setzen, die sich auf Übereinstimmung und Eintracht der Meinung gründete. Die amerikanische Revolution, so erklärt eine Reihe amerikanischer Schriftsteller mit großer Emphase, war ihrem Wesen nach durchaus radikal, eine neue plebejische Demokratie sollte sich an der Seite der stolzen Reiche bilden. Es wurde die Gleichheit aller Menschen erklärt, die persönliche Freiheit in vollständiger Individualität sichergestellt und gemeinsame Zustimmung als die allein richtige Basis von Grundgesetzen ausgesprochen. Neben dem Prinzip der individuellen Freiheit und derjenigen der Einzelstaaten entstand eine Bundeseinheit, die jeden Anlaß zu ihrer Vernichtung dadurch aus dem Wege räumen sollte, daß sie den nachfolgenden Geschlechtern das Recht verlieh, die Verfassung der wachsenden Einsicht der Bevölkerung gemäß zu verbessern.“¹

Nordamerika wurde von Einwanderern besiedelt, die aus den verschiedensten Gründen Europa verließen. Nach Virginia kamen Menschen, die ihre wirtschaftliche Lage verbessern wollten. In Massachusetts und New Hampshire ließen sich Puritaner nieder, um ihre Religion ungehindert ausüben zu können, auf Rhode Island versuchten Kolonisten, eine die Freiheit des Individuums schützende Rechtsordnung zu etablieren. Andere Kolonien wurden von Menschen besiedelt, die lediglich von den in Europa herrschenden Sozialordnungen frei sein wollten. Die amerikanische Verfassung ermöglichte weitgehend die Institutionalisierung der einzelnen Siedlergemeinschaften auf ihre religiösen, politischen und wirtschaftlichen Bedürfnisse hin. Auch heute dient die Verfassung mit ihren Amendments noch dem gleichen Zwecke.

2. Die Wurzeln des religiösen Amerikanismus.

Überblickt man die in der christlich-abendländischen Welt getroffenen Institutionalisierungen zur Befriedigung der immateriellen, geistigen Bedürfnisse, so kann man beobachten, daß sich nach einem jahrhundertlang andauernden Prozeß des Zueinanders ein Zug zur Lockerung und Lösung der straffen Organisation der Kirche abzuzeichnen beginnt. Reformatoren wie Wiclif, Hus, Luther, Zwingli und Calvin gaben den geistigen Anstoß, der zum Auseinanderbrechen der Kircheneinheit in Europa führte. In den Vereinigten Staaten wurde die Idee der Religionsfreiheit so weit als möglich verwirklicht. In den europäischen Ländern verlief der Prozeß des kirchlichen Auseinanders verschieden. In Deutschland gab Martin Luther am 31. 10. 1517 mit dem Anschlag seiner 95 Thesen an die Türe der Schloßkirche zu Wittenberg den Auftakt zur Kirchenspaltung. In England geht die 1534 erfolgte Lösung der Kirche von Rom auf Heinrich VIII. zurück. Überall in Europa, wo sich reformatorische Gedanken ausbreiten konnten, wurde der Prozeß des Auseinanders von einer langen Ordnungstradition auf kirchlichem und politischem Gebiete aufgehalten. In den USA stand den

¹ Hopp, a.a.O., S. 159.

neuen Ideen wenig entgegen; so wurden sie zum Sammelbecken aller christlichen Religionen der Welt.

Im folgenden soll ein Bild von den Bevölkerungselementen der USA gegeben werden, die sich aus religiösen Beweggründen von der in Europa herrschenden Sozialordnung los-sagten. Dabei soll auf die Entwicklungsgeschichte einiger amerikanischer Sekten, besonders aber auf die der Puritaner, eingegangen werden. Es soll gezeigt werden, daß das Streben nach freier Religionsausübung mit dem Streben des einzelnen, sich auch außerhalb des kirchlichen Bereiches frei zu betätigen, Hand in Hand ging. Der Impuls, der von den religiösen Gemeinschaften beim Einsetzen des v. Wieseschen B-Prozesses ausging, kann für die Sozialgeschichte der Vereinigten Staaten nicht hoch genug bewertet werden. Aus der Institutionalisierungsweise der Puritaner entwickelte sich ein Regierungssystem, das von dem europäischen Parlamentarismus erheblich abweicht. Die Grundgedanken des Amerikanismus sind religiös fundiert. Die Glaubensgemeinschaften leben nach Maximen, die sie aus der heiligen Schrift herauslesen. Gottes Wort ist ihnen oberstes Gebot und wird strenger eingehalten als alle von Menschen gemachten parlamentarischen Verfügungen. Der einzelne ist Gott verantwortlich, und daraus erklärt sich größtenteils die Vorstellung vom Individualismus ohne Anarchie.

Obwohl sich die religiösen Gemeinschaften in den U.S.A. in ihrer Schriftauslegung stark voneinander unterscheiden und man sich aus diesem Grunde vor Verallgemeinerungen hüten muß, lohnt es sich, um den amerikanischen Sozialprozeß zu verstehen, das Gemeinsame der Grundhaltung dieser Sekten herauszustellen. Fast alle diese Glaubensbekenntnisse respektieren den Individualismus und die Demokratie. Der Beitritt zu einer Glaubensgemeinschaft soll auf Überzeugung und Freiwilligkeit beruhen. Nirgends wird die Zugehörigkeit zu einem bestimmten Glaubensbekenntnis gefordert, obschon man sich unter dem Druck der öffentlichen Meinung scheut, eine Kirchenaffiliation nicht einzugehen. Der Amerikanismus verlangt nur den Glauben an Gott, nicht die Zugehörigkeit zu irgendeiner Kirche. Alle Sekten stützen ihre Lehre auf die Bibel, die meisten von ihnen auf das Neue Testament. Abgesehen von unterschiedlichen Akzentuierungen setzten sich alle Religionsgemeinschaften für ein christlich-humanes Zusammenleben der Menschen ein. Dabei gehen alle über den Rahmen ihrer Gemeinschaft hinaus und streben den Frieden zwischen allen Menschen, Gruppen und Staaten an.¹ Heute spielen besonders die Frauen im religiösen Leben eine führende Rolle. Finanziell leben die Kirchen von den freiwilligen Spenden ihrer Mitglieder. Es wird erwartet, daß jeder mit seinem Zehnten zum Unterhalt seiner Religionsgemeinschaft beiträgt. Die Berufung von Predigern, die Wahl des Kirchenvorstandes, die Festlegung von Gottesdienstzeiten, die kirchliche Fürsorge und anderes mehr

¹ Freiheitsliebe, individuelle Auslegung der Heiligen Schrift, Demokratie, nicht aber Toleranz im Zusammenleben der Gläubigen, kann bis auf die Puritaner zurückverfolgt werden. „Das Puritanertum war keine Klassenbewegung, kein Durchbruch der Unterdrückten nach oben, sondern eine dynamische Religionsbewegung. Ein brennendes Verlangen, den Willen Gottes zu erforschen und zu befolgen, schien das Land zu durchdringen. Um sich darüber zu unterrichten, steuerten die Leute in ihren nachbarlichen Gemeinschaften zur Errichtung puritanischer ‚Vorlesungen‘ in den Pfarrbezirken bei, die keine Pfarrer zum Predigen hatten, und trafen sich anschließend in den Familien, um ihre Ansichten und Erfahrungen in religiösen Dingen auszutauschen.“ (Vgl. Morison-Commager, Band I, a.a.O., S. 58).

wird in offener demokratischer Wahl und Aussprache beschlossen. Alle protestantischen Sekten nehmen ihre Religion ernst. Der Institution Kirche stehen sie zurückhaltend gegenüber. Sie halten das Glaubensbekenntnis eines Menschen für eine persönliche Angelegenheit und gestehen weder einer streng institutionalisierten Kirche noch dem Staate einen Eingriff in diesen privatesten menschlichen Bereich zu.

Die heute in den Vereinigten Staaten zu findenden zwischenmenschlichen Beziehungsformen, die der Befriedigung religiöser und - davon abhängig - sozialer Bedürfnisse dienen, sind das Ergebnis eines sich über Generationen hin erstreckenden Entwicklungs- und Angleichungsprozesses. Selbst die Franzosen mußten in der neuen Welt Einbrüche in ihre Kircheneinheit hinnehmen. Heinrich IV. hatte in Frankreich und auch in Neufrankreich religiöse Toleranz geübt. Nach seiner Ermordung setzte sich die katholische Kirche in Frankreich erneut durch. Die Hugenotten wurden unterdrückt, Amerika blieb ihnen verschlossen. Hopp berichtet: „Unter Champlain waren hugenottische Prediger wie römische Priester an die Ufer des St. Lorenzstromes geeilt, und der große Entdecker machte damals die Bemerkung, es sei wohl nicht gut, daß die Boten zwei so verschiedener und feindlicher Glaubensbekenntnisse gleichzeitig in der neuen Kolonie erscheinen; denn die Gemüter der Indianer würden verwirrt, sie könnten nicht rechtzeitig unterscheiden, welches die beste Religion sei, deren Vertreter sich nicht selten zum allgemeinen Ärgernis mit den Fäusten arbeiteten.“¹ In den Neuenglandkolonien kam es nicht zu tätlichen Auseinandersetzungen zwischen den protestantischen Sekten und der anglikanischen Kirche. Trotzdem wurden auch hier infolge des Eingreifens der Staatskirche und des Verhältnisses der Sekten untereinander erbitterte religiöse Meinungsverschiedenheiten ausgetragen.

Aus Deutschland, Frankreich und Belgien sowie aus England selbst emigrierten, zum Teil über Holland (Leyden) kommend, religiöse Idealisten in die Neuenglandkolonien. Dieser soziale Typus von Einwanderern, der seine Heimat allein um seiner Religion willen verlassen hatte, nahm in den Kolonien eine Sonderstellung ein. Sowenig wie diese Gruppe von Menschen gewillt war, die Einmischung der Kirche oder des Staates in ihre religiösen Angelegenheiten in ihren Heimatländern zu dulden, so sehr setzten sie sich auch in den Kolonien England gegenüber für das Recht zu freier, im eigenen Ermessen liegender Religionsausübung ein. Noch heute reagieren diese Kreise äußerst empfindlich auf den geringsten Eingriff, den eine Kirchengemeinschaft oder irgendeine Regierung in religiöse oder soziale zwischenmenschliche Beziehungsformen plant.

Unmittelbar nach der Hochzeit Heinrichs von Navarra in Paris (im Aug. 1572) und der Ermordung von ca. 3000 Hugenottenführern (Bartholomäusnacht) flüchteten viele Hugenotten aus der Bretagne, der Normandie und Picardie nach England und Holland. Besonders die reformierten Wallonen aus Ostfrankreich suchten in Holland eine Zuflucht. Tausende von Hugenotten kamen nach Leyden, wo sie mit den Brownisten und Puritanern aus England zusammentrafen. Viele dieser religiös Verfolgten wanderten bereits mit den Pilgervätern in die neue Welt aus. Neben den Franzosen und Engländern prägten auch deutsche Einwanderer den religiösen Amerikanismus in seinen Anfängen. Hopp berichtet, daß viele der deutschen Auswanderer Sektierer waren:

¹ So Hopp, a.a.O., S. 294.

„Pastorus und die ersten deutschen Ansiedler in Pennsylvania waren Quäker geworden, Sauer jun, ward ein Täufer oder Dunker und ein ‚Diener des Herrn‘ in dieser Sekte, die keinen geistlichen Stand kennt und die gelehrte Bildung ebenso verderblich und verwerflich hält, wie den Kriegsdienst und das Erreichen irgend eines Zweckes durch Waffengewalt. Unter den deutschen Einwanderern bildeten sich noch mehrere und nach unseren Begriffen sonderbare religiöse Genossenschaften heraus.“ Er fährt jedoch fort: „Die große Menge der deutschen Einwanderer hielt sich von diesen religiösen Verirrungen fern, trat auch den Quäkern nicht bei, sondern gründete vom Jahre 1730 an eine Reihe lutherischer Kirchen.“¹

Jedem Amerikaner ist bekannt, daß die Puritaner und die Pilgerväter die geistigen Väter des Amerikanismus sind. Ihre Prinzipien, ihre Wertvorstellungen und ihre Zielsetzungen werden kritiklos gutgeheißen und der Jugend als Vorbild hingestellt. Als Nationalhelden werden die Pilgerväter vielfach mythologisiert. Hopp beurteilt die Puritaner, die, seit sie am 11. November 1620 im Hafen von Kap Cod in Nordamerika landeten, Pilgerväter genannt werden, sachlicher. Er schreibt:

„Die Puritaner hatten schon seit der Mitte des sechzehnten Jahrhunderts in England existiert; sie waren nicht beliebt, aber ihre Sittenstrenge und Opferfreudigkeit machten auf die Menge einen mächtigen Eindruck. Gegen 1582 war aus ihnen allmählich eine Sekte oder Abteilung hervorgegangen, welche sich von dem Verbanne der bestehenden Kirche lossagte, den Chorrock, wie den, der ihn trug, das Gebetbuch und die Liturgie abgeschafft verlangte und auf die Bibel gestützt auf nichts Geringeres hinarbeitete, als die christliche Kirche ganz zu ihrer ursprünglichen Einfachheit zurückzuführen. Diese Separatisten, wie man sie nannte, führten ihre Theorien auch praktisch aus. Sie bildeten in England Kirchengemeinden, worin die Mitglieder allein mit der vollen Gewalt bekleidet waren, die ganze Verwaltung leiteten und, mit einem Worte, kirchliche Organisationen auf Grundsätze hin ins Leben riefen, welche, auf die politische Staatsorganisation angewendet, eine reine Demokratie darstellen würden....

Kaum hatte die große Elisabeth ihre Augen geschlossen, so begannen die Bischöfe der englischen Hofkirche anspruchsvoller aufzutreten; der seit 1584 eingesetzte Gerichtshof der ‚hohen Kommission‘ fing an, seine Wirksamkeit auszudehnen und fühlbarer zu machen. ein Seitenstück zu den spanischen Inquisitionshöfen. Die separatistischen Vereinigungen wurden gestört und verfolgt; bald wagten sie nur noch im Geheimen zusammenzukommen. Die meist in Nottingham, Lincoln und York lebenden Mitglieder begannen eine Trennung vom Vaterlande ins Auge zu fassen, nach Ländern auszusehen, in denen sie ungestört ihrem Glauben leben könnten. Das war damals nicht leicht, die Auswanderung, falls sie nicht lizensiert war, unterlag einem Elisabethanischen Verbote. Um kein Aufsehen zu erregen, wanderten sie in kleinen Trupps an die Seeküste, von wo Schiffe sie nach dem religiös freien Holland beförderten. John Robinson, ein hervorragender Separatistenprediger, sammelte zuerst in Amsterdam, dann in Leyden eine kleine Schaar Glaubensgenossen um sich, meist Handwerker und Kleinbauern, die im fremden Land kärglich ihr Leben fristeten. Die Schaar wuchs an, aber es gefiel ihnen in Holland nicht, die wenn auch bedächti-

¹ Hopp, a.a.O., S. 305.

gen und langsamen, doch immerhin lebenslustigen Niederländer hatten nichts Puritanisches an sich, und die Kinder der Vertriebenen unterlagen fremden Einflüssen. So richteten sie ihre Blicke auf ferne Gegenden, zuerst auf Guiana, wohin Walter Raleigh eine Expedition führte, ... dann auf Virginia, das damals noch nominell so ziemlich die ganze atlantische Küste umfaßte, wo jeder, wie das Volk dachte, nach seiner Façon selig werden könnte. Robert Cushman und John Carver gingen als ihre Abgesandte nach England, um von der Virginia-Gesellschaft Land zu erwerben. Die Verhandlungen nahmen Jahre in Anspruch; erst Cushman und Brewster gelang ein günstiger Abschluß. Ein Londoner Kaufmann, Thomas Weston, den der Glaubenseifer der Leute bewegte, gab Geld, wenn auch zu recht ungünstigen Bedingungen; 1620 konnte die Abreise erfolgen. Der Pastor Robinson blieb vorerst noch mit einem Teile der Gemeinde zurück; zwei Schiffe, der ‚Speedwell‘ und die ‚Mayflower‘, waren zur Überfahrt bestimmt, doch das erstere erwies sich so seeuntüchtig, daß es umkehren mußte. Die ‚Maiblume‘ allein erreichte nach einer langen Seereise das Cap Cod, es war November geworden, und als die ‚Pilgerväter‘ endlich einen zur Niederlassung geeignet erscheinenden Ort entdeckt hatten, war der 16. Dezember herangekommen. Bevor man ans Land stieg, unterzeichneten die Männer eine gegenseitige bindende Verpflichtung, sich allen billigen und gerechten Gesetzen und Verordnungen unterwerfen zu wollen, die zum gemeinsamen Besten erscheinen sollten.¹ John Craver wurde zum Gouverneur auf ein Jahr gewählt und ihm ein Stellvertreter beigegeben. Dann landete die aus 101 Personen bestehende Gesellschaft an einer Stelle, deren richtige Bestimmung oftmals Gegenstand der Untersuchung geworden ist, und die zur Erinnerung an die englische Hafenstadt Plymouth, in der die Pilger gastfreundlich aufgenommen wurden, Neu-Plymouth genannt wurde.“²

Will man den Geburtsort des „american way of life“ nennen, so ist es Plymouth Rock, wie Neu-Plymouth gemeinhin bezeichnet wird. Morison-Commager schreiben: „Die Pilger ließen niemals den Mut sinken und dachten gar nicht daran, ihr Unternehmen aufzugeben und nach Hause zurückzukehren. ... Deshalb wurde Plymouth Rock zu einem Symbol, da, wie Gouverneur Bradford seinen Bericht über die mageren Jahre schloß,

„auf diese Weise aus kleinen Anfängen Größeres durch die Hand dessen erwuchs, der alle Dinge aus dem Nichts erschaffen hat, und der allem was es gibt, ein Wesen einflößt. Und so wie eine kleine Kerze tausende von anderen Kerzen entzünden kann, so leuchtet das hier angezündete Licht vielen, ja ... unserer ganzen Nation.“³

Im religiösen Bereich waren die Puritaner keineswegs gewillt, anderen Glaubensgemeinschaften das Recht zuzugestehen, ihren Überzeugungen ungestört leben zu können. Diese Tatsache wird zuweilen geflissentlich übersehen. Den Puritanern erschien eine auf dem Prinzip der Glaubensfreiheit beruhende Religionsausübung ebenso abwegig wie der angli-

¹ Morison-Commager meinen hierzu: „Mit jenem Instinkt für Selbstverwaltung, den die Engländer schon damals besaßen, trafen die Pilgerväter dann eine Abmachung, wonach sie nur durch Mehrheitsbeschlüsse regieren wollten. . . .“ Vgl. Morison-Commager, Band I, a.a.O., S. 59).

² Hopp, a.a.O., S. 25 f.

³ Morison-Commager, Band I, a.a.O., S. 60.

kanischen Kirche. Sie glaubten an die Demokratie innerhalb der eigenen Kirchengemeinde, Andersgläubigen gegenüber waren sie jedoch unduldsam.

Roger Williams kann als der erste angesehen werden, der sich in Nordamerika für die Glaubensfreiheit einsetzte. Er kritisierte die Zustände in der Massachusettsskolonie. Hopp berichtet:

„Dies empfand bald ein junger Prediger, namens Roger Williams, der 1631 an der Küste des neuen Kontinents gelandet war. Auch er war ein Puritaner, allein er gehörte nicht zu der Sorte der Cottons, welche das Rezept zum Alleinseeligmachen allein zu besitzen wäñhten. Sein Grundsatz: „das Gewissen ist frei und die Meinung jedes Individuums kann durch kein Gesetz erzwungen werden“ erschien der puritanischen Creme geradezu verbrecherisch, ebenso verkehrt wie es ihm dünkte, Menschen zur Gottseligkeit zwingen zu wollen. Sein freimütiges Wort warb Anhänger; in Salem wählte man ihn zum Lehrer, und als das geistliche Tribunal in Boston ihn nicht bestätigen wollte, verzog er nach der Plymouth-Kolonie, wo er zwei Jahre verbrachte. Nach Ablauf dieser Zeit trat er sein Amt an und war beflissen, den Orthodoxen möglichst wenig Gelegenheit zum Ärgernis zu geben. Doch seine Grundsätze erregten in den Gemüthern der starren geistlichen Väter tiefe Verstimmung. Williams erklärte, die Obrigkeit habe kein Recht, die Bürger zum Beiwohnen des Gottesdienstes in der Kirche zu zwingen; diese Duldsamkeit ward als Frevel aufgefaßt. Roger Williams wurde 1635 verbannt, und da sein Anhang nicht von ihm lassen wollte, beschloß die hohe Geistlichkeit, ihn zu Schiff nach England als gemeingefährlichen Menschen zu senden. Dem kam er zuvor, er flüchtete in die Wildnis. Jetzt kam es ihm zu statten, daß er die Lehre von den allgemeinen Menschenrechten nicht nur gepredigt, sondern auch praktisch geübt hatte. . . . Daß viele Herzen mit ihm sympathisierten, beweist die Tatsache, daß der Gouverneur Winthrop ihn in einem Privatbriefe darauf hinwies, daß das Land an der Narragansett-Bai noch von niemand beansprucht wurde. Dorthin wandte sich der Vertriebene, den Platz an dem er sich niederließ, nannte er Providence. So ward der Staat Rhode-Island begründet. . . . Auf rein demokratischer Grundlage ward das neue Gemeinwesen errichtet, mit dem dort zum ersten Male in den Vereinigten Staaten offen verkündeten Grundsätze, daß Staat und Kirche, gänzlich getrennt sein sollten. In keiner Kolonie hatte die Obrigkeit so wenig, hatten die freien Wähler so viel Gerechtsame als in Rhode-Island, und kein Staat hat später so lose mit der Union zusammengehangen.“¹

Es versteht sich von selbst, daß sich nicht nur religiös Verfolgte an Roger Williams und seine Lehre anschlossen. Bei ihm konnten sich Menschen vieler Glaubensbekenntnisse, Anhänger der verschiedensten politischen Richtungen und Vertreter der verschiedensten Gesellschaftspsychologien einträchtig miteinander leben. Eine soziale Ordnung im Sinne Roger Williams ermöglichte allen Siedlern Freizügigkeit. Man brauchte nicht auf eine neue Siedlung zu verzichten, weil man sich nicht einer bestimmten Religionsgemeinschaft anschließen wollte. Diese Lockerung dogmatischer Bindungen, die Anerkennung von Unterschieden und das tolerante Hinnehmen anderer Verstellungen sind die Wesensmerkmale der amerikanischen Sozialordnung geworden. Diese Grundhaltung führt nicht, wie man oft fälschlicherweise annimmt, zur Anarchie.

¹ Hopp, a.a.O., S. 31 f.

Roger Williams wies den Weg, wie sich zwischenmenschliche Beziehungsformen gestalten lassen, die ein gesellschaftliches Miteinander trotz prinzipieller Gegensätze möglich machen. Eine mehr oder minder uniformierte Wertschätzung, die auf bewährten Bräuchen, Sitten und Einstellungen zur bestehenden Sozialordnung beruhte, wurde ersetzt durch tendenziell divergierende Zielsetzungen und ihre dazugehörenden Abwägungen im Nutzaustausch auf dem Wege zum individuellen Seligwerden. Statt der „Einheitsbewertung“ begrüßte man die individuelle, subjektive Wertschätzung. Ein echtes, festes, wirkungsvolles Bündnis ist trotz weitgehender Beschränkung auf die primäre Institutionalisierungsweise im gesellschaftlichen Miteinander möglich. Es entsteht ein Zusammenschluß ohne Uniformierung, der sich, wenn erforderlich, durchaus disziplinieren läßt und ein gemeinsames Ziel anstreben kann. Durch den Einfluß der Quäker, der Pilgerväter, Roger Williams und einer großen Zahl ähnlich gesinnter Kolonisten entstand die Neigung zum religiösen Amerikanismus und zum Individualismus. Zunächst zeichnete sich - wie es der Natur einer Sozialordnung gemäß ist - nur die Tendenz einer möglichen Entwicklung in dieser Richtung ab.

Weite Kreise der Bevölkerung wurden nicht vom Sog der allgemeinen Entwicklung erfaßt. Ein zeitgenössisches Zeugnis besagt: „Unsere Väter dachten nie daran, ihr durch einen Freibrief erworbenes und gekauftes Gebiet als einen Zufluchtsort für alle Arten von Gewissen zu eröffnen, sondern bestimmten es, wie ein Mann sein Haus, zu einem Orte des Friedens, der Bequemlichkeit und der Zucht für die, welche eines Sinnes, eines Gefühls und eines Interesses sind.“¹ Im allgemeinen waren die Neuengländer dem Amerikanismus gegenüber aufgeschlossen. In Massachusetts, New Hampshire, Rhode-Island und Connecticut verbreiteten sich die amerikanischen Ideen. Der religiöse Amerikanismus in Connecticut wird durch folgendes Zitat beleuchtet: „Psalmodierend legten sie (die Kolonisten: der Verf.) Lichtungen im Forst an: doch die Ansiedlung gedieh erst nach blutigem, siegreichem Streite mit den Pequod-Indianern. Seit 1639 ward eine Verfassung und feste Obrigkeit eingeführt, nach rein demokratischen Grundsätzen. Ein Jahr zuvor war bereits in Hartford eine Colonie gegründet worden, welche die Bibel als oberstes Gesetzbuch und alle freien Bürger als Regierende anerkannte. Im Laufe der vierziger Jahre dehnten sich ihre Farmhäuser bis an den Sund von Long-Island und auf der Westhälfte dieser Insel aus.“²

Eine dem Geist des Amerikanismus verpflichtete, von der Betonung der freien Persönlichkeitsentfaltung durchdrungene Sozialordnung duldet nicht den Gestaltungstrieb des homo potestas. Statt des Strebens nach Geltung und Behauptung ist bei allen, die sich in einer solchen Gesellschaftsform durchsetzen wollen, das Popularitätsstreben ausgeprägt. Populär ist der, der die Idealvorstellungen seiner Mitmenschen vom Bürger in sich verkörpert und deren Meinung vertritt. Aus der Ablehnung des homo potestas ist auch die Gegnerschaft der meisten Amerikaner sekundären Institutionalisierungsgebilden gegenüber zu verstehen. Politische und soziale Verkettungen dieser Art bieten diesem sozialen Typus ein Betätigungsfeld.

Greifen die Bürger der Vereinigten Staaten zu den Waffen, so tun sie es, weil sie davon überzeugt sind, ihr höchstes Gut, die Freiheit, werde von einem homo potestas bedroht,

¹ Hopp, a.a.O., S. 31, Fußnote.

² Hopp, a.a.O., S. 33.

der mit allen Mitteln körperliche oder seelische Tyrannei ausüben wolle. Der Feind ist immer eine aggressive Macht, die den Menschen die Freiheit, wie die Amerikaner sie verstehen, nehmen will. Zeigt sich eine solche Macht auf der Weltbühne, so fühlen sich die Anhänger des Amerikanismus von vornherein bedroht. Sie greifen zu den Waffen und kämpfen nötigenfalls gegen diesen Feind für den amerikanischen Lebensstil. In diesen Fällen geht die in der Unabhängigkeitserklärung betonte „Sicherheit“ (safety) über das allen zu garantierende Streben nach Wohlergehen (pursuit of happiness). Diese vom Amerikanismus bestimmte zwischenmenschliche Verhaltensweise ist so tief im Wesen des Volkes verwurzelt, daß beim Auftreten solcher aggressiven Mächte sogar die Forderung der meisten Religionsgemeinschaften, in Frieden zu leben, aufgegeben wird. Man sieht die Notwendigkeit ein, sich zusammenzuschließen und, wenn erforderlich, sich einer bestimmten Disziplin zu unterwerfen, um die Naturrechte des Menschen verteidigen zu können.

Aus Gründen der Verteidigung kam es zur ersten Institutionalisierung im amerikanischen Sozialprozeß. Hopp berichtet darüber:

„Indessen hatte die englische Regierung angefangen, sich mehr um ihre amerikanischen Colonien zu kümmern; eine Commission war eingesetzt worden, in der sich der Erzbischof von Kent befand, um die kirchlichen Verhältnisse der Neuengland-Ansiedlungen zu „regulieren“. Das Gerücht hiervon gelangte in die Pflanzungen, und einmütig beschloß man - schon damals - der Einsetzung eines Generalgouverneurs und kirchlichen Änderungen oder Bevormundungen gegenüber bewaffneten Widerstand zu leisten.“¹

„Die hochkirchliche Partei in England, vor allem Erzbischof Laud, verstand es, dem König Karl I. die Lage der Massachusetts-Kolonie und ihre Verhältnisse als so ungünstig zu schildern, den Geist der Colonisten als so widerspänstig und aufrührerisch, daß der königliche ‚charter‘ widerrufen werden sollte.“² Von Gouverneur Winthrop ward verlangt, er solle die kostbare Urkunde zurückgeben; im Falle einer Weigerung würde der König die Leitung der Pflanzungen ganz und gar in seine eigene Hand nehmen. . . . Die Neuengland-Colonien begannen einzusehen, wie wichtig es in diesen und ähnlichen Fällen für sie sein könnte, wenn sie durch einen Bund vereinigt wären. Wenn alle Colonien - wenigstens die von Neuengland, die Grenznachbarn waren - eine Vereinigung schlossen, die auch schon um der fortwährenden Indianerfehden willen höchst nützlich erschien. Bereits 1637 war der Plan hierzu gefaßt und erwogen worden, zur Ausführung gelangte er erst mehrere Jahre darauf. 1643 traten die Colonien Plymouth, Connecticut, New-Haven und Massachusetts zusammen, zu einer festen und immerwährenden Liga der Freundschaft, zur Abwehr wie zum Angriff, zu gegenseitigem Rath und zur Unterstützung bei allen gerechten Anlässen, zur Bewahrung und Fortpflanzung der Wahrheit und der Freiheit des Evangeliums, und zu

¹ Hopp, a.a.O., S. 33.

² Morison-Commager schreiben hierzu: „Unter dem anglo-katholischen Regime des Bischofs Laud gewann eine Bewegung, deren Ziel es war, die Eucharistie von neuem zum Mittelpunkt des christlichen Gottesdienstes zu machen, den König für sich und wurde zwangsweise durchgesetzt. Geistliche, die sich weigerten, dieser ‚Zurück-zu-Rom-Bewegung‘, wie sie sie ansahen, zu folgen, wurden verfolgt, und die puritanischen Lektoren wurden zum Schweigen gebracht.“ (Vgl. Morison-Commager, Band I, S. 58).

ihrer eigenen gegenseitigen Sicherheit und Wohlergehens' unter dem Namen ‚Vereinigte Colonien von Neu-England‘.“¹

Aus der religiösen Sphäre des menschlichen Zusammenlebens erhielt die gesellschaftliche Entwicklung in den USA ihren mächtigsten Antrieb. Im Laufe der Zeit setzte sich in diesem Bereich die Religionsfreiheit durch. Die freien Kolonisten fanden sich allmählich zusammen, um ihre Unabhängigkeit vor Außeneinflüssen zu schützen. Auf die Natur der sich herausbildenden neuen Sozialordnung wird in den folgenden Kapiteln einzugehen sein.

3. Der Liberalismus als Korrelat der religiösen und politischen Freiheit

Im Bereich der Institutionen, die sich zur besseren Befriedigung materieller Bedürfnisse gebildet haben, läßt sich in den meisten Ländern ein „Aufsteigen zu unpersönlicheren Gebildetypen und der Zerfall dieser Körperschaften“ nicht feststellen. Als die Vereinigten Staaten gegründet wurden, waren die bekannten institutionellen Ordnungen der Welt noch durch engste Verflechtungen des Wirtschaftlichen, Sozialen und Religiösen charakterisiert. Die Sozialprozesse zeigten sich bei starker Institutionalisierung bald mehr von der Kirche bald mehr von der absoluten Saatsgewalt beeinflusst.

Erst allmählich lockerten sich die verflochtenen institutionellen Zusammenschlüsse. Wirtschaftsverbände, Kirchenvereinigungen und soziale Institutionen verfolgten ihre speziellen Ziele auf speziellen Wegen mit speziellen Mitteln und lösten sich so mehr oder minder von selbst voneinander. Auf wirtschaftlichem Gebiete ist ein weiterer Zerfall der institutionellen Zusammenschlüsse denkbar. Allerdings ist es nicht für jeden einfach, die Vorstellung der vielen Verflechtungen im Komplex der institutionalisierten Wirtschaft: die staatlichen Kammern, die Gilden und Zünfte, die wirtschaftlichen und rechtlichen Organisationsformen aufzugeben. Da jedoch alle diese Institutionen von Menschen geschaffen worden sind, können Menschen sie verändern oder sie ganz verwerfen.

Zur Verwirklichung der Lehre des klassischen Liberalismus scheint eine weitere Lockerung oder Auflösung der institutionellen Ordnung in der Wirtschaft nötig zu sein. Wenn sich alles auf der Welt nach dem Motto „laissez faire, laissez passer, le monde va de lui même“ erreichen ließe, so wären die Einrichtungen des Colbertismus, Merkantilismus oder des Kameralismus überflüssig. Sollten sich Freizügigkeit, Vertragsfreiheit, Freiheit der Personen und des Eigentums, Handels- und Gewerbefreiheit, freier Zugang zum Markt, freie Berufswahl und das sonstige heilsame Wirken der „invisible hand“, das man sich vom freien Spiel der Kräfte verspricht, durchsetzen, so mußte die colbertistische, merkantilistische Institutionalisierung der Wirtschaft abgebaut werden. Die Übereinstimmung der sich anbahnenden wirtschaftlichen Entwicklung in den Vereinigten Staaten mit der Lehre des Liberalismus wird von Leuten, die einer anderen Ordnung als der der USA entstammen, oft übersehen. So schreibt G o r e r: „Jeglicher Versuch zur Stärkung der Regierungsautorität wird, zumindest in den Anfangsstadien, mit der größten moralischen Empörung und dem größtmöglichen Widerstand aufgenommen. Dies tritt insbesondere zutage bei Anträgen

¹ Hopp, a.a.O., S. 34.

von Planungen seitens der Regierung. Die Vorliebe für das ‚freie Unternehmertum‘ (private enterprise) ist keine auf Verstandesgründen beruhende Überzeugung von der Überlegenheit einer Produktions- oder Güterverteilungsmethode über die andere; sie ist nicht unbedingt ein Wandschirm, hinter dem persönliche Interessen und Profitaussichten verteidigt werden; sie ist eine tief ehrliche, quasi religiöse, moralische Einstellung, die Verstandesgründen ebensowenig zugänglich ist wie der Widerwille der Hindus gegen die Tötung von Rindern..¹ Außer von der Religion gingen in den Vereinigten Staaten vom freien Unternehmertum, das um wirtschaftliche Bewegungsfreiheit kämpfte, starke Impulse aus, die zum „Zerfall der Körperschaften“ führten.

Der Komplex der abzubauenen wirtschaftlichen Institutionen erstreckte sich vom „Staat“ über die riesigen Handelsgesellschaften des Merkantilismus bis zu den Gilden und Handwerkerzünften.² Alle diese Gebilde waren Einrichtungen einer Sozialordnung, die zur geistigen Revolution herausgefordert hatte. Diese zwischenmenschlichen Beziehungsformen wurden verworfen, weil sie der Lehre Adam Smiths tendenziell zuwiderliefen. Ebensowenig ließen sich diese wirtschaftlichen, sozialen und z. T. religiösen Zusammenschlüsse mit der Auffassung von der Notwendigkeit des freien Spiels der Kräfte vereinbaren. Aus soziologischen Gründen waren diese Institutionen abzulehnen, weil sie die Möglichkeit in sich bargen, ein Volk in Klassen und Stände aufzugliedern. Der Staat und vorher die Kirche hatten sich in England und Frankreich dieser Einrichtung bedient, um ihre wirtschaftlichen, sozialen und politischen Ziele durchzusetzen.

Die überlieferte Form der Herstellung und Verteilung von Wirtschaftsgütern, nach der alle Kräfte zur Produktion von der Obrigkeit eingesetzt wurden und die erzeugten Werte nach standesmäßigen Bedürfnissen verteilt wurden, gefiel weder den Pilgervätern noch den Ansiedlern in Pennsylvania, Maryland, Virginia und in den sonstigen Kolonien. Nach Auffassung der Amerikaner entfiel durch die Besteuerung des amerikanischen Sozialproduktes ein zu großer Teil des Volkseinkommens auf die zuhause gebliebenen Engländer. Besonders in jenen Bevölkerungskreisen, die in der neuen Welt für immer sesshaft werden wollten und die nur eine lockere Bindung an England empfanden, war die Frage der Teilung ihrer Verdienste mit den höheren Klassen im Mutterlande von Anfang an akut. Diese Gruppen hatten meist schon in Großbritannien gegen die herrschenden Institutionen gekämpft. Von ihnen war nicht zu erwarten, daß sie in der neuen Welt die Chance zur Fortsetzung eines Kampfes, der die wirtschaftliche Unabhängigkeit versprach, ungenutzt lassen würden. In England selbst konnte nichts unternommen werden. Dort verfügte die herrschende Klasse über die Arbeitsplätze und bestimmte die Höhe der Löhne, Preise und Steuern. Eine Auflehnung der mit diesem System Unzufriedenen war daher zunächst nicht möglich. Auch in Amerika war deshalb die Durchführung einer Güterverteilung zugunsten oder zuungunsten irgendeiner Ge-

¹ Gorer, Geoffrey, Die Amerikaner, Eine volkpsychologische Studie, Hamburg, 1958, S. 17.

² Man verwarf auch von Anfang an alle Gedanken einer kollektiven Ordnung im Sinne eines gemeinschaftlichen Eigentums. „In Neu-Plymouth (1624; der Verf.) sah es noch trübselig aus, auch hier bewährte sich der Communismus nicht. Bis dahin wurde das Gemeindeland gemeinsam beackert und besäet, und es herrschte Mangel; doch man hatte Überfluß an Getreide, sobald man die Einzelthätigkeit anspornte und jedem Colonisten eigenen Besitz an Acker überließ.“ (Vgl. Hopp, a.a.O., S. 29).

sellschaftsklasse erschwert. Deshalb griffen schließlich die Kolonisten zu den Waffen, um ihre Forderungen hinsichtlich der Besteuerung und der Zölle zu unterstreichen. Im Laufe der Zeit strebten besonders die nördlichen Neuenglandkolonisten die Wirtschaftsform des „free enterprice“ an, ein Ziel, das noch heute Gültigkeit besitzt. Der Begriff „free enterprice“ deckt sich nicht ganz mit „Freiem Unternehmertum“. In Europa versteht man vielerorts hierunter nicht das unbehinderte Spiel der Kräfte in der gesamten Wirtschaft, sondern verengt die Möglichkeit zu freier, nicht vom Staate beeinträchtigter wirtschaftlicher Entfaltung auf eine bestimmte Gesellschaftsgruppe, die Unternehmer, Arbeiter, Angehörige freier Berufe und Landwirte werden oft nicht als Unternehmer angesehen. Der amerikanische Begriff „free enterprice“ dagegen ist weitergefaßt. Er bezieht sich auf den einzelnen und seine gesamte wirtschaftliche Tätigkeit ohne Berücksichtigung von Beruf oder Stand. Jeder Mensch ist nach der Vorstellung der Amerikaner ein „Unternehmer“. Wie ein guter Betriebswirt muß jeder auf Nachfrageänderungen rechtzeitig reagieren können. Man darf sich nicht auf einen Beruf, wie etwa Bäcker, Elektriker, Arbeiter oder Schullehrer beschränken. Die Nachfrage nach den entsprechenden Leistungen kann im Verhältnis zu deren Angebot nachlassen, und damit können die Verdienstchancen für den einzelnen geringer werden. Jeder vereinigt zweckmäßig die Eigenschaften des Unternehmers in sich und tritt in atomistischer Konkurrenz auf. Die Vorteile, die in einer Vermischung der Klassenlinien liegen, werden zum Teil durch den Nachteil des Mangels an ausgebildeten und gelernten Arbeitskräften geschmälert.

Die Umsetzung der klassisch-liberalistischen Theorie in die Praxis verlangte neben der Abschaffung der aus dem Mittelalter überkommenen oder vom Merkantilismus geprägten wirtschaftlichen Einrichtungen die Beweglichkeit und den freien Zugang zu den Produktionsfaktoren. Diese waren reichlich vorhanden und konnten beliebig kombiniert werden. Ihre Verknappung und ihre Konzentration in den Händen weniger war damals nicht zu befürchten. Die klassische Lehre der Freiheit der Wirtschaft vom Staat ließ sich ohne weiteres mit dem Glaubensbekenntnis eines Roger Williams vereinbaren. Man gelangte auf diesem Wege zu einer brauchbaren Definition des Liberalismus als einer freiheitlichen Welt-, Staats- und Wirtschaftsordnung, glaubte an den Fortschritt der Menschheit, der sich aus dem freien Spiel der Kräfte (Konkurrenz) ergeben sollte, und lehnte obrigkeitliche (kirchliche oder staatliche) Eingriffe in die freie geistige oder materielle Betätigung des Individuums ab. Eine auf der Grundlage dieser Weltanschauung aufgebaute Gesellschaftsordnung entwickelte ebenso wie die Gesellschaftsform des Absolutismus, des Kommunismus oder des Sozialismus im Laufe der Zeit einen eigenen Sozial- und Geistestyp.

4. Der Pioniergeist.

Das zwischengebildliche Leben der Siedler in Nordamerika unterschied sich von Anfang an von den Formen des sozialen Zusammenlebens in Europa. Wurde der Charakter der sozialen Zusammenschlüsse zur Zeit des Absolutismus in der alten Welt am Bilde eines Wolfrudels verdeutlicht, so ließe sich in Analogie zu diesem Vergleich das zwischengebildliche Leben in der neuen Welt an der Lebensweise der Biber demonstrieren. Unter den

Pionieren bestanden wirtschaftliche, soziale und rechtliche Zusammenschlüsse, die zur übrigen Welt nur lockere Beziehungen unterhielten. Jeder Pionier verkörperte in sich die Eigenschaften eines Unternehmers, eines Handwerkers, eines Soldaten oder eines Angehörigen eines freien Berufes. Er wurde je nach den Erfordernissen Händler, Metzger, Förster, Jäger, Fischer, Arzt. Kam es zur Ausführung einer gemeinsamen Arbeit - z. B. zur Konstruktion von Blockhäusern oder ähnlichem -, so legten die Pioniere ihren Fähigkeiten gemäß ohne Rücksicht auf Bildung oder Ausbildung Hand an. Beim Wohnungsbau, bei der Verteidigung gegen Indianer, beim gemeinsamen Gottesdienst und bei der Erledigung von rechtlichen oder politischen Angelegenheiten traten sie als Gemeinschaft auf. Gewöhnlich wirtschafteten und handelten die Pioniere jedoch allein oder als Familienverband.

Alle diejenigen, die nicht gewöhnt waren, mit den Händen zu arbeiten, waren ungeeignet, mit den Gegebenheiten der neuen Welt fertig zu werden. Hopp berichtet, unter den Ansiedlern, die 1607 Jamestown im späteren Gliedstaat Virginia gründeten, seien nur 12 Arbeiter und wenige Kaufleute gewesen, der Rest habe aus heruntergekommenen „gentlemen“, aus Arbeitsscheuen, „die vom allgemeinen Gute zehrten, in dem Eden herumlungerten“ und sich häufig zankten, bestanden.¹ Diesen Gentlemen sagte bereits Captain John Smith, einer der ersten Gouverneure Virginias, den Kampf an. Die Virginier mußten, um sich ernähren zu können, dem Boden das tägliche Brot abringen. Dazu brauchte man Arbeitskräfte. Hopp schreibt: „Selbst die feinen Exgentlemen aus der City mußten fleißig werden, ‚denn wer nicht arbeitet, soll auch nicht essen‘.“² Vielfach stellten Gelehrte, die aus politischen Gründen in die neue Welt gekommen waren, die Nützlichkeit ihrer Kenntnisse selbst in Frage. So schrieb Franz Daniel Pastorius, ein deutscher Gelehrter: „Ich gebe sofort etliche 100 Reichsthaler darum, daß ich die köstliche Zeit, welche ich zur Erlernung der Sperlingischen Physic, Metaphysic und anderen unnöthigen sophistischen Argumentationibus und artuitionibus angewendet, uff Ingenieur-Sachen und Buchdruckerey-Kunst gekehret hatte, welches mir nun mehr zu statten kommen, ja mir und meinen Neben-Christen nützlicher und ergetzlicher fallen sollte, als fothane Physic, Metaphysic und alle Aristotelische Elenchi und Syllogismi, durch welche kein wilder Mensch oder Unchrist zu Gott gebracht, viel weniger ein Stück Brodens erworben werden kann.“³ Die neuen Verhältnisse machten vielfach ein Umlernen notwendig. Die beste Schule für die Pioniere war die Erfahrung. Selbständigkeit war die Voraussetzung, um sich in der neuen Umgebung zurechtfinden zu können.

Als die Franzosen 1760-62 von den Engländern aus dem Mississippital verdrängt worden waren, und erst recht als die Engländer durch die Revolution der Kolonisten zum Verlassen des Landes gezwungen worden waren, ergoß sich der Strom einwandernder Pioniere unaufhaltsam über die Alleghanies nach Süden und Westen.⁴ Ein Teil dieser Pioniere wurde spä-

¹ Hopp, a.a.O., S. 15.

² ebenda.

³ Zitiert nach Hopp, a.a.O., S. 303.

⁴ Paul Sethe sieht in dieser Landnahme das Ende der großen Völkerwanderungen. Er schreibt: „Die letzten Ausläufer der langen Wanderungen glauben wir in den Zügen der landhungrigen Farmer zu sehen, die im vergangenen Jahrhundert vom Osten Nordamerikas nach Westen zogen, über den Mississippi hinaus, in die dünnbesiedelten Ebenen hinein, wo sie die roten Urbesitzer so zurück-

ter in Nord- und Westlouisiana sesshaft. Der Volksgeist dieser Amerikaner drückt sich in ihrer Siedlungsweise aus.

Sobald es im Hinblick auf die nicht immer freundlich gesonnenen Indianerstämme möglich schien, bauten sie ihre Anwesen vereinzelt in die Landschaft. Einem Europäer fallen noch heute die weit voneinander liegenden, alleinstehenden Anwesen auf. Die amerikanischen Pioniere siedelten nach dem Grundsatz: „Sobald man das Bellen des Jagdhundes des Nachbarn hört, ist es an der Zeit, weiter in die Wildnis zu ziehen.“ Anfänglich war die weit auseinandergezogene Siedlungsweise, in der eine Parallele zu dem ersehnten Auseinander im Hinblick auf die Institutionalisierung gesehen werden kann, gefährlich, weil die Siedler von feindlichen Indianern bedroht wurden.

John Spalding (1810-1872) erzählt in anschaulicher Weise aus dem Leben der ersten Westwanderer: „Regelmäßige Straßen gab es nicht. Die Wälder waren voll von üppig wucherndem Unterholz, dick durchwachsen mit Rohr und dicht verwebt durch Schlinggewächse. Dadurch waren sie fast unpassierbar; die einzige Chance, einen Weg durch diese Wildnis zu finden, bestand darin, daß man den Spuren oder Pfaden der Büffel folgte. Glücklicher Weise gab es viele solcher ausgetretenen Steige, besonders wo sich salzhaltige Teiche fanden, wo die Büffel gern die Felsen oder die Erde, in der sich Salz findet, lecken. Die Colonisten wohnten in roh gezimmerten Blockhütten, die Fenster ohne Glas und festgestampfte Erde als Fußboden hatten. Nachdem die Kleider, die sie trugen, zerrissen waren, mußten Männer wie Frauen sich in Felle oder in selbstgewebtes Zeug kleiden. Kaufläden gab es im Umkreise von hundert engl. Meilen nicht, statt Schuhe und Stiefel dienten Mocassins, aus Häuten hergestellt; man wickelte sich bei kaltem Wetter in eine Decke, statt einer Mütze oder eines Hutes schlang man ein Tuch um den Kopf. Die Möblierung der Blockhäuser trug denselben primitiven Charakter; als Stühle dienten Holzschemel, der Tisch bestand aus roh zusammengefüigten Brettern. Statt unserer Teller und Schüsseln hatte man Holzgefäße; ein zinnerner Becher war ebenso wie eine Gabel eine Seltenheit. Die Betten befanden sich auf dem Fußboden, oder etwas höher, an der Wand befestigt. Decken, Bären- und Büffelfelle bildeten das Lager. Alle Art Wild gab es im Überfluß; hatte der Jäger nur Munition genug, so war er für das Jahr wohl versehen. Wildbraten und Mais wurde auf hölzernen Platten serviert; auf Handmühlen mußte der Mais mühselig gemahlen werden. Die Ansiedler hatten wenig Luxusartikel, aber sie waren gastfrei und hielten eng zusammen. Sobald ein Indianer-Alarm drohte, kam die ganze Nachbarschaft bewaffnet zusammen.“¹

Verfechter des Amerikanismus sehen in diesen Pionieren den Idealtyp des Amerikaners. Sie behaupten, im Pioniergeist liege der Keim zu einer individualistischen Sozialordnung. Das amerikanische Volk habe in zwei Etappen zu sich selbst gefunden: Einmal seien die Europäer, die sich von der alten Gesellschaftsordnung lösen wollten, nach Amerika ausgewandert. Sie haben mit der Zeit Städte und Staaten aufgebaut, die noch viele Kennzeichen der alten Ordnung in sich trügen. Die Pionierväter hingegen haben der schon schwächer gewordenen, aber immer noch vorhandenen Kollektivierung und der damit zusammenhän-

drängten, wie ihre Ahnen die früheren Besitzer der riesigen Landgebiete in Europa unterworfen oder zurückgedrängt hatten.“ (Sethe, Paul, Geschichte der Deutschen, Frankfurt, 1962, S. 10).

¹ Zitiert nach Hopp, a.a.O., S. 142.

genden Bequemlichkeit den Rücken gekehrt, um in noch größerer Freiheit ihr Leben gestalten zu können. Aus der auf dem amerikanischen Kontinent noch bestehenden sozialen und wirtschaftlichen Institutionalisierung habe sich die mittlere Schicht herausgeschält und eine neue Lebensweise, die sich auf Selbständigkeit und primäre (ungezwungene, freiwillige) Institutionen gründete, geschaffen. Die Pioniere fühlten sich weder durch einen Beruf noch durch die Zugehörigkeit zu einem Gemeinwesen gebunden. Sie waren Unternehmer im weitesten Sinne des Wortes, die sich, wenn es in ihrem Interesse lag, organisierten und zusammenarbeiteten, die aber in der Regel das Alleingehen bevorzugten.

Bei den Pionieren bildete sich eine geistige Grundhaltung heraus, die mit der Bezeichnung „Geist der Biber“, im Gegensatz zum „Geis des Wolfrudels“, benannt werden könnte. Die betonte Abneigung gegen „das Aufsteigen zu unpersönlicheren Gebildetypen“ im Sozialprozeß dieses Menschenschlages erklärt sich G o r e r wie folgt:

„Die Abschüttelung des Treuverhältnisses zu England war die Verwerfung der einzigen verkörperten Autorität, die allgemein anerkannt wurde; es war damals nicht die Ersetzung einer Autorität durch eine andere. Die Geburt der amerikanischen Republik war gekennzeichnet durch die Verwerfung der Autorität an sich: Autorität, das war Zwang, Willkür, Tyrannei, Unmoral.“¹

Bei der geschilderten Einstellung der amerikanischen Pioniere zu einer religiösen und wirtschaftlichen Institutionalisierung ist es verständlich, daß sie für eine Staatsform eintraten, die ihrer Gesellschaftsphilosophie entsprechen und die Verwirklichung ihrer sozialen und wirtschaftlichen Vorstellungen vom gesellschaftlichen Zusammenleben ermöglichen sollte.

5. Das Zustandekommen der US-Verfassung.

In England wurde zu Anfang des 13. Jahrhunderts der Wunsch wach, die Befugnisse des Souveräns einzuschränken. Die Ereignisse auf der Heide zu Runnymede am 15. Juni 1215 sind als der erste Schritt auf dem Wege zu einer geschriebenen Verfassung zu betrachten. Englands Adel und die Geistlichkeit zwangen König Johann I., die „Magna Charta Libertatum“ zu unterzeichnen, in der der Grundsatz, das Recht stehe über dem König, kodifiziert wurde. Das unterschriebene Dokument ist jedoch nur als Versuch, die willkürliche Macht des Monarchen zugunsten der oberen Gesellschaftsschicht zu beschneiden, anzusehen. Die breite Volksmasse wurde in der Magna Charta nicht berücksichtigt. In der „Glorreichen Revolution“ von 1688-1689 erzwang sich der Mittelstand in England eine „Bill of Rights“. Dieses Dokument wird als erste Manifestation der Grund- oder Naturrechte gefeiert. B a r n e s und R u e d i weisen auf den Einfluß, den die Bill of Rights auf die amerikanische Verfassung hatte, hin: „This Bill of Rights came over to America with the colonists. It was embodied in some colonial charters and, later, in the Declaration of Independence and in the early state constitutions after 1776. It found a permanent place in the first ten Amendments to our Constitution.“² H i l l e b r e c h t schreibt: „Feierlich wurden

¹ Gorer, a.a.O., S. 11.

² Barnes und Ruedi, a.a.O., S. 290.

diese Grundrechte oder Menschenrechte zuerst in der Unabhängigkeitserklärung der Vereinigten Staaten von Amerika (1776) aufgestellt. Von da gingen sie in die Verfassung der USA (1789) und Frankreichs (1791) über. Sie kehren seitdem in jeder demokratischen Verfassung wieder.“¹

Die Kolonisten in Amerika strebten nach individueller Freiheit. Sie wollten so Gottseligkeit erlangen und ihr Wohlergehen nach Gutdünken gestalten. Sie legten großes Gewicht auf die verbrieften Grundrechte. Die Anerkennung der Menschenrechte im weitesten Sinne des Wortes durch den Staat war für sie jedoch ein Meilenstein auf dem Weg zu der Freiheit, die Institutionalisierung selbst zu bestimmen. Ihr Blick richtet sich auf die Abschaffung der überkommenen Staatsform und auf die Auflösung der überlieferten Institutionen, die die europäische Gesellschaftsordnung damals beherrschten.

Morison-Commager schreiben: „Am 30. Juli 1619 hatte die Demokratie ihr amerikanisches (in Virginia, der Verf.) Debut, als 22 ‚Deputierte‘, für jedes besiedelte Gebiet zwei, die von allen Männern vom 17. Lebensjahr ab gewählt worden waren, mit dem Rat des Gouverneurs in der Kirche von Jamestown zusammentraten. Die Sitzung dauerte nur sechs Tage, die wenigen auf ihr beschlossenen Gesetze mußten von der Gesellschaft in England bestätigt werden, und erst 1621 wurde eine weitere Versammlung einberufen. Dennoch war die Virginische Versammlung von 1619 die erste repräsentative Körperschaft in der neuen Welt. Von diesem Zeitpunkt an ist die Regierung vom Volke aus, mochte sie auch noch so beschränkt und behindert sein, ein Grundprinzip der Vereinigten Staaten gewesen.“²

Den Auftakt zur Geschichte der Volksvertretung und zur Einschränkung der Exekutivgewalt über die Ansiedler in Amerika schildert Hopp wie folgt: „In demselben Jahre (1612, der Verf.) erhielt Virginia einen neuen Freibrief, durch den eine mehr demokratische Regierungsform angebahnt wurde. Von dem in England residirenden Colonialrath wurde alle Macht an die Mitglieder der Colonialgesellschaft übertragen; in vier jährlichen Generalversammlungen sollten alle wichtigen Geschäfte erledigt werden. . . . Mehr aber noch als durch den Freibrief nahm die Colonie in gedeihlicher Entwicklung zu, seit die Tabakkultur, die ungemein gut gelang, eingeführt war. . . . Aus erträglichen materiellen Verhältnissen entwickelten sich unabhängige politische und soziale Zustände.“ Nach der Schilderung der Wirtschaftsverhältnisse, in denen die Klasse der Unabhängigen erstaunlich schnell wuchs, fährt Hopp fort: „Im Jahr 1619 beim Amtsantritt Yeardley's ward die erste Colonialversammlung einberufen, die Londoner Gesellschaft gewährte den Colonisten das Recht der Mitregierung. Der virginische Colonialrat war dazu bestimmt, an der Gesetzgebung Theil zu nehmen und die Handlungen des Gouverneurs zu controliren. Der Gouverneur, der neuernannte heimische (virginische) Colonialrath und zwei Repräsentanten aus jedem der damals existirenden elf Ortschaften (burgesses) bildeten den ersten Repräsentativ-Körper auf der westlichen Hemisphäre. Alles sollte besprochen und debattirt werden, was von Interesse für das Gemeinwohl sei. Die Befugnisse dieser Körperschaft erlitten im Laufe der Jahre Abänderungen; im Allgemeinen wußten aber die Virginier stets ihre Rechte zu wahren. Zwanzig Jahre nach der ersten dauernden Besiedlung war Virginia in Tath und

¹ Hillebrecht, a.a.O., S. 42.

² Morison-Commager, Band I, a.a.O., S. 47.

Wahrheit ein freies, unabhängiges Gemeinwesen. Es kostete manche Kämpfe, diese Freiheit zu erhalten; der passive Widerstand erwies sich aber fast immer erfolgreich.“¹ Das unmittelbare Vorbild für die Verfassung der Vereinigten Staaten war jedoch die politische Institutionalisierungsweise der Puritaner. Morison-Commager führen aus: „Eine Gesellschaft unbekannten Namens, die eine kleine Siedlung in Salem 1628 errichtete, wurde von einer Gruppe führender Puritaner übernommen, die auswandern wollten, und unter denen sich Sir Richard Saltonstall, Thomas Dudley und John Winthrop befanden. Im Jahre 1629 erhielten sie von Karl I. einen königlichen Freibrief als Massachusetts-Bay-Gesellschaft, zu einer Zeit, als sich der katholische Druck auf ihre Glaubensgenossen schwer fühlbar machte. Sie beschlossen daher, den Freibrief, die Verwaltung und die Mitglieder der Gesellschaft nach Neuengland zu überführen. Im Sommer 1630 unternahm eine Flotte von 17 Segelschiffen mit 900 bis 1000 Männern und Frauen als die bisher größte aus England abgehende Kolonisierungsexpedition die Überfahrt nach der Massachusettsbucht und gründete dort neben Boston noch sechs oder sieben andere Städte in der näheren Umgebung.

Diese Überführung des Massachusetts-Bay-Freibriefes hatte eine wichtige Nachwirkung für die Kolonialentwicklung und die amerikanischen Institutionen. Solange nämlich der Freibrief in England blieb, stand die Salerner Niederlassung im selben Verhältnis zur Gesellschaft wie Jamestown bis 1624 zur Virginia-Gesellschaft. Sobald aber der Freibrief und die Gesellschaft selbst in Amerika waren, wurde die Kolonie praktisch von England unabhängig. Die ‚Freibürger‘, wie man die Aktionäre damals nannte, wurden zu Stimmberechtigten. Der Gouverneur, der Vizegouverneur und die Beigeordneten, die die Freibürger jährlich wählten, und die in England ihr Amt als Vorsitzender und als Direktoren einer Kolonisierungsgesellschaft ausgeübt hatten, wurden jetzt zu Exekutivorganen, zur höheren Instanz der gesetzgebenden Versammlung eines puritanischen Gemeinwesens und zu dessen Rechtsbeamten. Da es den Freibürgern zu unbequem war, den ‚General Court‘ oder die Landtagsversammlung persönlich zu besuchen, wurde ein Repräsentativsystem aufgestellt. Um 1644 hatten sich Deputierte und Beigeordnete in zwei Kammern getrennt.² Weder der König, noch das englische Parlament hatten in der Regierung von Massachusetts irgend etwas mitzureden. Das Wahlrecht war auf Kirchenangehörige beschränkt, so daß Nichtpuritaner von der Regierung ausgeschlossen waren. Auf längere Sicht gesehen war dies jedoch nicht so wichtig. Ausschlaggebend war, daß dieses System zur Unabhängigkeit hinführte, und daß die alljährlich an einem bestimmten Tage stattfindende Wahl sämtlicher Beamter — des Gouverneurs und der oberen Instanz sowie der Deputierten — in den Kolonien soviel Anklang fand, daß sie überall nachgeahmt wurde, wo der König zur Gewährung seiner Zustimmung veranlaßt werden konnte. Es war dies ein integrierender Bestandteil der Staatsverfassungen von 1776, bis 1782 und lebt sogar im Bundesregierungssystem fort, in welchem die Wahlmänner für die Präsidentenwahl, die Sena-

¹ Hopp, a.a.O., S. 17 f.

² Hopp schreibt: „Das Zweikammersystem fand nach harten Debatten 1634-1644 Eingang; der Gouverneur und seine ‚Assistenten‘ wurden dem Senat entsprechend von der gesamten Colonie erwählt, die Deputirten von den einzelnen towns.“ (Hopp, a.a.O., S. 31).

toren und die Abgeordneten des Repräsentantenhauses am gleichen Tag gewählt werden. Dieser Präzedenzfall in der Körperschaftsverfassung hat dem amerikanischen Regierungssystem ein von dem parlamentarischen System, das sich allmählich in England entwickelte, sehr verschiedenes Aussehen gegeben. So begannen die amerikanischen Institutionen von denen Englands im Jahre 1630 abweichen.“¹

Obwohl die dreizehn ursprünglichen Kolonien in Nordamerika ihrer Besiedlung gemäß individuell regiert wurden, verlief die Vorgeschichte zur US-Verfassung in Delaware, Pennsylvania, New-Jersey, Georgia, Connecticut, Maryland, Südcarolina, New-Hampshire, New-York, Nordcarolina und Rhode-Island ähnlich wie in Virginia und Massachusetts. Man hatte sich, was die zwischenmenschlichen Beziehungsformen betraf, für die individuelle Freiheit entschieden und beschritt neue Wege zur Regelung des gesellschaftlichen Zusammenlebens. Dabei dauerte es geraume Zeit, bis sich eine Grundlage für ein gemeinsames Vorgehen herauskristalisierte. Gleichwohl einigte sich die Bevölkerung auf eine Verfassung. Der Sozialprozeß der Anglo-Amerikaner fand damit seine rechtliche Formulierung.

Der Konvent zur Verbriefung der Rechtsordnung in den neu vereinigten Staaten trat am 25. Mai 1787 in Philadelphia (Pennsylvania) zusammen. Am 17. September des gleichen Jahres nahmen die Delegierten den Entwurf zur Verfassung an. Die Vereinigten Staaten von Nordamerika traten jedoch erst Ende des Jahres 1789 als Bundesstaat auf der Weltbühne in Erscheinung. Die Legislativen der einzelnen Gliedstaaten benötigten eine verhältnismäßig lange Zeit zur Ratifizierung der Verfassung. Die Unstimmigkeiten unter den Delegierten im Konvent zu Philadelphia zeigten eindeutig die voneinander abweichenden Vorstellungen von der religiösen, sozialen und wirtschaftlichen Entwicklung, die die USA nehmen sollten. Alle protestantischen Sekten vertraten die Auffassung, eine Zentralregierung solle nicht befugt sein, Gesetze zu erlassen, die die Religionsausübung beeinflussen könnten. Man beabsichtigte, weil die christlichen Maximen zugleich die menschlichen Verhaltensweisen bestimmen sollten, die Regelung von Zivil- und Strafrechtsfällen der Gruppe selbst und nicht der Zentralgewalt zu überlassen. In der Wirtschaft gab es die verschiedensten Interessenvertreter, die sich nur darüber einig waren, daß sich die Gesetzgebung des Bundes eher schädlich auswirke, als daß sie Gegensätze schlichte.

Die Verfassungsgeber hatten im Vorläufer des US-Kongresses, der zustande kam, um die Interessen der Kolonisten gegen ein Handelsmonopol zu schützen, einige Erfahrung für das gemeinsame Vorgehen der Kolonien gesammelt. Die mächtige Ostindien-Gesellschaft, die sich in einer Finanzkrise befand, hatte die englische Regierung um Hilfe gebeten. Man hatte der Gesellschaft ein Monopol für den gesamten Tee-Export nach den Kolonien gewährt. Der schlecht durchdachte Beschluß, die gesamte Importmenge über eigene Vertreter verkaufen zu lassen und dadurch die unabhängigen Kaufleute auszuschalten, verbreitete unter diesen erhebliche Unruhe und erregte deren Widerstand. Es kam nur in Boston (Massachusetts) zu Gewalttätigkeiten. Hier schlich sich in der Nacht zum 16. Dez. 1773 eine Gruppe von Männern, die sich als Mohikaner in Kriegsbemalung getarnt hatten, auf drei Teeschiffe und warf die gesamte Teeladung über Bord. Für diesen Gewaltakt versuchte das englische Kabinett und das Parlament, die Ansiedler zu bestrafen. Morison-Com-

¹ Morison-Commager, Band I, a.a.O., S. 61 f.

mager berichten hierzu: „Dieser Versuch erfolgte in Gestalt einer Reihe von Gesetzen, die den Bostoner Hafen solange vom Handel ausschlossen, bis der Tee bezahlt sein würde, einer grundlegenden Änderung der Regierungsform in Massachusetts sowie Vorbereitungen zum Abtransport einiger Schuldiger nach England, um sie dort vor Gericht zu stellen.“¹ Die englischen Maßnahmen führten nicht, wie man in Großbritannien gehofft hatte, zur Isolierung der Kolonie Massachusetts. Sie ließen vielmehr die Machtpolitik des englischen Parlaments erkennen, die für die koloniale Freiheit gefährlicher schien als bloßes Steuererheben. Das brachte die übrigen zwölf Kolonien zu dem Entschluß, Massachusetts zu unterstützen. Morison-Commager führen aus: „Am 27. Mai 1774 richtete eine Rumpfversammlung, die in dem historischen Raleighgasthaus in Williamsburg in Virginien zusammentrat, einen Aufruf an alle amerikanischen Kolonien, zu einem Kongreß zusammenzutreten. Diesem Aufruf leistete eine Kolonie nach der anderen Folge, und am 5. September versammelten sich die Delegierten von Zwölf Kolonien in der Carpenters Hall in Philadelphia, ‚um über die unglückselige Lage zu beraten, in der sich die Kolonien im Augenblick befinden‘. Das war der berühmte Kontinentalkongreß.“²

Diese Versammlung wurde später die koordinierende Körperschaft bei der Führung und Finanzierung des Unabhängigkeitskrieges, der schon geraume Zeit im Gange war (Kriegsbeginn am 19. April 1775), ehe man formell die Unabhängigkeitserklärung im Kongreß annahm. Zu Beginn des Krieges waren alle regionalen Regierungen sowie die Kommunalregierungskörperschaften der dreizehn Kolonien bis auf wenige Ausnahmen in den Händen der kriegführenden Ansiedler. Die Zentralregierung, die allein einen Krieg erfolgreich hätte führen können, war machtlos. Der Kontinentalkongreß hatte keine gesetzliche Autorität. Morison-Commager charakterisieren ihn wie folgt: „Er stellte wenig mehr dar als eine interalliierte Konferenz. Er konnte Entschlüsse annehmen, aber keine Gesetze verabschieden; er erließ Aufforderungen, aber keine Befehle zur Bereitstellung von Menschen, Geld und Material.“³

Erst im November 1777 wurde dem Kongreß durch Konföderationsartikel ein gewisses Ausmaß an gesetzlicher Autorität gewährt. Über diese Artikel, die die Verfassungsdelegierten zu Philadelphia erst zehn Jahre später ausbauten, schreiben Morison-Commager: „Die Konföderationsartikel stellen den ersten amerikanischen Versuch dar, die Einheit des Landes mit den regionalen Interessen in Einklang zu bringen, das heißt, das alte Problem der Empireordnung zu lösen. Durch den Gewinn der Unabhängigkeit war diese Aufgabe lediglich von London nach Philadelphia übertragen worden, ja sie hatte sich infolge der durch den Krieg geschaffenen besonderen Umstände noch komplizierter gestaltet, da die Atmosphäre für die kühle Erörterung politischer Probleme ungünstig war. Die Staaten, die gerade dem englischen Parlament unumschränkte Vollmachten hinsichtlich der Steuern und des Handels abgetrotzt hatten, waren natürlich jetzt nicht geneigt, diese Vollmachten wieder aufzugeben. Außerdem hatte Tom Paines Theorie, daß alle Regierungsgewalt bestenfalls ein notwendiges Übel darstelle und etwas sei, das man fürchten, beschränken und eindämmen müsse, im amerikanischen Bewußtsein fest Wurzel geschlagen. Obgleich

¹ Morison-Commager, Band I, a.a.O., S. 179.

² ebenda.

³ Morison-Commager, Band I, a.a.O., S. 230 f.

das Problem in seinem Umfang beschränkt war, hing es nach wie vor im wesentlichen mit den gleichen Dingen zusammen: den Steuern, der Regulierung des Handels, den Westgebieten, den indianischen Angelegenheiten, der Papiergeldfrage und der militärischen Zusammenarbeit in Kriegszeiten.“¹

Was Morison-Commager im folgenden aufführen, zeigt das Problem, mit dem die Verfassungsgeber fertig zu werden hatten: „Es erhob sich die Frage, was die Konföderation ihrem Charakter nach überhaupt darstelle. War sie eine Regierung oder ein Vertrag? In der Präambel wird sie als eine ‚ewige Union‘ bezeichnet. Artikel II sieht vor, daß ‚jeder Staat seine Souveränität, seine Freiheit und seine Unabhängigkeit bewahrt‘, und nach Artikel III ‚schließen die Staaten einen festen Freundschaftsbund miteinander ab‘. Für jede Abänderung der Konföderationsartikel war Einstimmigkeit notwendig. Die Staaten behielten absolute Vollmacht in allen Fragen der Besteuerung und Handelsregulierung. Die Beziehungen zwischen den Mitgliedern der Konföderation waren ihrem Charakter nach im wesentlichen internationaler Art: jeder Staat erkannte die Urkundenakte und Rechtsentscheidungen aller anderen Staaten in rechtlicher Hinsicht voll und ganz an, die Bürger eines Staates hatten ein Anrecht auf alle Vorrechte und Freiheiten, die die Bürger anderer Staaten genossen, außerdem war die Auslieferung von Verbrechern vorgesehen.“²

Andererseits waren die Machtbefugnisse der Zentralregierung so umfassend, daß hinsichtlich des realen Charakters der Staatssouveränität Zweifel entstehen konnten. Dem Kongreß wurde das Recht zuerkannt, Krieg zu führen und Frieden zu schließen, Botschafter zu ernennen und bei sich akkreditieren zu lassen, Verträge und Bündnisse abzuschließen, das Münzsystem sowie Maße und Gewichte zu regeln, einen Postdienst einzurichten, die indianischen Angelegenheiten zu verwalten, auf den Kredit der Vereinigten Staaten Anleihen aufzunehmen, ein Heer auszuheben und eine Marine auszurüsten und von den Staaten Leistungen in Truppen und Geld zu verlangen, sowie Streitigkeiten zwischen den Staaten verbindlich zu schlichten.³ Das Wesen des Föderalismus besteht in der richtigen Verteilung der Machtbefugnisse zwischen den einzelnen Regierungen, und der Erfolg eines föderativen Systems hängt davon ab, mit welcher Genauigkeit die Machtbefugnisse allgemeiner Art der Zentralregierung zugewiesen werden und in welcher Weise diejenigen lokaler Art den einzelnen Regierungen der Staaten vorbehalten bleiben. Diese Verteilung der Machtbefugnisse war zwar in den Konföderationsartikeln nicht sehr glücklich gelöst worden, aber sie stellten doch den Umriß eines föderativen Systems dar und waren ein erheblicher Fortschritt gegenüber der inneren Verfassung irgendeines früheren Staatenbundes der neueren Geschichte.“⁴

Die Aufgabe der Verfassungsgeber, die 1787 in Philadelphia tagten, sah Noah Webster damals wie folgt: „Die allgemeinen Probleme des Kontinents können auf einige wenige

¹ Morison-Commager, Band I, a.a.O., S. 287 f.

² Die Bestimmungen über Urkundenakte, Rechtsentscheidungen, Anspruch auf alle Vorrechte und Freiheiten und Auslieferung von Verbrechern wurden fast ohne Änderung in die US-Verfassung übernommen. (Art. IV. §§ 1 und 2 - Vgl. Dart, a.a.O., S. 399.)

³ Diese Machtbefugnisse des Bundes wurden ebenfalls in die Verfassung aufgenommen. (Art. I. § 8 Powers of Congress und Art. § 2 Powers and duties of the President. - Dart, a.a.O., S. 394 f.)

⁴ Morison-Commager, Band I, a.a.O., S. 288.

Fragen reduziert werden, aber in allen Angelegenheiten, die das Ganze angehen, muß der Kongreß die gleiche Machtvollkommenheit zum Erlassen von Gesetzen und zur Erzwungung der Autorität im gesamten Gebiet des Kontinents haben, wie sie die Legislaturen der einzelnen Staaten jede für sich in ihren Hoheitsgebieten besitzen.“¹ Die Geschichte der Bundeskonvention ist im Grunde die Suche nach einem neuen Ausgleich zwischen Ordnung und Freiheit und dem Wege der Neuverteilung der Machtbefugnisse zwischen den Gliedstaaten und dem Bunde. Die Fronten teilen sich zwangsläufig in Verfechter der Einschränkung aller Regierungsgewalt zugunsten des einzelnen Bürgers, in Repräsentanten der verschiedenen Regionen und Einzelstaaten und in Befürworter einer starken Zentralgewalt. In Philadelphia waren die ersten beiden Gruppen zunächst einer Meinung. Anfangs kämpften „Staatenrechtler“ und „Föderalisten“ gegeneinander.

Alexander Hamilton war nach Morison-Commager „ein Staatsmann vom Typ eines Colbert, dessen angeborene Vorliebe für Ordnung und Systematik gerade durch den Mangel an diesen Eigenschaften erhöht wurde, der damals seine unordentlichen, unruhigen und argwöhnischen Landsleute charakterisierte. Er war einer der größten Amerikaner, aber gleichzeitig am wenigsten amerikanisch unter seinen Zeitgenossen.“² Hamilton war kein Repräsentant des Amerikanismus und mußte deshalb im politischen Kampf untergehen. Sein Verfassungsvorschlag, der zentralistischste oder „föderalistischste“, konnte damals nicht ernsthaft berücksichtigt werden. Morison-Commager urteilen: „Schließlich sollte ja nicht die beste aller nur möglichen Verfassungen entworfen werden, sondern die beste unter denen, die vom Volke mit Wahrscheinlichkeit auch angenommen werden würden. Die gleichen praktischen Erwägungen schlossen auch Hamiltons Plan für eine zentralistische Einheitsverfassung aus, der die Staaten zu bloßen untergeordneten Körperschaften herabgewürdigt hätte, und der gleichzeitig dartat, wie vollständig es bei Hamilton an Verständnis für den Wert des Föderalismus fehlte.“³

In den Kreisen radikaler Staatenrechtler strebte man danach, die Verteilung der Machtbefugnisse, wie diese in den Konföderationsartikeln vorgesehen war, beizubehalten. Es sollte kein Grundgesetz erlassen werden.

Hopp berichtet: „Vier Monate lang schwankte die Entscheidung hin und her, bis man sich endlich am 17. September einigte, und der Entwurf der Verfassung von den zur Zeit vertretenen Staaten einstimmig angenommen wurde. Danach besteht die gesetzgebende Gewalt aus dem Repräsentantenhaus (Congreß) und dem Senat, während die Exekutive in den Händen des Präsidenten liegt. Letzterem steht ein Vetorecht zu; dasselbe ist aber nichtig, sobald ein Beschluß von beiden Häusern mit Zweidrittelmajorität aufrecht erhalten wird. Die Wahl des Präsidenten findet derart statt, daß das ganze Volk zuerst eine bestimmte Zahl von Wahlmännern wählt, die dann ihrerseits das Oberhaupt der Exekutive ernennen, wobei sie jedoch an die Parteisatzungen, die ‚Platform‘, gebunden sind. . . . Die Vertretung der Bevölkerung im Congreß ist derart angeordnet, daß auf je 40 000 Seelen in Abgeordneter kommen soll. . . . Die Wahl der Congreßmitglieder ist eine direkte

¹ Vgl. Morison-Commager, Band I, a.a.O., S. 289.

² So Morison-Commager, Band I, a.a.O., S. 373.

³ So Morison-Commager, Band I, a.a.O., S. 317.

Der Senat beruht auf dem staatlichen Prinzip;¹ jeglicher Staat, ob groß oder klein, schickt zwei Senatoren ab, ...²

Der Erfolg der Förderalisten zeigte sich, außer in der Annahme der neuen Verfassung überhaupt, mehr in der allgemeinen Formulierung als in der Aufzählung der genau abgrenzbaren Machtbefugnisse der Regierungen. Morison-Commager sind der Ansicht: „Der entscheidende Kampf um eine vollkommeneren Vereinigung der amerikanischen Staaten hatte jedoch nicht begonnen, denn das Dokument, auf dessen Abfassung die Bundeskonvention so viel Mühe und Arbeit verwandt hatte, bedurfte der Zustimmung der vom Volke gewählten Konventionen von mindestens neun Staaten, um zu einer gültigen Verfassung zu werden.

Diese Verfassung ist immer Bundesverfassung genannt worden, und das von ihr geschaffene Organ ist heute noch als die Bundesregierung bekannt. Dieser Ausdruck wurde mit Absicht gewählt, um dem Argwohn keine Nahrung zu geben, der immer noch in weiten Kreisen gegen eine auf fester Grundlage stehende Nationalregierung bestand; er war aber etwas irreführend, wenn man sich an die im Jahre 1787 allgemein anerkannte Bedeutung des Ausdrucks ‚Bundes‘-regierung als einer auf dem guten Glauben der Teilnehmer beruhenden Liga hielt. Denn das Wesen der Verfassung und eines der Geheimnisse ihres Erfolges lag in der vollständigen und zwangsläufigen Einwirkung der Zentralregierung auf den einzelnen Bürger, selbstverständlich nur innerhalb des Bereiches der begrenzten Machtbefugnisse dieser Zentralregierung. Sorgfältig war die Frage geprüft worden, ob die neue Regierung genau so wie die alte von der Sanktionierung durch die Staatsregierungen abhängig gemacht werden und ob sie letzten Endes auf dem durch die souveränen Staaten mit Waffengewalt auszuübenden Zwang beruhen sollte, oder ob die Bundesregierung sich ihre eigene Sanktionierung schaffen, sie durch eigene Gerichte und Beamte durchsetzen und notfalls durch Zwangseinwirkung auf Einzelpersonen zur Geltung bringen sollte. Dies letztere System, das Ellsworth Rechtszwang nannte, wurde schließlich auch angenommen.

--- ‚Der Kongreß soll Vollmacht haben... sämtliche Gesetze zu erlassen, die notwendig und geeignet sind zur Ausübung der... Befugnisse, die durch diese Verfassung der Regierung der Vereinigten Staaten... verliehen sind.‘ (Artikel I, Abschnitt 8, § 18) --- ‚Diese Verfassung und die Gesetze der Vereinigten Staaten, die ihr zufolge erlassen werden, und alle unter der Autorität der Vereinigten Staaten abgeschlossenen oder abzuschließenden Verträge sollen das Oberste Gesetz des Landes sein; und die Richter in jedem Staat sollen an es gebunden sein, ungeachtet entgegenstehender Bestimmungen in der Verfassung oder in den Gesetzen eines Staates‘ (Artikel VI, § 2). Weiterhin sind die Gesetzgeber des Staates und die Beamten der Exekutive und der Justiz, durch Eid oder bindende Erklärung dazu verpflichtet, die Verfassung hochzuhalten‘ (Artikel VI), um auf diese Weise die Tatsache zu unterstreichen, daß die Polizeigewalt eines jeden Staates gleichzeitig auch den Gesetzen der Union Geltung zu verschaffen hat. In dieser nationalen Hinsicht unterstehen

¹ Seit 1912 werden diese zwei Senatoren, genauso wie die Repräsentanten, direkt vom Volk gewählt. (Vgl. Amendment XVII zur Verfassung - Dart, a.a.O., S. 406.)

² Hopp, a.a.O., S. 242.

die Staatsbehörden der Oberaufsicht der Bundesgerichte, die für alle Angelegenheiten . . . zuständig sind, . . ."¹

Das Volk war gemeinhin wie Tom Paine der Auffassung, daß alle Behörden bestenfalls notwendige Übel darstellen und etwas seien, deren Macht man befürchten und einschränken müsse. Die Staatenrechtler gewannen damals und gewinnen noch heute, außer in extremen Notzeiten, die Oberhand, weil ihre Anschauung in der amerikanischen Tradition begründet ist. Morison-Commager schreiben: „Es hat keinen Zweck über die rechtliche Haltbarkeit oder Unhaltbarkeit der amerikanischen Argumentation zu debattieren. Geschichtlich gesehen liegt ihre Bedeutung darin, daß die Amerikaner das Ideal einer festgelegten Verfassung aufrichteten, einer Verfassung, die die Verkörperung des Naturgesetzes war, und einer Regierung, die in ihrer Machtvollkommenheit begrenzt war, wobei immer wieder darauf hingewiesen wurde, daß Gesetze, die gegen diese Konstitution verstießen, ungültig seien. Alle diese Auffassungen fanden später ihren Ausdruck in den amerikanischen Institutionen.“

Als die Amerikaner sich eigene Regierungen schufen, stützten sie sich auf schriftlich festgelegte Verfassungen mit klar umrissenen Zuständigkeitsbegrenzungen und richteten Gerichtshöfe ein, die über die Verfassungsmäßigkeit von Gesetzen entscheiden konnten. . . . Nach der unglücklichen Erfahrung, die sie mit einer nicht ‚festgelegten‘ Verfassung gemacht hatten, waren sie nunmehr entschlossen, ihre eigene Verfassung genau zu umschreiben und streng zu regeln. Auch die Lehre von der Überwachung durch Rechtsinstanzen, . . . war ein normales Ergebnis der in den Kolonien fest verwurzelten Auffassung, wonach alle Autorität begrenzt ist und gewisse Menschenrechte den Schwankungen der Exekutivgewalten oder der gesetzgebenden Körperschaften nicht unterliegen.“²

Die ausschlaggebenden politischen Gegensätze der damaligen Zeit haben die Jahre überdauert. Ohne Rücksicht auf Parteilinen und Parteinamen machten sie sich jahrhundertlang in Regierung und Kongreß bemerkbar. Sie werden wahrscheinlich auch in Zukunft bestehen bleiben. Die Parteinamen von Regierung und Opposition wurden geändert, zunächst, weil ein Grundsatzprogramm, das eine Ausweitung der Befugnisse der Föderalregierung zum Gegenstand hatte, keinen Anklang fand. Heute findet man „Föderalisten“ im ursprünglichen Sinne in beiden führenden Parteien, obwohl sich Demokraten und Republikaner in ihren Wahlprogrammen zu den Prinzipien der „Staatenrechtler“ bekennen müssen. Die Tendenz zu v. Wieses B-Prozeß, die in der geistigen Haltung und der politischen Zielsetzung Roger Williams am deutlichsten hervortrat, ist zu stark wirksam, um einer Partei, der andere Regierungsformen vorschwebten, eine Chance einzuräumen.

Die Verfechter des Amerikanismus glauben, ihre Forderung nach Religionsfreiheit im Laufe der Zeit gegen jedwede Zentralkirche durchgesetzt zu haben. Sie nehmen für sich in Anspruch, ihre Freiheit zur Befriedigung materieller Bedürfnisse ohne Einschränkung von Staat und Gesellschaft erkämpft zu haben. Ihre politische Freiheit ist ihnen über die „Magna Charta Libertatum“, die „glorreiche Revolution“, die Unabhängigkeitserklärung bis zur „Constitution of the United States of America“ schrittweise zugestanden worden. Alle Frei-

¹ Morison-Commager, Band I, a.a.O., S. 319 f.

² Morison-Commager, Band I, a.a.O., S. 181.

heiten sind in der US-Verfassung kodifiziert. Oberstes politisches Ziel der Verfechter des Amerikanismus ist die Verteidigung der in der Verfassung geschützten Rechte. Ihre Bewertungen und Verhaltensweisen im politischen Leben sind stets auf dieses Ziel ausgerichtet.

Im werdenden Staat Louisiana bestimmen diese Sozialtypen, in denen Hopp die Repräsentanten der neuenglischen Freiheit und die Vorposten der Reformation sieht, seit dem Beginn des neunzehnten Jahrhunderts gemeinsam mit den Creolen die gesellschaftliche Entwicklung.¹

¹ Vgl. S. 62.

V. DIE SOZIALE UND WIRTSCHAFTLICHE ENTWICKLUNG DES STAATES LOUISIANA BIS ZUR WELTWIRTSCHAFTSKRISE (1803 - 1929).

1. Die Gegensätze zwischen Creolen und „Amerikanern“.

Für die Aufnahme Louisianas in die Vereinigten Staaten von Amerika - Louisiana kam als fünfter Staat zu den dreizehn Ursprungsstaaten der U.S.A. hinzu - sind folgende Daten von Bedeutung.

- 1800: 1. Okt. - Spanien tritt im Vertrag von Il Defonso Louisiana als Kolonie an Frankreich ab.
- 1803: März - Der Kolonialpräfekt Pierre Laussat gibt bei seiner Ankunft in New Orleans die zunächst geheimgehaltene Abtretung Louisianas an Frankreich bekannt.
 - 30. April - Louisiana wird von den USA für fünfzehn Millionen Dollar von Frankreich gekauft.
 - 30. November - Laussat übernimmt Louisiana im Namen der französischen Republik von Spanien.
 - 20. Dezember - William C. C. Claiborne und General James Wilkinson übernehmen im Namen der Vereinigten Staaten die große Kolonie von Frankreich.
- 1812: 22. Januar - Die Verfassung des werdenden Gliedstaates, die für die Aufnahme in die USA gestellte wichtigste Bedingung, wird in Louisiana von der Bevölkerung angenommen.
 - 30. April - Ein Teil des Louisiana-Purchase wird als Gliedstaat der Union zugelassen. Die Grenze des Gebietes läuft vom Sabine River auf den 32. Grad n. B. zu, erreicht im Norden den 33. Grad n. B., folgt diesem nach Osten bis zum Mississippi und verläuft stromabwärts bis zum Golf von Mexiko. Die Insel von New Orleans gehört gleichfalls in dieses Gebiet.¹

Am 26. März 1804 teilte der US-Kongreß das gesamte Territorium der Kolonie Louisiana in zwei Verwaltungsgebiete ein: in das „Territory of Orleans“ südlich des 33. Breitengrades - später Louisiana schlechthin - und das „Territory of Louisiana“ nördlich des 33. Breitengrades, das, als das „Territory of Orleans“ in „Louisiana“ umbenannt wurde, als „Territory of Missouri“ bezeichnet wurde.² Als in New Orleans der Konvent zur Beratung der Verfassung für Louisiana zusammentrat, wurde bereits bei der Suche nach dem Namen für den neuen Gliedstaat der Gegensatz zwischen den Vertretern französischer und englischer Abstammung sichtbar. Die Anglo-Amerikaner wollten das „Territory of Orleans“ nach

¹ Die Daten sind entnommen aus Workers of the Writers Program, a.a.O., S. 364.

² Vgl. Asseff, a.a.O., S. 12.

Thomas Jefferson benennen. Der Streit wurde von Louis de Blanc de St. Denis, einem temperamentvollen Creolen, auf höchst undemokratische Weise entschieden. Der Abgeordnete aus dem Parish Atakapas machte geltend, der Staat, in dem New Orleans, das französische Kultur- und Wirtschaftszentrum, liege, sei weiterhin nach Louis XIV. „Louisiana“ zu benennen. Er drohte, er werde mit einem Faß Pulver sämtliche Konventsmitglieder in die Luft sprengen, falls sie es zuließen, den Staat nach Jefferson zu taufen. Davis kommentiert: „Nothing further was said about the matter.“¹

Napoleon hatte nach dem Verkauf Louisianas seinen ehemaligen Untertanen versichert: „Let the Louisianians know that we separate ourselves from them with regret; that we stipulate in their favor everything that they can desire, and let them, hereafter, happy in their independence, recollect that they have been Frenchmen, and that France in ceding them, has secured for them advantages which they could not have obtained from an European power, however paternal it might have been. Let them retain for us sentiments of affection; and may their common origin, descent, language, and customs, perpetuate the friendship.“² Die Franzosen fühlten sich, wie es zu erwarten war, mit ihrer Unabhängigkeit nicht glücklich. Ihnen war das Herrschen und Dienen und Treue und Glauben zu einer Obrigkeit das Erwünschte, das Natürliche, ja sogar das Gottgewollte.³ Sie hielten von Kirche und König patriarchalisch geordnete soziale Verhältnisse heilig und lehnten den individualistischen „anarchistischen“ Amerikanismus ab.

In Louisiana entbrannte ein Ideologiekampf, in dem die unterschiedliche Entwicklung der institutionellen Ordnungen beider Bevölkerungsteile deutlich zutage trat. Die französischstämmigen Bewohner Louisianas waren geistig in der romanischen Kultur und in der katholischen Kirche verwurzelt. Die zuwandernden Amerikaner verfochten den Liberalismus und die Reformation mit entsprechender Einstellung zu Staat, Kirche und Institutionen. Während sich auf Bundesebene mit der Zeit beide Parteien auf ein gleichlaufendes Grundgesetzprogramm einigten, prallten in Louisiana, dem Stützpunkt französischer Kultur und Überlieferung, zwei Sozialstrukturen aufeinander. Vorerst setzten sich die Kreolen weitgehend durch, obwohl Louisiana theoretisch unter amerikanischer Kontrolle stand. Die Mehrheit der Grundbesitzer waren Kreolen, und weil die neuangekommenen Pioniere die demokratische Selbstbestimmung intensiv vertraten, konnten die Kreolen auch die Sozialordnung weiterhin bestimmen. Die Kreolen waren in ihrem Denken und Handeln weitgehend uniformiert und reglementiert. Die Pioniere verband lediglich die Ablehnung der Gewalt und Autorität des Staates und der überkommenen Institutionen. Das gradlinige Vorgehen der Kreolen läßt sich vergleichen mit dem planmäßigen Vorgehen einer disziplinierten militärischen Einheit, die ein bestimmtes Ziel verteidigen will. Im Gegensatz dazu wirkten die

¹ Vgl. Davis, a.a.O., S. 150.

² Zitiert nach Dart, a.a.O., S. 408.

³ Ein Teil der Ursulinernonnen weigerte sich überhaupt, in einer Republik zu dienen. „The Ursuline nuns proved their loyalty to the Church. They did not approve of the French Revolution nor of Napoleon, and when Louisiana was given back to France sixteen of the twenty-five nuns refused to live under what they considered a Godless France. On Whitsunday in 1803 these sixteen, shrouded in their veils and mantles, marched out of their chapel and, saying good-by to their slaves, boarded a ship for Havana.“ (Davis, a.a.O., S. 124 f.)

Angriffe der Pioniere auf die bestehende Sozialordnung wie kleine Scharmützel, die eine Miliz unter fortwährend wechselnder Führung ausficht.

Die Zeit arbeitete zugunsten der Verfechter des Amerikanismus. Bald fehlte den Kreolen personeller Nachschub und Nachwuchs. Ihre Gesinnungsgenossen in den Vereinigten Staaten gerieten im Verlauf der Entwicklung in die Minderzahl, und Europa war weit entfernt. Die junge Verfassung der USA war den Verfechtern der überlieferten Institutionalisierungsweise darüberhinaus hinderlich. Bisher unterlag man in Louisiana fast vollkommen im Nutzenaustausch der Aufsicht des Staates und der Kirche.¹ Nunmehr ernannte der Präsident der USA den Gouverneur und führende politische Funktionäre des „Territory of Orleans“, bis dieses als Bundesstaat weitgehende Souveränität erlangte, überwiegend aus den Reihen der Anglo-Amerikaner. Er berief nur soweit es ihm ratsam erschien Louisianafranzosen in leitende Stellungen.

Die für Louisiana nach der Verfassung der Vereinigten Staaten vorgeschriebene Regierungsform sagte den Kreolen nicht zu. Aus ihrer Perspektive empfanden sie die neue Form der Verwaltung nicht wie die zu Zeiten der Spanier als streng, gerecht und väterlich, sondern als noch schwächer als die der Franzosen in den letzten Jahren der französischen Herrschaft. Die Louisianer hatten sich an eine gerechte aber strenge Staatsform nach platonischem Muster gewöhnt und wollten nichts von einer in ihren Augen dekadenten Regierungsweise wissen, die Bestechung, Unterschlagung und Haltlosigkeit duldete. Sie stellte sich die amerikanische Regierungsform genau wie das letzte französische Regime vor.² Von einer Selbstverwaltung, die der amerikanischen Ideologie entsprach, wußte man wenig und traute ihr infolgedessen zu wenig zu.

Die neue Rechtsordnung vermochte nicht, die eingebürgerte Sozialstruktur und die politische Institutionalisierung in Louisiana ohne weiteres zu verdrängen. Den amerikanischen Pionieren standen viele Auseinandersetzungen mit den Verfechtern der französisch-katholischen Kultur bevor. Auch heute sind die religiös und gesellschaftsphilosophisch bedingten Gegensätze unter der Bevölkerung Louisianas noch nicht gänzlich überwunden.

¹ Vgl. S. 32 zur Begriffsbestimmung.

² Unter Gouverneur Pierre Rigaud, Marquis de Vaudreuil, (The Grand Marquis), der von 1743 bis 1753 die Kolonie Louisiana regierte, hatten die Ansiedler Unterdrückung und Korruption zu dulden gehabt: „The common people were not happy with their Governor. They accused him of favoring the soldiers, who bullied and insulted the citizens, and said that he surrounded himself with a small group of favorites who flattered him and who received many economic privileges. They said that the government officials were merely his tools, that his expenses were too high, and that his wife was making large profits from illegal business transactions. One of the reports sent back to France charged that Madam Vaudreuil „keeps in her own house every sort of drugs, which are sold by her steward. . . . The husband is not ignorant of this. He draws from it a handsome revenue.“ (Davis, a.a.O., S. 59.)

Unter Gouverneur Louis Billouart, Chevalier de Kerlerec (1753-1763) herrschten ähnliche Zustände. Davis schreibt: „He was not a man of great ability, . . . and simply could not handle adequately the many Problems which faced the colony during his term of Office.“ (ebenda).

2. Die Rechtsordnung.

Vorbedingung für die Aufnahme eines Staates in den Bund der Vereinigten Staaten von Nordamerika war eine Verfassung, die in Geist und Wortlaut mit der US-Verfassung in Einklang stand, die die Grundrechte garantierte und eine republikanische Regierungsform gewährleistete. Louisiana mußte darüberhinaus auf alle noch unbesiedelten Ländereien zugunsten der Union verzichten und alle schiffbaren Flüsse dem Freihandel öffnen. Der Entwurf des Grundgesetzes für Louisiana mußte dem Kongreß unterbreitet werden. Billigte der US-Kongreß den Entwurf, wurde Louisiana als Gliedstaat der Union in den gleichen Status erhoben wie die dreizehn Ursprungsstaaten.¹

James Madison jr., Delegierter aus Virginia im Verfassungskonvent zu Philadelphia, interpretierte den Begriff „republikanische Regierungsform“ in dem Sinne, daß die Regierung ihre Machtbefugnisse mittelbar oder unmittelbar vom ausdrücklichen Willen der Masse der Bevölkerung herleiten müsse. Ihre Macht übt die Regierung durch Personen aus, die für eine begrenzte Zeit, und nur solange sie die Volksmeinung vertreten, amtieren. Die Exekutive und die sonstigen Minister, Richter und Beamten sollten nötigenfalls durch das Volk abberufen werden können. Die Bestimmung der US-Verfassung, die die republikanische Regierungsform vorschreibt, hat den Zweck, aristokratische oder monarchistische Neuerungsbestrebungen zu verhindern.²

Die Union gewährte jedem Staat Schutz gegen Angriffe von außen wie auch gegen inneren Aufruhr.³ Louisiana verpflichtete sich dagegen, die Urkundenakte und Rechtsentscheidungen aller anderen Staaten anzuerkennen, den Bürgern anderer Staaten der Union ein Anrecht auf alle Vorrechte und Freiheiten, die die Bürger Louisianas genossen, zu gewähren und die Auslieferung von Verbrechern zuzusichern.⁴

Neben diesen positiven Bestimmungen, die die Souveränität des neuen Bundesstaates Louisiana einschränkten, enthielt ein anderer Paragraph der US-Verfassung ausdrückliche Verbote. So durfte in Louisiana - wie auch in den anderen Staaten der Union - beispielsweise kein Geld geprägt werden, kein Gesetz, das einen Vertrag beeinträchtigte, erlassen, kein Adelstitel verliehen und kein Vertrag mit fremden Staaten und auch nicht mit anderen Staaten des Bundes ohne Billigung des Kongresses eingegangen werden.⁵ Darüberhinaus behielt sich der Bund die ausschließliche Gesetzgebung über Zölle vor.

Der Bund unterhält in den größeren Städten der Vereinigten Staaten „federal district courts“, um sicherzustellen, daß die Verfassungsbestimmungen und Bundesgesetze eingehalten werden. Wie die Staatsdistriktgerichte, die für mehrere Landkreise (counties, oder in Louisiana parishes) zuständig sind, können die Bundesdistriktgerichte für mehrere Staaten gleichzeitig zuständig sein. Andererseits kann es in einem Staate mehrere Bundesdistriktgerichte geben.⁶ Diese Gerichte, die die letzte Instanz vor dem „United States Supre-

¹ Vgl. den Wortlaut des Kongreßgesetzes vom 20. Feb. 1811. (Vgl. Dart, a.a.O., S. 427.)

² Vgl. Asseff, a.a.O., S. 43.

³ Art. IV, § 4 der US-Verfassung (Vgl. Dart, a.a.O., S. 400).

⁴ Art. IV, § 1 und § 2 der US-Verfassung; (Vgl. Dart, a.a.O., S. 399).

⁵ Art. I, § 10 der US-Verfassung (Dart, a.a.O., S. 395).

⁶ Vgl. S. 12 f. zur Louisianagerichtsbarkeit.

me Court“ verkörpern, sind für Zivil-, Straf- und Verwaltungsangelegenheiten der Gliedstaaten nicht zuständig. In diesen Fällen läuft der Rechtsweg über die Gerichtsbarkeit der einzelnen Gliedstaaten. Die „federal district courts“ setzen sich aus drei Behörden zusammen:

- (1) dem Gericht, das aus mehreren Richtern, die vom Präsidenten der Vereinigten Staaten mit Zustimmung des Senats ernannt werden, besteht,
- (2) der Staatsanwaltschaft (Federal District Attorney), die als örtliche Vertretung des Justizministers (Attorney General of the United States) fungiert und vor Gericht Anklagen erhebt, um Bestimmungen der US-Verfassung oder des Kongresses Nachdruck zu verleihen.
- (3) dem Gerichtsvollzieher (U.S. Marshal), der die Rechtsprüche des Gerichts zu vollziehen hat.

Der Übergang von der angestammten Gesellschaftsordnung Louisianas zu einem neuen, vom Amerikanismus beeinflussten Sozialkonzept und damit zu einer Neuprägung der politischen Verhältnisse vollzog sich bei den alteingesessenen Louisianern nur zögernd und unvollkommen. Sie hatten unter Ludwig XV. einen „Conseil Superieur“ gehabt, der in der kurzen Zeit französischer Herrschaft in Louisiana erneut eingeführt worden war. Aufbau und Funktion des „Conseil Superieur“ schildert Franz wie folgt: „Mit der Entwicklung der Kolonie wurde der Conseil Superieur, der wohl zweimal in der Woche, am Dienstag und Samstag, tagte, nicht nur vergrößert; auch seine Befugnisse wurden erweitert. So erhielt er 1748 das wichtige Recht der Landbewilligung, das bis dahin der Gouverneur in Gemeinschaft mit dem Ordonnateur ausgeübt hatte. Auch führte die wachsende Bedeutung des Handels 1743 zur Ernennung von vier Assessoren, die hinter den Räten saßen, aber nur beratende Stimmen hatten und zwar nur für Fragen, die den Handel betrafen.

Dagegen besaß er nicht das für die Entwicklung kolonialer Selbständigkeit so wichtige Budgetrecht. Auch legislative Gewalt stand ihm nicht zu. Die Gesetze, die in der Kolonie galten, waren und blieben die des Mutterlandes. Dazu kamen die Edikte und Ordonnanzen des Königs, die der Conseil wie alle Gesetze in seine Register aufzunehmen hatte, wodurch sie erst Rechtskraft behielten; im übrigen folgte man den ‚Usages et coutumes de Paris‘.

Bedeutender war auf jeden Fall die Stellung des Rates als oberster Gerichtshof der Kolonie. Aber auch hier stand ihm wohl nur in Zivilsachen die oberste Entscheidung zu, von der eine Appellation allein bei Fragen, in denen es sich um Leben oder Tod handelte, in allen anderen Fällen entschied dagegen der Gouverneur nach eigenem Ermessen, höchstens war er gehalten, die beratende Stimme der übrigen Mitglieder des Conseil zu hören. Anwälte gab es nicht, und die Urteile wurden kostenlos nach mündlicher Verhandlung mit den Parteien gefällt.“¹

Im März 1724 wurde in Louisiana ein „Code Noir“ eingeführt, der die Verhältnisse der

¹ Franz, a.a.O., S. 364.

Sklaven regelte. Das gleiche Gesetz erklärte die katholische Kirche zur Staatskirche und verwehrte den Juden das Recht, sich in der Kolonie niederzulassen.¹

Unter spanischer Herrschaft wurde der Conseil durch einen „Cabildo“ ersetzt. Er bestand aus sechs „regidores perpetuales“, zwei „alcades“, einem „Attorney general syndic“ und einem „clerk“.² Als oberster Gerichtshof beschränkte sich diese Körperschaft auf die Appellation nachgeordneter Gerichte, die in den Regierungssitzen der Handelskommandanten ihre Funktion ausübten. New Orleans und Umgebung wurde als ein Handelsdistrikt angesehen. Die nachgeordneten Gerichte, „alcades“, urteilten auf der Grundlage spanischer Gesetze und solcher, die „the Captain General of Cuba“, das „Audencia de Habana“ oder der Gouverneur selbst bei seinem Amtsantritt verkündet hatte. Nach den Maßstäben des Amerikanismus wurde die Bevölkerung unter spanischer Herrschaft geknechtet. In *Workers of the Writers Program* steht zu lesen: „Under Spanish rule centralisation of power in the hands of a few officials, lack of a legislative body, and bureaucracy continued to characterize the government.“³

Während der Zeit, in der Louisiana formal ein „Territory“ der Vereinigten Staaten war, herrschen kaum andere Zustände. William C. C. Claiborne wurde zum Gouverneur ernannt und mit „dictatorial powers“ ausgestattet. Er übernahm alle Zivil- und die Militärmacht. Der Präsident der Vereinigten Staaten ernannte den Staatssekretär des Gouverneurs und die Richter des „Louisiana Supreme Court“. Bevor Louisiana seine Verfassung als Gliedstaat der Union erhielt, wurde jedoch bereits ein Legislativrat eingerichtet. Er setzte sich aus Landbesitzern, vorwiegend französischer oder spanischer Abstammung, zusammen.

Die Kreolen erhofften sich von der Annahme der Verfassung Louisianas die Wiedereinführung der sozialen und politischen Verhältnisse, die ihren Vorstellungen entsprachen. Sie hatten wenig Verständnis für eine Republik, eine Demokratie, den Individualismus, für das ganze Sozialkonzept der neuen Machthaber überhaupt und wollten zunächst von Parteien und von dem Parlament der Amerikaner nichts wissen.⁴ Sie wollten die Macht im Staate wieder in die Hände fähiger Beamter gelegt sehen. In der Selbstverwaltung sahen sie ein wirklichkeitsfremdes Regierungskonzept, das ihnen nur Chaos und Unordnung verhieß. Der politischen Erziehung der Kreolen und ihrer Einstellung zur Institution und zum Staat widerstrebt die Annahme eines Grundgesetzes, das dem Geist der Unabhängigkeitserklärung entsprach.

Die erste Verfassung für den Staat Louisiana, die die Kreolen zusammen mit den Anglo-Amerikanern ausarbeiteten, beschränkte sich demgemäß auf die notwendigsten Erforder-

¹ Vgl. *Workers of the Writers Program*, a.a.O., S. 693.

² *Workers of Writers Program*, a.a.O., S. 53 f.

³ ebenda

⁴ Man versuchte daraufhin die Kreolen umzuerziehen. Davis schreibt: „The French and Spanish Creoles looked with disfavor upon these other peoples. They were Catholics, while the majority of the Americans and British were Protestants. The Creoles spoke French, while the Americans an British-spoke English, and the Creole folkways and habits of living were quite different. . . . The old French and Spanish customs must be changed slowly, however, for the people do not change their political habits quickly. Many Creoles did not like the Americans, their ideas of government, or their customs.“ (Davis, a.a.O., S. 141 f.)

nisse der US-Verfassung. Die Kreolen hofften, im Rahmen der neuen Verfassung die Zustände herbeiführen zu können, die ihnen tragbar zu sein schienen. Die angelsächsischen Pioniere, die in jedem Gesetz eine Bedrohung ihrer Freiheit erblickten, waren mit der Kürze der ersten Verfassung Louisianas einverstanden. Modell für die Verfassung war die des kurz vorher in die Union aufgenommenen Staates Kentucky. Diese schrieb die Gewaltenteilung vor und enthielt genügend Bestimmungen, die dem Wortlaut mit der US-Verfassung übereinstimmten, so daß sie dem Kongreß akzeptabel erschien. Auf die Festlegung der Grundrechte verzichtete man in der Annahme, daß die US-Bürgerschaft diese Rechte ohnehin gewähre. Der Gouverneur wurde durch die Legislative unter zwei Kandidaten, die im voraus die meisten Stimmen der Wahlberechtigten im ganzen Louisiana auf sich vereinigt hatten, ausgewählt.¹ Es ist fraglich, inwieweit die republikanische Regierungsform eines Staates im Sinne Madisons als Bedingung für seine Aufnahme in die Union gefordert wurde. Wählbarkeit und Wahlrecht waren in der ersten Verfassung Louisianas erheblich eingeschränkt. Kandidaten für den Gouverneursposten mußten das fünfunddreißigste Lebensjahr überschritten haben, mindestens sechs Jahre im Staate wohnen und Grundbesitzer sein. Ihre Liegenschaften mußten, nach der Steuerliste bewertet, fünftausend Dollar übersteigen.² Ein Senator mußte über 27 Jahre alt und vier Jahre im Staat ansässig sein und eintausend Dollar Grundbesitz nach der Steuerliste aufweisen können.³ Ein Repräsentant hatte über 21 Jahre alt zu sein, zwei Jahre im Staate zu wohnen und fünfhundert Dollar versteuerbaren Grundbesitz nachzuweisen.⁴ Alle Kandidaten mußten freie, weiße, männliche Bürger der Vereinigten Staaten sein. Aktives Stimmrecht stand ebenfalls nur den freien weißen Bürgern zu, die nachweislich dem Staatsfiskus innerhalb der letzten sechs Monate eine Steuer bezahlt hatten.⁵

Die erste Verfassung des Staates Louisiana unterscheidet sich in einigen Punkten grundsätzlich von der US-Verfassung. Die Verfassung der Vereinigten Staaten beginnt: „We the people . . .“, während die Louisianaverfassung vom 22. Januar 1812 „We, the Representatives of the people . . .“ an den Anfang stellt. Statt der Begriffe der Unabhängigkeitserklärung: „Life, Liberty and the Pursuit of Happiness“, die in vielen Staatsverfassungen der damaligen Zeit zu finden waren, betont die erste Verfassung Louisianas: „In order to secure to all the citizens . . . the enjoyment of right of life, liberty and property“.⁶ Die besitzlose Masse wurde in Louisiana nicht als Mitträger der Gesellschaftsordnung angesehen. Stärker als die mehr formelle Einleitung fällt in der ersten Verfassung von Louisiana die Einschränkung des Wahl- und Stimmrechts ins Gewicht. Man erhob nur direkte Steuern und legte diese auf Eigentum und Gewerbe. Nur die besitzende und gewerbetreibende Klasse durfte wählen und sich wählen lassen. Die Höhe der festgesetzten Steuerwerte ermöglichte es nur Plantagenbesitzern, sich für die Wahl in die Exekutive und Legislative zu stellen. Die Kaufleute waren in der Regel von Großgrundbesitzern abhängig. Die üb-

¹ Art. III, § 2 der Louisianaverfassung von 1812. (Dart, a.a.O., S. 499 f.)

² Art. III, § 4 - ebenda.

³ Art. II, § 12 - ebenda.

⁴ Art. II, § 4 (Dart, a.a.O., S. 499 f.).

⁵ Art. II, § 8 - ebenda.

⁶ Einleitung zur Louisianaverfassung von 1812, (Dart, a.a.O., S. 499).

rigen Staatsbeamten einschließlich der Juristen (Richter, Staatsanwälte) wurden vom Gouverneur und der Legislative ernannt. Die erste Verfassung von Louisiana wurde von J. Poydras, President of the Convention, und Eligius Fromentin, Secretary of the Convention, offensichtlich Kreolen, unterzeichnet.¹

Die angelsächsischen Pioniere Louisianas setzten erst in der Verfassung von 1845, zum Teil mit der Unterstützung des französisch-spanischen Mittelstandes, eine noch stärker demokratisch-republikanische Regierungsform gegen die Großgrundbesitzer durch. Mittlerweile hatte man unter dem Präsidenten Andrew Jackson auf nationaler Ebene in praxi das Höchstmaß der Demokratisierung, das den Abbau des überlieferten Staatsgefüges vorsah, erreicht. Das Grundgesetz Louisianas von 1845 legte dem Zeitgeist gemäß fest, der Gouverneur sei durch direkte, öffentliche Wahl zu berufen, und schaffte den Besitz von Eigentum und das Steuerzahlen als Voraussetzung zur Wählbarkeit und Stimmberechtigung ab.² Dieses Dokument, das mit den Worten „We, the people of the State of Louisiana“ beginnt, wurde von zwei angelsächsischen Louisianern, Joseph Walker, President, und Horatio Davis, Secretary, unterschrieben.³

Vor dem Bürgerkrieg änderte Louisiana nochmals sein Grundgesetz. Die Wählbarkeit und die Stimmberechtigungen wurden weiterhin erleichtert. Die Verfügungsmacht des Gouverneurs bei der Ernennung von Staatsministern und höheren Beamten wurde eingeschränkt.⁴ Die Verfassungen von 1845 und 1852 bildeten die Grundlage, auf der alle späteren Verfassungen und die Gesetzgebung aufbauten.⁵

3. Die wirtschaftliche Entwicklung auf der Grundlage der Sklaverei.

Im 18. und 19. Jahrhundert waren die Land- und Forstwirtschaft und die Arbeitskraft der schwarzen Sklaven die Grundlagen der Wirtschaft in Louisiana. Die ersten Anlagen größerer Plantagen lassen sich bis 1717 zurückverfolgen. Im Mississippital baute man Tabak, Reis, Seide und Indigo an. Im Winter wurden die Arbeitskräfte zur Herstellung von forstwirtschaftlichen Produkten wie Teer, Masten und Planken für den Schiffsbau, Bauholz usw. eingesetzt.⁶ Diese Erzeugnisse waren viele Jahre hindurch eine bedeutende Einnahmequelle für die Bevölkerung. Obwohl der Waldbestand des Landes mittlerweile weitgehend verringert worden ist, sind Holz und seine weiteren Verarbeitungsprodukte auch heute noch von großer Bedeutung für die Industrie des Staates. Die wichtigsten Wirtschaftszweige des Landes sind neben Erdöl und Naturgas noch immer die Papierfabrikation und die Lieferung von Bau- und Schiffsholz. An Agrarprodukten bewährte sich nur der Reis.⁷ Seide

¹ Vgl. Dart, a.a.O., S. 507.

² Vgl. „Constitution of Louisiana - 1845“, insbesondere Art. 6, 10, 18 und 39 (Dart, a.a.O., S. 508 ff.).

³ Dart, a.a.O., S. 522.

⁴ So „Constitution of Louisiana - 1852“. (Dart, a.a.O., S. 523-536.)

⁵ Der Verfassung von 1852 folgten Louisianaverfassungen von 1861, 1864, 1868, 1879, 1898, 1913 und die geltende Verfassung von 1921, die durch Amendments laufend ergänzt wird.

⁶ So French, a.a.O., Part III, S. 49.

⁷ Siehe S. 10 f.

und Indigo werden nicht mehr hergestellt, und der Tabakbau hat heute seine frühere große Bedeutung verloren.

Man bezog ursprünglich Reis aus Carolina und legte bei Mobile im heutigen Staat Alabama Reiskulturen an. Franz hält demgegenüber die Gebiete am unteren Mississippi für besonders geeignet, den meisten und besten Reis in den Vereinigten Staaten hervorzu- bringen.¹

Die Baumwolle galt in Louisiana, wie auch in den übrigen Südstaaten, als die Königin aller Landwirtschaftsprodukte. Baumwollkulturen wurden besonders im 19. Jahrhundert gefördert. Man baute Baumwolle zuerst in Natchez am linken Ufer des Mississippi im heutigen Staat Mississippi an. Franz berichtet: „Um die Baumwollkultur bemühte sich besonders der Magazinverwalter der Kompagnie im Gebiet der Natchez (ein Indianerstamm, der Verf.), in dessen Garten Charlevoix Baumwolle blühen sah... Doch beeinträchtigte sie die Schwierigkeit, das Produkt von dem zäh anhaltenden Samen zu befreien.“² Im Jahre 1792 entwickelte Eli Whitney eine Baumwollmühle, die dieses Problem beseitigte.

Die Anfänge der Zuckerrohrkultur in Louisiana schildert Davis wie folgt: „Das Zuckerrohr wurde zuerst durch Iberville nach Louisiana gebracht, jedoch bis 1751, als eine neue Sorte aus San Domingo eingeführt wurde, wenig angebaut. Der Rohrsaft wurde damals gekocht bis er eine dicke Masse bildete. Diese wurde daraufhin als Süßstoff und zur Herstellung eines alkoholischen Getränkes, 'tafia' genannt, benutzt. Der Saft ließ sich vorerst nicht zu Zucker granulieren. Erst 1795 gelang Etienne de Boré die Raffinierung des Rohrsaftes und die Gewinnung von Zucker aus Zuckerrohr.“³

Das „Corn“ der Indianer - Mais - wurde auf dem neuen Kontinent allgemein als Getreide angebaut. Andree bemerkt dazu: „Zea Mais; er ist ganz gewiß und wahrhaft ein durchaus uramerikanisches Gewächs. ... Amerika hatte von Patagonien bis Canada gar kein anderes Getreide als den Mais. ... Der Name, welchen er auf St. Domingo führte, wo Columbus ihn sah, Ma-his, ist ihm allgemein geblieben und gilt in der Wissenschaft.“⁴ Die Franzosen schätzen den Mais als Getreideart nicht. Franz berichtet: „Sie überließen seinen Anbau den Indianern und benutzten ihn nur als Viehfutter oder in der Not, während sie sich lieber der Reiskultur zuwandten.“⁵

Verhältnismäßig junge Marktprodukte Louisianas sind Süßkartoffeln und Erdbeeren. Sie wurden erst im 20. Jahrhundert in größerem Ausmaße angepflanzt. Die Erfindungen Whitneys und de Bocés und eine verbesserte Methode der Reiserzeugung öffneten das Tor zur großartigen Agrarentwicklung im 19. Jahrhundert im Süden der Vereinigten Staaten.

Das Klima, die Beschaffenheit des Bodens, ungewohnte Arbeitsmethoden und die ungewohnte Ernährung machte es den europäischen Siedlern schwer, sich in der neuen Umgebung einzuleben und unter den neuen Bedingungen zu arbeiten. Darum führte man Neger als Arbeitskräfte ein. Franz schreibt: „Das Getreide des Mutterlandes wolle... in dem feuchten, nebeligen Klima nicht gedeihen; nur im Tabak hatte man bisher ein lohnendes

¹ Franz, a.a.O., S. 129.

² Franz, a.a.O., S. 118.

³ Davis, a.a.O., S. 63 (Übersetzung vom Verfasser).

⁴ Andree, Karl, Geographie des Welthandels, Stuttgart 1867, Band I, S. 567.

⁵ Franz, a.a.O., S. 129.

Gewächs gefunden, und in den Swamps begann man Reis anzubauen; aber es dauerte noch längere Zeit, ehe man zur weiteren Kultur von Pflanzen gelangte, die der Natur des Landes entsprachen. Auch stellte sich der mörderische Charakter des Klimas, unter dem der Weiße keine schweren Feldarbeiten verrichten konnte, der Bebauung des Bodens entgegen. Und die indianischen Sklaven, die man von den Eingeborenen einhandelte, erwiesen sich als wenig tauglich. Deshalb beantragte Bienville 1708, die Wilden gegen Neger aus St. Domingo... und zwar 3 Indianer gegen 2 Neger... auszutauschen. Die Regierung lehnte diesen Vorschlag ab, gestattete aber die Negereinfuhr von der Guineaküste.¹

Als in Louisiana die Sklaverei eingeführt wurde, hatte sich die Forderung nach der Gewährung der Naturrechte und die Ansicht von der Gleichheit aller Menschen noch nicht überall verbindlich durchgesetzt. Selbst der durch und durch religiöse Benjamin Franklin verlangte für Neger und Weiße die Anwendung verschiedener Maßstäbe. Der folgende Bericht von Andree zeigt, daß die damalige Gesellschaftspsychologie die Wirtschaftlichkeit einer Maßnahme in den Vordergrund stellte und das Wohl der Gesamtheit ohne Berücksichtigung des Individuums erstrebte:

„Es ist ein sehr günstiger Umstand, daß in vielen Gegenden der Anbau der Baumwolle möglich ist, ohne daß man Neger zu verwenden braucht; es ist aber auch eine Thatsache, daß viele Regionen, z. B. am Amazonasstrom, dieses Erzeugniß in großer Menge würden liefern können, so bald es möglich wäre, die Neger zu einer regelmäßigen Arbeit anzuhalten. Nur dadurch, daß das letztere geschehen konnte, sahen die südlichen Staaten Nordamerikas sich in den Stand gesetzt, ihre Baumwollenproduktion auf 4 Millionen Ballen im Jahre zu bringen und einen nun unentbehrlichen Rohstoff gut und billig zu liefern. Sie beschäftigten bis 1861 etwa 80.000 Sklaven auf den Plantagen; daneben waren 15 Procent der Arbeiter Weiße, die sich in solchen Gegenden, die ein gesundes und nicht allzu heißes Klima haben, gern dem Baumwollenbau unterziehen, der ohnehin nicht gerade anstrengend ist. Bei der Ernte kommt alles darauf an, daß man auf regelmäßige und sorgfältige Arbeit rechnen könne, diese aber fehlt, wo der Neger keinem Zwang unterworfen ist. Wir finden in Amerika, daß die Sklaverei dort überall eingeführt wurde, wo eine eingeborene Agriculturbevölkerung nicht vorhanden war, sondern wo man die Indianer im Zustande des Stammes und der Horde fand, oder wo sie, wie in Westindien, von den Eroberern ausgerottet war. Der Weiße Mann, das wurde bald klar, kann in den tropischen Flachländern keine Feldarbeit verrichten; alle Versuche, welche man in dieser Beziehung angestellt hat, sind kläglich gescheitert; ebenso auch jene mit dem freien Neger, der zwar in hohem Grade arbeitsfähig, aber in nicht minderem Grade arbeitsscheu ist. Namentlich in den heißen Ländern und wo viel herrenloses Land sich befindet, auf welchem er ‚squatten‘ kann und wo die Natur selbst und die Arbeit seiner Frau ihm die nothwendigen Lebensbedürfnisse liefert, arbeitet er entweder gar nicht, oder nur wenig und niemals anhaltend oder zuverlässig. Trägheit ist aber dort gleichbedeutend mit Barbarei. Benjamin Franklin definiert den Neger als ‚ein Thier, das möglichst wenig arbeite und viel esse.‘ Freiheit und Nichtsthun sind bei ihm zusammenfallende Begriffe; nur an zwei Punkten, die jedoch als

¹ Franz, a.a.O., S. 85.

Ausnahme dastehen, arbeitet der freie Neger, weil ihm außerdem keine andere Wahl bleibt als zu verhungern oder wegzuziehen.“¹

Der Grund für die Einführung der Sklaverei ist im merkantilistischen und colbertistischen Wirtschaftssystem, das zur Zeit der Gründung der Vereinigten Staaten das menschliche Denken und Handeln bestimmte, zu suchen. Allerdings landete schon etwa 150 Jahre vor dieser Zeit das erste Schiff mit Negersklaven an Bord in Virginia. Hopp berichtet hierüber: „Ein Jahr bevor Virginia eine geschriebene Constitution erhielt, empfing es auch die erste Aussaat eines Unheils, das später die Existenz des amerikanischen Bundesstaates bedroht, langwierige Kämpfe und endlich den mörderischen Bundeskrieg hervorgerufen hat. Es war ein Tag des Unsegens, als 1620 ein holländisches Kriegsschiff in der Mündung des Jamesflusses Anker warf, zwanzig Negersklaven landete und zum Verkauf stellte.“²

Die ersten beiden Negersklaven Louisianas holte man um 1708 auf Geheiß Bienvilles aus Westindien. 1712 wurden nochmals zwanzig und im Jahre 1713 weitere zwanzig Sklaven von diesen Inseln in die Kolonie gebracht. Mit der fortschreitenden Entwicklung der Agrarwirtschaft vergrößerte sich Jahr um Jahr die Zahl der Negersklaven in Louisiana.³ Zur Zeit der größten Blüte der Baumwoll-, Reis- und Zuckerrohrkultur gab es in der Kolonie mehr Negersklaven als Weiße. Um die Mitte des 19. Jahrhunderts lebten nach Davis rund 240 000 Weiße in Louisiana.⁴

Von ihnen arbeiteten etwa 7.500 in Industrie, Handel, Handwerk und in freien Berufen, dagegen über 79.000 in der Landwirtschaft. Über die Hälfte der weißen Farmerfamilien lebten auf kleineren eigenen oder gepachteten Bauernhöfen, bewirtschafteten den Boden und züchteten Vieh nur für den Eigenverbrauch.⁵ Sie hielten keine Sklaven. Die übrigen Landwirte besaßen größtenteils nur wenige Sklaven und arbeiteten selbst auf den Feldern mit. Davis teilt den Sklavenbesitz um diese Zeit wie folgt auf:

Sklavenbesitzer	Sklavenzahl
Über 10.500	Weniger als 5
etwa 4.500	von 6 bis 10
etwa 2.600	von 11 bis 20
etwa 1.800	von 21 bis 50
etwa 700	von 51 bis 100
274	von 101 bis 200
36	von 201 bis 300
6	von 301 bis 500
4	von 501 bis 1.000

¹ Andree, a.a.O., S. 67.

² Hopp, a.a.O., S. 19.

³ Vgl. Davis, a.a.O., S. 63.

⁴ Davis, a.a.O., S. 173 f.

⁵ Die Klassenunterschiede zwischen diesen „Selbstversorgern“ und den Latifundienbesitzern waren sehr groß. Hierzu schreibt Timothy Flint: „It is discouraging for a freeholder, with his naked hands, or a small force, to sit down beside a planter with an hundred working hands. It is very natural that the ‚petit paysan‘ should think that he sees contempt in the deportment of his wealthy neigh-

Die Gesamtzahl der Sklaven wuchs von ungefähr 40.000 im Jahre 1812 bis auf über 330.000 im Jahr 1860 an. Es gab fernerhin 1812 etwa 8.000 befreite Neger, deren Zahl sich bis 1860 auf 19.000 erhöhte.

Es lag in der Natur der Dinge, daß die Besitzer der ausgedehnten Pflanzungen, die auch zahlreiche Arbeitnehmer europäischer Abstammung beschäftigten, die wirtschaftliche Entwicklung bestimmten. Fortier urteilt: „Von 1815 bis zum Anfang des großen Bürgerkrieges ist die Geschichte Louisianas eine Geschichte des inneren Aufbaus. Landwirtschaft und Handel blühten wunderbar auf. Die Kultur des Zuckerrohrs dehnte man aus und Plantagen wurden eingerichtet, wo bisher nur Urwälder gewesen waren. Baumwolle wurde in größerem Ausmaß angebaut, und bald entstand die eigentümliche Zivilisation der wohlhabenden Pflanzer, die auf ihren riesigen Landbesitzen in allem Glanz und aller Pracht der Feudalherren lebten, ihre Sklaven väterlich regierten, ihre Länder bewirtschafteten, die Politik ihrer Gemeinden und des Staates bestimmten, und vor allem die jedem, der an ihre Pforten klopfte, ob arm oder reich, eine reichhaltige gastfreundschaftliche Unterkunft zur Verfügung stellten.“¹

Die gesellschaftliche Stellung des einzelnen richtete sich nicht mehr, wie im zeitgenössischen Europa, nach Geburt oder Beruf, sondern in erster Linie nach der wirtschaftlichen Lage. Dabei behielten die sozial führenden Schichten des alten Regimes zunächst auch in Amerika ihren Einfluß. Sie besaßen riesige Ländereien, Sklaven und Geld. Zudem verstanden sie es, im Gegensatz zu den individualistischen Pionieren, zusammenzuarbeiten. Die Plantagenbesitzer bildeten eine Wirtschaftsgemeinschaft, die sich in erster Linie für die Finanzierung von Investitionen in Ländereien und Sklaven, aber auch für den Absatz von Agrarprodukten einsetzte. Nach Fortier wurde im Jahre 1827 die „Consolidated Association of the Planters of Louisiana“ gegründet. Ihr Kapital belief sich auf zwei Millionen Dollar und wurde später um weitere fünfhunderttausend Dollar aufgestockt. Das Grundkapital sicherte man durch Hypotheken und Liegenschaften, aber auch auf Sklaven ab. Die Pflanzer erhielten ohne Schwierigkeiten Geld, das sie aber schnell wieder ausgaben.² Die Anlage einer Plantage verschlang erhebliche Summen. Davis schätzt, für eine etwa 500 Hektar große Zuckerrohrplantage mit 50 Sklaven seien um das Jahr 1830 ungefähr 90.000 Dollar aufzubringen gewesen.³ Berücksichtigt man den inzwischen eingetretenen Kaufkraftschwund, so ist ohne weiteres einzusehen, daß nicht jeder „Feudalherr“ werden konnte.

Die Großgrundbesitzer französischer und spanischer Abstammung erhielten bald nach Eingliederung Louisianas in die Vereinigten Staaten aus anderen Staaten der Union Verstärkung von Standes- und damit Gesinnungsgenossen. Auch aus Europa, wo die französische Revolution und die darauffolgenden napoleonischen Kriege die bisherige Gesellschaftsordnung verändert hatten, kamen Angehörige der vormals privilegierten Stände nach Louisiana. Bei ihnen lag, da sie nicht vom Staate oder von der Kirche gestützt wurden, - zumindest in der Theorie - nicht die alleinige Kontrolle über die wirtschaftliche Entwicklung

bor.“ Flint Timothy, A Condensed Geography and History of the United States or the Miss. Valley, Volume, Cincinnati (Ohio) 1828, S. 513 f.

¹ Fortier, a.a.O., Volume III, S. 208 - Übersetzung vom Verfasser.

² Vgl. Fortier, a.a.O., Volume III, S. 208.

³ So Davis, a.a.O., S. 177.

des Landes. Fleiß, Begabung und vor allem Geld machten es jedem möglich, in die wirtschaftlich und damit sozial führende Schicht aufzusteigen. Die amerikanische „opportunity“ ließ sich, brachte man den nötigen Ehrgeiz auf, von jedem nutzen. In Louisiana ließen sich die Siedler verschiedener Nationalitäten und verschiedener sozialer Schichten nieder. Am Mississippi, oberhalb und unterhalb von New Orleans, siedelten Deutsche. Die Akadier bevölkerten die Ufer der Binnenseen Lafourche, Teche und Vermillion. Inselanos von den Kanarischen Inseln lebten als Fischer und Fallensteller an der Golfküste zwischen der östlichen Mündung des Mississippi und dem Bayou Teche. Den französischen Vertriebenen aus Westindien waren große Gebiete in Nordostlouisiana und entlang des Bayou Teche zugewiesen worden. In Nordlouisiana siedelten protestantische Angelsachsen.¹

Obwohl die Latifundienbesitzer in der Minderheit waren, beeinflussten sie maßgeblich die wirtschaftliche und soziale Entwicklung Louisianas.² Es schien, als sei mit ihnen ein Stückchen Geschichte des mittelalterlichen Europas auf den neuen Kontinent verpflanzt worden. Die Plantage wurde zum Symbol der europäischen Aristokratie. Die „Feudalherren“ waren nicht nur in der Wirtschaft sondern auch in der Politik tonangebend. Sie erstrebten eine „Gentlemenregierung“. Die Sklaverei bot die Grundlage zu ihrer Lebensweise.³

4. Die Wirkung der Sklavenbefreiung auf die institutionelle Ordnung

Die Friedensbedingungen des Bürgerkrieges unterbrachen abrupt die bisherige soziale und wirtschaftliche Entwicklung Louisianas. Der Sieg der Nordstaaten über die Südstaaten versetzte der Kultur des Südens den Todesstoß. Eine soziale Ordnung kann nicht ohne weiteres durch eine andere ersetzt werden. Eine neue soziale Ordnung setzt eine neue Sozialphilosophie voraus, die sich nicht von heute auf morgen entwickeln läßt. Die institutionellen Ordnungsfaktoren verändern sich nur sehr langsam. Meist kann sich erst nach Generationen eine neue Gesellschaftsordnung in einem Volke durchsetzen. Die europäische Geschichte bietet dazu eine Fülle von Beispielen.

In Louisiana waren nicht die Voraussetzungen gegeben, die Sozialordnung amerikanischer Provenienz, die den Verhältnissen in den 13 Ursprungsstaaten gerecht wurde, einzuführen. Die gesellschaftlich führenden Schichten beanspruchten keine Religionsfreiheit. Gegen die aus moralischen, ethischen und religiösen Gründen zu verwerfende Sklaverei wurden nur

¹ Vgl. Davis, a.a.O., S. 141.

² Morison-Commager charakterisieren die Latifundienbesitzer: „Der Landadel war nicht sehr zahlreich und regierte die älteren Südstaaten mehr durch die Kraft der Persönlichkeit als mit Hilfe des Besitzes, aber er übte seine Herrschaft ehrlich und wirksam, wenn auch nicht gerade in einem Geiste des Fortschrittes aus. Diese Herrschaft im Süden war von ausgesuchter Gastfreundschaft gegen ihre Freunde, voller Ritterlichkeit gegen die Frauen, sie hatte ein starkes Empfinden für persönliche Ehrenhaftigkeit und die bürgerlichen Tugenden, doch fehlte ihr jener Instinkt für Kompromisse, der die englische Aristokratie immer wieder vor der Vernichtung gerettet hat.“ (Morison-Commager, Band I., a.a.O., S. 601.)

³ Martin berichtet aus der Zeit nach dem Louisiana-Purchase: „Quickly the landed gentry took hold of politics to lay the foundation of that uniquely nineteenth century southern tradition ‚government by gentlemen.‘“

(Vgl. Martin, Thomas, *Dynasty, The Longs of Louisiana*, New York, 1960, S. 15.)

vereinzelt Stimmen laut. Vielfach waren selbst religiöse Gemeinschaften der Ansicht, die Negerklaven seien in der Obhut der weißen Plantagenbesitzer am besten aufgehoben und umsorgt. Viele Schwarze waren als Plantagenarbeiter sozial besser gestellt als die von den Grundbesitzern unabhängigen „armen Weißen“ (poor whites). Die meisten Schwarzen waren in der Sklaverei geboren und kannten keinen anderen Zustand. Sie waren in der Mehrzahl mit ihrem Los einigermaßen zufrieden. Die Ungerechtigkeit und Unhaltbarkeit der zwischenmenschlichen Beziehungsformen der Sklaverei konnte infolgedessen nicht von den Betroffenen selbst gesehen werden. Sie mußte von außen erkannt und beseitigt werden. Eine beachtliche Zahl Schwarzer blieb noch für Jahre nach ihrer formellen Befreiung aus der Sklaverei im Dienst des „Landadels“ unter Verhältnissen, die nicht viel anders als die bisherigen waren. Damit wurde in Louisiana der Unterschied zwischen einer Revolution, die vom Volke ausgeht, und einer Änderung der gesellschaftlichen Verhältnisse, die auf das Betreiben einer fremden Macht von außen her erfolgt, deutlich. Wenn eine Rechtsordnung nicht vom Volke oder nicht zumindest von seiner kulturell, intellektuell, wirtschaftlich und sozial führenden Schicht getragen wird, scheint ein Auseinanderklaffen von Rechts- und Sozialordnung unvermeidlich.

Die Sklaverei stand im krassesten Gegensatz zur amerikanischen Ideologie der Freiheit und Unabhängigkeit, der Unantastbarkeit der Naturrechte und der Gleichheit aller Menschen. Ideologisch ist die Leibeigenschaft, ohne auf wirtschaftliche Zweckmäßigkeit Rücksicht zu nehmen, selbst in einer noch so patriarchalisch-familiären Form und bei Einverständnis aller Betroffenen zu verwerfen. Dennoch darf nicht übersehen werden, daß die Einführung der Demokratie in einem Volk stets Schwierigkeiten mit sich bringt. Es spielt dabei eine Rolle, ob dieses Volk demokratisch gesonnen und zur Demokratie erzogen ist oder nicht. Die Negerbevölkerung Louisianas, die, gemessen an der weißen Bevölkerung, zahlenmäßig beachtlich stark war, war nicht auf die Übernahme der Verantwortung, die eine Demokratie mit sich bringt, vorbereitet. Im Jahre 1860 lebten in Louisiana rund 350.000 Neger und etwa 300.000 Weiße. 1880 betrug der schwarze Anteil an der Gesamtbevölkerung 51,5%. Er sank bis 1950 auf 32,9% ab und machte 1960 nur noch 32,6% aus.¹

Die Republikanische Partei der Vereinigten Staaten war mit dem Ziel gegründet worden, zugunsten der damals noch in den Anfängen ihrer Entwicklung steckenden Industrie der Nordstaaten Zölle einzuführen und die Sklaverei in den Vereinigten Staaten abzuschaffen. Beide Ziele liefen den Interessen der führenden Bevölkerungsschicht des Südens zuwider. Die Wahl des ersten republikanischen Präsidenten gab den Anlaß zur Sezession der Südstaaten von der Union. Die Person Abraham Lincolns (1809-1865) wird heute, unabhängig von seiner Partei, im Süden genauso wie im Norden verehrt. Seine vermittelnde Haltung zwischen den Verfechtern der Sklaverei und den Abolitionisten, die mit einem Federstrich die Sklaverei abschaffen und die Gleichberechtigung der Neger einführen wollten, hätte manche Schwierigkeit der Eingliederung der Schwarzen in Gesellschaft und Wirtschaft überbrücken helfen können. Lincoln sagte vor Parteifreunden zur Sklavenfrage: „Wenn jemand unter uns der Meinung ist, daß die Sklaverei kein Unrecht ist, der ist in der falschen Gruppe und gehört nicht zu uns. Und wenn jemand unter uns ist, der wegen des

¹ Vgl. Asseff, a.a.O., S. 29.

Unrechts so ungeduldig ist, daß er die Existenz der Sklaverei in unserem Lande und auch die Schwierigkeiten nicht einsieht, die uns verhindern, sie sogleich auf eine rechtmäßige Art zu beseitigen; der ferner übersieht, daß sie durch unsere Verfassung geschützt ist, ein solcher Mann ist ebenfalls in der falschen Gruppe. Mit ihm können wir nicht zusammenarbeiten.¹ Mit der Ermordung Lincolns am 15. April 1865 verlor der Süden einen Präsidenten, der auf Grund seiner Gesellschaftsphilosophie und seiner Politik das „zwischen-gebildliche Leben“ in Louisiana und zwischen den Südstaaten und der Union zum Vorteil aller Beteiligten hätte lenken können. Nach seinem Tode wurde vom Norden ausgehend oft eine Politik der Stärke und Vergeltung betrieben, die selbst diejenigen Gruppen in den Südstaaten, die bisher gegen Sklaverei, Sezession und Rebellion eingestellt waren, befremdete.

Unter den Südstaatlern wurden die bisherigen Gegensätze und Feindseligkeiten zugunsten einer gemeinsamen Abwehr der Einflüsse aus dem Norden aufgegeben. In Louisiana verschoben sich die ideologisch-sozialologischen Fronten. Feinde waren die Yankees und alle diejenigen Südstaatler, die sich der Schwarzen bedienten, um sich gegen die gesellschaftlich führende Schicht durchzusetzen. Kreolen und Anglo-Amerikaner hielten zusammen, um die Gesellschaftsordnung Louisianas zu verteidigen.

Die Siegermacht verbot die Sklaverei und machte die bisherigen Sklaven zu gleichberechtigten Bürgern der Vereinigten Staaten und des Staates, in dem sie wohnten. Die Schwarzen erhielten alle Rechte und Pflichten der amerikanischen Bürger. Das Wahlrecht durfte niemanden auf Grund seiner Rasse, Hautfarbe oder seines bisherigen Sklavenverhältnisses vorenthalten werden.² Diese Bestimmungen hatte man im Süden erwartet und hätte sich damit abfinden können. Die Methoden, mit denen diese Bestimmungen durchgesetzt wurden, stießen die bisherigen Gesellschaftsträger des Südens vor den Kopf. Sämtliche Kriegsteilnehmer des Südens verloren zunächst das aktive und passive Wahlrecht.³ Den Veteranen der Nordstaaten erkannte man alle Kriegsschäden an Personen und Personenvereinigungen, Pensionen und Versorgungsbeiträge für Hinterbliebene und Kriegsgeschädigte als selbstverständliche Verpflichtung des Bundes zu. Gleiche Ansprüche von Geschädigten aus den Südstaaten wurden abgelehnt und ihre Regelung darüberhinaus für den Bund und die Staaten für gesetzwidrig erklärt.⁴ Diese Maßnahmen trafen nicht nur die Latifundienbesitzer und die Verfechter der Sklaverei, sondern alle Bürger, die auf der Seite der Südstaaten in den Krieg gezogen waren. Die meisten Truppen des Südens hatten keineswegs für die Institution der Sklaverei gekämpft, sondern für Prinzipien, die in der Verfassung verankert waren und die man heilig hielt.

Vor und während des Krieges ergab sich daraus die völlig bizarre Situation, daß beide Seiten Prinzipien auf ihren Schild schrieben, die im Grundgesetz festgelegt waren. Die überaus einfache Erklärung, der Krieg sei zur Befreiung der Negerklaven geführt worden,

¹ Zitiert nach Zucker, A.E., *Amerika und Deutschland - Parallel lives of great americans and germans*, New York, 1953, S. 150.

² Gemäß den XIII, XIV und XV Amendments zur US-Verfassung. (Dart, a.a.O., S. 404 ff)

³ Gemäß § 2 und § 3 des XIV. Amendments zur US-Verfassung. (Dart, a.a.O., S. 405.)

⁴ Vgl. § 4 des XIV. Amendments mit dem Zusatz: „Public debt not to be questioned . . . Rebel debts and claims not be paid. . . .“ (Vgl. Dart, a.a.O., S. 405.)

wobei auf der einen Seite Verfechter der Sklaverei, auf der anderen aber Kämpfer gegen diese unmenschliche Gesellschaftsform gestanden hätten, ist unbefriedigend. Es ist ebenfalls nicht richtig anzunehmen, die Südstaatler hätten das Selbstbestimmungsrecht und die Souveränität der einzelnen Staaten nur als Kriegsvorwand gewählt, um die Sklaverei verteidigen zu können. Die zeitgenössische Parole, die Nordstaaten hätten die Sklavenbefreiung nur als Scheingrund vorgegeben, um die Verfügungsmacht des Bundes ausdehnen zu können, erfaßt ebenfalls nicht die tatsächlichen Beweggründe, aus denen die Unionsoldaten zu den Waffen griffen. Die Armeen des Nordens fochten für die Menschenrechte aller Bewohner des Bundes, wie sie in der Unabhängigkeitserklärung und der US-Verfassung verankert sind, und nicht grundsätzlich für eine Einschränkung der Souveränität der einzelnen Staaten. Die Soldaten des Südens kämpften für die Souveränität der Gliedstaaten, wie sie im Grundgesetz der Vereinigten Staaten garantiert ist, und nicht generell, um eine zwischenmenschliche Beziehungsform zu verteidigen, die die meisten als religiöses, ethisches und moralisches Unrecht ansahen. Da die Verfassung die Sklaverei bis zur Einführung der Verfassungsamendments XIII, XIV, und XV wenigstens dem Wortlaut nach schützte, fühlten sich sogar die Verfechter der Sklaverei nicht im Unrecht.¹ Aus diesen Gründen hielten alle Beteiligten in den Südstaaten die durch den negativen Ausgang des Krieges ermöglichte Gesetzgebung und deren Durchführung für untragbar.²

Der Kongreß teilte durch ein Gesetz, das im Februar 1867 erlassen worden war, das Gebiet der vormals rebellischen Südstaaten in fünf Regierungsbezirke auf. Jeder Regierungsbezirk wurde von einem General der Unionsarmee, dem die Machtstellung eines Monarchen zukam, befehligt.³ Diese Diktatur sollte erst nach der Erfüllung folgender, bei Fortier aufgeführter Bedingungen abgeschafft werden:⁴

1. Nach der Wahl von Delegierten zu einem Konvent in jedem der ehemaligen rebellierenden Staaten zum Zwecke der Ausarbeitung neuer Staatsverfassungen, an der die Schwarzen stimmberechtigt und wählbar teilnehmen mußten.
2. Nach der Aufnahme eines Gesetzes in die Verfassung der betroffenen Staaten, das die Stimmberechtigung der Neger und derjenigen Weißen, die nicht wegen Rebellion oder Verbrechen hiervon ausgeschlossen waren (as may not be disfranchised for rebellion or felony), bei allen Wahlen und Abstimmungen gesetzlich sicherte.

¹ „Die Zahl der Abgeordneten des Repräsentantenhauses und die direkten Steuern werden auf die einzelnen Mitgliedstaaten der Union nach ihrer jeweiligen Einwohnerzahl verteilt. Die Einwohnerzahl wird ermittelt, indem der Gesamtzahl aller freien Personen, einschließlich derjenigen, die für eine bestimmte Reihe von Jahren dienstverpflichtet sind und ausschließlich der nicht steuerzahlenden Indianer, dreifünftel aller sonstigen Bewohner des betreffenden Staates hinzugezählt werden.“ (Art. I, § 2 der US-Verfassung - Vgl. Morison-Commager, Band I, a.a.O., S. 921.)

² Hopp schreibt: „Die Vertretung der Bevölkerung im Congresse ist (durch die US-Verfassung; der Verf.) derart angeordnet, daß auf je 40 000 Seelen ein Abgeordneter kommen soll. Gleichzeitig werden aber zur Seelenzahl der weißen Bevölkerung drei Fünftel der Sklavenzahl hinzugefügt, so daß 66 666 Sklaven ebenfalls einen Abgeordneten bedingen.“ (Hopp, a.a.O., S. 242.)

³ Fortier, a.a.O., Vgl. IV, S. 92.

⁴ ebenda.

3. Nach der Ratifizierung dieser Verfassungen durch die Farbigen und wahlberechtigten Weißen (The submission of the Constitution for ratification to negroes and white men not disfranchised, and its actual ratification by their vote).
4. Nach der Vorlage dieser Verfassungen im Kongreß und der Annahme der neuen Gliedstaatenverfassungen in „House and Senate“.
5. Nach der gesetzlichen Verkündung der vorerwähnten Amendments XIII, XIV und XV zur US-Verfassung als Staatenrecht durch die auf Grund der neuen Staatenverfassungen ins Leben gerufenen Legislativen.
6. Nach der Wiederzulassung der Südstaaten zur Union, die erst erfolgen konnte, als diese US-Verfassungszusätze Gesetzeskraft erlangt hatten, wozu man ihrer Ratifizierung durch dreiviertel der gesamten Staaten bedurfte.¹

Inzwischen waltete im Süden der Vereinigten Staaten die Besatzungsmacht, und unter ihrem Schutz herrschten „Carpetbaggers“ (Leute aus den Nordstaaten, die außer ihrem Handgepäck [carpet bags] keinen Besitz mit sich führten), die „Scalawags“ (Kriegsdienstverweigerer aus dem Süden) und die Neger. Die bisherigen Gesellschaftsträger hatten Wahlrecht und Wählbarkeit verloren. Konservative Gesetzgebung und Regierung durch „Landadel“ wurde in Louisiana durch ein „New Deal“ ersetzt. Die Steuern wurden auf 500% geschraubt. Die fundierte Staatsverschuldung erreichte 50.000.000 Dollar.² Die gesamten Staatsausgaben in dieser Zeit (etwa 1864-1879) waren nie genau feststellbar. Viel Korruption wurde sorgfältig gedeckt, und die Unterlagen wurden vernichtet.³ Da die zeitgenössischen amerikanischen Historiker im Verdacht stehen, partiisch zu berichten, sei zur Illustration der Zustände im damaligen Louisiana der Bericht des Deutschen v. **Hesse-Wartegg** herangezogen, der 1879-80, nachdem die schlimmsten Mißstände bereits überwunden waren, in Louisiana weilte.

V. **Hesse-Wartegg** schreibt: „Das Hotel St. Louis (damaliger Sitz der Regierung von Louisiana; der Verf.), so schön und glänzend es einst war, ist eine moderne Kultur-Ruine geworden, der Prototyp des ganzen Staates, ebenso wie der letztere ein Opfer jener schmachvollen Rotte, die mehrere Jahre Louisiana und New-Orleans beherrschte, das Land aussaugte, den Staats-Credit ruinierte, die Revenuen defraudierte, und aus dem Sklavenstaate ein zweites Haity machen wollte. Wie jenes Hotel, so war auch der Staat einst reich und glänzend. Der Krieg kam und brachte die Yankee-Abenteurer, Tagediebe und Politiker mit sich, die im Verein mit den Schwarzen und durch diese gewählt, von dem Hotel ebenso gut Besitz ergriffen wie vom Staate. . . . In wenigen Jahren war das erstere zu einem schmutzigen, verwahrlosten Gemäuer geworden, als welches es sich noch heute dem erstaunten Fremden präsentiert; der Staat aber entging noch im letzten Moment einem analogen Schicksal. Seine eigene Kraft, sein natürlicher Reichtum und seine günstige

¹ „The congress, . . . shall propose amendments, . . . which, . . . shall be valid . . . as part of his constitution, when ratified by the legislatures of three-fourth of the several states, . . .“ (Constitution of the United States, Art. V., Vgl. Dart, a.a.O., S. 400.)

² So Davis, a.a.O., S. 228.

³ ebenda.

Lage führen ihn jetzt rasch wieder der alten Höhe zu. In dem Staatsgebäude strotzt alles von Schmutz und Staub. Je höher man steigt, desto mehr nimmt die Verwahrlosung zu, und im vierten Stockwerk, wo sich den Aufschriften an den Thüren zufolge der Sitz der Ingenieure und Baumeister befindet, war zur Zeit unseres Besuches gewiß seit Monaten nicht mehr gekehrt worden. Die Fensterscheiben waren theilweise zerbrochen, Thüren aus den Angeln, Treppengeländer zerstört; und in diesem Gebäude befindet sich das Büro des Staatsgouverneurs, der einzelnen Minister resp. Staatssekretäre und der Sitz des Senats und der Repräsentanten! Wie wir erfuhren wäre es gar nicht zu wundern gewesen, wenn die Reparatur des Gebäudes schon mehrfach beschlossen, ja schon mehrfach bezahlt worden wäre! Aber das Geld ging eben andere Wege.“¹

Zur Regierung der ehemaligen Sklaven bemerkt v. Hesse-Wartegg: „In den Sitzungssälen der Repräsentanten ging es manchmal drollig her, wenn einer der vielen schwarzen Gentlemen, in schmutziger Wäsche und fleckigem Rock das Wort ergriff und in dem seiner Rasse eigenthümlichen defekten Englisch an der Debatte theilnahm. Schwulstige hohle Redensarten, die bei jeder Gelegenheit wiederholt wurden, Stockungen, Verwicklungen usw., aus denen sich der ehrenwerthe Sprecher schließlich dadurch heraushalf, daß er mit seiner ‚Mosen‘, seinem Antrag, herausplatzte und wieder in den weichen Ledersessel hinter ihm zurücksank. . . . Man darf nun allerdings nicht vergessen, daß diese „Gentlemen of the House“ einst Sklaven waren, daß viele Lesen und Schreiben erst nachher erlernten, wenn sie dessen überhaupt mächtig sind. Doch hege ich auch bezüglich der kommenden Generationen meine gerechten Zweifel. Die schwarzen ‚Gentlemen‘ (denn das Wort ‚Nigger‘ ist von ihnen verpönt) sind große kräftige Leute, die sich als Arbeiter im Felde vortrefflich bewährt haben; im Repräsentantenhaus eines Staates von einer Million Einwohner, dessen Hauptstadt eine Weltstadt ist, spielen sie jedoch gewiß eine recht traurige Figur. Über die Betrügereien und Diebstähle, die hier mit Hilfe der Schwarzen durchgeführt wurden, über die Wahlschlachten, politischen Unruhen und den darauf entstandenen finanziellen und moralischen Mißkredit des Staates, über die ‚Carpetbagger Rule‘, etc., soll hier nicht gesprochen werden. Gewiß wurden diese traurigen Zustände der letzten Jahre theilweise behoben, aber immer noch herrschen die Yankees und die Neger, ohne daß die gute und ehrenhafte Bevölkerung Louisianas sich ihrer Apathie aufrütteln und die ganze Bande davonjagen würde. Die Zahlung der Zinsen für die ungeheure Staatsschuld, welche die letztere aufgenommen, wird verweigert resp. auf ein Prozent reduziert; die Staatseinnahme für allerhand nichtige Zwecke vergeudet oder beiseite geschafft. Dabei sind dies alles Regierungsprobchen aus dem laufenden Jahre!“²

Man kann die Verantwortung für die von v. Hesse-Wartegg bechriebenen Zustände den Südländern mit einiger Berechtigung selbst zuschieben. Sie haben die schwarzen Gentlemen ins Land geholt und ihnen keine Gelegenheit zu Erziehung, Ausbildung und Studium gegeben. Die bodenständigen Bewohner der Südstaaten, ob Kreolen oder „Amerikaner“, fühlten sich unschuldig an den Mißständen. Sie ließen sich ungern von Fremden ihre Rechtsordnung diktieren, und die Vernünftigsten unter ihnen plädierten für Zeit, um das Problem, das sie von ihren Ahnen geerbt hatten, zu lösen.

¹ v. Hesse-Wartegg, a.a.O., S. 223.

² v. Hesse-Wartegg, a.a.O., S. 224 f.

Die Mißstände unmittelbar nach dem Bürgerkrieg wurden überwunden. Die Sklavenbefreiung wirkte in manchem auf die institutionelle Ordnung Louisianas ein. Vor dem Kriege standen sich in Louisiana in Wirtschaft und Gesellschaft Anhänger der Reformation, des Liberalismus und des Amerikanismus und Anhänger der aus der alten Welt übernommenen Einstellungen zu Gesellschaft, Kirche und Wirtschaft gegenüber. Nach der Niederlage des Südens schlossen sich die Südstaatler über alle Gegensätze hinweg gegen die Neger und gegen Eindringlinge aus den Nordstaaten zusammen. Die Vertreter der Ideologie der „alten Welt“ ersehnten vor dem Kriege eine starke Bundesregierung und eine leistungsfähige Staatsverwaltung unter der Führung der Klasse, die durch Geburt und Erziehung dazu am besten geeignet schien. Nach dem Kriege wollten diese Gruppen von einer starken Bundesregierung nichts mehr wissen. Auf Drängen der aufgeklärten und liberalisierten Bevölkerungskreise stimmten sie einer Beschränkung der Befugnisse der Staatsregierung zu. Die Verfechter der Demokratisierung des Südens zeigten sich der Aufgabe, die Sklavenfrage zu lösen, nicht gewachsen. Sie betrachteten eine Regierung durch Gentlemen, solange deren Befugnisse weitgehend beschränkt blieben, als die günstigste aller möglichen Lösungen und einigten sich mit ihren ehemaligen Gegenspielern auf eine Art Waffenstillstand, der bis in die zwanziger Jahre unseres Jahrhunderts galt.

5. Rechtlicher und wirtschaftlicher Neuaufbau

Mit den von v. Hesse-Wartegg geschilderten Zuständen war im Sozialprozeß Louisianas der von v. Wiese beschriebene völlige Zerfall der überkommenen Körperschaften erreicht. Das straff organisierte, zentralisierte, zwischengebildliche Leben Louisianas zur Zeit Ludwigs XIV. hatte sich durch von innen und außen kommende Anstöße allmählich gelockert und aufgelöst. Das Geschick des Landes wurde schließlich von Carpetbaggern, Yankeeabenteurern, Tagedieben und Negern bestimmt. Der Zerfall des ursprünglichen, von europäischen Gegebenheiten ausgehenden Sozialgefüges in Louisiana war bedingt durch die räumliche Entfernung Louisianas von Frankreich und die Zugehörigkeit des Landes zu den Staaten der neuen Welt. Louisiana wurde in die Vereinigten Staaten von Amerika aufgenommen, kam mit dem Amerikanismus in Berührung und erlebte nach dem Bürgerkrieg die Sklavenbefreiung. Der Prozeß des Auseinander im sozialen Gefüge Louisianas wurde während seiner Zugehörigkeit zu Spanien vorübergehend aufgehalten. Jedoch läßt sich auch während der spanischen Herrschaft in Louisiana eine gewisse Lockerung der Beziehungen im zwischengebildlichen Leben erkennen.

Ohne die vom Amerikanismus ausgehenden Impulse hätte der Sozialprozeß in Louisiana wahrscheinlich nicht zur Abschaffung der Sklaverei geführt. Hätte die Berührung der Bevölkerung Louisianas mit dem Amerikanismus, wie er aus der Unabhängigkeitserklärung spricht, eine Amerikanisierung auch des kreolischen Landadels bewirkt, so hätte es nicht zu einem Zerfall der sozialen Ordnung im Sinne v. Wieses kommen brauchen. Vielleicht wäre eine Lockerung der institutionellen Ordnung, wie sie die amerikanischen Gründerväter angestrebt hatten, zu verwirklichen gewesen. Es scheint, nicht die Einführung der Gleichberechtigung für alle Bewohner Louisianas und die Demokratisierung der Verwaltung

waren Anlaß für die Mißstände nach dem Bürgerkrieg, sondern die radikale Nivellierung, auf Grund derer die Neuerungen durchgesetzt werden sollten. Wäre der Sozialprozeß organisch verlaufen und nicht jäh und ruckartig unterbrochen worden, so hätten die sozialen Mißstände in Louisiana und in anderen Südstaaten zweifellos reibungsloser, mit weniger Schaden für die Gesellschaft und Wirtschaft beseitigt werden können. Die Methoden, mit denen die Sklaverei abgeschafft wurde, haben in den Südstaaten dem Amerikanismus wenig Sympathien eingebracht.

In Louisiana widersetzte man sich den Bemühungen, den Kreis der Stimmberechtigten zu erweitern, die Privilegien der Landbesitzer einzuschränken und die Konzentration der Macht in den Händen weniger aufzulockern. Die Machtbefugnisse wurden nicht von der Exekutive auf die Legislative verlagert. Man war vielmehr bemüht, die Gewalt der Legislative einzuschränken, weil über diese die Mitbestimmung der „Skalawags“, „Carpetbaggers“ und Neger zu befürchten war. Man versuchte, alle Macht auf den Gouverneur zu konzentrieren. Man sorgte dafür, daß dieser der „guten und ehrenhaften“ Bevölkerungsschicht Louisianas entstammte. Die Regierungsfunktionen wurden durch vom Gouverneur ernannte Gremien und Räte (boards and commissions) ausgeübt. Nachdem Louisiana seine Souveränität größtenteils wiedererlangt hatte, wurden die Machtbefugnisse des Gouverneurs nur insoweit eingeschränkt, als dem Verlangen des amerikanisierten Teils der Bevölkerung Rechnung getragen werden mußte, die Staatsautorität auf ein Minimum zu begrenzen. Was Rechtsetzung und Rechtsprechung betraf, war die Stellung des Gouverneurs nicht viel anders als zur Zeit der Franzosen und Spanier in Louisiana. Demokratisierung und Liberalisierung, um die in den vorangegangenen Jahren schwer gekämpft worden war, wurden abgeschafft. Man gewöhnte sich in Anbetracht der neuen politischen Gegebenheiten daran, die Macht in die Hände weniger zurückzugeben. Notgedrungen war die Mehrzahl der angelsächsischen Pioniere mit dieser Entwicklung einverstanden.

In „Workers of the Writers Program“ wird die Entwicklung wie folgt beschrieben: „Das Ende der ‚carpetbag rule‘ in Louisiana brachte eine neue Staatsverfassung (1879), in der die etwaige Auswirkung einer überhöhten Stimmbeteiligung der Schwarzen dadurch entschärft wurde, daß man die Legislative in ihrer Verfügungsmacht eingeschränkt und die Ernennungsbefugnis des Gouverneurs erheblich ausgedehnt hatte. Der Gouverneur war dadurch imstande, auch die Kreisregierung (parish government) zu kontrollieren.“¹

Die Stärkung der Stellung des Gouverneurs reichte nicht aus, um eine mögliche Einflußnahme der Neger auf die Staatsführung auszuschalten. Nach der sehr hohen Beteiligung der Schwarzen an der 1896 abgehaltenen Staatsrepräsentanten- und Senatorenwahl wurde 1898 ein Verfassungskonvent einberufen, der es sich zum Ziel setzen sollte, möglichst vielen Negern das Stimmrecht zu nehmen, ohne das XV. Amendment zur US-Verfassung pro forma zu verletzen. Die Louisianaverfassung von 1898 machte das Wahlrecht von einem gewissen Bildungsstand und von einem bestimmten Besitz abhängig. Nur Personen, die des Lesens und Schreibens kundig waren, sich an Daten und Ereignisse der Geschichte erinnern konnten, die Zeit errechnen oder die einen Besitz von wenigstens 300 Dollar Eigentumswert vorweisen konnten, wurden für stimmberechtigt erklärt.² Der un-

¹ So schreiben Workers of the Writers Program, a.a.O., S. 55 - Übersetzung vom Verfasser.

² „As the result of an exceedingly high Negro vote in the election of 1896, a convention was called

gebildeten, unvermögenden weißen Bevölkerung wurde in Sonderbestimmungen das Wahlrecht weiterhin garantiert.¹

Um die nach dem Bürgerkrieg vom Bunde ausgehenden Maßnahmen zur Liberalisierung und Demokratisierung des Südens abwehren oder umgehen zu können, bildete sich um den Gouverneur eine neue politische und soziale Aristokratie.

Da sich die Landwirtschaft nicht mehr auf die Arbeitskraft von Sklaven stützen konnte und die gesamte Wirtschaft infolge des Krieges und der „Regierungsexperimente“ des radikalen Regimes darniederlag, versuchte man alles, um Louisiana für Kapitalinvestoren interessant zu machen. Die ausgedehnten Besitzungen des „Landadels“ blieben auch nach dem Bürgerkrieg dessen Eigentum. Wegen der hohen Besteuerung und ohne die dazugehörigen Sklaven war der Wert der Ländereien jedoch gesunken. Die einst stattlichen Plantagen wurden in kleineren Parzellen an Pionierfarmer und ehemalige Sklaven verpachtet. Um Arbeitsplätze zu beschaffen und die Wirtschaft auszubauen, erhielt die Industrie alle Vergünstigungen, die im Zeichen des „free enterprise“ gewährt werden konnten. Das neu ins Land kommende Kapital schloß sich dem bodenständigen Großgrundbesitz an und bestimmte die neue Wirtschaftsordnung. Der Landadel entschied de facto politisch unter sich wer Gouverneur werden sollte, und beeinflusste damit die Steuer- und Wirtschaftspolitik des Staates. Formell war die große Masse der Bevölkerung, anders als zur Zeit der Klassenherrschaft, frei und selbständig, tatsächlich war sie jedoch durch die Pachtbedingungen in der Landwirtschaft, die Arbeitsbedingungen in der sich allmählich entwickelnden Industrie, die Kreditbedingungen im Handel und anderes mehr an Kapitalgeber gebunden.

Nach allen Erfahrungen, die man in Louisiana mit einem vom Staat oder Bund gelenkten Wirtschaftssystem gemacht hatte, schienen alle Fehler, die das System des „free enterprise“ in sich barg, am wenigsten ins Gewicht zu fallen. Die Zeit von 1877 bis 1920 ist eine Periode des politischen Konservatismus. Louisiana hatte während der Besatzungs- sowie der folgenden „Carpetbagger“- und Negerherrschaft zuviel Verschwendung und Korruption erlebt, um mit „radikalen“ Ideen oder einer von ihnen bestimmten Gesetzgebung experimentieren zu wollen.² Die Entdeckung erheblicher Erdölvorkommen in Louisiana um die Jahrhundertwende vermehrte Reichtum und Macht der verhältnismäßig kleinen Gesellschaftsgruppe der Landbesitzer.

Die Gegensätze im Staate zwischen den „Habenichtsen“ und den Wohlhabenden unter dem Landadel und den kapitalkräftigen „Ausländern“ verschärften sich im 20. Jahrhundert

in 1898 for the express purpose of disfranchising as many Negroes as possible without violating the Fifteenth Amendment. For that purpose, educational and property qualifications for voters are imposed. Only those able to read and write, to reckon time and to remember dates and places, or owners of property of 300 Dollars value were permitted to vote.” (Vgl. *Workeres of the Writers Program*, a.a.O., S. 55 f.).

¹ Art. 197, Sec. 5. „No male person who was on January 1st, 1867 . . . entitled to vote under the Constitution . . . and no son or grandson of any such person . . . shall be denied the right to register and vote in this State by reason of his failure to possess the educational or property qualifications prescribed by this Constitution;” (Vgl. *Constitution of 1898* - Dart, a.a.O., S. 637.)

Die Louisiana-Verfassung von 1868, die mehr oder minder von der Besatzungsmacht diktiert wurde, hatte erst den Schwarzen das Stimmrecht gegeben. Infolgedessen sicherte Sec. 5. Art. 197 der neuen Verfassung allen weißen Bürgern nach wie vor ihr Stimmrecht.

² Vgl. Davis, a.a.O., S. 237.

allmählich. Besonders die Kleinfarmer fühlten sich bei den herrschenden Zuständen benachteiligt.¹ In den 1920-er Jahren machte sich eine Strömung bemerkbar, auf Grund derer die politischen Lösungen „Rassenproblem“ und „Widerstand gegen die Union“ durch eine vernünftige Finanz- und Wirtschaftspolitik ersetzt werden sollten. Vor der Weltwirtschaftskrise hatte diese Bewegung bereits spürbaren Einfluß gewonnen.

¹ „For Louisiana's rural elements it was an almost hopeless political situation. Who was there to plead their cause . . . for roads that could be traveled in rainy weather; for hospitals and schools for the sick and untutored; for bridges free of tolls or for meager pensions to tide them over in the last years of a hard life? There was no one. 'Government by gentlemen' merged with Ring rule. Candidates for office promised little and ignored the realities of the day. While the farmers and other rural elements cried for bread, the politicians evoked images of the glorious Confederacy -. As they went through the meaningless exercise of politicking by extolling archaic Confederate chauvinism, the dispossessed listened with a mounting bitterness that bordered on explosive resentment." (Martin, a.a.O., S. 18.)

VI. DER VERLAUF DES SOZIALPROZESSES IN DEN VEREINIGTEN STAATEN BIS ZUR WELTWIRTSCHAFTSKRISE (1789-1929).

1. Die richtungsweisenden Präsidenten

Die soziale Entwicklung der gesamten Bevölkerung der U.S.A. verlief bis zur Mitte des 19. Jahrhunderts gemäß dem von v. Wiese dargestellten B-Prozeß. In den folgenden Jahren setzte, den Erfordernissen der Zeit entsprechend, eine Angleichung und Institutionalisierung innerhalb der amerikanischen Gesellschaft ein.¹ Die Zusammenschlüsse zur Bedürfnisbefriedigung unterscheiden sich jedoch in Charakter, Ausdehnung, Dauer und Festigkeit von entsprechenden Institutionen älterer Kulturländer.

Regierung und Verwaltung im herkömmlichen Sinne werden abgelehnt. Gemeinschaftliche Aufgaben sollen soweit als möglich zwanglosen oder primären Institutionen überlassen sein. Wird ein Tätigwerden einer öffentlich-rechtlichen Körperschaft unvermeidlich oder zwingend notwendig, sollen Richtlinien für deren Wirkungsbereich festgelegt und Maßnahmen, die die Einhaltung dieser Richtlinien gewährleisten, unter engster Mitwirkung der betroffenen Kreise und möglichst mit einmütiger Zustimmung der Bevölkerung beschlossen werden. Auf Bundesebene soll nichts geregelt werden, was sich auf Staatsebene annähernd befriedigend ordnen läßt; nichts soll auf Staatsebene erledigt werden, was die Gemeinden erledigen können. Nichts soll durch beamtete Juristen und Behörden kontrolliert werden, was die Kirchengemeinde, freiwillige industrielle, landwirtschaftliche und kommerzielle Zusammenschlüsse oder Kultur- und Sportvereine selbst entscheiden können. Man beschränkt alle Uniformierung, Einordnung und Sozialisierung auf das Allernotwendigste. Als die Sonderstellung der Vereinigten Staaten in bevölkerungspolitischer, wirtschaftlicher und militärischer Hinsicht zu schwinden begann, häuften sich die gemeinschaftlichen Aufgaben, die irgendwie bewältigt werden mußten. Zum Verständnis der amerikanischen Institutionen ist es unumgänglich, sich die Entwicklung der neuen Nation in den formativen Jahren (etwa 1789-1860) zu verdeutlichen.

Überblickt man die Reihe der Präsidenten der Vereinigten Staaten seit George Washington - ihre Amtszeit ist traditions- und jetzt gesetzgebunden auf zwei aufeinanderfolgende Vierjahresperioden beschränkt -, so zeigt sich, daß die Bedeutung dieser Männer für die Entwicklung des Sozialprozesses von Amerikanern unterschiedlich beurteilt wird. Unumstritten in der amerikanischen Geschichte bleiben die Präsidenten George Washington (1789-1797), Thomas Jefferson (1801-1809), Andrew Jackson (1829-1837), Abraham Lincoln (1861-1865) und Theodor Roosevelt (1901-1909). Die beiden bedeutenden Präsidenten Woodrow Wilson (1913-1921) und Franklin D. Roosevelt (1933-1945) werden sehr unterschiedlich eingeschätzt. Am umstrittensten ist Franklin D. Roosevelt, der als einziger viermal hintereinander kandidierte.

¹ Vgl. Schema auf S. 31, 32.

George Washington wird als Befreier der amerikanischen Kolonien von der englischen Herrschaft und als Wegbereiter einer neuen Ordnung gefeiert. Obwohl er einer aristokratischen Familie entstammte, weigerte er sich als erster Präsident der neuen Union, während seiner Amtsführung in der Gesellschaft Elemente der damaligen europäischen Ständeordnung hochkommen und in den sich neuanbahnenden Sozialprozeß eingreifen zu lassen.

Thomas Jefferson wird der Wortlaut der Unabhängigkeitserklärung zugeschrieben. Man rechnet ihm hoch an, daß er als Gegner Alexander Hamiltons und als Verfechter der Souveränität der einzelnen Staaten den Weg zur Freiheit vom Staate ebnete. Jefferson gilt als Pragmatiker, der trotz eines Grundsatzprogrammes und eines zielbewußten Kurses die Wirklichkeit, die Gerechtigkeit im einzelnen Falle und die beste Lösung unter gegebenen Umständen gelten ließ.

Andrew Jackson ist der Vollender der Demokratisierung und der Verwirklicher der Freiheit vom Staate. Unter ihm vollendete sich der „Zerfall der Körperschaften“ im Sinne v. Wieses.

Abraham Lincoln war bestrebt, soziale Gerechtigkeit durchzusetzen. Neben der Freiheit vom Staate wollte er auch die Freiheit im Staate verwirklichen. Lincoln wird vor allem wegen seines festen Charakters, seiner Bescheidenheit und Mäßigkeit sowie seiner pragmatischen Einstellung, die der Jeffersons gleicht, geachtet. Alle geistigen Führer im Amerika des 18. und 19. Jahrhunderts waren bereit, den Volkswillen durchzusetzen. Dieser Wessenzug der Präsidenten kommt vielleicht im Pragmatismus Jeffersons und Lincolns am deutlichsten zum Ausdruck.

Über die staatsmännischen Repräsentanten der neueren Zeit wird die Geschichte erst später urteilen. Die Präsidenten folgten der geistigen Linie Jeffersons und Lincolns, mit Ausnahme Franklin D. Roosevelts, dessen Politik in einigen wesentlichen Punkten hiervon abwich.

2. Der Abbau der Ständeordnung.

Der Charakter der institutionellen Ordnungsfaktoren bestimmte den Kurs des Sozialprozesses in der neuen Welt.¹ Die soziale Entwicklung ging weg von der straffen Institutionalisierung, Ordnung und Uniformierung der „Klassenherrschaft“ zur Liberalisierung und Individualisierung, die mit dem Recht zur religiösen, sozialen und wirtschaftlichen Selbstbestimmung gleichgesetzt wurden.² Dieser Vorgang wurde nicht widerspruchlos hingenommen. Man schlug Washington vor, sich zum „Rex Americanorum“ proklamieren zu lassen. „Als Washington hörte, daß verschiedene Offiziere wollten, er solle sich zum Diktator oder König machen, antwortete er in großem Zorn, daß er nie in seinem Leben so etwas tun würde.“³

Die Gegensätze, die bei der Formulierung der Verfassung aufeinandertrafen, prägten die Entwicklung in Bund und Staat.

¹ Vgl. hierzu Kap. II.

² Vgl. Kap. IV.

³ Zucker, a.a.O., S. 41.

Zucker schreibt: „In Washingtons Kabinett waren Thomas Jefferson und Alexander Hamilton Männer mit sehr verschiedenen politischen Ansichten. Jefferson war für den ‚gemeinen Mann‘ und seine Rechte, während Hamilton den Aufbau des nationalen Vermögens für das Wichtigste hielt. Aus diesen Kontrasten bildeten sich allmählich die demokratische und die republikanische Partei. Washington saß in seinem Kabinett zwischen diesen beiden Männern, und entschied mit gesundem Menschenverstand zwischen den beiden Theorien. Seine Aufgabe als Präsident war, ‚die Gesetze ausführen‘.“¹ Hopp äußert zu den Gegensätzen im Kabinett Washingtons: „In wie weit Washington die Verschiedenheit der politischen Anschauungen beider Männer als einen Grund für ihre Berufung ansah, ist nicht festgestellt, jedenfalls sagte er sich, daß dies der beste, weil einfachste Weg sei, die beiden Parteien von der Redlichkeit seiner Absichten zu überzeugen. In der That gelang es ihm, in der ersten Zeit die politischen Gegensätze der beiden Sekretäre abzuschleifen, und erst als die Wolken am politischen Horizont sich stärker zusammenballten, als die Antiföderalisten die Regierung prinzipiell bekämpften, sah er die Unmöglichkeit ein, mit einem innerlich gespaltenen Kabinett weiter zu arbeiten. Gleichzeitig streifte er die eigene Parteilosigkeit ab, um Halt bei derjenigen Partei zu suchen, welche sich von jeher als die Trägerin der Ordnung erwiesen hatte. ... Die republikanische Idee ... zu jener Zeit nannten sich die Antiföderalisten bereits „Republikaner“ ... feierte unter Jeffersons Anleitung einen gar sonderbaren Triumph, der von Landesverrath nicht allzuweit entfernt war. Nur die eigenen Fehler der Föderalisten und die politische Schwachköpfigkeit der Menge erlaubten es den Republikanern, sich nicht nur zu rehabilitiren, sondern auch die Hände nach der Herrschaft auszustrecken.“²

Die amerikanischen Historiker stellen die Ehrlichkeit und den gesunden Menschenverstand Washingtons heraus. Man unterstreicht seine Parteilosigkeit und die Vermittlerrolle, die er zwischen Föderalisten und Antiföderalisten gespielt hat. Man übersieht seinen Hang zu den Föderalisten, die sich dem zu raschen Abbau der überkommenen Rechts- und Sozialordnung widersetzen. Washingtons Ruhm unter den Amerikanern gründet sich auf seine hervorragende militärische Stellung im Unabhängigkeitskrieg. Durch Beschluß des Kongresses wurde ihm auf Antrag eines seiner ihm ehemals unterstellten Generäle der Ehrentitel: „Der Erste im Kriege, der Erste im Frieden, der Erste in den Herzen seiner Mitbürger“ verliehen.³

Über Jefferson schreibt Zucker: „Er blieb achtzehn Tage allein auf seinem Zimmer, schrieb, feilte und änderte, bis er eine der berühmtesten Schriften der Welt vollendet hatte, die Unabhängigkeitserklärung der Vereinigten Staaten. Am 4. Juli 1776 wurde sie vom Kongreß angenommen.“⁴ Während Washington als Held der militärischen Revolution auf dem Schlachtfeld verehrt wird, gilt Jefferson den Amerikanern als geistiger Führer der Revolution gegen England.

Obwohl Jefferson die Unabhängigkeitserklärung, deren Tenor auch die Verfassung prägte, geschrieben hatte, dauerte es einige Zeit, bis er als Präsident den Sozialprozeß der U.S.A.

¹ Vgl. Zucker, a.a.O., S. 41

² Hopp, a.a.O., S. 258.

³ Vgl. Zucker, a.a.O., S. 43.

⁴ Zucker, a.a.O., S. 58. Vgl. auch S. 35 f. dieser Arbeit zur Unabhängigkeitserklärung.

auf einen seinen Ideen entsprechenden Kurs lenken helfen konnte. Washington verzichtete in seiner berühmten Abschiedsadresse vom 17. September 1796 nach achtjähriger Amtszeit im Geiste des amerikanischen Republikanismus Madisonscher Prägung auf eine Wiederwahl. Damit gab er den Weg für John Adams, den Präsidentschaftskandidaten der föderalistischen Partei, frei. Mit den Stimmen von 71 Wahlmännern wurde John Adams 1797 Präsident der U.S.A. Jefferson, der Vertreter der Staatenrechtler, die zunächst „Republikaner“ später aber „Demokraten“ hießen, errang mit 68 Stimmen das Amt des Vizepräsidenten.¹ Der Wahlausgang, der mit nur 3 Stimmen Differenz zwischen den führenden Kandidaten entschied, - vier Jahre vorher war Washington, den man zu den Föderalisten rechnete, fast einstimmig gewählt worden - zeigt, daß die öffentliche Meinung zur Selbstverwaltung der einzelnen Staaten und zur Freiheit vom Bund tendierte.

Jefferson, dessen Ideen vom sozialen Zusammenleben sich weitgehend mit denen von Roger Williams deckten und der zu Beginn des 19. Jahrhunderts viele Anhänger fand, war einer der führenden Geister seiner Zeit. Zucker berichtet über seine Politik: „Sein Programm war für freien Handel, für Frieden mit Frankreich, gegen Unterdrückung der Pressefreiheit und gegen ein stehendes Heer. Fortwährend wurden von Hamiltons Partei, den Föderalisten, bittere Angriffe auf ihn gemacht. Im Jahre 1801 wurde er zum Präsidenten gewählt, und dies bedeutete eine Rückkehr des amerikanischen Volkes zu den Prinzipien der Unabhängigkeitserklärung. In seinem Amte vermied er allen Pomp; daher kommt der Ausdruck ‚Jeffersonische Einfachheit‘.“²

Hopp, der in einer Gesellschaft, in der andere als die amerikanischen institutionellen Ordnungsfaktoren Gültigkeit haben, aufgewachsen ist, beurteilt Jefferson aus anderer Sicht. Er schreibt:

„Der Proteus, der es verstand, bald in leuchtenden Farben für die Ideale der Menschenrechte und den Sansculotismus zu erglühen, bald sich für die Rechte der sklavenhaltenden Gesellschaft zu begeistern, der Staatenrechtler par excellence, zog als Präsident des Bundesstaates in das Weiße Haus. Und zwar that er dies mit affectirter Betonung seines rein demokratischen Standpunktes, als der einfachsten Bürger einer, nicht im Festgewand, sondern im abgetragenen Anzug; ohne Begleiter und Gefolge ritt er auf das Kapitol zu, band sein Pferd an den Zaun und trat ohne jedes Ceremoniell ein, als ob er damit sagen wolle, daß die Zeit der föderalistischen Galakutschen, der Livreebedienten und des dem Königtum abgeborgten Pompes nun vorbei sei. Nur schade, daß man das Studirte, daß man das Künstliche der Jeffersonschen Einfachheit merkte! Seine Antrittsrede war ein rhetorisches Bravourstück, das von grenzenloser Menschenliebe förmlich triefte; zwischen den Zeilen konnte man deutlich genug lesen, jetzt sei in der Geschichte des Fortschritts der Menschheit eine neue, ruhmvolle Epoche genaht; die blumenreiche Erklärung enthielt u. a.

¹ Vgl. Hopp, a.a.O., S. 272. Seit 1804, als das XII. Amendment zur Verfassung angenommen wurde, wählt jeder Gliedstaat sovielen Wahlmänner wie er im Kongreß (House and Senate) Sitze inne hat. Die Wahlmänner geben sodann en bloc ihre Stimme entweder für den demokratischen, den republikanischen oder für den Fall, daß sich eine Splitterpartei bildet, für deren Kandidaten ab. Zum Vizepräsidenten wird seit dem XII. Verfassungszusatz nicht mehr der zweite Mann in der Präsidentschaftswahl gewählt, wie es zur Zeit der Wahl John Adams der Fall war, sondern es müssen besondere Kandidaten aufgestellt werden. (Art. II, § 1 und Amendment XII der US-Verfassung. - Vgl. Darr, a.a.O., S. 396 und S. 404.)

² Zucker, a.a.O., S. 65 f.

den Satz: „Jeder Unterschied der Meinung ist nicht ein principieller Unterschied. Wir haben Brüder desselben Principis mit verschiedenen Namen genannt. Wir sind alle Republikaner, wir sind alle Föderalisten. Laßt uns denn mit Muth und Zutrauen unsere eigenen föderalistischen und republikanischen Principien verfolgen, unsere Anhänglichkeit an unsere Union und an unsere Repräsentativ-Regierung.“¹

Jefferson versuchte Einfluß auf die verschiedensten Bereiche der zwischenmenschlichen Beziehungen zu nehmen. Das wird vielfach übersehen. Als besonders „amerikanisch“ hebt man von vornherein seine einfache Herkunft hervor: so Zucker: „Thomas Jefferson wurde am 13. April 1743 in Virginia geboren. Es gab damals zwei Arten Virginier, die aristokratischen Pflanzer an der Küste mit ihren großen, stattlichen Wohnhäusern und die Pioniere, die westwärts über die Berge in die Wildnis gezogen waren und recht primitiv lebten. Jeffersons Vater war ein solcher Pionier, aber seine Mutter war eine Randolph aus einer aristokratischen Familie, die uns verschiedene Staatsmänner geliefert hat. Daher hatte Thomas Jefferson von Jugend auf Sympathie für den gemeinen Bürger aber auch die Vorteile des Reichtums, z. B. Zeit und Geld zum Studieren.“²

Jefferson, der sich uneingeschränkt für den Amerikanismus einsetzte und letztlich allein die Gesellschaftsideologie der Gründerväter im Bund gelten lassen wollte, war Mitglied des „House of Burgesses“ und längere Zeit Gouverneur von Virginia. Aus den folgenden Darlegungen Zuckers läßt sich ersehen, in welche Richtung er den Sozialprozeß in den U.S.A. zu lenken beabsichtigte:

„Jefferson zählte (in der Unabhängigkeitserklärung; der Verf.) viele Beispiele von der Tyrannei Georgs III. auf, der wie alle Könige jener Zeit glaubte, daß er mehr oder weniger von ‚Gottes Gnaden‘ regieren könne, wie er wolle. Jefferson sprach sozusagen von dem ‚göttlichen Recht‘ der Regierten und von einer Regierung, wie es noch keine in der Welt gab. Es war etwas ganz Neues für Aristokraten, daß alle Menschen ‚selbstverständlich‘ Rechte hatten, die kein König ihnen nehmen durfte. Dies war damals revolutionär, aber Jeffersons Worte haben es für alle Amerikaner zu einem Teil der Tradition gemacht, die jedes Kind in der Schule lernt.“

„Damals gab es noch das Recht des Erstgeborenen; d. h., wenn ein Mann starb, ohne ein Testament zu hinterlassen, so bekam der älteste Sohn das ganze Vermögen und Mutter und Geschwister nichts. Jefferson fragte: ‚Warum soll der älteste Sohn, der vielleicht der dümmste und schlechteste ist, es so viel besser haben als die andern?‘ Jeffersons Vorschlag (in der Legislative Virginias; der Verf.), dieses Gesetz abzuschaffen, wurde endlich angenommen, aber nur gegen große Opposition. Einer seiner Gegner sagte schließlich: ‚Laßt uns wenigstens nach dem biblischen Gesetz handeln und dem Ältesten zweimal so viel geben wie den anderen.‘ Jefferson antwortete: ‚Nein, außer wenn er zweimal so viel essen kann und doppelt so viel arbeitet.‘ Und so gewann Jefferson einen Sieg für die Gleichheit der Menschen.“

„Einen noch schwereren Kampf hatte Jefferson um die Freiheit der Religion. In Virginia war die Episkopalkirche die offizielle Religion, und jedermann mußte dieser Kirche Steuern zahlen, auch wenn er zu einer anderen gehörte. Es gab ziemlich viel Toleranz, und

¹ Hopp, a.a.O., S. 332.

² Zucker, a.a.O., S. 55.

man war nicht so puritanisch wie in Neuengland; solange man sonntags in die Kirche ging, konnte man sonst machen, was man wollte; selbst die Pastoren tranken Wein und tanzten. Aber als Quäker nach Virginia kamen, wurden sie verfolgt, denn sie glaubten nicht an die Taufe, und sie behielten in der Kirche den Hut auf. Es wurden Gesetze gemacht, nach denen Quäker mit Gefängnis bestraft wurden, und ähnlich erging es den Baptisten: Weil sie auf freien Plätzen ihre Religion laut predigten, kamen sie ins Gefängnis als 'Friedensstörer'."

„Jefferson sagte darüber: ‚Es schadet mir nicht, wenn mein Nachbar sagt, es gibt zwanzig Götter oder gar keinen Gott. Er nimmt mir dadurch kein Geld weg und bricht mir nicht das Bein. Soll man Gleichheit der Meinung haben? Nein, ebenso wenig, wie Gleichheit der Gesichter. Millionen von Männern, Frauen und Kinder sind seit der Einführung des Christentums verbrannt, gefoltert und sonst bestraft worden, aber trotzdem haben wir noch immer keine Gleichheit des Glaubens.‘ Viele Virginier waren bereit, Jefferson teilweise zu folgen und die Kirchensteuern an die Kirchen zu geben, zu denen die Steuerzahler gehörten; sie dachten, wenn der Staat nicht die Kirchen unterstützte, so würde jede Religion verschwinden und die Menschen ganz schlecht werden. Aber Jefferson wollte keinen Kompromiß; entweder gibt es religiöse Freiheit, oder es gibt keine. Wenn die Religion und die Kirche wichtig sind, so wird man bereit sein, freiwillig dafür zu bezahlen."

„Endlich nach acht Jahren gewann Jefferson auch den Kampf für religiöse Freiheit in Virginia, und dasselbe Prinzip kam später auch in unsere Verfassung ... als erster Zusatzartikel (amendment)."

„In der Unabhängigkeitserklärung steht, daß alle Menschen frei und gleich geschaffen sind, und dies in einem der wenigen Länder, wo es Sklaverei gab! Jefferson sagte: ‚Menschen, die mit den gleichen Rechten wie wir geboren sind und außer in der Hautfarbe uns gleich sind, als Sklaven zu halten, ist barbarisch, grausam und schändlich.‘ Er arbeitete einen Plan aus, um alle Sklaven wieder als freie Menschen nach Afrika zu schicken, aber die virginischen Pflanzer waren absolut dagegen. Es gab ein Gesetz, daß niemand einen Sklaven freilassen durfte, und durch Jeffersons Einfluß wurde dies im Jahre 1782 geändert. Freie Neger durften nun in Virginia wohnen, ... Das war nur ein kleiner Erfolg. Wenn Jeffersons Plan angenommen worden wäre, dann hätten wir den schrecklichen Bürgerkrieg 1861 bis 1865 nicht gehabt."¹

Jefferson war sich der Schwierigkeiten bewußt, die der plötzliche Abbau einer seit Jahrhunderten eingebürgerten Rechts- und Sozialordnung mit sich bringen mußte. Er wollte nicht durch die radikale Demokratisierung von Staat und Gesellschaft eine Anarchie heraufbeschwören, indem er unwissenden Bevölkerungsgruppen den Weg zur Herrschaft ebnete. Er zielte stattdessen darauf ab, die Bevölkerung zur Demokratie zu erziehen. Er erkannte, daß nicht nur die bisherige privilegierte Stellung der Aristokraten eine Demokratie unmöglich machte, sondern auch die Unwissenheit der großen Masse selbst. Hätten Jefferson und seine Anhänger in Regierung und Kongreß nicht eingesehen, daß trotz fester und konsequenter Zielsetzung im Einzelfall und bei den Gesetzesvorlagen der Rahmen des Möglichen und des Vertretbaren nicht überspannt werden darf, hätte der Sozialprozeß einen anderen Verlauf nehmen können.

¹ Zucker, a.a.O., S. 59 f.

Jeffersons Erziehungspolitik beschreibt Zucker: „In Virginia gab es zu jener Zeit keine Freischulen, und daher konnten nur die reicheren Leute ihren Kindern eine gute Erziehung geben. Wir haben gesehen, daß Jefferson immer für ‚gleiche Rechte‘ war, und er wollte allen Kindern wenigstens das Recht zu lernen bieten. Er arbeitete einen Plan für das ganze Schulsystem des Staates aus. Virginia teilte er in viele Distrikte ein, und jeder Distrikt sollte eine Schule bauen und einen Lehrer bezahlen. Das Geld dafür sollte von Steuern kommen, die jedermann zahlen sollte, ob er Kinder in die Schule schickte oder nicht. Ein solcher Plan war den Virginiern zu radikal und wurde nicht angenommen; doch jeder weiß, daß wir heute die Schulen in dieser Weise unterstützen. Ferner plante Jefferson für verschiedene Teile des Staates zwanzig höhere Schulen, etwa wie unsere 'high schools'. Die besten Schüler aller Distriktschulen sollten dort freien Schulbesuch genießen.“¹

Vertreter des Amerikanismus beurteilen Jefferson als pragmatischen Präsidenten, der stets versucht habe, politische Probleme vernünftig und praktisch zu lösen. Die radikaleren Fraktionen der beiden Parteien warfen Jefferson vor, er habe seine Ziele nicht klar und energisch verfolgt. Pragmatisch zu bleiben und trotzdem unbeirrt die überkommene Ständeordnung abzuschaffen, war gewiß keine leichte Aufgabe. Durch seine Mäßigkeit und die Gepflogenheiten, im Gleichschritt vorzugehen und auf die Parole „der Zweck heiligt Mittel und Methode“ zu verzichten, gewann Jefferson den Respekt der Bevölkerung über Parteizugehörigkeit hinaus. Auch Hopp zollt Jefferson Anerkennung. Er zitiert aus Theodore Parkers „Historic Americans“:

„Sein großes Verdienst bestand darin, daß er, Jefferson, an Humanität und an eine wahre Demokratie glaubte, während seine mächtigen Gegner eine starke Regierung begünstigten und es für nöthig hielten, dabei die zurückzudrücken, welche sie die niedrigeren Classen nannten. Er achtete Arbeit und Bildung und hielt das Recht auf Erziehung für alle Menschen hoch. In diesen Gedanken stand er allen bedeutenden Männern weit voran. . . . Die Nation schuldet ihm Dank, daß er diese nothwendigen Meinungen so geschickt und fortdauernd verfocht, daß er sich zum Haupt und zur Hand der großen Partei machte, welche diese Ideen hochhielt, die aller Classenherrschaft ein Ende bereiteten, daß er die Naturalisation erleichterte, das Stimmrecht ausdehnte und es auf das richterliche Amt anwandte, eine weitere und besser Bildung für alle anstrebte und in ruhiger Weise Reformen einführte.“² Jefferson gehörte der damaligen Republikanischen Partei an, die nicht mit der heutigen Partei gleichen Namens zu verwechseln ist.³ Die Republikaner hielten mit der Entwicklung des Sozialprozesses Schritt und entsprachen damit in ihren politischen Zielsetzungen den Wünschen der Stimmberechtigten. Darum gab diese mächtige Partei auf der politischen Bühne ohne ernstzunehmende Opposition ein Vierteljahrhundert lang den Ton an. Auf John Adams (1797-1801) und Jefferson (1801-1805) (1805-1809) folgten die Republikaner (oder Staatenrechtler) James Madison (1809-1813) (1813-1817) und James Monroe (1817-1821) (1821-1825) als Präsidenten. Als Monroes Staatssekretär (Secretary of State) John Quincy Adams, der wie alle führenden republikanischen Kandidaten „Jeffersonian“ war, 1825 zum Präsidenten gewählt worden war, tauchten neue Gegensätze innerhalb der großen Partei

¹ Zucker, a.a.O., S. 61 f.

² Hopp, a.a.O., Fußnote S. 359.

³ Vgl. S. 36, Fußnote 2.

auf. Hopp berichtet darüber: „Die Parteien waren zerfallen und zerfahren; die Förderalisten waren von der Bildfläche verschwunden, und von der demokratischen, antiföderalistischen oder republikanisch-demokratischen Partei, wie man sie nennen mag, war das eingetroffen, was Jefferson früher geäußert hatte, sie war zu stark geworden und hatte sich in Folge dessen wieder getrennt.“¹

Der Kampf, der zwischen Hamilton und Jefferson entbrannte, endete mit einem klaren Sieg des Vorkämpfers für die Gleichheit aller Menschen, die Freiheit von Staat und die Selbstbestimmung der kleineren Gemeinschaften. Das bedeutete den Abbau der herrschenden Ständeordnung. Die letzten Verfechter der überlieferten Sozial- und Rechtsordnung mußten das Feld räumen. Jefferson und seine Nachfolger wurden dadurch in die Lage versetzt, auch in der Bundesgesetzgebung an den Prinzipien der Gründerväter und der Unabhängigkeitserklärung festzuhalten. Die zwischenmenschlichen Beziehungsformen und die Gesellschaftspsychologie erhielten damit ihre endgültige Ausprägung.

Damit hatte sich der Sozialprozeß in den U.S.A. zum „Zerfall der Körperschaften im von Wiese'schen Sinne hin entwickelt. Alle institutionellen Ordnungsfaktoren, die in diesen ausschlaggebenden Jahren zur Tradition und zu Grundpfeilern des „American way of life“ geworden waren, zeichnen sich durch das Gegensatzpaar „für“ und „wider“ aus. Man setzte sich ein **für** „das göttliche Recht“ der Regierten **wider** die überkommene Vorstellung des Regierens durch „Gottes Gnaden“; **für** die „Humanität und Demokratie“ **wider** die Aristokratie und die Klassenherrschaft; **für** den gemeinen Mann und seine Rechte **wider** eine starke Regierung und den Aufbau des „nationalen Vermögens“; **für** die „Jeffersonische Einfachheit“ **wider** „dem Königtum abgeborgten Pomp“ und ähnliches mehr. Die Prinzipien, die man auf seine Fahnen geschrieben hatte, ließen sich nicht in allen Lebensbereichen verwirklichen. Politiker und Lehrer machen sich jedoch die amerikanische Vorstellung von der „Klassenherrschaft“ zunutze, um der Bevölkerung den Unterschied zwischen dem American way of life und der Lebensweise eines Volkes mit älterer Kultur zu verdeutlichen.“²

¹ Hopp, a.a.O., S. 443.

² Den gesellschaftspolitischen Ideologiekampf, aus dem Jefferson den ausschlaggebenden Triumph über den Verfechter der Klassenherrschaft davontrug, schildern Morison und Commager, (a.a.O., S. 380 f.) wie folgt: „Hamilton wollte die Macht zusammenballen, Jefferson wollte sie zerstreuen. Hamilton befürchtete die Anarchie und dachte in Ordnungsbegriffen, Jefferson befürchtete die Tyrannei und dachte in Freiheitsbegriffen. Hamilton glaubte, das republikanische Regierungssystem könnte nur dann erfolgreich wirken, wenn es von einer regierenden Schicht geleitet würde, Jefferson stand auf dem Standpunkt, daß der Republikanismus kaum einen Versuch wert sei, wenn er nicht von Demokratie durchdrungen sei. Hamilton hatte eine sehr trübe Meinung von der menschlichen Natur, Jefferson dagegen teilte die hoffnungsvollen Ansichten von Jean Jacques Rousseau. Seiner Ansicht nach war das Volk das sicherste und tugendhafteste, wenn auch nicht immer das klügste Gefäß zur Aufnahme der Macht; die Erziehung würde jedoch ihre bürgerliche Tugend schützen und ihre Weisheit vervollkommen. . . . Alle diese Unterschiede hinsichtlich des Temperaments, der Theorien und der politischen Linie waren der Ausfluß zweier entgegengesetzter Auffassungen von dem, was Amerika war und sein konnte. Jefferson teilte die idealistische Auffassung von der neuen Welt, der Price und Turgot huldigten . . . einer agrarischen Republik mit milden Gesetzen und gleichen Möglichkeiten für alle, einem Asyl für die Verfolgten und einem Leuchtturm der Freiheit, das auf Wohlstand und Handel verzichtete, um sich die Einfachheit und Gleichheit zu

Das Zersplittern der Partei Jeffersons förderte die Demokratisierung und die Nivellierung der amerikanischen Gesellschaft. Obwohl anfänglich die Partei Alexander Hamiltons konservativ war, verstand man unter „Konservativen“ nunmehr die alten Staatenrechtler im Gegensatz zu den Anhängern einer neuen, radikaleren Demokratisierung. Die ruhigen, maßvollen, pragmatischen Reformen Jeffersons, die die Erziehung zur Selbstbestimmung betonten, wurden von kompromißloseren Ideen abgelöst. Jeffersons ideologischer Sieg über die Verfechter einer Ständeordnung wies der weiteren Entwicklung die Bahn.

3. Die Vollendung der Nivellierung

Während im ersten Viertel des 19. Jahrhunderts Thomas Jefferson die soziale und politische Entwicklung in den U.S.A. stark beeinflusste, bestimmten im zweiten Viertel des 19. Jahrhunderts bis zur Gründung der jetzigen republikanischen Partei Andrew Jackson (1767-1845) und seine Parteifreunde die Entfaltung des gesellschaftlichen und politischen Geschehens. Unter dem Regime Jacksons wurde den Amerikanern in ihrer geistigen und materiellen Betätigung die bisher weitestgehende Freiheit von staatlichen Eingriffen gewährt. Der Individualismus blühte. Man kann sagen, daß zur Zeit Jacksons die Vorstellung vom Staate, die der englischen Magna Carta Libertatum zugrunde gelegt war, in allen Konsequenzen verwirklicht wurde. Im Sozialprozeß der Anglo-Amerikaner wurde die volle Bandbreite des Auseinanders, das mit dem Infragestellen eines absoluten Herrschaftsanspruches aus Gottes Gnaden im Jahre 1215 auf der Heide zu Runnymede begonnen hatte, erst im zweiten Viertel des 19. Jahrhunderts voll erreicht.¹ Eine kollektivistische Rechts- und Sozialordnung wurde zu einer individualistischen.

Der Charakter einer individualistischen institutionellen Ordnung hängt von vielen Faktoren ab. Ist eine Bevölkerung zum Individualismus bereit, entspricht diese zwischenmenschliche Beziehungsform ihrer Gesellschaftspsychologie. Ist ein Volk zur Demokratie erzogen, hat sich der Gedanke einer ständigen Nivellierung durchgesetzt, und ist die Bevölkerung imstande, selbst Verantwortung zu übernehmen und zu regieren, so scheint ein gesellschaftliches Gefüge individualistischer Prägung durchaus der Bezeichnung „Ordnung“ würdig. Sind diese Voraussetzungen nicht gegeben, kann ein solches Gebilde einer Anarchie gleichkommen.

Nicht überall wird eine Gesellschaftsordnung, die dem Individuum weitgehende Freiheit gewährt, einer straffen Institutionalisierung vorgezogen. Viele Völker lehnen den Individualismus und die Nivellierung ab, weil sie erkennen mußten, daß nicht alle geistigen Führer

bewahren. Für Hamilton war all dies sentimentaler und schädlicher Blödsinn. Hamilton hatte die Traditionen des New Yorker Adels, in den er hineingeheiratet hatte, in sich aufgenommen und war der Ansicht, daß die Wahl für Amerika einzig und allein darin bestand, sich zwischen einer nach englischem Muster in Klassen aufgegliederten Gesellschaft und einer schmutzigen „Pöbelherrschaft“ zu entscheiden. Jefferson, der Europa kannte, wollte Amerika diesem Europa so unähnlich wie nur irgend möglich haben; Hamilton, der Amerika niemals verlassen hatte, wollte sein Land zu einem neuen Europa machen.“

¹ Vgl. S. 77.

gesellschaftlicher Umschichtungen ihre Ideen bis zur letzten Konsequenz durchdacht hatten und diese damit nicht durchführen konnten oder sogar nicht mehr verwirklichen wollten. Die Geschichte kennt mehrere Revolutionsbeispiele, in denen die Revolutionäre nicht zur Verantwortung, der Vorbedingung zur Demokratie, erzogen waren und keine angemessene Form für ein neues Zusammenleben fanden.¹ In den U. S. A. neigte der größte Teil des Volkes zu Beginn des 19. Jahrhunderts zum Individualismus. Man war sich jedoch nicht darüber einig, wie und in welchem Maße dieser in der Sozialordnung zu verwirklichen sei. Die Radikalität, mit der sich Andrew Jackson für eine Demokratisierung in den U. S. A. einsetzte, prägte in mancher Hinsicht die gängigen, nicht immer sachgerechten Vorstellungen von der Auswirkung der Nivellierung in einem Sozialgefüge.² Jackson kam als erster Präsident aus dem Kreis der Pioniere, die nach der amerikanischen Revolution die Alleghanies überschritten und den amerikanischen Westen erobert hatten. Er wurde im Gliedstaat Tennessee geboren. Seine Wertvorstellungen entsprangen der geistigen Haltung der Pioniere. Die Vertreter einer aristokratischen Gesellschaftsordnung lehnten ihn aus diesem Grunde ab. Hopp hält Jackson für einen primitiven, radikalen Vorkämpfer für Individualismus und Nivellierung. Er stellt Jacksons Amtsantritt am 4. März 1829 folgendermaßen dar: „Eine große Menge von Menschen, die sich sonst noch nie in der Bundeshauptstadt gezeigt, hatte sich versammelt, nicht die ‚distinguirten‘ Persönlichkeiten des Landes waren erschienen, sondern in weit größerer Anzahl allerlei Spekulanten und Glücksritter, die eher der Hefe des Volkes anzugehören schienen. ‚Sie schienen wirklich zu glauben‘, sagte Webster, ‚daß das Land aus einer großen Gefahr gerettet worden ist‘. Ja, nun hatten sie den Volksmann auf den höchsten Stuhl gesetzt. Was von ihm zu erwarten sei, hatte das Organ der Jackson-Partei, der ‚Telegraph‘, bereits kurz und drastisch verraten, da er schrieb: ‚Wir wissen nicht, welche Politik General Jackson befolgen wird; wir halten es indeß für ausgemacht, daß er seine Freunde belohnen und seine Feinde bestrafen wird.‘ Jackson war aus der großen Masse hervorgegangen, ‚es ist einer von uns‘, hieß es im Volke, ‚er steht zu uns‘, oder: ‚er ist nicht stolz und kümmert sich nicht um den vornehmen Stil, sondern um alles das, was stark, gesund und gut ist‘. Die staatsmännischen Ideen seiner Vorgänger, ihr ernstes Streben, ihre mehr oder minder glänzende Bildung, ihren guten Geschmack, selbst ihre ethischen Grundsätze - das vermißten sie gern um ein paar derber Anekdoten willen aus Jacksons Leben. Wie er sich geprügelt und gleich dem gewöhnlichsten Rowdy in der Schenke sich mit Pistole und Messer gewehrt hatte, und daß er, obwohl Richter und General, nicht orthographisch richtig zu schreiben verstand, das imponierte den Massen weit mehr als alle Weisheit vom grünen Tisch. Jacksons Wahl sollte den Sieg der Praxis über die Theorie vorstellen. Ein sonderbarer Haß gegen Bildung und gegen Ideale steckte im amerikanischen Volke jener Tage, der Geist, den Franklin mit seiner grenzenlosen Nüchternheit genährt hatte, da er nicht wissen wollte, daß neben dem Brote, das wir essen, auch geistige Speise nöthig ist, und in dem man von Washington gerühmt hatte, er habe nichts wie Lesen, Schreiben und Rechnen gelernt.“³

¹ Man denke an die anarchistischen Zustände, die nach der französischen und der russischen Revolution herrschten, aber auch an weniger bekannte Beispiele wie Deutschland nach dem ersten Weltkrieg oder Louisiana nach dem amerikanischen Bürgerkrieg.

² Vgl. Schema S. 31, 32.

³ Hopp, a.a.O., S. 472.

Die Politik Jacksons und die aller seiner Nachfolger bis zu Lincoln wiesen dem Bund die Rolle einer Nachwächterregierung zu. Hauptaufgabe des Bundes war das Verteidigungswesen. Die Aufgaben, die Jefferson aus praktischen Überlegungen heraus der Bundesregierung zugewiesen hatte, wurden nunmehr dem Bund nicht mehr zugestanden. Es gab alsbald keine Bundesbank mehr. Das Geldwesen wurde von den Banken der Gliedstaaten geregelt. Die Tätigkeit des Bundes zur Verbesserung der Infrastruktur wurde eingestellt. Die Bundesschutzzollpolitik, die man bisher im Interesse der in der Entwicklung stehenden Industrie verfolgt hatte, verlor an Bedeutung.¹ Die Volksbildung, die unter Jacksons Vorgänger als Erziehung zur Demokratie intensiviert worden war, wurde vernachlässigt. Jackson selbst legte keinen großen Wert auf Bildung. Jefferson hatte in der Unabhängigkeitserklärung König Georg III. beschuldigt: „He has erected a multitude of new offices, and sent hither swarms of officers, to harass our people, and eat out their substance.“² Damit wurde das Problem eines Berufsbeamtentums in der amerikanischen Republik aktuell. Die Beamten, die vor Jackson gewöhnlich der gebildeten Bevölkerungsschicht entstammten, erschienen damals der breiten Masse als Gefahr für die Gleichheit aller. Die Beamten verkörperten eine gewisse Autorität und neigten dazu, eine Klasse für sich zu bilden. Morison und Commager urteilen über die Beamtenschaft zur Zeit Jeffersons: „Die Beamtenschaft hatte noch nicht jenen Korpsgeist und jene mit allen Wassern gewaschene Obstruktionsfähigkeit erworben, die die Pläne so vieler reformbestrebter Staatsmänner durchkreuzt haben.“³ Obwohl sie mit der Auslegung und Ausführung der Gesetze vertraut waren, fühlten sich die Beamten gewöhnlich dem „souveränen Volk“ der neuen Demokratie gegenüber nicht verantwortlich. Zudem besetzte jeder neugewählte Präsident möglichst viele Ämter mit seinen Parteifreunden, um sie für ihre Unterstützung bei seiner „presidential campaign“ zu belohnen. Die Frage, ob besondere Eignung oder Vorbildung zur Bekleidung öffentlicher Ämter nötig sei, beantwortete Jackson wie folgt: „Die Pflichten, die bei allen öffentlichen Ämtern wahrzunehmen sind . . . sind so leicht und einfach, daß sich Männer von Intelligenz ohne weiteres dafür eignen, und ich kann nicht umhin zu glauben, daß mehr verloren wird, wenn jemand zu lange im Amt bleibt, als durch die Erfahrung gewonnen werden könnte, die er sich dabei erwirbt. Niemand hat ein besonders angeborenes Recht vor anderen auf eine Amtsstellung.“⁴ Diese Einstellung Jacksons zum Beamtentum rief in den Vereinigten Staaten starken Widerstand hervor und wurde in Europa nicht verstanden.⁵ Hopp's Befremden über Jackson läßt sich aus folgendem Zitat ersehen: „Harrison, Clays Freund (Clay war Senator des Staates Kentucky und Parteigänger Jeffersons; der Verf.) der eben als Gesandter nach Columbia abgegangen war, wurde

¹ Zur Wahl Jacksons meinte ein Amerikaner: „Es war ein Triumph über die hohe Schutzzoll-Politik und die der inneren Verbesserungen von Bundesstaats wegen.“ (So Hopp, a.a.O., S. 470.)

² Vgl. „Declaration of Independence“ - Dart, a.a.O., S. 388.

³ Morison-Commager, Band I, a.a.O., S. 431.

⁴ Morison-Commager, Band I, a.a.O., S. 529.

⁵ Der Gouverneur von Louisiana André Bienvenu Roman versicherte 1839: „Diejenigen, die glauben es sei genug, ehrlich, fähig und verfassungstreu zu sein, um ein öffentliches Amt zu bekleiden, sind selber m. E. nicht würdig, solche Ämter inne zu haben.“ (Vgl. Fortier, Band III, a.a.O., S. 226 - Übersetzung vom Verfasser.)

in unpassender Manier zurückberufen, und sofort nachdem sich der Senat vertagt, begann die Massen-Ächtung, die Proscription im großen Maßstabe, um Platz für Jacksons Intime zu machen. Die unheilvolle Wirkung dieser Maßnahme hat sich ein halbes Jahrhundert hindurch in der Geschichte des Bundesstaates fühlbar gemacht, die Durchführung des March'schen Wortes, daß dem Sieger die „Beute“ gehört. Von vornherein war es verwerflich, von einer „Beute“ zu reden und Zustände, wie in einem mit Waffengewalt eroberten Lande, eintreten zu lassen, es war eine Herabwürdigung, ein Herunterzerren in's Gemeine, das den Staatsdiener von vornherein zu einem Betrüger zu stempeln drohte, das allem Anstand in's Gesicht schlug und aus ehrlichen Menschen in so zahlreichen Fällen Diebe schuf.“¹

Die übereilte, radikale Forcierung des „Zerfalls der Körperschaften“ ohne die bremsende Wirkung des Jeffersonismus schlug sich in der Tat in Zuständen nieder, die auch die meisten Amerikaner als „Begünstigung und Bestechung“, „Kommerzialisierung“ und „Radikalisierung“ empfanden.² Die Feierlichkeiten zur Amtsübernahme Jacksons waren von Erscheinungen, die stark an die Anarchie erinnern, begleitet. Hopp berichtet:

„An dem Inaugurationstage begann es Etlichen vor den Geistern, die sie heraufbeschworen hatten, zu grauen. Augenzeugen erzählen, wie dem neuen Präsidenten ein unordentlicher, riesig anschwellender Haufe Volks folgte, der sich in das Weiße Haus drängte und etwas von den Erfrischungen, die gereicht wurden, zu erwischen strebte. Gläser und Porzellan im Werthe von mehreren tausend Dollars wurden in diesem Kampfe um die Herrlichkeiten des Büffets zerbrochen; Fässer voll Orangenpunsch waren bereitet worden und wurden den Dienern mit Gewalt entrissen; Hinterwäldler mit schmutzigen Schmierstiefeln standen auf den Damast-Sophas, stießen die fremden Diplomaten bei Seite, drückten sogar den neuen Präsidenten an die Wand und bemächtigten sich des Gefrorenen. Richard Story bemerkte: ‚Ich sah nie so gemischte Gesellschaft; König Mob schien zu triumphiren.‘“³ In der Zeit der Präsidentschaft Jacksons bis zur Präsidentenwahl Abraham Lincolns im Jahre 1861 vollendete sich in den U. S. A. der B-Prozeß v. Wieses. Diese Zeit läßt sich zugleich als Wendepunkt im Sozialprozeß der Amerikaner bezeichnen. Nach der Ära Jacksons kamen neue Anpassungen und Vereinigungen zustande. Der Aufbau der bestehenden institutionellen Ordnung in den Vereinigten Staaten begann.

Die gegenwärtige republikanische Partei wurde gegründet, um die Anständigkeit, die Mäßigkeit, den gesunden Menschenverstand, den Pragmatismus der Jefferson'schen Zeit wieder einzuführen. Die Sklavenbefreiung stand zunächst nicht auf dem Parteiprogramm.⁴ Die verderblichen Erscheinungen, die die soziale und wirtschaftliche Entwicklung des Landes unter Jackson und seinen Gesinnungsgenossen genommen hatte, rief allmählich im Volke die Neigung hervor, der Bundesregierung die Befugnisse zuzusprechen, die nötig waren, um die herrschenden Mißstände zu beseitigen. Man verlangte, entgegen dem ursprünglichen Grundsatzprogramm, die Sicherung der Grundrechte. Die Bevölkerungszunahme, die voranschreitende Industrialisierung, die Entwicklung im Verkehrswesen, die Erfordernisse einer

¹ Hopp, a.a.O., S. 475.

² Vgl. Schema S. 31, 32.

³ Hopp, a.a.O., S. 473.

⁴ Lincoln beabsichtigte zur Zeit der Gründung der Partei nicht, die Sklaven zu befreien. Er erklärte: „daß man die Sklaverei bestehen lassen solle, wo sie gegenwärtig existiere, aber daß man jede Ausbreitung des Systems verhindern solle.“ (Vgl. Zucker, a.a.O., S. 151.)

Geldwirtschaft, alles das bedurfte einer Zusammenarbeit, die nur auf Bundesebene sinnvoll bewerkstelligt werden konnte.

4. Der Charakter der neugebildeten Institutionen

Die Zusammenschlüsse zur Bedürfnisbefriedigung (Institutionen), die nach dem extremen Individualismus und nach der z. T. übereilten Nivellierung der Jackson'schen Epoche neugebildet wurden, trugen die Merkmale des Amerikanismus. Begriffe wie „amerikanisch“ und „Amerikanismus“ waren gleichbedeutend mit Freiheit im weitesten Sinne. Unter Freiheit verstand man die Befreiung von der überkommenen Sozialordnung europäischer Prägung und die Sicherung gegen jedes Wiederaufleben von Institutionen theokratisch-aristokratischen Charakters. Man lehnte eine starke Zentralgewalt ab, weil eine Gesellschaft, in der große Macht beim Staate lag, stark an Monarchie und Aristokratie erinnerte. Den Trägern der Klassenherrschaft durften innerhalb der neuen institutionellen Ordnung weder Privilegien noch führende Stellungen zufallen. So hatte Jackson seine Beamtenpolitik mit Erfolg verteidigt. Freiheit bedeutete damals namentlich auch Unabhängigkeit von der ideologisch-soziologischen Überlieferung der älteren Kulturvölker. Die amerikanische Gesellschaft sollte neue Formen des Zusammenlebens finden.

Man bemühte sich darum, so viele freiwillige Institutionen wie möglich zu schaffen und die Zahl der erzwungenen Institutionen auf ein Minimum zu beschränken.¹ Kollektivbedürfnisse materieller und immaterieller Art sollten derart befriedigt werden, daß nicht nur das dem einzelnen in der Unabhängigkeitserklärung zugestandene Trachten nach persönlichem Wohlergehen nicht beeinträchtigt wurde, sondern so, daß das Glückstreben des einzelnen ohne Opfer für die Gemeinschaft gefördert wurde. Man benutzte häufig die Bezeichnung „team play“, um den Charakter der amerikanischen Institutionen zu veranschaulichen.

„Team play“ läßt sich ebensowenig mit „Mannschaftsspiel“ oder „team work“ im europäischen Sinne gleichsetzen wie „free enterprise“ mit „freiem Unternehmertum“ oder „football“ mit „Fußball“. Das ist schon deshalb nicht möglich, weil der amerikanische Sport zur Zeit der Entstehung des Begriffes Wesensmerkmale aufweisen wollte, die ihn als „amerikanisch“, das hieß damals „nichteuropäisch“, erkennbar machten. Manche Kreise sehen es noch heute als Hauptaufgabe der Schulen an, der Jugend den Geist des fairen Spiels in Sport und Gesellschaft einzuprägen. „Educators“ antworten auf die oft gestellte Frage, warum in Europa erzogene Schüler und Studenten den Absolventen amerikanischer Schulen unter anderem in Latein und Chemie, Physik und Mathematik überlegen seien, daß in den USA mehr Gewicht auf die Erziehung zur Demokratie und zum Amerikanismus als auf die Vermittlung von Fachwissen gelegt werde. Dabei ist die Entwicklung des Mannschaftsgeistes (team spirit) von großer Bedeutung. Lehrer, Studenten, Schüler und Gemeinde unterstützen ihre „Football“- , „Baseball“- und „Basketball“-Mannschaften mit Begeisterung. Es gilt als illoyal und fast „unamerikanisch“, wenn sich Lehrer, Eltern oder sonstige Bürger

¹ Vgl. Ausführungen S. 25 f. zu Institutionen.

nicht für das Schicksal der einheimischen Sportgemeinschaften interessieren. Die Begriffe „team spirit“, „team play“ und „team work“ haben in der amerikanischen Gesellschaft eine besondere Bedeutung.

Sinn und Inhalt des amerikanischen Begriffes „team play“ lassen sich am besten am Basketballspiel aufzeigen. Beim Basketballspiel ist das Zusammenspiel der Mannschaft entscheidend (team play i. w. S.). Die verschiedenen, nach den Spielregeln zulässigen fairen Mittel und Wege, einen Korb (goal) zu erzielen, werden innerhalb der Mannschaft diskutiert und ausprobiert, bevor der Wettbewerb mit anderen „teams“ aufgenommen wird. Beim Wettkampf mit anderen Mannschaften werden sodann diese diversen Wege, Körbe zu erreichen, nach ihren Erfolgschancen angewendet. Beim Spiel mit anderen Mannschaften gibt ein von den jungen Sportlern selbst ausgewählter Mitspieler das im voraus vereinbarte Signal für bestimmte Methoden, das den nächsten gemeinschaftlichen Versuch (team play i. e. S.), ans Ziel zu kommen, festlegt. Jeder Spieler der Mannschaft weiß, wie er darauf zu reagieren und wie er seine Rolle zu spielen hat. Man legt größten Wert darauf, daß die Spieler selbst über Verfahren und Wege entscheiden, die zum Ziele führen sollen, und ihren Signalmann bestimmen. Beides ist nicht Aufgabe des Trainers.

Solange die Spielregeln eingehalten werden und die gleichen Startbedingungen (etwa gleiches Alter, Gewicht, Trainingszeit, Ausrüstung) gelten, ist eine Einmischung von Zuschauern im Spiel unzulässig. Selbst der Trainer gilt nicht als Teilnehmer am Spiel, sondern als Berater und Betreuer seiner Mannschaft. Es ist wichtig, innerhalb der Mannschaft Einigkeit über die Mittel und Wege, Körbe zu erlangen, zu erzielen. Den Gegenspieler soll man großzügig und fair behandeln. Das ist das Charakteristikum des „team spirit“. Im Amateursport kann jeder einer Mannschaft angehören. Oft werden zweite, dritte und weitere Mannschaften gebildet, wenn sich entsprechend viele Kandidaten für die „teams“ melden. Jeder Spieler strebt danach, im „first team“ spielen zu dürfen. Das „team play“ in freiwilligen, freizugänglichen Mannschaften läßt sich, wenn man von der Aufnahme des Wettkampfes mit andere „teams“ absieht, mit einer primären Institutionalisierung gleichsetzen. Beim „team play“ steht nicht Sieg oder Niederlage im Vordergrund, sondern die Erziehung zum „team spirit“. Zumindest die Vertreter des Amerikanismus haben bei ihrer Institutionalisierung dies als Ideal vor Augen.

Den „team spirit“, die Verhaltens- und Institutionalisierungsweise einer solchen Mannschaft, überträgt man gern auf alle Zusammenarbeit und versucht, Verbänden, Organisationen und Vereinigungen in allen Lebensbereichen diesen Charakter zu geben. Pläne, nach denen vom Staate aus institutionalisiert werden soll und die nicht dem „team spirit“ entsprechen, stoßen regelmäßig auf starken Widerstand. Alles erzwungene bedeutet dem Amerikaner Freiheitsverlust. G o r e r schreibt:

„Die Regierung ist vom Volk geschieden, ihre Interessen unterscheiden sich von denen des Gemeinwesens; das vornehmlichste Ziel der Regierung ist die Verstärkung ihrer Autorität, und die vornehmlichste Pflicht der Öffentlichkeit ist der Widerstand dagegen. Regierung muß sein, das wird zugegeben, aber die Bürger müssen wachsam bleiben, daß sie auf ein Mindestmaß beschränkt bleibt. Die Devise des stimmberechtigten Amerikaners könnte ganz gut sein: ‚Am besten regiert, wer am wenigsten regiert, sowohl in großen wie in kleinen Dingen.‘ Regierung ist ein notwendiges Übel, wobei gemeinhin das Übel mehr betont wird als die Notwendigkeit. Achtung wird ihr von Haus aus nicht entgegengebracht. Wenn

über sie gesprochen oder geschrieben wird, so ist die häufigste Metapher, die zur Kennzeichnung der angemessenen Rolle der Regierung gebraucht wird, die des Schiedsrichters bei einem Sportanlaß wie Box- oder Baseballmatch; der Schiedsrichter hat nicht die Regeln aufzustellen, die bereits niedergelegt sind (nämlich durch die Verfassung), noch hat er an dem Wettkampf teilzunehmen, der den eigentlichen Gegenstand der Veranstaltung bildet; Pflicht des ‚Umpires‘ ist lediglich, zu verhindern, daß einer der Wettkämpfer sich unfaire Vorteile gegen den anderen herausnimmt. Im amerikanischen Sport, zumal im Baseball, wird der Schiedsrichter nicht respektiert; die Spieler trotzen ihm häufig, ja bedrohen ihn hin und wieder, und von dem parteiisch eingestellten Publikum wird er hemmungslos beschimpft. Immerhin ist es diese Anschauung der amerikanischen Regierung als ‚Umpire‘, der am wenigsten Verdacht und Verachtung entgegengebracht wird; das Oberste Bundesgericht und seine Mitglieder werden selten ungehöriger Versuche zur Vergrößerung ihrer Autorität verdächtigt.¹

Man stimmt der notwendigen Institutionalisierung nur dann zu, wenn ausreichende Vorkehrungen, die den einzelnen vor allzugroßer Staatsautorität schützen, getroffen werden. Wie die Signalmänner der Mannschaften werden Signalmänner in der Regierung gewählt und mit den nötigsten Befugnissen versehen, um den unentbehrlichen gemeinschaftlichen Aufgaben gerecht werden zu können.

Gorer sagt dazu: „Der Fortbestand und das Gedeihen des Staates machten es unumgänglich, daß einer gewissen Anzahl von Individuen Autorität übertragen wird; aber diese Autorität muß so genau umschrieben und begrenzt werden, wie es sich durch scharfsinnigste rechtliche Formulierung nur erdenken läßt; und die Inhaber dieser Positionen müssen unter ständiger Beobachtung gehalten, als mögliche Feinde betrachtet und entsprechend überwacht werden.“² So wie es Jefferson und auch Lincoln gewollt hatten, wurden bei der Bildung von Institutionen angemessene Sicherheitsmaßnahmen eingebaut, um zu gewährleisten, daß Selbstbestimmung auch Selbstverwaltung bedeutete.

Das Bankensystem, das Verkehrswesen, der Wettbewerb und ähnliches mehr wurden unter Lincoln und späteren Präsidenten auf die oben geschilderte Weise institutionalisiert.

5. Die Institutionalisierung des amerikanischen Geldwesens.

In der US-Verfassung gestanden die Gliedstaaten dem Bund das alleinige Recht zu, Münzen zu prägen und deren Wert festzulegen. Damit begaben sich die Gliedstaaten ihrer Geldhoheit.³ Über die Verantwortlichkeit für die Kreditversorgung der Wirtschaft, die Kontrolle des innerstaatlichen Geld- und Kreditstromes, die bankmäßige Abwicklung des Zahlungsverkehrs im In- und Ausland und die Sicherung der Währung wurden zwischen dem

¹ Gorer, a.a.O., S. 16 f.

² Gorer, a.a.O., S. 13.

³ Art. 1, § 8 der Verfassung bestimmt u.a.: The congress shall have power to . . . coin money, regulate the value thereof, and of foreign coin, and fix the standard of weights and measures.“ Art. 1, § 10 schreibt unter anderem vor: „No state shall . . . coin money; emit bills of credit; make any thing but gold and silver coin a tender in payment of debts.“ (Vgl. Dart, a.a.O., S. 394 f.)

Bund und den Gliedstaaten keine Vereinbarungen getroffen. Die Regelung des Geldwesens war von vornherein ein umstrittenes Problem. Während die Föderalisten unter Führung Hamiltons die Etablierung einer Institution zur Erfüllung der angeführten Aufgaben als eine selbstverständliche Notwendigkeit ansahen, vertraten die Staatenrechtler im allgemeinen die Ansicht, die Föderalregierung besitze nach der Verfassung nicht das Recht, eine Notenbank einzurichten. In der Geschichte der „Notenbank“ sind folgende Daten von Bedeutung:

- 1791 — Die erste Bundesbank wird gegründet.
- 1811 — Der Freibrief für die Bank läuft ab und wird nicht erneuert.
- 1816 — Eine neue Nationalbank wird eingerichtet.
- 1832 — Präsident Jackson legt sein Veto ein gegen eine Akte, die den Freibrief der Bank verlängern soll.
- 1836 — Die Nationalbank stellt ihre Funktionen ein.
- 1863 — Präsident Lincoln führt ein „National Banking System“ ein.
- 1913 — Das „Federal Reserve System“ wird eingeführt.
- 1933 — Etliche Novellen zur Stärkung der Autorität der Bundesregierung, besonders im Hinblick auf die Regulierung des Geld- und Kreditstromes, werden erlassen.

Bei der Gründung einer Nationalbank diente den Amerikanern die „Bank of England“ zum Vorbild. Sie bot jedoch gleichzeitig als sichtbare Verkörperung der Macht und Autorität eines Staates und als Instrument der Ständeordnung den radikaleren Staatenrechtlern viele Angriffspunkte. Dem heutigen Bundesbanksystem liegt das Currencyprinzip Ricardos, nach dem der Notenumlauf durch Gold und eventuelle Staatsverschuldung gedeckt wird, zugrunde. Während der Präsidentschaft Franklin D. Roosevelts machte Irving Fisher einige pragmatische Zugeständnisse an das Bankprinzip, ohne damit den Wesenskern der Ricardo'schen Geldwerttheorie grundlegend zu verändern.

Die Gegensätze zwischen denen, die durch die Schaffung einer Nationalbank einer Ausdehnung der Macht und Autorität des Bundes fürchteten und dieses zu vermeiden suchten, und denen, die sich, da sie ein gesundes Geldwesen wollten, für eine Nationalbank einsetzten, lassen sich an dem Kompromiß ablesen, der schließlich zwischen beiden Parteien zustande kam. Die Staatenrechtler suchten zunächst zu verhindern, daß eine Bundesbank als Instrument der Regierung zu deren Stärkung beitrüge. Sie lehnten darüberhinaus ab, auf Grund eines Verfügungsrechtes über das lebensnotwendige Tauschmittel Geld eine neue Macht entstehen zu lassen. Die Staatenrechtler opponierten gegen eine Unterstellung der Bundesbank unter den Bund. Man konnte sich bei der Schaffung einer Zentraleinrichtung im Bankwesen zunächst nur auf die Sicherung einer wertbeständigen Währung und eine Besserung der Liquiditätslage des Bundeshaushaltes einigen.

Während nach Ricardo der Notenumlauf durch Gold gedeckt werden soll und die Staatsverschuldung nur als mögliche Ergänzung zur Deckung der Währung vorgesehen ist, sieht das amerikanische Geldsystem allmählich die Staatsverschuldung primär als Mittel zur Deckung des Notenumlaufes an. Die Staatenrechtler stimmten dieser mehr oder minder

reibungslosen Finanzierung des Bundeshaushaltes nur deshalb zu, weil ihnen eine Bundessteuer noch unpopulärer erschien. Der Zwiespalt zwischen Staatenrechtlern und denen, die die Einrichtung einer Zentralbank forderten, wirkte sich über Jahre hinaus aus. Darum ist das System des „Federal Reserve Board“ nicht mit den Zentralnotenbanken anderer Nationen zu vergleichen. Die Institution wurde unter anderen Voraussetzungen geschaffen, man verfolgte mit ihr andere, weniger umfassende Ziele. Ihre Aufgabe unterschied sich von der anderer Zentralnotenbanken, obwohl aus pragmatischen Überlegungen die Maßnahmen des Federal Reserve Boards oft denen anderer Zentralbanken angeglichen werden. Die Banknoten werden zum Beispiel ohne Mitwirkung des Board of Governors emittiert. Andere herkömmliche Funktionen einer Zentralbank nimmt der Federal Reserve Board nur teilweise wahr.

Beer schildert das Zustandekommen des ersten Bankgesetzes der Vereinigten Staaten wie folgt: „Nachdem die Constitution des neuen Staates 1789 festgestellt war, brachte man im Congress den Antrag ein, eine Staatenbank zu errichten und der Schatzsecretär Alexander Hamilton empfahl denselben zur Annahme. Der Congreß adoptierte denselben (1790), obzwar eine nicht unbeträchtliche Gegnerschaft mit Entschiedenheit behauptete, daß die Constitution der Regierung kein Recht einräume, eine Staatenbank ins Leben zu rufen. Die Bill erhielt 1791 die Bestätigung des Präsidenten. Die privilegierte Staatenbank wurde mit einem Capital von 10 Millionen Dollars, in 25 000 Actien zertheilt, gegründet. Die Regierung übernahm 5 000. Für jede Actie mußte $\frac{1}{4}$ in Gold und Silber eingezahlt, der Rest mit Obligationen gedeckt werden.“¹

Als im Laufe der Zeit der Einfluß der Förderalisten in der Regierung nachließ und ihre führende Rolle im Sozialprozeß verloren ging, wurde der Freibrief der Bank nach Ablauf der genehmigten Laufzeit im Jahre 1811 nicht erneuert. Beer schreibt dazu: „Während des englisch-amerikanischen Krieges im Jahre 1814, als sämtliche Banken der Vereinigten Staaten, mit Ausnahme der von Neu-England, ihre Zahlungen einstellten, die Entwerthung der Zahlungsmittel eine Preissteigerung hervorrief, entstand der Plan zur Errichtung einer neuen Nationalbank, von der man die Regelung der trübseligen Geldverhältnisse erwartete. Sie wurde mittels Freibriefes vom 10. April 1816 autorisirt, ein Capital von 35 Mill. Dollars in 350 000 Actien, von denen die Regierung 70 000 übernahm, zu emittiren. Auf jede Actie sollte nur $\frac{1}{4}$ in Baarem, der Rest in Obligationen der fundirten Schuld der Vereinigten Staaten eingezahlt werden. Die Concession dauerte bis zum 3. März 1836. Außer ihren sonstigen Geschäften war es Pflicht der Bank, die öffentlichen Gelder einzuziehen und zu bezahlen, den Regierungen der einzelnen Staaten bei Anleihen als Vermittler zu dienen, doch durfte sie der Centralregierung nicht mehr als 40 000 Dollars leihen. Weder die Regierung, noch der Congress sollen der Bank gestatten können, ihre Zahlungen für Noten, Wechsel, Obligationen, Depositen, zu suspendiren. Der große Einfluß, den die Bank der Vereinigten Staaten im Geschäftsleben gewann, erregte die Besorgnis, daß die Bankgesellschaft, als bedeutende Geldmacht, sich auch in der Politik geltend machen würde. Der Präsident Jackson legte sein Veto ein, als der Congress im Jahre 1832 eine Bill zur Erneue-

¹ Beer, a.a.O., Band I, S. 189.

rung des Freibriefes angenommen hatte. Als daher im Jahre 1836 der Freibrief der Gesellschaft abließ, wurde er nicht mehr erneuert.“¹

Von 1836 bis 1863 gab es in den Vereinigten Staaten keine Zentralbank. Das Geldwesen wurde von Staat zu Staat, den Vorstellungen von „team work“ und „free enterprise“ entsprechend, unterschiedlich geordnet. In den einzelnen Staaten war der rechtliche Status der Banken meist nicht genau fixiert. Oft tauschten die einzelnen Staaten ihre rechtlichen Erfahrungen untereinander aus. Der Staat New York gewährte seinen Bürgern zuerst den freien Zugang zum Markt im Bankwesen. Caldwell schreibt darüber: „By the Law of 1838 . . . the comptroller (im Staate New York; der Verf.) was authorized to issue circulating notes to any association organizing itself as a bank and depositing stocks of the United States or of any state, or bonds secured by mortgages or real estate of a certain specific grade. The bill also provided for a free banking system; that is, . . . one that permits any group of men of good reputation and possessing a moderate amount of capital, to establish a bank. After the enactment of this free banking law, people could secure a charter from state authorities at any time by meeting the requirements of the general law.“² Das Bankensystem wurde allmählich dem freien Unternehmertum überlassen. Diese Institutionalisierungsweise des Geldwesens wird heute noch weitgehend praktiziert.

Auch Louisiana lieferte seinen Beitrag zur amerikanischen Institutionalisierung des Geld- und Kreditwesens. Die Kreolen schlossen mit den zugewanderten angelsächsischen Pionieren einen Kompromiß. Sie akzeptierten das Prinzip des „free enterprise“, bestanden aber darauf, daß auch die französischen und spanischen Erfahrungen im Bankwesen zu berücksichtigen seien. Die französischen Erfahrungen unterschieden sich wesentlich von denen der Bevölkerung englischer Abstammung. Die Machenschaften Jean Laws mahnten zur Vorsicht. Theoretisch waren Laws Überlegungen zur Lenkung des Geldstromes nicht ganz zu verwerfen.³ Die Kreolen erkannten durchaus den Zusammenhang, der zwischen umlaufenden Zahlungsmitteln und Güterumsatz bestand. Aus diesem Grunde wurde das Bankingprinzip in der Gesetzgebung Louisianas berücksichtigt und eine angemessene Versorgung der Wirtschaft mit Zahlungsmitteln möglich gemacht. Das Banksystem in Louisiana wurde nicht in erster Linie vom Ricardo'schen Prinzip, nach dem der Sicherung der Währung durch Gold- und Staatsschuldendeckung vor dem Notenumlauf der Vorrang gegeben wird, beherrscht. Caldwell schreibt hierzu: „In 1842 Louisiana made the second advance contributed by this period to the banking progress of the country. The Law of 1842 permitted the banks of Louisiana to issue notes secured by 33½ per cent in specie and 66⅔ per cent in paper (Wechsel, der Verf.) running no longer than 90 days. Unlike New York, Louisiana operated on the principle not of creating the demand, but of supplying the demand. And unlike New York, which in putting the note issuing power in the hands of the comptroller and requiring as security for the notes state or federal bonds, (Staatsverschuldung, der Verf.) had followed the ‚currency principle‘, Louisiana used the French ‚banking principle‘.“⁴

¹ So Beer, a.a.O., Band I, S. 190.

² Caldwell, Stephen A., A Banking History of Louisiana, Baton Rouge (Louisiana), 1935, S. 11.

³ Vgl. S. 47 für das Law'sche Experiment.

⁴ So Caldwell, a.a.O., S. 11.

Nachdem sich im Sozialprozeß der U. S. A. neue institutionelle Ordnungen herausgebildet hatten, widmete man seitens des Bundes dem Geldwesen größere Aufmerksamkeit. Unter Abraham Lincoln (1861 - 1865) nahm die Union, die bisher dem Wesen nach ein Staatenbund war, charakteristische Züge eines Bundesstaates an. Man erließ Richtlinien für Banken, die der Gesamtwirtschaft des Bundes zugute kommen sollten. Diese Bestimmungen entsprachen im wesentlichen dem geltenden „Federal Reserve System“. Darum sei hier einem österreichischen Autor die Beschreibung des „Banking Systems“ überlassen:

„Im Jahre 1863 wurde vom Congress eine Bankacte angenommen, welche auf die wirtschaftliche Entwicklung nicht ohne tiefgreifenden Einfluß bleiben wird. Sie enthält Verfügungen über ein nationales Umlaufmittel, dessen Circulation, Einlösung und Sicherstellung durch Obligationen. Jede Association, deren Mitgliederzahl jedoch mindestens fünf betragen muß, soll unter bestimmten Bedingungen das Recht, Bankgeschäfte zu betreiben, erhalten. 30% des Geschäftscapitals müssen beim Beginne des Geschäftes effectiv, der Rest in zweimonatlichen Raten zu 15% eingezahlt werden. Nach §15 der Acte dürfen für 30% des eingezahlten Geschäftscapitals, Regierungsobligationen hinterlegt werden, wofür ein Betrag in Papiergeld übergeben wird, dem 90% des hinterlegten Betrages in Obligationen, zum Marktwerthe berechnet, gleichkommt. Dieser Marktwertb bezieht sich jedoch nur auf eine Notirung von pari oder darunter. Der Totalbetrag der auf diese Weise durch Bankassociationen auszugebenden Summe darf 300 Mill. Doll. nicht übersteigen, welche auf die einzelnen Staaten, Territorien und den District von Columbia im Verhältnis zur wahlfähigen Bevölkerung vertheilt werden sollen. Auf die Activa eines falliten Institutes hat die Bundesregierung die Rechte des ersten Gläubigers. Sinkt der Marktwertb der hinterlegten Obligationen, so müssen für den Betrag dieser Entwerthung neue Obligationen hinterlegt werden. Versäumt eine Association dieser Bestimmung nachzukommen, so werden die Zinsen für die deponierten Obligationen so lange nicht hinausbezahlt, bis dieselbe erfüllt ist. Von dem Gesamtbetrage der in Circulation befindlichen Noten und den Depositen, müssen sich 25% in gesetzlichem Gelde in den Händen einer Association vorfinden; wenn ein Mißverhältnis in dieser Beziehung 12 Tage hindurch andauert, so dürfen keine neuen Anleihen gemacht oder neue Discountierungen vorgenommen werden, und nur der Ankauf a vista zahlbarer Wechsel ist gestattet. Unter gesetzlichem Gelde ist Gold, Silber, Papiergeld und Clearing-House-Certificate zu verstehen; ferner dürfen als Cassa die Beträge von anderen Banken zur Zeit schuldiger oder verfallender Saldos angesehen werden. Falls die Verluste einer Bank, dem Betrag der noch unvertheilten Gewinne gleichkommen, dürfen keine Dividenden ausbezahlt werden. In Betreff der Zinshöhe sind die Gesetze der Einzelstaaten maßgebend, dagegen dürfen bei Anleihen im Voraus Zinsen genommen werden, nach geschäftlichen Usancen. Es steht dem Finanzsecretär frei, einen jeden, nach den Vorschriften dieser Acte organisirten Bankassociation öffentliche Gelder als Depositen zu übergeben, mit alleiniger Ausnahme der aus Einfuhrzöllen herrührenden Gelder. Alle zur Zeit bestehenden Staatsbanken können ihr Geschäft dieser Acte gemäß umgestalten, namentlich Obligationen der Bundesregierung hinterlegen, um dafür Papiergeld zu empfangen.“¹

Dieses Gesetz hat vielerlei Mängel. Sie wurden nur zum Teil durch das „Federal Reserve Act“ vom 23. Dez. 1913 behoben. Zur Sicherung der Währungsstabilität und der Nachfrage

¹ Beer, a.a.O., S. 194.

nach Bundesobligationen reichte das Gesetz aus. Damit waren die Ziele der damaligen Geldpolitik erreicht. Die Bezeichnung „National banking system“ für dieses System war jedoch unzutreffend. Das neue System erschwerte die Etablierung neuer Banken und verknappte das Angebot an gesetzlichen Tauschmitteln. Nur in Großstädten und Industriezentren wurden Banken eingerichtet. Im Süden und Westen des Landes, wo die Bevölkerungsdichte geringer war, erwiesen sich die Leistungen des Bankapparates als unzureichend. Wegen des knappen Geldangebotes stieg der Zinssatz. In den Staaten des Südens und Westens forderte man zwei Zinssätze, einmal den Satz der Nationalbank und zum anderen den Zins der örtlichen Zwischenstellen. Caldwell schreibt: „Die Wirkung war, daß die Kosten des Kredits und der Diskontierung von Wechseln im Süden und Westen 2% oder mehr über dem Normalsatz lagen.“² Zu den nach dem „Federal Reserve Act“ noch bestehenden Unzulänglichkeiten des Bankensystems bemerkt Caldwell:

- „(1) Es setzt eine fortdauernde Emittierung von Staatsanleihen voraus, wenn die ‚fiscal policy‘ darauf gerichtet sein soll, die fundierte Schuld einzuschränken und ‚wenn möglich, zu eliminieren.
- (2) Der erzwungene Kauf von Staatsschulden verringert das Geldangebot der Banken zur Befriedigung der Nachfrage der Wirtschaft nach Zahlungsmitteln.
- 3) Der Geldstrom nimmt bei vorübergehend gestiegener Nachfrage nach Banknoten weder zu noch ab, wenn diese nachläßt.“²

Einige Mängel des Systems wurden durch die „Federal Reserve Act“ dennoch behoben, so z. B. die Beschränkung der Notenausgabe. Die Gesetzgebung von 1913 erweiterte die Ziele der Institutionalisierung des Bankwesens. Die Vereinigten Staaten wurden in 12 „federal reserve districts“ aufgeteilt. In jedem dieser Gebiete wurde ein Gremium eingesetzt, das ein gemeinsames Vorgehen innerhalb des Gebietes zu gewährleisten hatte. Diese regionalen Kommissionen sind kompetent für die Kreditversorgung der Wirtschaft, die Abwicklung des Zahlungsverkehrs und für die Konjunkturpolitik. So ist z. B. möglich, die Liquidität einer Mitgliedsbank durch gemeinsames Vorgehen aller assoziierten Institute aufrechtzuerhalten.

Die Regionalbanken des Federal Reserve Systems sind auf Bundesebene im „Board of Governors of the Federal Reserve Bank“ vertreten. Von den Lokalbanken werden Vertreter für den regionalen „Board of Directors“ gewählt. Aus diesen regionalen Gremien werden Repräsentanten in den „Board of Governors“ entsandt. Der Board of Governors ist das Bindeglied zwischen der Regierung, den „federal reserve districts“ und dem Ausland. Die Regierung in Washington versucht durch diese Behörde ihrer Geld- und Währungspolitik Geltung zu verschaffen. Die Institution hat jedoch stärker den Charakter eines Spitzenverbandes der Bankiers als den einer Regierungseinrichtung. Die Bankfachleute bestimmen weitgehend die Währungspolitik. Sie wählen die „teams“, ihre Interessenvertreter auf regionaler Ebene und ernennen ihre Leute im „Board of Governors“. Die Regierung und

¹ Caldwell, a.a.O., S. 113.

² Caldwell, a.a.O., S. 113 (alle Übersetzungen vom Verfasser).

die Bevölkerung nehmen an dem eigentlichen „Wettbewerb“ kaum teil und fungieren gewöhnlich als Zuschauer. Dem Präsidenten kommt die Ernennung von Mitgliedern der Board of Governors zu. Diese Organisation des Bankwesens ist nicht nur dem Hang der Amerikaner zum „free enterprise“ zuzuschreiben. Man verzichtet auf eine maßgebliche Kontrolle der Volksvertretung über das Bankwesen, weil man von der Gesamtheit der Bankiers auf die Dauer die gleichen Zielsetzungen wie von einer Regierung erwartet, die nur das Gemeinwohl im Auge hat. Darüberhinaus verspricht man sich von Fachleuten eine sachgerechtere Regelung des Geldwesens als von Politikern, die Laien im Bankfach sind. Diese politische Einstellung zur Ordnung des Geld- und Kreditwesens findet, besonders bei Konjunkturrückschlägen, nicht die ungeteilte Zustimmung aller U. S. Bürger.¹

Die Schwierigkeiten, eine bestimmte Geldpolitik beim Auftreten von Depressionserscheinungen in der Wirtschaft zu verfolgen, veranlaßte die Gesetzgebung des „New Deal“, die Regierungsposition gegenüber den Bankiers zu stärken. So sollte unter anderem die Bewegungsfreiheit der Banken im Spekulationsgeschäft im Interesse des allgemeinen Zutrauens zu den Geldinstituten eingeengt werden.² Banken wurden bei der Aufstellung ihrer eigenen „Spielregeln“ teilweise Beschränkungen auferlegt. Der Sondercharakter der „teams“ wurde dabei kaum verändert.

Die geschilderte Einflußnahme der Bundesregierung auf das Geldwesen darf nur als Hinweis zum Verständnis der Bankinstitutionen in den USA angesehen werden. Die unmittelbare Bankenkontrolle obliegt den einzelnen Gliedstaaten. Wegen der Bankengesetzgebung teilt man die Bankinstitute in der Regel nach den Kreditgeschäften ein, zu denen sie zugelassen sind. Universalbanken sind selten zu finden. Barnes und Ruedi gliedern die Geldinstitute auf in:

- (1) commercial banks als allgemeinen Typ, die Depositen einnehmen und diese wiederum Unternehmen als kurzfristige Kredite zur Verfügung stellen. Die Deponenten erhalten keinen Habenzins. Sie bezahlen im Gegenteil oft Spesen und Provisionen. Man gewährt lediglich einen erleichterten Scheckverkehr und bewahrt Zahlungsmittel auf;
- (2) saving banks (Sparkasse), die Sparbeträge entgegennehmen und einen Habenzins erstatten. Der Scheckdienst wird nicht angeboten und Sparsummen werden in

¹ Ein US-Senator aus Louisiana schreibt z. B.: „I am convinced that we will never get a private banking system in this or any other country to provide proper credit facilities for our people and to insure a banking structure safe against all the ravages of changing economic conditions. Private banking, as such has failed in every emergency in every country in the world. How it can be defended any longer is beyond me.“ (Long, Huey Pierce, My First Days in the White House, Harrisburg (Penn.), 1935, S. 35.)

² „Das Bankgesetz vom 16. Juni 1933 sah eine Trennung zwischen der kommerziellen und der Investitionsseite des Bankwesens sowie einschneidende Beschränkungen für die Benutzung von Bankkredit zu spekulativen Zwecken . . . vor. Um eine Wiederholung der Epidemie der Bankzusammenbrüche in den zwanziger Jahren zu verhindern, rief dieses Gesetz eine Bundesgesellschaft für Depositenversicherung ins Leben, durch welche Bankdepositen bis zu einer festen Summe versichert wurden.“

(Vgl. Morison-Commager, Band II, a.a.O., S. 657 f.)

Bundesschuldverschreibungen, Hypotheken, Industrieobligationen und sonstigen relativ sicheren, langfristigeren Investitionen angelegt;

- (3) trust companies (Treuhandbanken), die den „commercial banks“ ähneln. Sie spezialisieren sich auf die Verwaltung größerer Vermögen von Privatgesellschaften, Stiftungen, Witwen, Waisen und Personen, die eine sachverständige Behandlung ihrer Guthaben wünschen;
- (4) investment or industrial banks (Industrie- oder Investitionsbanken), deren Funktionen darin bestehen, Industrie und Handel zu finanzieren. Sie betreiben keine Bankgeschäfte im üblichen Sinne mit Deponenten und kurzfristigen Darlehensnehmern, sondern befassen sich mit der Aufbringung und Verwaltung von größeren Finanzmitteln zu Investitionszwecken, ähnlich dem Konsortialgeschäft.¹

Die investment banks sind praktisch die einzige Geldquelle für bedeutende Investitionen. Dabei sind diese Institute Hauptdeterminanten der volkswirtschaftlichen Entwicklung. Wer in einem konkurrenzfähigen modernen Großbetrieb produzieren will oder wer Handel in größerem Ausmaß treiben möchte, ist normalerweise für die Finanzierung seines Unternehmens auf diese Kreditanstalten angewiesen. In jüngster Zeit beginnen auch andere Kapitalsammelstellen, wie Versicherungsgesellschaften, größere Stiftungen usw. damit, der Industrie und dem Handel unmittelbar Geldbeträge zur Verfügung zu stellen.

Die aufgeführte Gliederung der Banken läßt sich nicht verallgemeinern. Die Gesetzgebung für das Bankwesen ist von Gliedstaat zu Gliedstaat verschieden. Abgesehen von den Federal Reserve Banks unterliegen alle Banken ausschließlich der Gesetzgebung der einzelnen Staaten.

6. Die Institutionalisierung des Bankwesens in Louisiana

Bis zum Abschluß des Louisiana-Purchase, nach dem der US-Gouverneur Claiborne das Territorium Louisiana Ende Dezember 1803 von Frankreich übernahm, war die Bevölkerung der Kolonie an die relativ stabile spanische Währung gewöhnt. Unter den Spaniern hatte sich die Wirtschaft in Louisiana gesund entwickeln können.² Als die Versorgung der Wirtschaft mit dem stabilen Zahlungsmittel Silber wegfiel, mußte sich Claiborne um ein anderes Geld- und Kreditsystem bemühen. Er gründete bereits im Jahre 1804 die erste Bank in dem neuen Territorium der Vereinigten Staaten.³

Die unterschiedlichen Auffassungen vom Charakter institutioneller Zusammenschlüsse bestimmten in Louisiana den Aufbau des Geld- und Kreditwesens genauso wie die Regelung

¹ Siehe Barnes und Ruedl, a.a.O., S. 228 f.

² Vgl. hierzu S. 52.

³ „During the Spanish domination a large quantity of silver was sent from Vera Cruz every Year for the expenses of the government of the colony; and when this supply of silver ceased, distress was felt from the scarcity of a circulating medium. . . . To relieve the financial distress. Governor Claiborne established the Louisiana Bank; but the people, at first, had little confidence in this institution.“ (Fortier, a.a.O., Band III, S. 16.)

der öffentlich-rechtlichen Angelegenheiten. In der Bankgeschichte müssen folgende Daten festgehalten werden:

- 1804 - Claiborne's Bank wird gegründet.
- 1817 - Eine Filiale der im Jahre 1817 gegründeten Nationalbank läßt sich in New Orleans nieder.
- 1818 - Eine vom Bund unabhängige „State Bank of Louisiana“ wird mit einem Grundkapital von 2 Millionen Dollar gegründet.
- 1842 - Das Bankingprinzip und die Forderung einer Mindestreserve werden im Geldwesen Louisianas eingeführt.
- 1898 - Auf Grund der neuen Louisianaverfassung wird eine Bankaufsichtsbehörde eingerichtet.
- 1902 - Landwirtschaftliche Hypothekenbanken werden als Genossenschaften gesetzlich anerkannt.
- 1928 - Die Tätigkeit der „finance companies“ und „small loan companies“, die bislang nicht der Kontrolle der Bankaufsichtsbehörde unterstellt war, wird durch Gesetz geregelt.
- 1950 - Die genossenschaftlichen „credit unions“ werden gesetzlich zugelassen.
- 1958 - Das Teilzahlungsgeschäft wird gesetzlich kontrolliert.

Das Bankwesen der Vereinigten Staaten ist gekennzeichnet durch das unabhängige Nebeneinander eines bundesrechtlichen und eines staatenrechtlichen Bankensystems. Die souveränen Einzelstaaten üben ihr Recht, die Banken in ihrem Bereich zu kontrollieren, aus. Der Bund unterhält gleichfalls einen Bankenapparat. Bund und Board of Governors haben nicht über die Banken, die der staatlichen Gesetzgebung unterliegen, zu bestimmen. Daher sind von diesen Körperschaften getroffene geldpolitische Maßnahmen in den einzelnen Staaten nicht uneingeschränkt wirksam. Auch der Einflußnahme der Gliedstaaten auf die in ihrem Bereich ansässigen Bundesbanken sind Schranken gesetzt. Den Bundesbanken dürfen beispielsweise Grundsteuern auferlegt werden, Einkommens-, Gewerbe- und Körperschaftsteuern dürfen bei ihnen vom Gliedstaat nicht erhoben werden.

Die Geldinstitute werden auf freier privatwirtschaftlicher Vertragsbasis zwischen Personen (in Louisiana mindestens fünf) gegründet und erhalten auf Antrag die Zulassung als Staatenbank, wenn sie den gesetzlich festgelegten Voraussetzungen entsprechen. Erfüllen sie stattdessen oder zudem die Bedingungen des Federal Reserve Act von 1913, so können sie ihre Bankgeschäfte nach Genehmigung als Mitglied des Förderalreservesystems aufnehmen. Ob sich eine Bank der staatlichen Gesetzgebung unterwerfen oder der Koordinierung des Federal Reserve Board unterstellen will, hängt von ökonomischen Überlegungen ab. Weil in Louisiana die Staatsaufsicht bislang weniger streng gehandhabt, das Mindestgrundkapital nicht so hoch gesetzt wurde und für die Haftpflicht mildere Bestim-

mungen galten, entschieden sich die meisten Bankvorstände für die Staatsgesetzgebung.¹ Im Jahre 1930 wiesen die Statistiken, an Bankniederlassungen gemessen, nur 13% und, nach dem summierten Bankengrundkapital gerechnet, lediglich 34% der Banken Louisianas als Federal Reserve Banken aus.²

Als unter Jackson in der Union alle Körperschaften, auch die des Geldwesens, abgebaut wurden, fand die Bevölkerung Louisianas Gelegenheit, die Institutionen im Bankwesen selbst zu verwalten. Die besonderen Verhältnisse in Louisiana erschwerten jedoch die Zusammenarbeit und machten ein gemeinsames Vorgehen zur Milderung der Mißstände im Bankwesen schwierig. Ähnliche Mißstände wie in Louisiana herrschten auch in vielen anderen Staaten. Roscher schreibt: „Um 1836 gab es in den Vereinigten Staaten 557, um 1839 859 selbständige Banken, von denen manche nicht den zehnten Theil ihrer Passiva und Depositen in klingenden Fonds vorrätig hielten. . . . Nirgends beinahe wird ein Bankrott so leicht genommen, wozu denn freilich auch das unstäte Hin- und Herwandern des Volkes beiträgt.“³ Die Gesetzgebung Louisianas von 1842 und 1852 zielte darauf ab, die Wirtschaft angemessen mit Zahlungsmitteln zu versorgen und das Zutrauen des Publikums zu den Banken zu heben. Um das zu erreichen, mußten die häufigsten Bankrotte, bei denen nicht nur die Aktionäre und Gläubiger, sondern auch die Deponenten Schaden erlitten, verhindert werden.

Louisiana führte als erster Staat der USA eine Mindestreserve ein, die in Hartgeld und nicht, wie dies später üblich wurde, in Papiergeld zu halten war.⁴ Der Zwiespalt zwischen Kreolen und Angelsachsen wurde vorübergehend ausgeglichen, um die öffentlichen Übelstände im Geldwesen zu lindern. Da die Großgrundbesitzer und Sklavenhalter die Gesetzgebung im Geiste des Feudalismus beeinflussen, zeichnete sich diese nicht durch eine Vorliebe für freiwillige primäre Institutionen und Selbstverwaltung aus. Der Staat übernahm selbst die Verantwortung für die Stabilität der Währung und des Bankensystems. Im Geldwesen wurde so das „free enterprise“ eingeschränkt. Im Gegensatz zu anderen Staaten herrschten in Louisiana, als der Bürgerkrieg ausbrach, relativ gesunde Geldverhältnisse.

Im Laufe des Krieges wurde in allen Südstaaten das „Confederate money“ eingeführt, das, wie Davis formuliert, „an einem stetigen und steigenden Kaufkraftverlust litt“, während in den Nordstaaten das „National Banking System“ zustande kam.⁵ Nach dem

¹ Caldwell erklärt das Übergewicht der Gliedstaatbanken wie folgt: „Nearly all the reasons can be summed up under the general explanation that the Louisiana system has not been so strictly regulated as the national system. The small capital requirements of the Louisiana Law made possible the organization of a large number of banks that could never have secured efficient capital to organize under the national law; and the single liability imposed upon stockholders by the state law was less frightening to bank investors than the double liability required by the national system.“ (Caldwell, a.a.O., S. 122.)

² Vgl. Caldwell, a.a.O., S. 122 f.

³ Roscher, Wilhelm und Jannasch, Robert, *Kolonien, Kolonialpolitik und Auswanderung*, Leipzig, 1885 S. 103.

⁴ „The most important provision of the Act of 1842 was that requiring one-third of the liabilities to the public, that is notes and deposits, to be kept in specie and the remainder to be in ninety day paper. This was the first law passed in the United States requiring banks to keep a specie reserve against notes and deposits.“ (Caldwell, a.a.O., S. 77.)

⁵ „Nearly all goods sold for high prices, which many people could not afford, and Confederate money

Kriege beherrschten Carpetbaggeres, Scalawags und Neger den Staat und damit das Geldwesen. Unter Aufsicht der Besatzungsarmee wurde auch für das Bankwesen das Bundesgesetz von 1863 als richtungsweisend eingeführt. Dieses Gesetz war als Rahmengesetz anzusehen, das einer Ergänzung durch Staatengesetze bedurfte. Damit hielt es einigen Raum für Experimente der radikalen Regierung offen. Als man wieder Ordnung im Staate schaffen konnte, waren als Folge des Staatenbankrottes, des wirtschaftlichen Zusammenbruchs und des allgemeinen Mißtrauens gegen jedwede Gesetzgebung schwierige Probleme zu lösen.¹ Das in vielen Fällen erhebliche Barvermögen der Bevölkerung ging während und nach dem Kriege verloren. Die Realkapitalbesitzer sahen sich als potentienelle Produzenten nicht in der Lage, die vorhandene Kapazität auszunutzen, geschweige denn zu investieren, da Geld als Tauschmittel zur Eingliederung von Gütern und Dienstleistungen in die volkswirtschaftliche Produktion und den Verbrauch knapp war. Alle Wirtschaftssubjekte, Produzenten oder Konsumenten, landwirtschaftliche Betriebe und Fabriken, Großunternehmer und Handwerker litten unter diesem Geldmangel. Zahlungen wurden vielfach mittels Naturaltauschs geleistet. Farmer erhielten in den Läden der Gemeinden Konsumkredit oder wurden von Vertragshändlern, die die Ernte auf Kommissionsbasis absetzten, finanziert. Sie wurden auf Schritt und Tritt mit Kreditkosten belastet, die bei guter Ernte und Preislage ihren Verdienst aufsaugten und in schlechten Jahren sie hoch verschuldet ihre Bilanz abschließen ließen.² Von Hesse-Wartegg berichtet:

„Der Neger erhielt bisher in vielen Fällen (nachdem er von der Sklaverei befreit worden war, der Verf.) den ihm zukommenden Lohn nicht baar ausbezahlt, sondern an dessen Stelle ein ‚Arbeitsticket‘, auf welchem die Anzahl seiner Arbeitstage und die Summe des ihm dafür zukommenden Lohnes verzeichnet sind. Dieses Ticket tauscht der Neger nun in dem Store gegen eine Anzahl von Geldmarken von je 1 Dollar, 50, 25, und selbst 10 Cents um, welche während der Woche beim Einkaufe der Lebensmittel in dem Store wieder als Münze dienen. Die nicht ausgegebenen Marken werden in dem Store . . . theils am Ende eines jeden Monats, theils am Ende des Jahres gegen baares Geld umgetauscht. Die Ersparnisse betragen in der Regel nicht viel, denn mehr als zwei Drittheile des Gesamtverdienstes wandern in die Kasse des Stores, des Kramladens. Dieses in England unter dem Namen ‚truck system‘ bekannte Verfahren ist in den gesamten Südstaaten weniger in den Zuckerplantagen, als in den Baumwoll- und Reisplantagen vielfach eingeführt und verhilft den Plantagenbesitzern nicht selten zu großen Reichthümern, während es gleichzeitig ihr Betriebskapital auf ein Minimum reduziert. Wohl wird unter diesem System der Neger (dem Wei-

consistently depreciated in value. By 1864 butter sold for (Dollar) 5.00 per pound; eggs 4.00 a dozen; and beans, (Dollar) 2.50 a quart.. (Davis, a.a.O., S. 218.)

¹ „After the war the Repudiation created a universal distrust, which had not merely affected the credit and honor of the commonwealth, but . . . to a great extent, affected injuriously individual credit, prevented investment of foreign capital . . . By far the greatest impediment to growth was the inadequacy of commercial facilities, a situation that was further complicated by the problem of an insufficient and inadequate currency.“ (Caldwell, a.a.O., S. 112.)

² „Payments were made in kind, for there was no money. Instead of going to a bank for funds the farmer secured credit for goods at the country store or obtained supplies from the commission merchant who handled his crops, submitting to charges at every step which cut a big hole in his profits at the best of times and in bad times left him in debt.“ (Caldwell, a.a.O., S. 114.)

ßen erging es auch nicht viel besser; der Verf.) gewaltig ausgesaugt, allein dort, wo diese Stores nicht vorhanden sind, kommt er aus dem Regen in die Traufe; er fällt den Juden in die Hände, und man darf nicht glauben, daß der Jude in den amerikanischen Südstaaten weicherziger und edler geworden sei, als er es in Polen und Russland war."¹

Wegen der mangelhaften Versorgung der Produktion und des Konsums mit einem Tauschmittel, aber auch um das Betriebskapital auf einem Minimum zu halten, wurde das "truck system" auf Forstwirtschaft und Industrie übertragen. Als größere Firmen der Nordstaaten nach dem Bürgerkriege in Louisiana riesige Sägemühlen und Papierfabriken errichteten, führten sie zugleich „commissaries" ein, die den Stores der Pflanzungen entsprachen und in denen man alles vom Salz bis zu Textilwaren gegen seine „Arbeitstickets" eintauschen konnte.

Die Regelung des Geldwesens gemäß den Prinzipien des „free enterprise" wirkte sich für die niederen Einkommensschichten nachteilig aus. Das Geld konzentrierte sich mehr und mehr in den Händen weniger. Die kleineren Farmer, die Handwerker, Händler und sonstigen Vertreter des Mittelstandes hatten bei der Finanzierung ihrer Unternehmen große Schwierigkeiten. Privatbankiers interessierten sich kaum für Kreditgeschäfte mit dem Mittelstand, weil besonders bei den Bauern der Kapitalumschlag langsam erfolgte, weil die Sicherheit für Anleihen an den Mittelstand ungünstig und eine Vollstreckung im gegebenen Fall schwierig und unpopulär war. Hätten die Privatbankiers den Bonitätsmängeln im Zinssatz Rechnung getragen, so hätten sie sich nicht nur unpopulär gemacht, sondern wären von ihren bewährten Handelsusancen abgewichen. Unter solchen Umständen waren die kleinen Unternehmer von Kramladenbesitzern, Kommissionären, „finance and loan companies" und sonstigen Personen und Vereinigungen, die über Geldbeträge verfügten und Kreditgeschäfte tätigten, abhängig. Der Kreditgeber machte sich die Notlage zunutze und sammelte dabei noch mehr Verfügungskapital an. In Louisiana erwuchsen manche Notstände daraus, daß es keine staatlich geförderten Sparkassen oder genossenschaftlich geführten Landwirtschaftskassen gab, die auch den mittleren und kleineren Einkommensschichten das Sparen und Investieren erleichterten.

Um die auffälligsten Mängel des Bankensystems zu beheben, schuf man, auf der Louisiana-verfassung von 1898 fußend, das Amt eines „State Examiner of State Banks".² Das Bankwesen wurde unter Staatsaufsicht gestellt. Die Banken selbst wurden zweimal im Jahre überprüft. Die häufigen gerichtlichen Vollstreckungen in landwirtschaftlichen Liegenschaften zugunsten von Kreditgebern, die nicht von den Bankenbehörden überwacht werden konnten, riefen den Gesetzgeber in Louisiana nochmals auf den Plan. Fortwährende Verluste von Bauernhöfen an Gläubiger bewirkten einen Zusammenschluß der Farmer zum Zwecke der Selbsthilfe. Man begünstigte und förderte diese Institutionalisierung seitens des Staates und erließ 1902 ein Gesetz³, um die „Building and Loan Associations" zu ordnen. Eine

¹ v. Hesse-Wartegg, a.a.O., S. 285.

² „There shall be appointed by the Governor, by and with the advice and consent of the Senate, a State Examiner of State Banks, who shall be an expert accountant, and who shall make examinations of all State banks at least twice in every year. His term of office shall be four years and the Legislature shall define his duties and fix his compensation." (Art. 194 der Louisiana-verfassung von 1898 - Vgl. Dart, a.a.O., S. 635.)

³ Vgl. Caldwell, a.a.O., S. 117.

1920 in Kraft gesetzte Novelle¹ zu diesem Gesetz erlaubte, daß eine bestimmte Anzahl von Personen (nicht weniger als fünf), die Bürger Louisianas sein mußten, Korperationen zum Zwecke der Unterstützung ihrer Mitglieder beim Kauf, Bau sowie der Reparatur und Instandhaltung von Liegenschaften, Gebäuden und Bauernhöfen (homesteads) gründen durften. Diese steuerlich begünstigten und staatlich geförderten Institutionen sollten dazu beitragen, landwirtschaftliche Liegenschaften von bestehenden finanziellen Belastungen zu befreien und Farmern Kredite für Investitionen und laufende Betriebskosten zur Verfügung zu stellen.²

Die unangemessenen hohen Kreditkosten, die von den „loan sharks“ (Darlehnshechten) und den „finance companies“ erhoben wurden und die namentlich die Angestellten und Arbeiter belasteten, führten zu weiterer Institutionalisierung im Geldwesen. So entstand die „Credit Union“. Diese Einrichtung, die, wie auch die landwirtschaftlichen Kreditinstitute, auf die Franzosen zurückzuführen ist, sollte organisierten Wirtschaftsgruppen die Möglichkeit verschaffen, ihre Ersparnisse günstig anzulegen und ihren Kreditbedarf bei vorteilhaften Bedingungen in Selbsthilfe zu decken. Um diese Genossenschaft attraktiver zu machen, schrieb der Gesetzgeber vor, die Staatsbankenaufsichtsbehörde habe die Satzung der Credit Union zu genehmigen; sie sei in ihrer Investitionstätigkeit auf sichere, genau umschriebene Anlagen zu beschränken; sie dürfe einem Mitglied kurzfristigen Kredit nur bis 500 Dollar zur Verfügung stellen und anders mehr.³

Man setzte sich das Ziel, alle Spekulanten im Kreditwesen Louisianas unter staatliche Aufsicht zu bringen. Schon im Jahre 1928 hatte man mit einem Kleindarlehnsgesetz (small loan law) versucht, die „Darlehnshechte“ (loan sharks) in ihren Kreditgeschäften zu kontrollieren.⁴ So wurden die Darlehnsgesellschaften angehalten, bei ihren Kreditgeschäften um staatliche Genehmigungen nachzusuchen und sich der Überwachung des „State Banking Department“ zu unterstellen. Die Maximalhöhe eines Darlehns, das solche unter staatlicher Aufsicht arbeitenden Unternehmen gewähren durften, betrug 300 Dollar. Desgleichen wurden 3½% als höchstzulässiger monatlicher Zinssatz festgelegt. Caldwell berichtet, daß sich im Jahre 1931 bereits 92 „small loan companies“ bei der Bankaufsichtsbehörde beworben hatten. Von diesen Firmen waren in Louisiana im gleichen Jahre 6 966 559,91 Dollar ausgeliehen worden.⁵

Die „finance companies“ gleichen ihrer Struktur nach den „small loan companies“. Sie unterscheiden sich von diesen in ihrem Format. Die „finance companies“, Privaterwerbsgesellschaften, werden zur Finanzierung von Teilzahlungsgeschäften gegründet. Sie geben den Händlern von Kraftfahrzeugen, Möbeln und ähnlichen Gütern die Vollmacht, Verträge mit den Käufern in ihrem Namen abzuschließen. Der beim Zustandekommen des Vertrages vereinbarte Preis enthält die Kreditkosten, die gleichmäßig auf die monatlichen Raten zu

¹ Vgl. Caldwell, a.a.O., S. 117.

² Vgl. hierzu Caldwell, a.a.O., S. 119.

³ Vgl. Follett, Edward F., Laws of the State of Louisiana relating to Banks and Banking, Baton Rouge, 1956 Supplement, S. 323.

⁴ So Caldwell, a.a.O., S. 119.

⁵ ebenda.

verteilen sind. So erscheinen diese Kosten zwar unbedeutend, können aber erhebliche Summen ausmachen. Rechnet man den im Teilzahlungsgeschäft bei Kraftfahrzeugen in Louisiana zulässigen Monatszins auf den Jahreszinsfuß um, so gewinnt man eine Vorstellung von dessen Ausmaß. Durch ein Gesetz vom 29. Juni 1958¹ setzte die Legislative den höchsten Zinssatz (Monatssatz) im Teilzahlungsgeschäft fest. Dieser beginnt mit 1 1/4% auf die verbleibende Schuldsumme beim Kauf fabrikneuer Kraftfahrzeuge und steigt bis zum Monatssatz von 2 1/4 plus 1 Dollar Monatszusatzgebühr für Gebrauchtwagenverträge, wenn der Wagen 4 oder mehr Jahre alt ist.²

Die von Barnes und Ruedi vorgenommene Unterteilung der Banken in vier Typen trifft nicht auf Louisiana zu. Hier gibt es nur zwei Arten von Bankgesellschaften: „banking associations“, eine Art Universalbanken, und die „savings banks“.³ Diese werden vom Staat Louisiana lizenziert und weitgehend kontrolliert. So wird z. B. ein Mindestgrundkapital, gestaffelt nach der Bevölkerungsdichte, festgesetzt, eine Mindestreserve vorgeschrieben, die Firmenführung geregelt, der höchste Diskontsatz (zur Zeit 8%) bestimmt, die Bildung einer Rücklage verlangt, die Schließung von Banken, wenn sie dem Gouverneur „unsafe, inexpedient or hazardous“ erschienen, angeordnet und anderes mehr.⁴ Im Staatenbankenwesen Louisiana ist das „free enterprise“ weitgehend eingeschränkt.

Die Institutionalisierung der Geldordnung in Form von Genossenschaften mit festen Bindungen und laufenden Staatskontrollen, die ein Erbe der französischen Revolution ist, scheint mit dem System des „team work“ zu ringen, in dem nur vorübergehende Verbindlichkeiten und allgemein aufgestellte Spielregeln bekannt sind. Die Geldinstitutionen spiegeln die unterschiedlichen Vorstellungen über die Rolle, die der Staat im Kreditwesen und in der Wirtschaft überhaupt spielen soll, wider.

7. Die Institutionalisierung des Verkehrswesens im Bund

Mit „public utilities“ bezeichnete man in den Vereinigten Staaten vornehmlich Verkehrseinrichtungen zur dauerhaften Beförderung von Gütern, Personen und Nachrichten für das allgemeine Publikum. Unter „transportation“ wird der Transport von Personen und Gütern verstanden, wobei man die Raumüberwindung von Gütern durch Drähte und Rohre (Strom, Naturgas, Wasser, usw.) nicht mit einschließt. Die Übermittlung von Nachrichten, Reklame und Unterhaltung über Draht oder drahtlos (Telefon, Rundfunk, Fernsehen) bezeichnet man als „communications“ im engeren Sinne. Eine breitere Auslegung dieses Begriffes schließt Film und Presse mit ein.

¹ Act. No. 74 Senate Bill, No. 130; vgl. Follett, a.a.O., S. 46.

² eberda.

³ Der Wortlaut des entsprechenden Gesetzes: „Banking companies organized under this chapter shall consist of banks of deposit, discount, exchange, and saving banks, to be known as banking associations and saving banks. Each savings bank . . . must use the words 'Savings Bank' in its title.

Banking associations have the following powers and no others: To receive deposits; to lend money on real and personal security; to accept for payment at a future date drafts; . . .“ usw. (Vgl. Follett, a.a.O., S. 47.)

⁴ Vgl. Caldwell, a.a.O., S. 116 und Follett, a.a.O., S. 16 f.

Das Verkehrswesen erlebte durch den technischen Fortschritt seit der Gründung der Vereinigten Staaten als Staatenbund riesige Entfaltungsmöglichkeiten. Die raumerschließende und wirtschaftsbelebende Wirkung dieser Entwicklung machte sich nicht nur in der Ökonomie bemerkbar. Sie rief auch grundsätzliche Änderungen soziologischer Natur hervor. Die Lebensweise der Menschen und ihre Beziehungen zueinander änderten sich. Die Geschichte des Verkehrswesens in den USA läßt sich etwa folgendermaßen umreißen: Das „free enterprise“ ermöglichte die Ausnutzung von Erfindungen und die Einführung von Neuerungen. Die neuen Verkehrsmittel sagten allgemein zu und wurden im großen Ausmaß eingesetzt. Wirtschaftsgesellschaften entstanden und boten dem Publikum schnellere, bequemere oder rationellere Dienstleistungen an. Die Verkehrsträger nahmen allmählich monopolähnliche Züge an. Aus diesem Grunde interessierten sich alsbald Bund und Staaten für die auf diesem Sektor gebildeten Institutionen. Folgende Daten sind in der Entwicklung des Verkehrswesens in den U. S. A. von Bedeutung:

- 1840-1850 - Das Dampfschiff ist der rationellste und populärste Verkehrsträger im Binnverkehr.
- 1867 - Die Montage von Stahlgleisen macht die Verwendung von schwereren Lokomotiven und Waggons im Eisenbahnverkehr möglich.
- 1880-1900 - Die Eisenbahn beherrscht das Verkehrswesen und verdrängt allmählich das Dampfschiff.
- 1903 - Start des ersten Flugzeuges in den U. S. A.
- 1912 - Henry Ford produziert den „Model T Ford“, das Kraftfahrzeug für ein breites Publikum.
- 1910-1920 - Die drahtlose Telegraphie und der Rundfunk werden zur Übermittlung von Nachrichten, Reklame, Unterhaltung, Propaganda usw. eingeführt und verbreitet.
- 1920 - Das Kraftfahrzeug beginnt das Verkehrswesen zu beherrschen und die Eisenbahn als Hauptverkehrsträger zu verdrängen.
- 1939 - Das erste Fernsehprogramm auf privatwirtschaftlicher Basis wird gesendet.
- 1940 bis heute - Mit Unterstützung des Bundes werden umfangreiche Maßnahmen zur Verbesserung und Verbreitung aller „public utilities“, „transportation“ und „communications“ getroffen. Der Luftverkehr gewinnt an Bedeutung durch die Forschung zur Raumüberwindung mit Raketenschiffen.

Die Institutionen, die den Zweck verfolgen, dem Publikum mittels der jeweilig neuesten Verkehrsträger Dienstleistungen anzubieten, haben teilweise den Charakter des „free enterprise“, aber auch den des Monopols. Nach dem „team play“ wurden Kapitalgesellschaften ins Leben gerufen, Eisenbahnen gebaut, Autobuslinien eingerichtet, Flugzeuge gekauft und

dem Verkehr übergeben, Radio- und Fernsehstationen eingerichtet und anderes mehr. Es stellte sich jedoch heraus, daß eine Koordinierung der einzelnen Verkehrsmittel und eine Abstimmung der einzelnen Verkehrsträger aufeinander unumgänglich war. Das führte zu Absprachen, Angebotsschranken, Preisvereinbarungen, kurz zu Monopolerscheinungen.

Aus diesem Grunde griff der Bund regelnd in das Verkehrswesen ein. Er ist zuständiger „Umpire“ für die Verkehrsträger, die ihre Dienstleistungen in mehreren Gliedstaaten anbieten. Bewegen sich die Leistungen der Beförderer von Personen, Gütern und Nachrichten dagegen lediglich innerhalb der Grenzen eines Gliedstaates, so übt der Gliedstaat seine Souveränitätsrechte aus. Analog zur Organisation des Federal Reserve Systems im Bankwesen auf Bundesebene sind Gremien zur Koordinierung der Verkehrsmittel und Abstimmung der einzelnen Verkehrsträger aufeinander sowie zur Durchführung der Bundesgesetze gebildet worden. Diese „regulating agencies“ setzen sich aus Vertretern der Verkehrsträger selbst zusammen. Daher läßt sich fragen, wessen Interessen von ihnen am stärksten vertreten werden. Die Tatsache, daß diese Behörden vom Präsidenten mit Zustimmung des Senats ernannt werden, beantwortet diese Frage nicht. Aus dem „free enterprise“ wird ein Monopol, obwohl dieses nicht unbegrenzt wirken kann. Es gibt eine „Interstate Commerce Commision“ als „regulating agency“ zur Kontrolle des Angebotes von Transportmitteln für Güter und Personen, eine „Federal Communications Commision“ als „regulating agency“ zur Koordinierung der Beförderung von Nachrichten und weitere Zentralstellen zur Ordnung des Verkehrswesens in den Vereinigten Staaten.

Es liegt in der Sache des Verkehrswesens selbst, in seiner Aufgabe, einzelne Gebiete zu erschließen, um die gesamte Wirtschaft zu fördern, daß der Bund nicht völlig abseits der Entwicklung bleiben darf. Die Infrastruktur der gesamten Wirtschaft erweckte schon das Interesse Jeffersons. Er zeigte mit seinen Bemühungen, die zwischenstaatlichen Verkehrsverbindungen zu fördern, daß praktische, vernünftige Überlegungen und nicht nur die Idee einer allgemeinen Beschränkung der Zentralgewalt die Gesetzgebung leiteten. Hopp, der Jefferson vornehmlich in seiner Eigenschaft als Staatenrechtler betrachtet, meint:

„Dem neunten Congress, der am 1. December 1806 zusammentrat, legte der Präsident seine Botschaft vor, aus der hervorging, daß Aussicht vorhanden sei, daß die Einnahmen die Ausgaben übersteigen. Aber selbst manche seiner Getreuen überraschte er durch Darlegung seiner Ansicht, wie diese Überschüsse verwendet werden könnten: ‚zur öffentlichen Erziehung, für Straßen, Flußverbesserungen, Canalanlagen‘ - daß war nicht mehr der Jefferson von früher, das war der zum Förderlismus bekehrte! Seine Doctrin war früher darauf hinausgegangen, die Union sei nur eine Vereinigung für Beziehungen nach außen, die Einzelstaaten aber sollten unabhängig bleiben in allen inneren, sogenannten häuslichen Angelegenheiten. Und jetzt suchte er zu einigen, zu nationalisieren, zu centralisieren! Wenigstens Konsequenz war kein Fehler Jeffersons; wenn er in der Begründung sagte: ‚Hierdurch werden neue Verkehrswege und Verbindungscanäle zwischen den Staaten eröffnet werden; die Trennungslinien werden verschwinden; ihre Interessen werden identificirt werden, und ihre Vereinigung wird durch neue und unlösliche Bande cementirt werden‘ - so hätte das ebenso gut jeder föderalistische Führer als sein Programm hinstellen können.“¹

¹ Hopp, a.a.O., S. 352 f.

Der „team spirit“ führte, trotz der zur Tradition gewordenen Abneigung gegenüber einer Ausdehnung der Staatsgewalt, in zunehmendem Ausmaß zur Subventionierung der Einzelstaaten beim Straßenbau und bei Flußregulierungen. Wenn entschieden werden soll, ob die Institutionalisierung des Verkehrswesens dem „free enterprise“ überlassen und deren unerläßliche Kontrolle den Gliedstaaten oder dem Bund zuzugestehen sei, so spricht die Ideologie stets für die Privatunternehmung. Der Pragmatismus modifiziert jedoch von Fall zu Fall die Entfaltung der Institutionen der freien Wirtschaft. Gemeinde, Einzelstaat und gelegentlich auch der Bund vertreten im allgemeinen das Interesse ihrer Bevölkerung. Der Volkgeist und die Gesellschaftsphilosophie verlangen aber in dem Ausmaß, in dem der Amerikanismus in den einzelnen Gebietskörperschaften lebendig ist, eine sorgfältige Überprüfung jeder Staatseinmischung.

Die Faktoren im zwischenmenschlichen Zusammenleben, die auch die Institutionalisierung des Verkehrswesens bestimmen, sind von Gliedstaat zu Gliedstaat andere. In der Bevölkerung jedes einzelnen der fünfzig Staaten sind Sozialphilosophie und Wertvorstellungen des Amerikanismus, der auf dem Boden der ursprünglichen dreizehn Kolonien gewachsen ist, mit verschiedenem Intensitätsgrad vertreten. Es wäre pro forma möglich, das Verkehrswesen in einem Staat zu verstaatlichen und Beamte als Verkehrsträger einzusetzen, ohne die Verfassung im Wortlaut zu verletzen. Nach den Prinzipien der Unabhängigkeitserklärung und der Verfassung sind dagegen die „public utilities“ dem „free enterprise“ zu überlassen. Die Gliedstaaten weichen hier, bedingt durch die Abstammung ihrer Bevölkerungen und durch den unterschiedlichen Verlauf ihrer Sozialprozesse, erheblich voneinander ab.

8. Die Institutionalisierung des Verkehrswesens in Louisiana

Seit der Zulassung Louisianas als Gliedstaat zum Bund der U. S. A. wurde auch das Schifffahrts- und Eisenbahnwesen und der Straßenbau im Staate von den unterschiedlichen Institutionalisierungsgewohnheiten der Kreolen und der angelsächsischen Pioniere geprägt. Zunächst lenkten die französisch-spanischen Bevölkerungskreise den Sozialprozeß. Die Bevölkerung war an einen straff aufgebauten Verwaltungsapparat gewöhnt. Darum konnte sich in Louisiana die Staatsregierung in viele Dinge einmischen, die in den übrigen Teilen der U. S. A. dem Zugriff des Staates entzogen waren. In Louisiana waren die Wirkungsbe-
reiche von Staat, Kirche und Wirtschaft nicht wie in den anderen amerikanischen Gliedstaaten klar voneinander getrennt. So konnte die Legislative vor der Verfassung von 1845 Gesetze erlassen, die die Entfaltung der privaten Wirtschaft und des privaten Verkehrswesens beeinträchtigten. Der Staat konnte sich sogar selbst an etlichen Verkehrsprojekten beteiligen. In den ersten Jahren nach der Einführung der demokratischen Selbstverwaltung kam es aus diesem Grunde zu manchen Pannen in der Wirtschafts- und Verkehrspolitik. Zunächst erteilte die Legislative Konzessionen und Monopolrechte, beteiligte sich am Grundkapital von Privatgesellschaften, subventionierte nach Belieben Unternehmen, die später als privatwirtschaftlich bezeichnet wurden und rief neue Kapitalgesellschaften ins Leben. Eine Firma erhielt beispielsweise von den Gesetzgebern die Lizenz, Glücksspieleinrichtungen und Spielbanken in New Orleans zu betreiben, um damit die Krankenpflege

im „Charity Hospital“ in New Orleans zu finanzieren.¹ Im Verkehrswesen beteiligte sich der junge Staat an der Finanzierung von Privateisenbahnlinsen. Die damaligen Gouverneure verfügten meist über solide staatsmännische Kenntnisse und strebten gesunde Finanzverhältnisse an. Der gesetzgebenden Körperschaft fehlte es jedoch an Erfahrung. Im Rechenschaftsbericht des im Jahre 1843 scheidenden Gouverneurs André Bienvenu Roman und in der Amtsantrittsrede seines Nachfolgers Alexander Mouton wurden die Fehlleistungen der Legislative bei ihrer Geschäftstätigkeit im Verkehrswesen und die daraus resultierenden negativen Auswirkungen für den Staatenhaushalt deutlich hervorgehoben.

Gouverneur Roman machte in seiner Rede die Bevölkerung auf sein Veto gegen durch die Legislative verabschiedete Gesetzesvorlagen, die die Staatsverschuldung um 7 185 000,00 Dollar erhöht hatten, aufmerksam. Er teilte weiter mit, daß ein Gesetz, welches den Staat zur Zahlung von 500 000 Dollar ohne Gegenleistung an eine private Eisenbahngesellschaft verpflichtete, über sein Veto hinweg in Kraft getreten sei, kritisierte den bedauerlichen Zustand der Staatsfinanzen und betonte, Louisiana habe den Banken im Staat 1 200 000 Dollar geschuldet und die Zinsen der Statsobligationen nicht auszahlen können.²

Das Verkehrswesen wurde in Louisiana etappenweise institutionalisiert. Folgende Daten sind wichtig:

- 1845 - In der neuen Staatsverfassung wurden die Befugnisse der Legislative festgelegt.
- 1898 - Die „Railroad Commission“ wird gegründet mit dem Ziel, die Verkehrsträger aufeinander abzustimmen.
- 1920-1935 - Der Staat Louisiana übernimmt die Verantwortung für das Straßennetz.
- 1921 - Die „Railroad Commission“ wird umbenannt in „The Public Service Commission of Louisiana“. Ihr Wirkungsbereich und ihre Befugnisse werden erweitert.
- 1928-1935 - Die Kontrolle über die Pipe Lines geht allmählich auf die „Public Service Commission“ über.

¹ Fortier schreibt hierzu: „Lotteries were then a popular way of raising funds for public improvements and for charitable and religious organisations, and the Legislature freely granted the privilege . . . In 1823 the Legislature authorized the establishment of six gamblinghouses in New Orleans, on condition that each should pay five thousand dollars for the benefit of the Charity Hospital and of the College of Orleans.“ (Fortier, Band III, a.a.O., S. 197.)

² Roman sagt: „It affords me some relief, however to be able to say that I have refused my signature to various bills which, but for my disapproval, would have added to the debts of the State the sum of seven million one hundred and eighty-five thousand dollars, and that the act which binds us to pay, without any consideration five hundred thousand dollars for the Clinton and Port Hudson Railroad does not bear my name.“ (Zitiert nach Fortier, Band III, a.a.O., S. 232.)
Mouton sagte: „I deplore the unfavorable financial situation of Louisiana, the State owing to the banks one million two hundred thousand dollars, and for State bonds on which the interest was unpaid.“ (ebenda)

1935 bis heute - Louisiana nimmt teil an der allgemeinen Entwicklung des Verkehrswesens in den Vereinigten Staaten.

Die Verfassungsgeber von 1845 untersagten der Legislative in Louisiana, mit Staatsgeldern in der Wirtschaft zu spekulieren. Stattdessen sollten allgemeine Gesetze zur Ordnung der Kapitalgesellschaften erlassen werden.

Man verlangte präzise, dauerhafte Gesetze, auf die man sich im Geschäftsleben verlassen konnte, um von der Tagespolitik und der Laune der Gesetzgeber unabhängig zu sein. In der Verfassung wurde festgelegt, daß der Staat nicht Teilhaber einer Aktiengesellschaft sein durfte,¹ daß die Befugnisse der Legislative, Monopolrechte zu vergeben, eingeschränkt werden sollten² und daß von den Gesetzgebern keine Banken gegründet werden durften.³ Die Verfassung enthält außerdem das Verbot, Kapitalgesellschaften durch ein besonderes Gesetz zu gründen und das Gebot, die zulässigen Formen und Institutionalisierungen solcher Kapitalgesellschaften gesetzlich zu regeln.⁴

Man hat geglaubt, in dieser neuen Staatsverfassung, neben einem allgemeinen Verlangen nach einer Eingrenzung der gesetzgeberischen Experimente der neuen „Demokraten“, den geistigen Einfluß der Anglo-Amerikaner sehen zu können. Letztere wollten Staat und Wirtschaft trennen. Das Verkehrswesen sollte dabei als ein Teil der Privatwirtschaft angesehen und auch in Louisiana als solcher behandelt werden.

Zunächst beherrschten das Dampfschiff in der Binnenschifffahrt und die Eisenbahn zu Lande das Verkehrswesen. Daneben wuchs die Bedeutung des Straßenverkehrs. Als die Siedler von der Küste und von den Flußläufen aus tiefer ins Landesinnere vordrangen, mußten Wege durch Sümpfe und Wälder angelegt werden. Damit erhielt das „free enterprise“ Auftrieb. Folgende Schilderung von Davis vermittelt eine Vorstellung vom Zustand des Straßensystems in Louisiana um 1880:

„Karawanen von Fuhrwerken transportierten Güter von den an den Flüssen liegenden Städten und lieferten den Orten im Landesinneren Verpflegungsmittel, Hausrat, Kleidung usw. Die Straßen hatte man primitiv ohne Sand, Kies oder sonstige Befestigungsstoffe angelegt. Diese Wege waren bei trockenem Wetter erstickend staubig, und bei Regen zeigten sie Schlaglöcher und tiefeingegrabene, sumpfige Fuhrwerkspuren. Das Tal des ‚Red River‘ war beispielsweise bei Regenwetter ohne festen Grund. Die Pflanzer und Farmer versuchten, dadurch einen befahrbaren Weg zu schaffen, daß sie Holzbalken quer über die Fahrbahn legten. Dieser Versuch scheiterte, denn der morastige Untergrund bot den Baumstämmen

¹ Art. 121 der Louisianaverfassung von 1845. „The State shall not become subscriber to the stock of any corporation or joint-stock company.“ (Vgl. Dart, a.a.O., S. 518.)

² Art. 124. „... the legislature shall have the power to revoke the charters of all corporations . . . and no corporations hereafter to be created shall ever endure for a longer term than twenty-five years, except those which are political or municipal.“

³ Art. 122. „No corporate body shall be hereafter created, renewed, or extended with banking or discounting privileges.“

⁴ Art. 123. „Corporations shall not be created in this State by special laws, except for political or municipal purposes, but the legislature shall provide, by general laws, for the organization of all other corporations, except corporations with banking or discounting privileges, the creation of which is prohibited.“

(Alle Zitate aus der „Constitution of 1845“ - Dart, a.a.O., S. 518.)

keinen Halt. Schließlich erbat und erhielt der Richter John W. Watkins aus Minden einen besonderen Freibrief vom US-Congreß, der ihm gestattete, einen völlig neuen Wegetyp zu bauen. Ein Vorschlag wurde über eine neun Meilen lange Strecke gebaut und darunter eine Straße angelegt. Die Benutzungsgebühr betrug für ein vierspänniges Ochsenfuhrwerk (Dollar) 1,50, für ein zweispänniges Eselsfuhrwerk (Dollar) 1,00 und für einen Fußgänger (Dollar) 0,05. Das Unternehmen war durchaus lukrativ.¹

Die Plantagenbesitzer und Farmer, das freie Unternehmertum und Gemeinden und Städte bauten und unterhielten mit Staatserlaubnis Wege. Zur Überquerung der zahlreichen Sümpfe, der Wasserwege und Binnenseen mußten Fährdienste eingerichtet und Brücken gebaut werden. Man überließ diese Aufgaben dem freien Unternehmertum. Die Investitionen in solchen Unternehmungen erwiesen sich als äußerst rentabel. Die diesen Unternehmungen inhärente Monopolbildung machte jedoch ein Eingreifen des Staates früher oder später unumgänglich. In Anbetracht der nach dem Bürgerkrieg geltenden institutionellen Ordnungsfaktoren blieb aber die notwendige Staatskontrolle lange aus.

Die Verfassung von 1898 befaßte sich unter anderem mit den öffentlichen Verkehrswegen. Der Staat sollte die Kommunalbehörden beim Straßenbau technisch beraten und Staatsingenieure zur Verfügung stellen.² Den „Parishes“ wurde freigestellt, für den Straßenbau 0,1% der Grundsteuer, eine Pro-Kopf-Steuer bis zu einem Dollar und eine Besteuerung von fünfundzwanzig Cent bis zu einem Dollar je Fahrzeug zu erheben.³ Die sich selbst verwaltenden Parishes machten oft keinen Gebrauch von dieser Verfassungsbestimmung.

Bis in die zwanziger Jahre des 20. Jahrhunderts hinein wurde in Louisiana der Bau von öffentlichen Straßen zwischen den Ortschaften ganz vernachlässigt, oder er war dem freien Unternehmertum überlassen. Sein heutiges modernes Straßennetz verdankt Louisiana Huey P. Long, einem Gouverneur der zwanziger Jahre, und Maßnahmen des Regimes Franklin D. Roosevelts zur Arbeitsbeschaffung im Rahmen der „new deal fiscal policy“ während und nach der Weltwirtschaftskrise.

Bis zur Abfassung der geltenden Verfassung Louisianas hatte sich das Verkehrswesen beachtlich entwickelt. Der Dampfschiffverkehr hatte seine frühere Bedeutung bereits verloren und die Eisenbahngesellschaften waren überstaatliche Verbindungen eingegangen, die sie der staatlichen Aufsicht weitgehend entzogen. Im Mittelpunkt des öffentlichen Interesses stand die Finanzierung des Straßenbaus. Die zunehmende Benutzung von Privatautos, die steigende Verwendung von Lastkraftwagen zum Gütertransport und von Autobussen zur Personenbeförderung machten in Louisiana gute Straßen und vor allem Brücken erforderlich. Wegen der schlechten Erfahrungen mit der Finanzpolitik der demokratischen Legislative vor und nach dem Bürgerkrieg scheute man sich, das benötigte Straßennetz durch Steuererhebung oder Anleiheaufnahme zu finanzieren. Daher sprangen Kapitalgesellschaften zur Finanzierung des Straßenbaus ein, denen der Staat Konzessionen, insbesondere für größere Brückenbauvorhaben, erteilte. Unter Ausnutzung des so erworbenen Monopolrechtes konnte ein attraktiver Gewinn erzielt werden. Als sich Politiker unter Führung von Huey Long für einen staatlichen Brückenbau einsetzten, kam es in Louisiana zu harten Auseinandersetzungen.

¹ Davis, a.a.O., S. 255. (Übersetzung vom Verfasser.)

² Vgl. Art. 294 dieser Verfassung. (Dart, a.a.O., S. 654.)

³ Art. 291 der gleichen Verfassung. (Dart, a.a.O., S. 653.)

gen. Die Kontroversen wurden durch die Erlaubnis, die eine Gesellschaft vom Staat zur Errichtung einer Brücke über den Mississippi erhalten hatte, deren Benutzung für Hin- und Rückfahrt nach New Orleans bis zu 8,— Dollar kosten sollte, ausgelöst. 1925 erreichte Long vor dem höchsten Staatsgericht, daß der Staat eine Freibrücke parallel zur Zollbrücke errichten durfte.¹

Auf Grund der Verfassung von 1921 erhielt die ehemalige „Railroad Commission“ die neue Bezeichnung „Louisiana Public Service Commission“. Ihr Wirkungsbereich läßt sich sowohl gegen den Bund als auch gegen die Kommunen abgrenzen.² Er umfaßt außer den Befugnissen der alten „Railroad Commission“ die Überwachung der Gas-, Elektrizitäts-, Heiz-, Kraft- und Wasserwerke und deren Netze, die Pipe Lines, falls diese zu „common carriers“ erklärt worden sind und den Kanalbau.³ Die „Louisiana Public Service Commission“ darf bei der in Amerika geltenden Ansicht, nach der sovieler Einrichtungen zur menschlichen Bedürfnisbefriedigung als möglich dem „free enterprise“ überlassen bleiben sollen, als Ausnahmeinstitution angesehen werden. Sie überwacht die Zulassung zum Markt, die Geschäftsbedingungen, die Leistungen und die Preise der Verkehrsträger. Auch in anderen Staaten gibt es Körperschaften zur Überwachung des Verkehrswesens. Es gibt sovieler Varianten von Körperschaften zur Überwachung der Verkehrsinstitutionen wie es Bundesstaaten gibt. Die „Louisiana Service Public Commission“ ist auch deshalb interessant, weil in ihr manche bedeutende Politiker gearbeitet haben. Huey P. Long war Mitglied und Vorsitzender dieser Kommission und sagte während einer Tätigkeit den mächtigen Finanzleuten, die im Verkehrswesen ihr Geld verdienten, den Kampf an. Die Verkehrsträger hatten es bislang verstanden, Strohmänner in die Kommission zu wählen, die den Gesellschaften gestatteten, überhöhte Tarife einzuführen. Long verweigerte den Verkehrsträgern derartige Preisüberhöhungen und prozessierte im Interesse der Verbraucher gegen den Mißbrauch der Monopolstellungen vor den Staatsgerichten. Seine Einstellung zum Gemeinwohl führte zu Konflikten mit den Wirtschafts- und Finanzmagnaten, die auf ihre Rechte als „freie“ Unternehmer pochten. Bezeichnend für diese Auseinandersetzungen waren Longs Bemühungen, die Pipe Lines unter Kommissionskontrolle zu bringen.⁴ Die großen Unternehmer hatten die

¹ Dieser Rechtsstreit in Louisiana war von großer Bedeutung, weil er einen Präzedenzfall bildete, nach dem der Staat im Interesse der gesamten Bevölkerung praktisch ein Privatunternehmen enteignen konnte. Zudem waren zwei ehemalige Gouverneure des Staates Teilhaber an der Privatgesellschaft, die das Privileg, die Brücke zu bauen, erhalten hatte. (Vgl. Long, Huey P., *Everyman a King*, New Orleans 1933, S. 90.)

² Nach Art. 6, § 7 der Verfassung von Louisiana von 1921 können die Städte und Gemeinden selbst die „public utilities“ kontrollieren oder deren Kontrolle der Kommission überlassen. „Nothing in this article shall affect the powers of supervision, regulation and control over any street, railway, gas, electric, light, heat, power, water works, or other local public utility, now vested in any town, city, or parish government unless and until at an election . . . a majority of the qualified electors of such town, city or parish shall have surrendered such powers.“ (Vgl. Constitution of 1921 - Dart, a.a.O., S. 105.)

Wo die Bundeskompetenz aufhört und die Staatszuständigkeit anfängt, ist nicht immer leicht zu entscheiden. Im allgemeinen aber unterliegt ein Verkehrsträger, wenn er seine Dienstleistungen in mehreren Staaten anbietet, nicht der Aufsicht Louisianas, sondern der des Bundes.

³ Vgl. Art. 6, § 4 der geltenden Verfassung in Louisiana. (Dart, a.a.O., S. 99.)

⁴ Dabei war die entscheidende Frage, ob die Pipe Lines als öffentliche Verkehrsträger angesehen werden können. Die Verfassung bestimmt: „The Commission shall have and exercise all necessary

Pipe Lines von den Quellen bis zu den Raffinerien bauen lassen und drosselten bei drohender Preissenkung die Ölbeförderung der mittelständischen Konkurrenten auf diesen Wegen ab. Dadurch wurden die Preise gehalten, und die kleineren Ölfirmen, die auf die Pipe Lines der Großproduzenten zum Transport ihrer eigenen Produkte angewiesen waren, vom Markt ausgeschlossen. Zugunsten der kleineren Unternehmer kämpfte Long bis zu seinem Tode gegen die mächtigen Ölfirmen.

9. Institutionen und Wettbewerb in den Vereinigten Staaten.

Die Anglo-Amerikaner verfolgten, wie es ihrer gesellschaftspolitischen Gesinnung entsprach, alle Versuche des Staates, in die materielle Betätigung des Individuums einzugreifen, mit Argwohn. Ihre Haltung zeigte sich zur Zeit der Revolution gegen Großbritannien, als die Unabhängigkeitserklärung dem Kongreß und die US-Verfassung den Gliedstaaten vorgelegt wurde, besonders deutlich. Man forderte, Handel und Wirtschaft sollte unter keinen Umständen von einer Zentralgewalt beeinträchtigt werden können. Das war während der Herrschaft der großen Handelsgesellschaften, deren leitende Persönlichkeiten gleichzeitig beamtete Staatsdiener waren, geschehen. Auch gegen alle in der Sozialordnung von Zünften und Gilden festgelegten Vorschriften, die Handel, Arbeitsbedingungen und die Einstufung des einzelnen in die Gesellschaftspyramide bestimmten, nahmen die Anglo-Amerikaner Stellung. Für solche Verhältnisse sollte in der neuen Welt kein Platz mehr sein.

An verschiedenen Stellen der Unabhängigkeitserklärung verwies Jefferson auf die den Kolonisten von den Engländern auferlegte Beschränkung ihrer wirtschaftlichen Entfaltungsmöglichkeiten. Unter anderem beschuldigte er Georg III., den Siedlern Steuern auferlegt zu haben, ohne daß eine Vertretung der Kolonisten im englischen Parlament die für diese Maßnahme erforderliche Zustimmung gegeben hätte. Darüberhinaus habe der König den Handel seiner Untertanen in Amerika unterbunden.¹ Trotz des Drängens der Bevölkerung nach Freiheit von „Staat“ räumte die Verfassung dem Kongreß unter bestimmten Voraussetzungen das Recht ein, begrenzt Gesetze zur Kontrolle des Handels mit dem Ausland, zwischen den Gliedstaaten und zwischen Kolonisten und Indianern zu erlassen. Zur Förderung der Wissenschaft sollten und sollen noch heute Erfindern und Schriftstellern Patente und Urheberrechte geschützt und, um den Handel zu erleichtern, die Eichung von Maßen und Gewichten einheitlich gesetzlich festgelegt werden.² Aus dem Wortlaut der Verfassungs-

power and authority to . . . control all common carrier railroads . . . gas, electric light, heat and power, water works, **common carrier pipe lines**, canals . . . and to fix reasonable and just . . . rates, fares, tolls and charges for the commodities furnished, or services rendered by such common carriers or public utilities . . .”

(Wortlaut aus Art. 6, § 4 der Louisiana-Verfassung von 1921. Zitiert nach Dart, a.a.O., S. 99.)

¹ Jefferson beschuldigte Georg III. „For cutting off our trade with all parts of the world. For imposing taxes on us without our consent. . . .”

(Vgl. die Unabhängigkeitserklärung - Dart, a.a.O., S. 388.)

² Art. 1 § 8 der US-Verfassung: „Der Kongreß ist befugt, . . . den Handel mit fremden Völkern, zwischen den Einzelstaaten und mit den indianischen Stämmen zu regeln, . . . Münzen zu prägen

urkunde geht weiter hervor, daß der Bund indirekte Steuern und Zölle erheben darf, um die ihm zugestandenen Aufgaben erfüllen zu können. Einkommen-, Gewerbe- oder Vermögenssteuern auf Bundesebene waren zunächst nicht vorgesehen.¹

Mit diesen spärlichen Bestimmungen und knappen Ausführungen hinsichtlich der Währung erschöpfte sich die Stellungnahme der ersten geschriebenen Verfassung der Welt zur Wirtschaftsordnung. Alles übrige blieb den Gliedstaaten, den Gemeinden oder dem freien Unternehmertum überlassen.

Die Zusammenschlüsse und zwischenmenschlichen Beziehungsformen im Wirtschaftsleben waren vom Geist der Unabhängigkeitserklärung durchdrungen. Die institutionellen Ordnungsfaktoren in der Wirtschaft bedingten wie die des religiösen und des sozialen Zusammenlebens einen für damalige europäische Begriffe eigentümlichen Verlauf des Sozialprozesses. Aus dem Protest gegen die absolutistisch-merkantilistische Gesellschaftsordnung in England entwickelte sich in Amerika das Streben nach Selbständigkeit, Selbstbestimmung und Selbstverwaltung in Wirtschaft und Gesellschaft. Die englischen Kolonisten wurden in ihren Forderungen von Auswanderern aus anderen europäischen Ländern unterstützt.² Die Wettbewerbsordnung in der neuen Welt zeichnete sich im Laufe der Zeit immer stärker durch eine Vorliebe für „free enterprise“ aus.

Im freien Spiel der Wirtschaftskräfte, wie es die Klassiker des Liberalismus lehren, sah man eine Möglichkeit, auch im Wirtschaftsleben die überlieferte straffe Institutionalisierung zu überwinden.

Die Harmonie durch Konkurrenz, wie sie sich die Klassiker vorstellten, mag objektiv betrachtet eine Illusion sein. Wenn aber ein Volk an diese Maximen glaubt, wird es danach handeln und diese Handlungen werden nicht ohne Wirkung auf die soziale und wirtschaftliche Entwicklung bleiben. Als die Kolonisten ihre Selbstverwaltung übernahmen, erschien die Forderung nach Harmonie durch Konkurrenz im Hinblick auf die reale politische und wirtschaftliche Lage der Kolonien nicht unerreichbar, zumal diese Gedanken mit der herrschenden Gesellschaftsphilosophie übereinstimmten. Tief verwurzelte, über Jahrhunderte genährte Klassen- und Standesgegensätze belasteten die Vorstellung vom fairen Wettbewerb nicht mehr. Mit dem „Zerfall der Körperschaften“ ist nach allgemeiner Ansicht der historische Anlaß, der zwischen Wirtschafts- und Gesellschaftsklassen zu Streitigkeiten und schließlich zum Klassenkampf führen kann, weggefallen. Eine der Voraussetzungen, die eine Kritik an der herrschenden Vorstellung von Harmonie durch Konkurrenz hätte hervorheben können, war damit in der neuen Welt nicht gegeben. Europäer können sich selten an den Gedanken „Harmonie durch Konkurrenz“ gewöhnen. Nach ihrer Erfahrung führt ein Konkurrenzkampf zu gegenseitiger Vernichtung.

und ihren Wert sowie denjenigen ausländischer Münzen zu bestimmen und Gewichts- und Maßeinheiten festzulegen . . . den Fortschritt der Wissenschaften . . . dadurch zu fördern, daß Autoren und Erfindern . . . ein ausschließliches Recht auf ihre Schriften und Erfindungen gesichert wird. . . .“ (Vgl. Morison-Commager, Band I, a.a.O., S. 924 f.)

¹ Erst ab 25. Feb. 1913 wurde eine Bundeseinkommensteuer zulässig. (Vgl. Amendment XVI zur US-Verfassung - Dart, a.a.O., S. 406.)

² „Wie schon im Mayflower-Vertrag von 1620, so fanden sich in endlosen Grenzsiedlungen . . . die Menschen immer wieder spontan zusammen und bildeten eine Regierung. Jeffersons politische Philosophie erschien ihnen lediglich als die Anwendung des gesunden Menschenverstandes auf diese Angelegenheit.“ (Morison-Commager, Band I, a.a.O., S. 221.)

Hillebrecht drückt diese Ansicht wie folgt aus: „Der Konkurrenzkampf steigert nicht nur die Anspannung zu eigener Produktion, sondern auch den Haß und den Willen, die Produktionskraft des Wettbewerbs zu vernichten. ... Die Harmonie durch Konkurrenz ist eine Illusion.“¹ Auch Proudhon sagt: „Ist es nicht augenscheinlich, unmittelbar augenscheinlich, daß die Konkurrenz die Konkurrenz zerstört?“² Den Amerikanern gelang es trotz europäischer Befürchtungen in ihrem neuen, dünnbesiedelten Agrarland in der Konkurrenz eine Harmonie zu erlangen. Als mit der Industrialisierung des Landes Konflikte zwischen Gewerkschaften und Arbeitgebern auftauchten, wurden diese selten durch Klassenbewußtsein und Meinungsunterschiede über die Wirtschaftsverfassung ausgelöst.

Zum Verständnis der Wettbewerbsordnung ist es aufschlußreich, die Entstehung und Entwicklung derjenigen Institutionen zu verfolgen, die zu dieser Ordnung geführt haben und die Wettbewerbsbedingungen bestimmten. Sie lassen sich gruppieren in politische Institutionen, Institutionen der kapitalistischen Wirtschaft und Institutionen der Arbeitnehmer.

Die politischen Institutionen in den U. S. A. wurden zu einer Zeit konzipiert, als die Landwirtschaft noch die führende Rolle in der Volkswirtschaft spielte. Das führte beim Aufbau der gesetzgebenden Körperschaften zur Begünstigung der Landbewohner. Zunächst waren nicht alle Bevölkerungskreise stimmberechtigt. Man unterschied zwischen Besitzenden und Besitzlosen, zwischen Bauern und Städtern. Die Verfassungsgeber der Gliedstaaten erkannten nach individuellen Maßstäben den einzelnen Siedlern das Wahlrecht zu. Ihre Entscheidungen galten für die Kongreß- und für die Präsidentenwahlen. Vielfach wurden Frauen, Nichtsteuerzahler, Neger und Personen, die des Lesens und Schreibens unkundig waren, von der Wahl ausgeschlossen.³ Häufig wurde das Stimmrecht vom Besitz und vom Steuerzahlen abhängig gemacht. Dadurch wurden die Stadtbewohner, die vorwiegend in einem Angestellten- oder Arbeitsverhältnis standen, benachteiligt. Auf dem Lande besaßen die kleinen Farmer von vornherein entweder als Grundbesitzer Stimmrecht, oder, falls sie keinen Landbesitz hatten, wurde es ihnen ausdrücklich durch die Gliedstaatenverfassung zugesichert.⁴ In einer so unvollkommenen Demokratie hatten potentielle „Klassenkämpfer“ fast keinen Einfluß auf die Staaten- und Bundesgesetzgebung.

Das amerikanische Wahlsystem, nach dem das ganze Land zum Zwecke der Selektion von Wahlmännern für die Präsidentenwahl, für die Wahl der Staaten- und Bundesvertretungen und die Wahl der Staatengouverneure in Wahlbezirke eingeteilt wird, vergrößerte ebenfalls die Möglichkeiten der Landbevölkerung, stärker als die Städter auf die Volksvertretung und die Regierung Einfluß zu nehmen. Die Repräsentanten wurden oft nicht proportional der Bevölkerungszahl, sondern im Verhältnis zur gesamten Bodenfläche (Grundbesitz!) berufen. Im Gliedstaat Georgia wurde bislang der Gouverneur nach dem „county unit system“ gewählt. Nicht der, der die größte Zahl abgegebener Stimmen errang, sondern der, welcher die meisten „county units“ auf sich vereinigen konnte, zog in das Staatshaus ein. Es ist

¹ Hillebrecht, a.a.O., S. 53.

² Proudhon, Pierre Joseph, Philosophie der Staatsökonomie, Darmstadt, 1847, S. 171.

³ Vgl. hierzu S. 93 und S. 106 f. zum Stimmrecht in Louisiana.

⁴ In Louisiana wurde den kleinen Farmern, die vom Bund für einen minimalen Preis Land erhielten, laut Art. 2 § 8 der Louisianaverfassung von 1812 das Stimmrecht gesichert.
(Vgl. Dart, a.a.O., S. 500.)

leicht einzusehen, wie dieses System die Industriearbeiter und Handwerker etwa in Atlanta, der Hauptstadt und dem Industrie- und Handelszentrum Georgias, benachteiligt.

Georgia hat rund 3,7 Millionen Einwohner. Davon leben etwa 500 000 im Stadtkreis Atlanta. Georgia ist 153 490 qkm groß und umfaßt 159 Land- und Stadtkreise (county units). Proportional der Einwohnerzahl stünden Atlanta 5:37 Anteile an der Wahl des Gouverneurs zu. Nach dem Kreiseinheitssystem (county unit system) fällt die Großstadt aber nur im Verhältnis 1:159 ins Gewicht. In vielen Staaten gibt es vergleichbare Verfassungsbestimmungen, die die Bevölkerungszusammenballungen in den Städten unberücksichtigt lassen.

Der US-Kongreß ist befugt, innerhalb gewisser Grenzen, die in der Verfassung des Bundes festgelegt sind, die Wettbewerbsordnung in den Gliedstaaten zu bestimmen. Dabei wurde, wenn man vom „Landadel“ und den Farmern absieht, weder das Interesse der Arbeitgeber noch das der Arbeiterschaft bei der Gesetzgebung in den Vordergrund gestellt. Die Gegensätze, die seit Mitte des 19. Jahrhunderts in den Parlamenten Europas ausgefochten wurden, waren bis in die neueste Zeit hinein dem Kongreß fremd. Der Kongreß konnte sich nach der Verfassung nicht in das freie Spiel der Wirtschaftskräfte einmischen. Solange Amerika ein ausgesprochener Agrarstaat war, befaßten sich die Gesetzgeber vorwiegend mit den Belangen der Landbevölkerung. Die Zusammensetzung der beiden Häuser der Kongresses wirkte sich nachteilig für die Städte und die Arbeiterschaft aus. Erst nach dem Bürgerkrieg wurden Industrialisierung und Handel überhaupt gefördert.

Bei der Wahl der Abgeordneten zum Repräsentantenhaus, bei der je 30 000 Seelen durch einen Abgeordneten vertreten werden, versuchte man dadurch, daß man die Sklaven in die Statistiken, die die Zahl der Repräsentanten eines Gliedstaates bestimmten, aufnahm, den Landbesitzern einen Vorteil zu verschaffen.¹ Auf die Nominierung der Abgeordneten zum Senat wirkte sich diese Manipulation nicht aus, da jeder Gliedstaat unabhängig von seiner Einwohnerzahl zwei Senatoren in den Senat entsendet.² New York mit rund 17 Millionen ist nicht stärker vertreten als Rhode Island mit 857 000 Einwohnern. Auf Grund seiner Befugnisse kommt dem Senat eine wichtige Stellung zu. Ohne die Zustimmung des Senats kommt kein Gesetz zustande.³ Die Ernennung von Beamten durch den Präsidenten bedarf der Zustimmung des Senats. Unter Vorsitz des Obersten Bundesrichters tagt der Senat als Gericht, falls gegen den Präsidenten Klage erhoben werden sollte.⁴

Im Senat tritt augenscheinlich zu Tage, daß die Landwirtschaft gegenüber der Industriebevölkerung relativ stärker vertreten ist. Da der Süden seit dem Bürgerkrieg an der Parole

¹ „Die Zahl der Abgeordneten des Repräsentantenhauses . . . werden auf die einzelnen Mitgliedstaaten . . . nach ihrer jeweiligen Einwohnerzahl verteilt. Die Einwohnerzahl wird ermittelt, indem der Gesamtzahl aller freien Personen . . . drei Fünftel aller sonstigen Bewohner des betreffenden Staates (Sklaven; der Verf.) hinzugezählt werden.“ (Art. I, § 2 der US-Verfassung. Zitiert nach Morison-Commager, Band I., a.a.O., S. 921.)

² Art. I., § 3 der US-Verfassung. (Dart, a.a.O., S. 392.)

³ Jede Gesetzesvorlage, die im Repräsentantenhaus und vom Senat angenommen worden ist, muß . . . dem Präsidenten . . . vorgelegt werden.“ (Art. I., § 7 der Verfassung. Vgl. Morison-Commager, Band I., a.a.O., S. 924.)

⁴ „Dem Senat allein steht das Recht zu, Verfahren wegen Amtsvergehen durchzuführen . . . Wird ein derartiges Verfahren gegen den Präsidenten durchgeführt, so führt der Oberste Bundesrichter den Vorsitz.“ (Art. I., § 3 der US-Verfassung, Vgl. Morison-Commager, Band I, a.a.O., S. 922.)

„kein Experiment mit der Gesetzgebung“ - Gesetzgebung bedeutete in diesem Falle mit dem Gesetzgeber - festhält, werden seine Senatoren stets wiedergewählt. Sie sind daher immer dienstälter als ihre Kollegen aus den Industriestaaten. Die Geschäftsordnung des Senates räumt den dienstältesten Senatoren wichtigen Einfluß auf die Gesetzgebung ein. Alle Ausschüsse, angefangen bei dem mächtigen „Judiciary Committee“, das entscheidet, ob, wie und wann einzelne Gesetzesvorlagen dem Plenum zugeleitet werden sollen, bis zu dem Ausschuß, der über die Verleihung von Auszeichnungen durch den Kongreß zu entscheiden hat, werden nach dem Proporzprinzip gebildet. Das bedeutet, daß der Vorsitz der verschiedenen Komitees Immer der Partei zufällt, die im Senat am stärksten vertreten ist. In der ersten Sitzung nach jeder Senatsneuwahl werden den Senatoren, die ihre Heimatstaaten am längsten im Senat vertreten haben, die Stellen in den Ausschüssen, die ihrer Partei zustehen, angeboten. Vorsitz und Mitgliedschaft in den Ausschüssen werden in der Reihenfolge ihrer Wichtigkeit für die Gesetzgebung an die dienstältesten Senatoren vergeben. Die Senatoren aus den Südstaaten, die von ihrer konservativen Anhängerschaft immer wieder in den Senat gewählt werden, kontrollieren infolgedessen weitgehend die Gesetzgebung. Ihre Kollegen aus den dichtbesiedelten Industriezentren des Ostens und Nordens, die selten mehrmals hintereinander gewählt werden, müssen sich mit weniger bedeutenden Ausschüssen und mit Juniorstellen begnügen.

In den U. S. A. sind die Institutionen zur Überwachung der Wettbewerbsordnung auf *laissez faire* abgestellt. Die von den Gründervätern geschaffene Trennung von Kirche, Staat und Wirtschaft wurde aufrechterhalten. Der Staat sollte weder mit Arbeitgebern noch mit Arbeitnehmern, ihren Institutionalisierungen und gegenseitigen Abmachungen etwas zu tun haben. Das gilt bis in die neueste Zeit hinein.

Als sich die Wirtschaftsverhältnisse änderten und die Agrarwirtschaft von der Kapitalwirtschaft abgelöst wurde, wurde die Wettbewerbsordnung Gegenstand der Polemik in den U. S. A. Die Ökonomie war dem freien Spiel der Kräfte überlassen und entfaltete sich im *free enterprisesystem*. Als man merkte, daß Freiheit von Staat nicht mit Freiheit im Staat gleichzusetzen war, versuchte man mögliche Auswüchse, die im System der Konkurrenz bedingt sein können, über die Gesetzgebung zu verhindern. So bemühte sich die Regierung zunächst, durch Erziehungszölle und durch die Einführung einer stabilen Währung die Industrie zu fördern. Dabei wurden die sozialen Auswirkungen dieser Maßnahmen wenig berücksichtigt. Die folgenden Daten sind Meilensteine auf dem Wege der USA zum Kapitalismus:

- 1861 - Der Republikaner Lincoln wird zum Präsidenten gewählt. Sein Grundsatzzprogramm sieht Erziehungszölle zur Förderung der Industrie vor.
- 1869-1900 - Wirtschaft, Handel und Industrie entfalten sich mächtig. Großkonzerne rivalisieren miteinander. Millionenvermögen werden gebildet. Es bilden sich Trusts, Großbanken entstehen. Der Monopolkapitalismus beherrscht das Wirtschaftsgechehen.
- 1890 - Die Sherman Anti-Trust Act wird erlassen.
- Um 1900 - Der Finanzkapitalismus setzt ein.

- 1913 - Der Bund erhebt eine Einkommensteuer. Das „Federal Reserve System“ wird eingerichtet.
- 1917 - Das finanzielle Zentrum der Welt verlagert sich von London nach New York.
- 1921-1929 - Unter dem Finanzkapitalismus erlebt die Wirtschaft eine Blütezeit.
- 1933 - Der Bund betreibt eine „fiscal policy“. Die Regierung lenkt den Wirtschaftsablauf, um Produktion und Verbrauch aufrechtzuerhalten.
- 1933-1945 - Es werden Versuche unternommen, das System des Finanzkapitalismus im Interesse von Wirtschaft und Gesellschaft zu korrigieren.
- 1945 bis heute - Amerika leistet Entwicklungshilfe und beteiligt sich weitgehend an der „Weltwirtschaft“.

Unter Lincoln setzte in den USA ein Wirtschaftsprozeß ein, der über den Monopolkapitalismus (zuweilen als Hochkapitalismus bezeichnet) im 20. Jahrhundert zum Finanzkapitalismus führte.

Etwa von 1830 bis 1870 herrschte in den USA ein Wirtschaftssystem, das oft als Frühkapitalismus bezeichnet wird. Landwirtschaftliche Erzeugnisse gingen über Konservenfabriken und den Handel an den Verbraucher. Die Viehzüchter schlachteten nicht mehr in ihren eigenen Betrieben, sondern lieferten das Vieh an Großschlächtereien, die die Fleischprodukte gebrauchsfertig anboten und so konservierten, daß während längerer Versand- oder Lagerzeiten nichts verderben konnte. Neben der weiterverarbeitenden Industrie landwirtschaftlicher Produkte im Westen und Süden des Landes entstand im Norden und Osten eine Textil-, Stahl- und Eisenindustrie. Kapitalgesellschaften wurden ins Leben gerufen, um das Eisenbahnnetz auszubauen.¹ Im Frühkapitalismus waren die Institutionen noch von bescheidenem Ausmaß. Kleinere Gruppen und einzelne Personen gründeten, finanzierten und führten ihre Unternehmen selbst und vereinigten so die Funktionen des Betriebsleiters, des Industriellen und des Verfügungskapitalisten meist in einer Person. Der Konkurrenzkampf war nicht allzu heftig, denn in einer Branche gab es jeweils nur wenige Unternehmer und der leichte Wettbewerbsdruck kam vorwiegend vom Ausland. Weder Konsumenten noch Arbeiter fühlten sich ausschließlich auf die gewerbliche Güterproduktion angewiesen. Man hätte sein Dasein noch aus Landwirtschaft, der Jagd und der Fischerei fristen können.

Der Monopolkapitalismus kennzeichnet die zweite Epoche der amerikanischen Industrialisierung. Zwischen den Produzenten ein und desselben Produktes (etwa Stahl, Erdöl, Schiffe) setzte ein scharfer Konkurrenzkampf ein. Die Kapitalisten und Kapitalgesellschaften versuchten, den gesamten Produktionsapparat zur Herstellung eines bestimmten Gutes in die Hände zu bekommen, um den Markt allein zu beherrschen. Die Kontrolle über die Werk-

¹ „Expanding industrial capitalism included not only the textile industry, but the iron and steel industry, early railroad building, meat packing and the like.“ (Barnes und Ruedl, a.a.O., S. 232.)

anlagen sollte die Monopolstellung sichern.¹ Zum Zwecke der Verschmelzung der Produktionsmittel eines Industriezweiges und der damit verbundenen Überwachung des Angebotes gewinnversprechender Artikel wurde der Trust geboren. Die Zeit des Monopolkapitalismus unterscheidet sich von der des Frühkapitalismus dadurch, daß die Konkurrenz und der Kampf um den Markt immer härter wurden und der Sachkapitalbesitzer, der noch meist mit dem Verfügungskapitalisten identisch war, von der Betriebsleitung oft weit entfernt lebte.² Ein wesentlicher Unterschied zum darauffolgenden Finanzkapitalismus besteht darin, daß in der Bilanz eines Trusts auf der Aktivseite Tochtergesellschaften und eventuelle Beteiligungen aufgeführt werden. Im Finanzkapitalismus der geltenden Wirtschaftsordnung wird das Vermögensverhältnis mit dem Sammelbegriff „Grund-“ oder „Eigenkapital“ weitgehend verschleiert. Da es in den U.S.A. kein bundeseinheitliches Bilanzrecht gibt und eine Veröffentlichungspflicht der Bilanzen auch in den Einzelstaaten nicht vorgesehen ist, bleibt der Finanzier in seiner Wirkung auf die Konkurrenz und Institutionen anonym.

¹ Morison-Commager schreiben: „Die Schaffung der United States Steel Corporation im Jahre 1901 war der Höhepunkt einer Wirtschaftsentwicklung, die bereits eine ganze Generation hindurch vor sich gegangen war. Es handelte sich dabei um die Zusammenfassung, die in den verschiedensten Formen, wie Interessengemeinschaften, Trusts, Korporationen und Dachgesellschaften, erfolgte. . . . In Fällen, in denen diese Zusammenschlüsse horizontal stattfanden - das heißt, wo sich zum Beispiel sämtliche Gummierzweiger oder alle Schreibmaschinenfabrikanten zusammenschlossen - konnten die Produktion und die Preise leicht kontrolliert werden. Wo hingegen der Zusammenschluß vertikal erfolgte, das heißt, wo eine Gesellschaft sämtliche Stufen kontrollierte, die ein einziges Erzeugnis zu durchlaufen hat, wie Rohstoff, Transport, Fabrikation, Absatz und Finanzierung, wie dies z. B. beim Ford-Automobil der Fall war - war damit ein Grad von Unabhängigkeit und ein Ausmaß von Macht verbunden, die eine einzelne Industrie niemals erreichen konnte. In der Stahl- und der Ölindustrie waren die Zusammenschlüsse sowohl horizontal als auch vertikal und ließen dort souveräne Industriegebilde entstehen, die so mächtig waren wie Staaten.

Die Bildung von sogenannten Pools, das heißt Kartellen oder ‚Gentlemen-Abkommen‘, die zwischen Produzenten oder Direktoren von Eisenbahnen, welche miteinander in Konkurrenz standen, zur Aufrechterhaltung der Preise und zur Aufteilung des Geschäftes oder auch sogar zur Aufteilung der Gewinne abgeschlossen wurden, waren für die Periode nach 1872 charakteristisch. . . .

Um 1880 wurden die Pools allmählich durch die ‚Trusts‘ verdrängt, das heißt durch eine Form des Firmenzusammenschlusses, bei der die angeschlossenen Gesellschaften ihre Aktien und ihre Machtbefugnisse einem Gremium von Treuhändern oder ‚Trustees‘ übergaben. Nach der Definition von Eliot, 'kann das Bestehen eines Trusts angenommen werden, wenn eine Person, eine Gesellschaft oder ein Zusammenschluß von solchen eine so große Anzahl von Werken des gleichen Produktionszweiges besitzen oder kontrollieren, daß sie in der Lage sind, praktisch den Preis der betreffenden Waren festzusetzen.' Der erste wichtige Trust war die Standard Oil Company, die von John D. Rockefeller 1870 ins Leben gerufen und 1882 in einen Trust umgewandelt wurde. . . . Die wichtigsten dieser Industriezusammenschlüsse waren, neben der Standard Oil Co. und der United States Steel Corporation, der unter dem Namen Amalgamated Copper Co. bekannte Kupfer-Trust, die in der American Sugar Refining Co. zusammengeschlossenen Zuckerinteressen, die Tabakfirmen der American Tobacco Co., die United States Rubber Co. für Gummi, die United States Leather Co. für Leder, die International Harvester Co. für landwirtschaftliche Maschinen und die Pullman-Palace Car Co. für die Pullman-Betriebe auf den Eisenbahnen. Keiner von diesen Trusts hatte ein Aktienkapital von weniger als 50 Millionen Dollar.“ (Morison-Commager, Band II., a.a.O., S. 149 f.)

² Barnes und Ruedi kennzeichnen den Monopolkapitalismus wie folgt: „In the latter half of the nineteenth century factories became larger, industrial mergers common, and industry tended to become gigantic. An effort was made to secure a monopoly over the production and sale of many types of natural resources and manufactured goods. Hence, we regard this stage of capitalism as ‚monopoly industrial capitalism‘.“ (Barnes und Ruedi; a.a.O., S. 231.)

Mit dem Zug zum Finanzkapitalismus zu Beginn des 20. Jahrhunderts wurden der Fachmann und die enge Zusammenarbeit innerhalb der Betriebsgemeinschaft in den Hintergrund gedrängt. Reine Geldmacherei, „business is business“, Profitsucht und Zusammenlegung von Verfügungskapital zum Zwecke weiteren Geldgewinnes charakterisieren diese Epoche des Kapitalismus. Die neue Institutionalisierungsweise setzte sich weithin durch. Noch heute wird in den USA ein Unternehmer, der mit seinem Betrieb und seiner Güterproduktion eng verbunden ist, als Industrieller (industrialist) bezeichnet. Damit wird er vom Verfügungskapitalisten (financier) unterschieden. Der Finanzkapitalismus beließ den „industrialists“ ihre Fabrikanlagen, machte sie aber in ihrer Mehrzahl allmählich vom Geldgeber, dem Finanzier, abhängig.¹

Die Aktiengesellschaft, die geschaffen wurde, um dem Unternehmer die Finanzierung seiner Investitionen über die Börse zu ermöglichen, kommt in ihrem Wesen den Methoden der Holding Companies und der Investitionsbanken sehr entgegen. Mit Verfügungskapital steigen Finanzkompanien in die Gesellschaften der Schlüsselindustrien ein. Sie kontrollieren die Verzinsung ihrer Anlagen und haben Einfluß auf die Gesellschaften, die Vorstände und damit die Betriebsleitungen. Aus dieser Position ist die Einwirkungsmöglichkeit auf die Institutionen und den Wettbewerb in allen Bereichen der gewerblichen Produktion und des Handels fast unbegrenzt.²

¹ Morison-Commager schreiben zur Abhängigkeit der Unternehmer von den Geldgebern: „Gleichzeitige Bekleidung von Direktorenposten bei verschiedenen Gesellschaften durch ein und dieselbe Person und das System der sogenannten Holdinggesellschaften trugen dazu bei, die Macht in den Händen einiger weniger zu konzentrieren. Gegen Ende der zwanziger Jahre wurde berichtet, daß die Direktoren der New York Central Railroad bei anderen Gesellschaften 306 Direktorenposten innehatten, diejenigen der Pennsylvaniaeisenbahn hatten 241, die Direktoren der Radio Corporation of America 232, die Direktoren der General Electric Corporation 218, die Direktoren der United States Steel 174 und die Direktoren der American Telegraph and Telephone 226 Direktorenposten bei anderen Gesellschaften inne. Nach einer Schätzung des Senatsausschusses über Banken und Währung kontrollierte das Bankhaus J. P. Morgan durch gleichzeitige Besetzung von Direktorenposten bei anderen Gesellschaften und durch Kapitalanlagen direkt oder indirekt ungefähr 74 Milliarden Dollar Gesellschaftsvermögen, das heißt ungefähr ein Viertel der gesamten Gesellschaftsaktiven des Landes.“ (Morison-Commager, Band II, a.a.O., S. 591 f.)

Es war tatsächlich so, daß die Bankiers in immer zunehmendem Maße die Wirtschaft beherrschten. Barnes und Ruedi ergänzen: „By the close of the first world war, the ten leading banks and three leading insurance companies - the latter were under banking control - dominated nearly all the great business enterprises of the country; The Ford Motor Company was probably the only exception. Henry Ford never became subservient to the financiers, and the latter made a vain effort to put him out of business. . . .“ (Barnes und Ruedi, a.a.O., S. 234.)

² Morison-Commager schreiben: „In der amerikanischen Industrie und im Bankgewerbe konzentrierte sich die Macht immer mehr, obgleich dies früher einmal als eine Bedrohung des Allgemeinwohls angesehen worden war. In dem Jahrzehnt von 1919 bis 1929 wurden in der Fertigwarenindustrie und in der Grubenindustrie 1280 Zusammenschlüsse vorgenommen, bei denen die Verschmelzung von rund 4000 und das völlige Verschwinden von 6000 Firmen notwendig wurde. Den gleichen Vorgang konnte man auf dem Gebiet der öffentlichen Versorgungsbetriebe, der Finanzen, des Verkehrs und des Handels erkennen. . . . Das unausbleibliche Ergebnis dieses Zusammenschließungs- und Konsolidierungsprozesses war die Beherrschung der amerikanischen Industrie, des Verkehrswesens und der Finanz durch riesige Gesellschaften. Im Jahre 1933 gehörten 53 Prozent der gesamten Gesellschaftsvermögen in Amerika 594 Aktiengesellschaften, von denen jede ein Aktienkapital von mindestens 50 Millionen Dollar besaß. Die übrigen 387 970 besaßen die restlichen 47 Prozent.“ (Morison-Commager, Band II, a.a.O., S. 590 f.)

Die Holding Companies und die Investitionsbanken waren allein an der Rentabilität eines Produktionsvorganges interessiert. Sie lenkten ihre Gelder dorthin, wo Rentabilität lockte. Wo die Verzinsung des Finanzmittels sank, wurde es herausgezogen. Man machte geltend, auf diese Weise schnell auf die sich stets ändernde Nachfrage reagieren zu können. Grenzbetriebe der industriellen Produktion, des Handels und Handwerks wurden reibungslos ausgeschaltet und unwirtschaftliche Produktionsmethoden eingestellt.

Neben diesen Vorteilen bringt die Konzentration des Verfügungskapitals in den Händen weniger auch Nachteile mit sich. Das Interesse an der Aufrechterhaltung der Produktion in den diversen Industriebranchen geht verloren. Bei Konjunkturrückgang entzieht man der gewerblichen Wirtschaft sämtliche finanziellen Mittel und wechselt zu festverzinslichem Papier, etwa der Staatsverschuldung, über. Damit ist die Industrie ganz den Entscheidungen der Vorstände der Investitionsbanken und der Holding Companies ausgeliefert. Die „industrialists“ hingegen mußten bei ihrem Streben, den Markt zu beherrschen, auf volle Auslastung der Produktionskapazität bedacht sein. Die Marktpolitik der Trusts war auf die völlige Beherrschung einzelner Märkte gerichtet. Daher wirkte sie sich nicht so tiefgreifend auf die Struktur der gesamten Ökonomie aus wie der spätere Verfügungskapitalismus.¹ Zusammenschlüsse der Arbeitnehmer sind in Amerika im Vergleich zu anderen Industrieländern noch wenig üblich. Die Zahl der organisierten Arbeitnehmer ist im Verhältnis zur Masse der Arbeiterschaft gering. Diese Tatsache wird verständlich, wenn man der Herkunft der Arbeiter in den Fabriken nachgeht. Sie waren Enkel und Söhne von Pionieren, selbständigen Farmern und Handwerkern, die alle im Sinne des Amerikanismus erzogen waren. Sie empfanden keine Solidarität mit den Industriearbeitern in Europa.² Sie kannten keine Klassenunterschiede, sie waren selbst noch freie Unternehmer gewesen. Die ungelerten und gelernten Arbeiter, die aus den europäischen Ländern nach Amerika kamen, hofften den Klassenkampf in einer Gesellschaft, die kein Ständewesen kannte, hinter sich gelassen zu haben. Ein Arbeiter im amerikanischen Sinne ist jeder, der mit den Händen arbeitet, also auch der Bauer und Handwerker, im weiteren Sinne jeder, der gewerblich tätig ist. Zuerst organisierten sich die eingewanderten Handwerker. Ihnen folgten in langem Abstand

Barnes und Ruedi schreiben: „At the beginning of the twentieth century, with the rise of the giant corporations and holding companies - the control of business by the financiers grew apace. The great investment banks not only supplied the money for new enterprises and expansion of old plants, but also placed their representatives on the boards of directors. As a result of the capture of big business by the financiers, we call this last stage of capitalism, 'finance capitalism'. The monopolistic traits of the previous period continued, usually with more success. Though the trusts, which were the earliest form of monopoly, had been outlawed in the United States, the holding company proved far more efficient in securing a monopoly over production in many fields. Through the holding companies, ownership was separated from control, and control from management.“ (Barnes und Ruedi, a.a.O., S. 231.)

¹ Vgl. hierzu Kap. VII.

² „Die erste Arbeiterbewegung wurde in Amerika, genau so wie in England, mehr von städtischen Handwerkern als von Fabrikarbeitern ins Leben gerufen, nahm aber einen von der englischen Entwicklung abweichenden Verlauf. Die Unternehmer organisierten Gewerbe, ... um die Absatzgebiete ... entsprechend ausnutzen zu können. ... Die alteingesessenen Handwerker, die mit einigen Gesellen und Lehrlingen arbeiteten, wurden auf die Posten von Vorarbeitern herabgedrückt, die unter einem Unternehmer tätig waren. Eine bis ins einzelne gehende Spezialisierung brachte das Lehrlingsystem zum Erliegen.“ (Morison-Commager, Band I, a.a.O., S. 567 f.)

die Arbeiter, die durch die zunehmende Mechanisierung und Automatisierung arbeitslos wurden oder niedrigere Löhne erhielten. Die dadurch bedingte Verelendung brachte die Arbeiter dazu, sich zusammenzuschließen.¹ Meilensteine auf dem Wege des Zusammenschlusses der Arbeiterschaft waren:

- 1861-1886 Gründung einzelner Verbände der Handwerkerberufe in Großstädten und Industriezentren,
- 1886 Gründung der „American Federation of Labor“, die eine Institutionalisierung der in die Fabriken gezogenen Handwerker auf nationaler Ebene darstellt,
- 1920-1935 Zeit der „company unions“ - in denen die Belegschaften von Einzelbetrieben unter Mitwirkung des Arbeitgebers organisiert wurden, um Löhne und Arbeitsbedingungen auszuhandeln,
- 1935 Gründung des „Congress of Industrial Organizations“ (CIO), einer Vereinigung ungelernter (z. B. Fließbandarbeiter) Arbeiter, gegliedert nach Produktionsbranchen (Autoindustrie, Textilbranche, usw.),
- 1935 Anerkennung der Gewerkschaften (CIO und AFL), als gesetzlicher Tarifpartner durch die „National Labor Act“,
- 1955 Verschmelzung des „American Federation of Labor“ (AFL) mit dem „Congress of Industrial Organizations“ (CIO) unter einheitlicher Leitung.

Mit dem industriellen Wandel im Kapitalismus trat nach und nach eine Änderung der zwischenmenschlichen Beziehungen der Arbeitgeber zu den Arbeitnehmern ein. Arbeitsbedingungen und Löhne der Arbeiterschaft ließen bei dieser nicht mehr den Gedanken vom „team work“ mit den Arbeitgebern aufkommen. Die Vorstellung der Partnerschaft von Arbeitgeber und Arbeitnehmer und damit die von der Gleichheit aller Menschen ging mit dem Größerwerden der Industriebetriebe verloren. Aufkommende Schwierigkeiten ließen sich nicht mehr in persönlichen Gesprächen beseitigen. Der Arbeitgeber wurde allmählich der „manager“, der seine Arbeitskräfte als Produktionsfaktoren betrachtete und einsetzte. Als

¹ Morison-Commager schreiben zur Institutionalisierung der Arbeiterschaft: „Die Vorteile, welche die Industrie aus der Anwendung der Naturwissenschaften und der Nutzbarmachung von Erfindungen zog, haben sich im reichen Maße zugunsten der ganzen Gesellschaft ausgewirkt. Ihre Folgen aber sind vor allem für das Kapital und nicht so sehr für die Arbeiter von Nutzen gewesen. Durch die Maschinen sind in der Fabrikation ungeheure Ersparnisse bei einer mächtigen Erhöhung der Produktionskraft möglich gewesen, aber nur ein kleiner Teil dieser Ersparnisse ist den Arbeitern in Form von Löhnen zugeflossen, während bei der Arbeitszeit keine Kürzung im Verhältnis zur Erhöhung der Produktionskraft eingetreten ist. . . . Schon 1886 erklärte der amerikanische Beauftragte für Arbeiterfragen, Carroll Wright, daß „die Antwort auf die Frage, ob der Lohnempfänger einen gerechten Anteil an den Vorteilen erhalten hat, die sich aus der Einführung von Maschinen ergeben, absolut negativ ist“; und vierzig Jahre später hatte sich daran anscheinend nichts geändert.“ (Morison-Commager, Band II, a.a.O., S. 162.)

man mit Maschinen und Fließbändern zu arbeiten begann, wurden gelernte Handwerksmeister in den Betrieben entbehrlich. Ein paar Wochen Anlernzeit genügten, um eine Maschine bedienen zu können.¹

Mit dem Verlust des menschlichen Kontaktes zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer wurde die Produktivität eines Arbeitnehmers alleiniger Maßstab für seine Beurteilung durch den Arbeitgeber. Das führte dazu, daß der Arbeitgeber (jetzt „manager“) auf niedrigsten Lohn und größte Arbeitsleistung bedacht war. Der Arbeiter hingegen forderte so wenig Arbeit und so hohe Löhne als möglich. Um diesen Interessen Nachdruck zu verleihen, bauten sich die Arbeitnehmer ihre Organisationen auf.

Zunächst nahmen die gelernten Arbeiter (Maurer, Zimmerleute, Spengler u. a.) den Arbeitgebern gegenüber eine Monopolstellung ein. Diese Position verstanden sie auch gegenüber dem allgemeinen Publikum in den Städten zu wahren, indem sie als Handwerker ihre Preise absprachen. Auf diese Weise entstanden in den Neuenglandstaaten und in den Großstädten Chicago, Detroit, San Francisco, New Orleans u. a. Arbeiterverbände, die fast den Charakter von Handwerkersvereinigungen hatten. Aus diesen Zusammenschlüssen bildete sich später die „American Federation of Labor“.

Die ungelernten Arbeiter in den Massenproduktionsstätten konnten sich keine solche Position, um höhere Löhne und bessere Arbeitsbedingungen auszuhandeln, schaffen. Bei ihnen griffen die Arbeitgeber einer Arbeiterbewegung vor und riefen innerhalb ihrer Belegschaften Arbeitnehmerorganisationen ins Leben. 1933 gab es in den Vereinigten Staaten ungefähr 1 000 Fabriken und etwa 1 500 000 Arbeiter, die auf diese Weise organisiert waren.² Die Arbeitgeber zogen die Organisationsform der „company unions“ unabhängigen Arbeitnehmerinstitutionen vor, da sie auf die ersteren großen Einfluß nehmen konnten. Bis zur Weltwirtschaftskrise institutionalisierte sich der amerikanische Arbeitsmarkt auf die beschriebene Weise.³

¹ Morison-Commager schreiben hierzu: „Die Berufskennntnisse und Erfahrungen der Handwerker hatten ihren früheren Wert verloren und sicherten dem gelernten Arbeiter nicht mehr irgendwelche besonderen Vorteile gegenüber dem ungelernten Arbeiter. Zur Bedienung von Maschinen braucht man nur wenig Ausbildung. Im Jahre 1922 schätzte Henry Ford, daß 43 Prozent der Arbeiten in seinen Automobilfabriken nur eine eintägige Ausbildung erforderten, und daß nur 15 Prozent eine Ausbildung von einem Monat notwendig war.“ (Morison-Commager, Band II, a. a. O., S. 162.)

Zum Verhältnis Arbeitgeber zu Arbeitnehmer schreiben Barnes und Ruedi: „The growth of cities and the development of the factory system brought a marked change in the relationship between employer and worker and in the relative position of the latter. The former close association between employer and worker disappeared. The adjustment of difficulties could no longer take place upon a friendly, informal basis. . . . Furthermore, the urban worker was now dependent upon his job for a livelihood. No longer could he turn to agriculture or set up his own small shop, if he disliked his conditions of employment.“ (Barnes und Ruedi, a. a. O., S. 241.)

² Vgl. Barnes und Ruedi, a. a. O., S. 244.

³ Weder eine Arbeiterklasse noch eine Arbeiterpartei lassen sich mit der amerikanischen Tradition vereinbaren. Hierzu Morison-Commager: „Für die Bildung einer politischen Arbeiterpartei in den Vereinigten Staaten haben stets zwei große Hindernisse bestanden: die soziale Demokratie und die Bundesregierung. Einmal wirkten die Gelegenheiten zum sozialen Aufstieg der Entwicklung eines Klassenbewußtseins bei den Arbeitern entgegen. Die Möglichkeit, als Pionier nach Westen zu ziehen, schwebte dem Arbeiter von 1825 genau so vor wie die Anschaffung eines neuen Autos heutzutage. Die förderative Form der Regierung machte es für den Arbeiter unmöglich und überflüssig,

Im Zuge des „New Deal“ wurde die organisierte Arbeiterschaft vom Kongreß als Tarifpartner der Arbeitgeber anerkannt. Zunächst wurde dieses Recht in einem Kapitel des Gesetzes zur Überwindung der Wirtschaftskrise (National Industrial Recovery Act) vom Juni 1933¹ gesichert. Da jedoch dieses Gesetz als ganzes nach Meinung der Verfassungsgerichte (United States Supreme Court) verfassungswidrig war, wurde es für nichtig erklärt. Daraufhin kam der „Wagner Act“ (nach seinem Verfasser Senator Wagner genannt) zustande, wonach die Gewerkschaften gesetzliche Tarifpartner im „collective bargaining“ hinsichtlich der Löhne und Arbeitsbedingungen sind. Die Company Unions wurden für gesetzwidrig erklärt.

Erst die Auswirkungen der Weltwirtschaftskrise machten das Eingreifen des Gesetzgebers notwendig, um die Institutionen in der Wirtschaft zu regulieren. Bis dahin galt - von allgemeinen Schutzmaßnahmen wie Erziehungszöllen abgesehen - die Trennung von Staat und Wirtschaft als oberster Grundsatz. Weil die neue Staatsintervention dem traditionellen Liberalismus zuwiderlief, war man bestrebt, diese auf das Unvermeidliche zu beschränken. Trotzdem fragt man sich heute genau wie in den dreißiger Jahren in vielen Kreisen Amerikas, ob Franklin D. Roosevelt, als er von staatswegen in das Wirtschaftsgeschehen eingriff, tatsächlich im Geiste Jeffersons und Lincolns gehandelt hat. Zur Regierungszeit der früheren Präsidenten gehörten Fragen der Wirtschaft und der Wettbewerbsordnung in die Zuständigkeit der einzelnen Gliedstaaten und wurden nicht auf Bundesebene geregelt. Die Maßnahmen des „New Deal“ hätten daher eine Gefahr für die traditionellen Freiheiten der Amerikaner bedeutet.

10. Die Auswirkungen des laissez faire in Louisiana vor der Weltwirtschaftskrise

Die Grundkonzeption der Wirtschaftspolitik nach der Rekonstruktionszeit in Louisiana war eine betonte Abneigung gegen jede Gesetzgebung und das Bemühen, durch Begünstigung eventueller Arbeitgeber Investitionen in Louisiana zu fördern. Wesentlich zum erfolgreichen wirtschaftlichen Wiederaufbau trug das Vorhandensein von zahlreichen willigen Arbeitskräften bei. Die Sozialordnung sollte sich so entfalten, daß dem freien Unternehmer in sei-

im Kongreß den herrschenden Einfluß zu gewinnen. Denn der Kongreß beanspruchte damals keine Befugnisse auf dem Gebiete der sozialen Gesetzgebung. Für Gesetze, die sie brauchten, wandten sich die Arbeiter an die Regierungen der Einzelstaaten. Dabei konnte eine Partei, die lediglich zur Durchsetzung von Zielen innerhalb eines Staates aufgestellt wurde, nicht darauf hoffen, als unabhängiger Organismus fortzubestehen. Denn die ‚Stimmabgabe für ein allgemeines Programm‘, das heißt für ein und dieselbe Partei bei den Bundeswahlen, bei den Wahlen in den Einzelstaaten und bei den Gemeindewahlen wurde allmählich zu einer Gewohnheit.

Eine Arbeiterpartei konnte höchstens innerhalb eines Staates eine energische Propaganda betreiben und dabei eine solche Stärke gewinnen, daß sich daraus eine Verhandlungsposition zur demokratischen Partei entwickelte, deren bankenfeindliche Einstellung gewisse Berührungspunkte ergab. In den Städten von Pennsylvanien und New York hatte die Arbeiterpartei mit ihrem gemäßigten Programm von Sozialreformen schnelle Fortschritte gemacht, bis sie dort in die Hände von unfähigen Elementen geriet. (Morison-Commager, Band I, a.a.O., S. 568 f.)

¹ Vgl. Jadeson, S. Das Arbeitsrecht der Vereinigten Staaten, Geschichte und Grundzüge, München und Berlin, 1952, S. 47.

nem Profitstreben nichts im Wege stand. Die Losung der Wirtschaftspolitik war „laissez faire“.¹

Der Staat enthielt sich jeglicher Sozialgesetzgebung. Wenn jemand infolge von Arbeitslosigkeit, zu schlechter Bezahlung, Krankheit oder Alter auf soziale Unterstützung angewiesen war, so wurde diese allein von kirchlichen Wohlfahrtseinrichtungen oder Wohlfahrtseinrichtungen der Pfarishes und Städte gewährt. Man hatte die soziale und wirtschaftliche Gesetzgebung der Föderalregierung nach dem Bürgerkrieg noch nicht vergessen und wollte keine neuen Risiken eingehen. Aus diesem Grunde sicherte die noch heute gültige Staatsverfassung von 1921 den Städten, Kreisen und Gemeinden alle Rechte aus Selbstverwaltung (home rule) und überließ dem Staat nur die Rahmengesetzgebung. Damit sollte jede Einmischung in kommunale Angelegenheiten unmöglich gemacht werden. Industrie und Handel lehnten ebenfalls jede staatliche Bevormundung ab. Die Staatslegislative darf nach der Verfassung von Louisiana beispielsweise kein „local or special law“ über Zinssätze, Privatunternehmen, zur Kontrolle der Landwirtschaft, der Industrie oder des Handels erlassen.² Die Festlegung der Löhne, mit Ausnahme eines Mindestlohnes für weibliche Arbeitskräfte, ist ausdrücklich durch Gesetz verboten.³ Auf dem Arbeitsmarkt soll völlige Vertragsfreiheit ohne Verpflichtung gegenüber dem Staat herrschen. Nur in Fällen, in denen die Sicherheit, Gesundheit und Moral des einzelnen und das allgemeine Wohergehen beeinträchtigt werden, wird dem Staat ein Einspruchsrecht zugestanden. Verletzt die Vertragsfreiheit die Rechte der Gesellschaft im allgemeinen, haben die Stadtväter die nötigen Gegenmaßnahmen zu treffen.⁴

Die Arbeitnehmerinstitutionen entwickeln sich in Louisiana wie folgt:

- | | |
|-----------|--|
| 1877-1898 | Nach der Sklavenbefreiung werden weiße und farbige Arbeitnehmerverbände gegründet, die miteinander konkurrieren. |
| 1892 | In New Orleans wird zu einem Generalstreik aufgerufen. Der Streik ist erfolglos. |
| 1902 | Die Straßenbahnarbeiter in New Orleans streiken ohne Erfolg für einen achtstündigen Arbeitstag und fünfundzwanzig Cent Mindeststundenlohn. |
| 1916 | In Louisiana wird eine Filiale der „American Federation of Labor“ gegründet. |

¹ Vgl. auch S. 107 f.

² „The Legislature shall not pass any local or special law on the following specified subjects: . . . Regulating labor, trade, manufacturing or agriculture. . . . Fixing the rate of interest. . . . (Art. 4 § 4 der Louisianaverfassung von 1921. Vgl. Dart, a.a.O., S. 65.)

³ „No law shall be passed fixing the price of manual labor, but the Legislature, . . . may establish minimum wages for and regulate the hours and working conditions of women and girls. . . .“ (Art. 4, § 7 der gleichen Verfassung, Vgl. Dart, a.a.O., S. 69.)

⁴ In den zwanziger Jahren entschied z. B. ein Louisianagericht: „The liberty of contract relating to labor includes both parties to it; the one has as much right to purchase as the other to sell labor, and this liberty of contract is protected by the federal constitution to the extent that states have no right to interfere with it, except in cases involving the safety, health, morals and general welfare of the public.“ (Zitiert nach Dart, a.a.O., S. 70.)

1916-1933 Die Arbeiterbewegung im Staat wird beinahe lahmgelegt.

1935 bis heute AFL und CIO bemühen sich, die verhältnismäßig kleine Industrie-
arbeiterschaft zu organisieren. Die reichlich vorhandene, wenig or-
ganisierte Arbeitskraft ist noch immer ein Anziehungsmittel für neue
Industrien in Louisiana.

Die strukturelle Entfaltung Louisianas - wie überhaupt die der gesamten Südstaaten - als überwiegendes Agrarland und der geschichtlich bedingte Konservatismus wirken dem Gewerkschaftsgedanken der Arbeiter entgegen.¹ Die Bemühungen, Interessengemeinschaften der Arbeiter zu gründen und Mitglieder zu werben, stoßen in den Südstaaten stets auf stärksten Widerstand. Ein weiterer hemmender Faktor bei der Organisation der Arbeiter-
schaft in den Südstaaten ist der Gegensatz zwischen schwarzen und weißen Arbeitern.

Seit der Mitte des vorigen Jahrhunderts, wo nur etwa jedes elfte Familieneinkommen nicht in der Landwirtschaft verdient wurde, wanderten immer mehr Farmer in Sägemühlen, Papiermühlen, in die Textilindustrie und die Bauwirtschaft ab.² Trotzdem blieb Louisiana vorwiegend ein Agrarland, in dem die Landwirtschaft von der Gesetzgebung stets bevorzugt behandelt wird. Zur Wiederbelebung der durch den Bürgerkrieg und die Sklavenbefreiung darniederliegenden Landwirtschaft, zum Bau von Straßen und Brücken, zum Erschließen der Rohstoffquellen und um der Wirtschaft neue Formen und Impulse zu geben, brauchte Louisiana Unternehmer und Geld. Außerdem hatten Geologen erhebliche Vorkommen wertvoller Mineralien entdeckt, deren Ausbeutung ebenfalls bedeutende Investitionen erforderte. Lange hatte man die reichlich vorhandenen Rohstoffe Louisianas zur Verarbeitung in konsumreife Güter nach England oder den Nordstaaten transportiert. Mit den doppelten Transport- und Handelsspannen stiegen die Preise. Aus wirtschaftlichen Gründen war es deshalb vorteilhafter, die Verarbeitungsstätten nach Louisiana, d. h. näher an die Rohstoffquellen heran zu verlegen. Dabei konnten gleichzeitig den heimgekehrten Soldaten und den befreiten Sklaven neue Lebensgrundlagen und Beschäftigungsmöglichkeiten erschlossen werden. Wollte man Kapitalinvestoren ins Land locken, durfte man die Kapitalisten nicht in ihrem Recht auf Eigentums- und Vertragsfreiheit beeinträchtigen. Als weiteren Anreiz sah man eine befristete Befreiung des neuen Kapitals von direkter Besteuerung vor. Änderungen der Wettbewerbsordnung zuungunsten der wagnisbereiten Unternehmer und Verfügungskapitalisten waren unter diesen Umständen nicht zu erwarten.³

Wie alle übrigen Staaten des Bundes erlebte auch Louisiana nach dem ersten Weltkrieg einen wirtschaftlichen Aufschwung. Daher verbreitete sich die Meinung, man könne sich immerwährender Prosperität erfreuen, wenn man jede Staatsintervention auf wirtschaftlichem Gebiete unterbinde. In den Genuß des „Wirtschaftswunders“ von Louisiana kamen nicht nur die Besitzenden und Finanzkräftigen, sondern auch der Mittelstand und die Arbei-

¹ „Although Louisiana had many labor unions prior to 1920, it was generally considered to be a nonunion state. Labor Day was not officially recognized until 1928. (So Davis, a.a.O., S. 307.)

² Vgl. S. 97 zur Beschäftigung der Bevölkerung Louisianas um die Mitte des vorigen Jahrhunderts und S. 11 f. zur Verteilung der Bewohner heute zwischen Stadt und Land.

³ Die Städte und Gemeinden befreien neue Industrien von Realsteuern und der Staat Louisiana macht den Steuerausfall gut. (Vgl. Art. 10, § 22 der geltenden Louisianaverfassung. - Dart, a.a.O., S. 278.)

terschaft. Sie legten ihre Ersparnisse und häufig auch geliehenes Geld in den verschiedensten Unternehmungen an.

Unter Führung der mächtigen „Standard Oil Company“ bauten die größeren Ölgesellschaften pipe lines, um das Erdöl unmittelbar von den Quellen zur Raffinerie transportieren zu können. Als fortwährend weitere Rohölvorkommen entdeckt wurden, entstanden auch eine Reihe kleinerer Korporationen.

Diese „mittelständischen“ Unternehmen lieferten ihr Öl an die Eigentümer der pipe lines.¹ Solange die damals noch steigende Nachfrage nach Ölprodukten den Preis günstig beeinflusste, bewährte sich dieses Arrangement vorzüglich. Mit dem rasch steigenden Angebot war jedoch ein Preisdruck nicht zu vermeiden. Die Trusts beabsichtigten deshalb das Ölangebot zu drosseln. Die großen Öllieferanten betrieben den Ausschluß der kleinen vom Ölgeschäft. Die Kontrolle der pipe lines gestattet ihnen ohne weiters ein solches Vorgehen. Mehr als hundert kleinere, unabhängige Gesellschaften mit Tausenden von Aktionären wären von diesen Maßnahmen betroffen worden. Der später berühmt gewordene Gouverneur und Senator von Louisiana, Huey P. Long, gibt folgenden Bericht von einer Tagung der Ölproduzenten, die zur endgültigen Entscheidung über die weitere Annahme des Rohöls von kleineren Gesellschaften zum Transport über die pipe lines einberufen worden war:

„Die Gesichter der Vertreter der Standardölgruppe (Vertretung der Öltrusts; der Verf.) trugen den Ausdruck der Selbstzufriedenheit. Um diese Männer empfand man ein undefinierbares Etwas, das Freiheit von Geldsorgen und von Kummer über die Zukunft vermuten ließ. Dagegen spiegelte der Anblick der unabhängigen Gruppe völlig andere Gesichter wider. Sorgen und in manchen Fällen Verzweiflung sprachen aus jedem Zug.

Etliche der größeren Gesellschaften hatten bis dahin nicht entschieden, ob sie sich mit einem Embargo einverstanden erklären wollten. Ein Repräsentant dieser erhob sich und führte aus:

„Ich bin der Ansicht, wir können einen Weg finden, vorausgesetzt, wir alle hören auf, mehr Ölquellen zu erschließen. Meine Gesellschaft hat noch nicht gesagt, sie wolle dieses Öl nicht mehr aufnehmen.“

„Aber das werden sie jetzt tun“, befahl der Standardölvizepräsident mit Autorität. Diese Entscheidung der größeren Finanzmacht beendete die Tagung.“²

Das laissez faire, das unbeschränkte freie Eigentumsrecht und die völlige Vertragsfreiheit zwischen großen und kleineren kapitalistischen Institutionen führte dazu, daß die Großen fortwährend größer wurden. Solange die Konjunktur steigt, kann sich der Mittelstand ebenfalls vergrößern und sein Wohlstand kann wachsen. Bei einem Konjunkturrückgang hingegen, im Prozeß der Ausschaltung der Grenzbetriebe, ist gerade seine Existenz bedroht, da ihm der finanzielle Rückhalt fehlt.

Der Charakter der amerikanischen Institutionen änderte sich zwangsläufig durch die Weltwirtschaftskrise. Vielfach übersieht man jedoch, daß die institutionellen Ordnungsfaktoren ihrer Natur nach niemals eine revolutionäre Neuorientierung erfahren. Zielsetzung und Vorstellung des einzelnen von Wert und Unwert im Hinblick auf zwischenmenschliche Be-

¹ „The pipe lines of the oil trust were paying (Dollar) 1.55 per barrel for the oil and begging for more of it.“ (Vgl. Long, Everyman a King, a.a.O., S. 42.)

² Long, Everyman a King, a.a.O., S. 42. (Übersetzung vom Verfasser.)

ziehungsformen können nicht in kurzer Zeit anders ausgerichtet werden. Was ein Volk von seinem Staat und von seinen sonstigen Institutionen beansprucht, hängt von den Faktoren ab, die das Denken dieses Volkes bestimmen. Sollen die Ordnungsfaktoren neu gestaltet werden, so ist dazu ein einschneidendes Ereignis als eine Weltwirtschaftskrise notwendig. Das scheint Ernesto Grassi nicht beachtet zu haben, wenn er schreibt:

„Diese Krise bedeutet das Ende der freien Wirtschaft, der rein individuellen Initiative. 1933 beginnt Franklin D. Roosevelt durch den Erlass einer Reihe von einschränkenden Gesetzen mit der Kontrolle der Arbeiterorganisationen, der Arbeitergesetzgebung, der Industrie, der Banken und der Landwirtschaft. Amerika verläßt endgültig die Ära des Pioniertums und tritt in die der Organisation und Kontrolle, die das moderne wirtschaftliche und industrielle Leben bestimmen. Die einstigen Emigranten haben die erste Weltmachtposition erobert und befinden sich nun vor politischen Aufgaben, die Tradition und historisches Bewußtsein verlangen. Ihre Bewältigung wird dem amerikanischen Charakter neue Züge hinzufügen.“¹

¹ Zitiert nach Gorer, a.a.O., S. 204. Enzyklopädisches Stichwort „Die Vereinigten Staaten von Amerika“ von Ernesto Grassi.

VII. DIE WELTWIRTSCHAFTSKRISE

1. Wesen und Wirkung der Wirtschaftskrise

Die folgenschwere Wirtschaftskrise 1929/31, von der kaum ein Industriestaat verschont blieb, wurde in den U. S. A. ausgelöst. Die Großbanken und die Holding Companies entzogen der Industrie und dem Handel ihre Finanzmittel.¹ Hat eine kapitalistische Wirtschaft weder Banken noch sonstige Kapitalsammelstellen, die ihr Geld und Kredit geben können, so fällt sie notwendigerweise in sich zusammen. Eine solche Ökonomie ist ohne Finanzmittel nicht in der Lage, Güter und Dienstleistungen in die volkswirtschaftliche Produktion und den Verbrauch einzugliedern. In den U. S. A. gaben die Großinvestoren an der Börse den Anstoß, das Kapital aus der Industrie herauszunehmen. Sie fürchteten einen Rückgang der Verzinsung ihres Kapitals wegen der damals (1929) herrschenden unerhörten Spanne zwischen Bilanzwert und Kurswert der Aktiengesellschaften. Sie zogen es daher vor, ihre Geldmittel in relativ sicheren Staatsanleihen, Hypotheken und sonstigen Anlagen, die von einem Kurssturz und Konjunkturrückgang weniger betroffen wurden, anzulegen. Die kleineren Investoren und Börsenspekulanten, die sich nach dem Vorbild der großen richteten, stießen ebenfalls ihre Aktien ab, um einem möglichen allgemeinen Kurssturz zuvorzukommen. Als tatsächlich die befürchteten Kursrückgänge eintraten, warf auch die Masse der Kleinaktionäre ihre Effekten auf den Markt, um durch raschen Verkauf noch soviel wie möglich von ihrem Vermögen zu retten. Das Umdisponieren größerer Kapitalien war die Ursache der Krise. Verheerende Ausmaße nahm sie jedoch erst an, als das breite Publikum um seine Ersparnisse zu bangen begann. Jeder wollte bares Geld. In den betroffenen Wirtschaftszweigen sanken Preise und Profite. Nominelle Lohnsenkungen waren nicht möglich. Darum kam es zu Entlassungen. Aktien, Obligationen, Liegenschaften und Warenvorräte verloren an nominellem Wert. Niemand investierte mehr. Man erwartete weitere Preissenkungen. Die „Weltuntergangsstimmung“ hinsichtlich der weiteren Entwicklung veranlaßte jedermann, den Rest seines Geldes für Eventualitäten zu horten und den Verbrauch einzuschränken.

Nach dem New Yorker Börsenkrach vom Oktober 1929 war jeder um die eigene Liquidität besorgt. Fast jeder suchte Bargeld, nicht um den Produktionsapparat in Gang zu halten, sondern um verheerende Geldverluste zu vermeiden oder auch, um den Forderungen der Gerichtsvollzieher nachkommen zu können. Während der „ewigen Prosperität“ hatte man soviel Barmittel wie möglich aufgebracht, um an den Spekulationsgewinnen der damaligen Konjunkturlage teilhaben zu können. Diese Mittel waren zu hohen Zinssätzen ausgeliehen worden. Jeder glaubte, die Zinsen leicht aus späteren Verkaufsgewinnen zurückzahlen zu können. Als jetzt die Banken und sonstigen Gläubiger die gewährten Darlehen auf Grund

¹ Vgl. Ausführungen S. 150 f. zur Konzentration der Finanz- und Verfügungsmacht zur Zeit des Finanzkapitalismus.

eigener Verpflichtungen aufkündigten, wurden Betriebe, Grundstücke und selbst Wohnhäuser zu Schleuderpreisen angeboten. Da aber überall Bargeld fehlte, konnten die Sachwerte selbst zu niedrigsten Preisen nicht mehr abgesetzt werden. Sie gingen nicht selten direkt vom Schuldner auf den Gläubiger über, und dieser übertrug sie wiederum zum Abdecken eigener Verpflichtungen weiter. Die auf Grund der herrschenden Preise erzielten oder geschätzten Gegenwerte dieser Sachwerte reichten vielfach nicht zur Befriedigung der nominalen Verschuldung aus. Das Kreditsystem brach zusammen, und das Preisniveau sank stetig ab. Die Verfügungskapitalisten standen in vielen Fällen schließlich vor dem Ruin. Manche von ihnen begingen Selbstmord. Industriekapitäne, Groß- und Kleinhändler, Handwerker und Farmer gerieten ebenfalls in Zahlungsschwierigkeiten. Die Produktion ging teilweise bis auf die Hälfte zurück. Man zählte schließlich über 12 Millionen Arbeitslose.¹

Anders als bei früheren Konjunkturrückschlägen und Strukturkrisen, die nur einzelne Gebiete oder Industriezweige erfaßt hatten, verspürten jetzt nicht nur die industriellen Ballungszentren, sondern auch die kleineren Gemeinden und die Farmer lange Zeit hindurch die Auswirkungen der Weltdepression. In Louisiana zum Beispiel bewirtschaften die Farmer ihren Besitz unter zwei Gesichtspunkten: Mais, Gemüse, Obst, Hühner, Schweine und ähnliches werden für den Eigengebrauch erzeugt, Erdbeeren, Reis, Zucker, Baumwolle und anderes sind für den Markt bestimmt. Mit den Erlösen der Marktprodukte decken die Farmer die Differenz zwischen ihren Erzeugnissen und ihrem Gesamtbedarf an Konsumgütern. Der Kauf landwirtschaftlicher Werkzeuge und Maschinen, die Zahlung des Pachtzinses oder gegebenenfalls die Erfüllung von Hypothekenverpflichtungen sind gleichfalls vom Erlös der auf dem Markt abgesetzten Ernteerzeugnisse abhängig. Daher ist es leicht vorstellbar, welche einschneidende Auswirkung beispielsweise das Absinken des Baumwollpreises von zwanzig auf fünf und schließlich auf vier Cents pro pound während der Weltwirtschaftskrise für die Farmer, die Hauptträger der Gesellschaftsordnung in Louisiana, hatte. Die Farmer befanden sich in keiner beneidenswerten Lage, zumal wenn man unterstellt, daß viele von ihnen oft mit geliehenem Geld Effekten gekauft hatten, um an der wirtschaftlichen Hochblüte, die der Depression voranging, teilhaben zu können.

Die Weltwirtschaftskrise, die nicht, wie Grassi meint, das Ende der individuellen Initiative und der freien Wirtschaft bedeutete, veränderte manche Züge der institutionellen Ordnung in den Vereinigten Staaten. Folgende Daten sind für die Entwicklung der Wirtschaft seit dem „Schwarzen Freitag“ wichtig:

1929-29 Okt. Börsenkrach in New York;

1930-1932 die Zeit tiefer wirtschaftlicher Depression und Verelendung;

1932 Wahl Franklin D. Roosevelts zum Präsidenten der U. S. A.

1933-1945 Epoche des „New Deal“;

1945-1953 „Fair Deal“ Harry S. Trumans;

¹ Vgl. Ploetz, Karl, Hauptdaten der Weltgeschichte, 28. Auflage, Würzburg, 1957, S. 206.

1953-1961 gemäßigte Rückorientierung zum traditionellen Amerikanismus unter Dwight D. Eisenhower;

1961-1963 „New Frontier“ John F. Kennedys.

Wirtschaftstheoretiker haben die Geschichte ökonomischer Krisen durchforscht, um ihre Ursachen festzustellen und wirksame Heilmittel vorschlagen zu können. Die Vergangenheit weist drei allgemeine Arten des Wirtschaftsnotstandes auf: 1. Not und Teuerung durch schlechte Ernten, 2. vorübergehende Überfüllung einzelner Märkte (Theorie der Absatzwege von Jean Baptiste Say) und 3. die „Gesellschaft im Überfluß“ wie zur Zeit des Finanzkapitalismus.

Wird nicht genug erzeugt, um die materiellen Bedürfnisse der zu unterhaltenden Bevölkerung befriedigen zu können, so folgt daraus „Not und Teuerung“.

Besonders nach Ansicht der Harmonisten ist der Geldkreislauf als Spiegel des Güterumlaufes relativ unwesentlich, denn der Zinssatz lenkt das Geld „naturgemäß“ immer wieder in den Verbrauch und die Investitionen. Die Besitzer von Arbeitskraft, Sachkapital und Rohstoffen tun den ersten wesentlichen Schritt zur Bewegung der Güter. Sie erhalten für ihre Mitwirkung Kaufkraftatteste, welche sie wiederum zur Aufnahme von Fertigprodukten verwenden. Werden diese jedoch nicht alle abgesetzt, so lagern die überschüssigen Erzeugnisse beim Produzenten oder im Handel als Vorräte. Nach Say müssen die steckengebliebenen Konsum- und Investitionsgüter früher oder später größtenteils wieder in den Kreislauf aufgenommen werden, denn die durch den Produktionsvorgang entstandene Kaufkraft findet nur dadurch ihre Verwertung. Konjunkturrückschläge wären den Harmonisten zufolge normale Erscheinungen des freien Spiels der Wirtschaftskräfte. Strukturelle „Krisen“ wären notwendig, um der sich stets ändernden Nachfrage zu genügen. Konjunkturelle „Krisen“ wären natürliche Erscheinungen im Prozeß der Produktionslenkung zur Bedürfnisbefriedigung durch die „Invisible hand“.

Bei Unterproduktion treten nach der Lehre der Harmonisten im Verlauf der Konjunktur Knappheitstendenzen mit den Begleiterscheinungen von intensivierter Nachfrage und steigenden Preisen für Fertigprodukte auf. Da die Arbeitskraft nicht voll ausgenutzt wird, sinken gleichzeitig die Löhne, und, weil noch Kaufkraftatteste aus vorhergehenden Produktionsperioden reichlich vorhanden sind, sinken die Zinssätze. Auf diesen Voraussetzungen kann die Produktion wiederbelebt werden. Bei Überproduktion führt das freie Kräftespiel zunächst zu einem Überangebot. Da die relativ unrentabel arbeitenden Grenzunternehmer in freier Konkurrenz wegen der durch das Überangebot herbeigeführten Preissenkungen für Fertigwaren allmählich ausgeschaltet werden, pendeln sich Angebot und Nachfrage nach und nach ein.

Die Klassiker des Liberalismus lehren, die Wirtschaft halte sich vermöge der ihr inwohnenden Kräfte selbst gesund und lebenskräftig. Vorübergehende Depressionen, Rezessionen, Strukturkrisen und Geldwertschwankungen seien nur äußere Symptome der inneren Anpassung der Wirtschaft mittels der ihr eigenen freibeweglichen Kräfte.

Für die Wirtschaftsstruktur zur Zeit des Fabriksystems, der Industriekapitäne und Monopolkapitalisten mag die Lehre der Klassiker zutreffen. Die Epoche der „Gesellschaft im Überfluß“ und des Finanzkapitalismus aber erfordert eine neue Betrachtung des Geldkreislaufes.

Das Problem der Finanzierung muß überprüft werden. Der Geld- und Kreditstrom scheint ausgeweitet oder eingeschränkt werden zu können, ohne daß dadurch eine gleichlaufende Veränderung im Güterkreislauf bedingt wird. Der Geld- und Kreditstrom und der Güterkreislauf scheinen zeitweilig voneinander unabhängig zu sein. Die unmittelbare Beziehung von Geld und Gütern, die die Klassiker ihren Überlegungen zu Grunde legten, ist nicht immer gegeben. Die kapitalistische Entwicklung sieht in den Produzenten nicht mehr die Herren und in den Geldgebern die Diener der Wirtschaft. Die Rollen sind vertauscht worden. Bei Ricardo waren Produzent und Geldgeber identisch. Deshalb war für das 18. und 19. Jahrhundert das Verhältnis, in dem beide zueinander standen, kein Problem. Im 20. Jahrhundert waren in den USA die bestimmenden Kräfte in der Wirtschaft nicht mehr die Arbeiter und Produzenten im klassischen Sinne, sondern die Financiers, die nur mittelbar in die Produktions- und Handelskette einbezogen waren. Die Finanzkapitalisten waren vornehmlich am Geldstrom interessiert. Ihre Interessen decken sich nicht immer mit denen der Produzenten. Das Kräftespiel, das die strukturellen und konjunkturellen Bewegungen entscheidet, leitet der Finanzier und nicht der Fabrikant. Preiserwartungen, Kursentwicklungen, Vertrauen zu dieser oder jener Weltwährung wie auch politische Ereignisse lenken den Geldstrom bald von Land zu Land, von Industrie zu Industrie, in den Verbrauch und in Investitionen oder auch von ihnen weg. Diese unter der Hegemonie der Finanzkapitalisten entstandene Labilität des Geldstromes, der gegenüber der Güterkreislauf während des Fabriksystems und des Monopolkapitalismus relativ stabil war, bietet die Grundlage zum Verständnis der Konjunkturschwankungen in der modernen Wirtschaft.

Die Vorräte an Fertigprodukten in den Betrieben und die Waren im Handel wurden schon deshalb nicht abgesetzt oder weiter im Produktions-Handelsprozeß geführt, weil die Vorstellung des „Kaufkrafttests“ nunmehr weitgehend vom Begriff des Verfügungskapitals verdrängt wurde. Man strebte danach, immer mehr von diesem zu gewinnen. Während der Weltwirtschaftskrise mangelte es an Geld und Kredit, um den Güterkreislauf via Investition und Verbrauch aufrechterhalten zu können. Als die Financiers unter diesen Umständen weder investierten noch auf andere Weise ihre liquiden Mittel in die Wirtschaft fließen ließen und die niedrigeren Einkommensgruppen demzufolge nach und nach auf Almosen angewiesen waren, trat der Zustand ein, den Robert Malthus so formuliert hat: „Die, die verbrauchen wollten, konnten es nicht und die, die konsumieren konnten, wollten nicht.“

Mit einer geschichtlichen Überprüfung der Wirtschaftsrückschläge und der Feststellung einer Mangellage war die Wirtschaftskrise indessen nicht zu überwinden. Von vornherein stimmten keineswegs alle Theoretiker in ihren Diagnosen und Prognosen überein. Die Laissez-faire-Verhaltensweise der Republikaner bis Ende 1932 zeigt, wie stark Politiker und Theoretiker an der Lehre des klassischen Liberalismus festhielten.

Es ist auch in Amerika noch immer eine unentschiedene Frage, inwieweit die Gesetzgeber den Wirtschaftsablauf mitbestimmen dürfen. Die US-Verfassung verpflichtet das Eigentum nicht. Umgekehrt ist auch die Vertragsfreiheit nicht unter den Grundrechten zu finden. Man machte mit Erfolg geltend, Privatvermögen und uneingeschränkte Vertragsfreiheit seien in einer individualistischen, liberalistischen Ordnung eine Selbstverständlichkeit. Die Zusätze IX. und X. zur Verfassung schließen nach Ansicht der Verfechter eines „Nachtwächterstaa-

tes" eine Erweiterung der Einwirkungsmöglichkeiten der Förderalregierung auf die Wirtschaft aus.¹

Die Vorkämpfer der „Radikalen“ dagegen stützten sich auf die allgemeinen Bestimmungen der Verfassung und plädierten für die notwendige Korrektur des Wirtschaftsablaufs im Interesse des Gemeinwohls. Sie beriefen sich dabei auf Präzedenzfälle, in denen der Kongreß oder die einzelnen Staaten Gesetze, die das „free enterprise“ in seinem Wesen trafen, erlassen hatten und die das Verfassungsgericht nicht für verfassungswidrig erklärt hatte.²

Die Machtstellung des Obersten Bundesgerichtes ist in den Vereinigten Staaten viel größer als man es sich in Europa gewöhnlich vorstellt. Es schützt die in der Unabhängigkeitserklärung erstmalig beanspruchten und in der Verfassung gewährten Rechte der Amerikaner auf ihre Lebensweise gegen einschränkende Gesetze sowie gegen Behörden, die sich zuviel Autorität anmaßen wollen. Seine Rechtsprechung, die in allen wesentlichen Dingen in Anspruch genommen wird, verkörpert die höchste Autorität im Lande. Diese wirkt sich so aus, daß das Rechtssubjekt, wenn es durch die Gesetzgebung und ihre Durchführung seitens der Beamten ungerecht behandelt zu sein glaubt, auf dem Gerichtsweg die Entscheidung des obersten Gerichts suchen kann. Die vom Obersten Bundesgericht gefällten Urteile kommen de facto einer Verfügung gleich. Erst durch eine Bestätigung vom Obersten Bundesgericht werden Gesetze oder auch Urteile der unteren Gerichte endgültig rechtskräftig. Alle Verfassungen bedürfen einer besonderen Interpretation, so auch die der Vereinigten Staaten von Nordamerika. Praktisch sind darum für die Beurteilung der Gesetzgebung die Ansichten der höchsten Bundesrichter ausschlaggebend.

Um eine Wirtschaftspolitik zur Überwindung der Weltwirtschaftskrise betreiben zu können, mußte man erst eine Reihe von Hindernissen aus dem Wege räumen, die das Eingreifen des Staates in den Wirtschaftsprozess unmöglich machten. Man überlegte:

1. Eine politische Partei sollte mit Hilfe der Wissenschaft über geeignete Mittel und Methoden, die Wirtschaft wieder funktionsfähig zu machen, beschließen.
2. Die Bevölkerung müsse von ihrer traditionellen Überzeugung, der Staat habe, außer durch allgemein fördernde Maßnahmen, nichts mit der Wirtschaft zu tun, abgebracht werden, um ausreichende Staatsinterventionen zu ermöglichen.
3. Ein Kongreß und ein Präsident, die die entsprechenden Gesetze tatsächlich zu erlassen hätten, seien zu wählen.

Man war damals unter Einfluß der Harmonisten der Meinung, die Krise sei durch die Freimachung von Says „verstopften Absatzwegen“ zu überwinden. Man führte die Krise auf „Überproduktion gekoppelt mit Unterkonsum“ zurück. Es galt, die wenigen Institutionen

¹ Vgl. S. 17 f.

² Schon in der Einführung zur Verfassung findet man eine Bestimmung, die allumfassend ausgelegt werden könnte: Wir, das Volk der Vereinigten Staaten schaffen und beschließen diese Verfassung . . . dem Allgemeinwohl zu dienen . . .“. Ferner in Art. 1, § 8 steht zu lesen: „Der Kongreß ist befugt, . . . Vorsorge für die gemeinsame Verteidigung und die allgemeine Wohlfahrt der Vereinigten Staaten zu treffen, . . .“ (Vgl. Morison-Commager, Band I, a.a.O., S. 919 f.)

und Personen, die über die notwendigen Tauschmittel verfügten, zu veranlassen, die überschüssigen Fertigprodukte zu kaufen oder die erforderliche Kaufkraft den Millionen kaufwilliger aber nicht kauffähiger Städter und Farmer zuzuführen.

Damit die Bevölkerung staatlichen Eingriffen in die materielle Betätigung der Wirtschaften zustimmte, appellierte man an die sportliche Faineß der Amerikaner, um überall dort, wo Wettbewerb herrschen soll, einigermaßen gleiche Startbedingungen herbeizuführen. Als infolge der Wirtschaftskrise 1931 und 1932 breite Schichten der Gesellschaft immer mehr verarmten und schließlich auf Fürsorgeeinrichtungen angewiesen waren, glaubte auch das Volk, die Regulierung der Produktion und Verteilung der lebensnotwendigen Güter nicht mehr der inneren Anpassung der Wirtschaft mittels der ihr innewohnenden freibeweglichen Kräfte allein überlassen zu dürfen. Aus diesem Grunde wechselten vor der Präsidentenwahl im Jahre 1932 immer mehr Verfechter des laissez faire in das Lager derer über, die sich für ein Eingreifen des Staates in den Wirtschaftsprozess einsetzten.

2. Der New Deal.

In Amerika ist es üblich, bei Wahlreden und ähnlichen Gelegenheiten dem Durchschnittsbürger politische Grundsatzprogramme mit aus Sport und Spiel bekannten Begriffen zu erläutern. Das politische Schlagwort des Regimes F. D. Roosevelt - New Deal - ist dem Pokerspiel entnommen.

Pokern, ein Kartenspiel um Geld, bei dem erhebliche Summen ihren Besitzer wechseln können, ist ein Männerspiel in den USA. Mit guten Karten und spielerischem Geschick kann ein Pokerspieler seinen Mitspielern Geld abgewinnen. Die Karten werden oft gemischt und neu verteilt. Im Verlaufe eines Pokerabends sammelt sich erfahrungsgemäß das Geld, um das gespielt wird, in den Händen weniger Spieler. Das Spiel ist beendet, sobald sich kein Spieler zu einem weiteren Geldeinsatz bereit findet. Pokern ist in den U. S. A. ein gesellschaftsfähiges Spiel. Die oft in Filmen beim Pokern gezeigten betrügerischen Machenschaften sind nicht an der Tagesordnung. Nur einige strenggläubige Religionsgemeinschaften lehnen das Pokern ab. Von Präsidenten wie Roosevelt und Truman wird berichtet, daß sie sich mit Freunden und Kabinettsmitgliedern zum Pokern trafen.

Ausschlaggebend für den Vergleich des Wirtschaftsablaufes mit einem Pokerspiel war der New Deal, die nach jeder Runde erfolgende Neuverteilung der Spielkarten unter die Spieler. Damit werden allen Teilnehmern am Spiel neue Gewinnchancen eingeräumt. Roosevelt strebte mit seiner Wirtschaftspolitik eine Neuverteilung der Einkommens- und Gewinnchancen bei annähernd gleichen Startbedingungen zur Behebung der Weltwirtschaftskrise an. Im Wirtschaftsleben lassen sich die Startbedingungen jedoch nicht so leicht wie beim Pokerspiel nivellieren. Entscheidend für den späteren Gewinn ist die Vermögensgrundlage, auf der gestartet werden kann. Roosevelt sah in seinem Programm keine Neuaufteilung des bereits von einzelnen angesammelten Vermögens vor.

Alle Pläne, die zur Überwindung der Weltwirtschaftskrise entworfen wurden, entsprachen dem Geiste der Unabhängigkeitserklärung. Ob eine Freimachung der verstopften Absatzwege durch eine Wiederverteilung des laufenden Einkommens, eine Vermögenswiederver-

teilung oder durch die Aufstellung neuer Richtlinien zur Kontrolle der Wettbewerbsordnung vorgeschlagen wurde, alle diese Maßnahmen sollten mit der Verfassung in Einklang gebracht werden. Die Gefahr eines Rückfalls in das mittelalterliche, absolutistisch-merkantilistische Gesellschaftssystem und der Wunsch zur Gründung eines Arbeiter- und Bauernstaates zeigten sich bei den Bestrebungen, die amerikanische Volkswirtschaft wieder funktionsfähig zu machen, nicht.¹

Roosevelts Plan zur Sanierung der Wirtschaft beruhte auf einem Kompromiß. Das Hoover'sche Regime erhoffte sich eine Besserung der Verhältnisse von der heilenden Wirkung der „invisible hand“. Andere Pläne sahen eine Wiederverteilung nicht nur des laufenden Einkommens, sondern auch der Vermögensgrundlagen im weitesten Sinne vor. Demgegenüber strebte Roosevelt eine Sicherung des Existenzminimums und eine teilweise Wiederverteilung des laufenden Verdienstes der Wirtschaft an. Seine Vorschläge waren den Radikalen zu konservativ und den Konservativen zu radikal.

Der Vorschlag, den Reichtum im Lande wieder zu verteilen (Share-our-Wealth-Plan), der im Volke, im Repräsentantenhaus des Kongresses und sogar im konservativen US-Senat zahlreiche Befürworter fand, wurde von Huey Pierce Long, dem bereits erwähnten Gouverneur von Louisiana und späterem US-Senator, eingebracht. Huey Long wurde 1893 in Nordlouisiana geboren und entstammte einer ins Mississippital eingewanderten angelsächsischen Pioniersfamilie. Mit 25 Jahren gehörte er der „Railroad Commission“ an, bewarb sich 1924 ohne Erfolg um den Gouverneursposten von Louisiana und wurde 1928 vom Volk in diese Stellung berufen. Im Jahre 1930 wurde Huey Long als Vertreter seines Staates in den US-Senat entsandt. Er behielt jedoch seinen Gouverneursposten so lange bei, bis er seinen Nachfolger bestimmen konnte, und ging erst 1932 als Senator nach Washington. Von 1928-1935 bestimmte Huey Long die politische Entwicklung Louisianas. 1935 fiel er im Staatshaus von Baton Rouge einem Attentat zum Opfer. Huey Long wurde, weil die Halbheiten Roosevelts die Wirkung der Depression nur zum Teil mindern konnten, vor seiner Ermordung wegen seines „Share-our-Wealth“-Planes als der kommende Mann angesehen.² Überall in den Vereinigten Staaten entstanden „Share-our-Wealth-Clubs“, und man erblickte in Long sogar einen möglichen Konkurrenten Roosevelts für die Präsidentenwahl des Jahres 1936.³

¹ In vielen Staaten Europas verhalf die Weltwirtschaftskrise totalitären Bewegungen an die Macht, die die Verfassungen außer Kraft setzten. „Mussolini baut in Italien . . . systematisch eine nationalitische Einparteiherrschaft aus. Bei diktatorischen Vollmachten läßt er lange die parlamentarische Verfassung gelten . . .“. In Deutschland nimmt Hitler am 24. März 1933 „gegen die Sozialdemokraten das Ermächtigungsgesetz auf vier Jahre an: Hitler hat gesetzgebende und ausführende Gewalt auch gegen die Verfassung.“ (Vgl. Ploetz, a.a.O., S. 206 und 209.)

² Martin schreibt: „The period from 1933 to 1935 completed the Kingfish's (Longs, der Verf.) political metamorphosis. It was a time that saw him transformed from a regional contender into a national candidate, a would-be messiah with a simple, powerful und increasingly popular appeal to the country at large.“ (Martin, a.a.O., S. 120.)

³ Zur Präsidentenwahl 1936 sagt Martin: „Nevertheless, as a mere mailing list, the Share our Wealth clubs gave the Kingfish an impressive foothold in the national political arena. No one knew this better than the Administration, which in a survey reported by Farley, (James A. Farley, Vorsitzender der Demokratischen Partei, der Verf.) found that ‚Long would be able to poll between 3 000 000 and 4 000 000 votes‘ on a third party ticket in 1936. Said Farley, ‚It was easy to conceive a situation

Long wollte nicht wie Roosevelt im volkswirtschaftlichen Pokerspiel nur im Hinblick auf die Gewinnchancen das Einkommen neu mischen, sondern die gesamte Vermögensgrundlage der „Kartenspieler“ neu gestalten. Er wollte damit nicht allein die Konjunkturlage sanieren, sondern innerhalb des Finanzkapitalismus neue Spielregeln aufstellen. Sein Plan wäre durchaus realisierbar gewesen. Er war keineswegs so radikal, wie ihn die konservative Presse der Vereinigten Staaten damals hinstellte.

Long schlug vor, das Kapital so wiederzuverteilen, daß keinem Haushalt mehr als das Hundertfache eines Durchschnittsfamilienbesitzes zufallen sollte. Alle Haushaltungen der USA sollten ein Drittel des Durchschnittsfamilieneigentums bekommen und behalten. Das laufende Einkommen sollte nach der Wiederverteilung des Verfügungs- und Sachkapitals so verteilt werden, daß kein Haushalt nach Steuerabzug mehr als das Hundertfache des Durchschnittsjahreseinkommens in den Vereinigten Staaten beziehen konnte. Den unteren Einkommensgruppen sollte ein Einkommen gesichert werden, das ein Drittel des US-Durchschnittseinkommens nicht unterschreiten sollte. Innerhalb dieser Grenzen gestand Long dem *free enterprise* alle Entfaltungsmöglichkeiten zu.¹

Mit der Ermittlung der Vermögenslage der extremen Gruppen, derer, die eventuell mehr als das Hundertfache des Durchschnitts und jener, die weniger als ein Drittel des Durchschnitts besaßen, wollte Long in den einzelnen Staaten Kommissionen aus gewählten Behörden (Gouverneure, Abgeordnete, Senatoren) beauftragen. Long hielt die Aufstellung der beiden Listen nicht für schwierig. Er glaubte, bei der einseitigen Vermögensverteilung seien Vermögensbesitzer mit mehr als dem Hundertfachen des Durchschnitts selten und diejenigen, die weniger als ein Drittel des Durchschnitts haben, zur Mitarbeit bereit. Nach der Ermittlung der Extremgruppen sollte das überschüssige Geld und Sachkapital der Verfügungskapitalisten vom Fiskus eingezogen werden. Long war der Ansicht, durch Steuerprogression, die bis dato nie als verfassungswidrig erklärt worden war, sei die Übertragung der überschüssigen Liquidmittel leicht zu erreichen. Für die Überführung des Sachkapitalvermögens schlug Long folgenden Weg vor:

Analog zu den „*regulating agencies*“ der Föderalregierung sollte eine Treuhandgesellschaft als eine Art Nebenfiskus fungieren, um Steuerzahlungen nicht allein in Geld, sondern auch in Effekten (Verbriefung von Sachwerten) zu ermöglichen. Sobald der überschüssige Besitz der Verfügungskapitalisten in den Besitz der öffentlichen Hand gelangt war, hätte nach Long die Verteilung des Vermögens in Form von Geld oder Überschreibungen von Effekten an die niedrigeren Einkommensgruppen zu erfolgen. Die Bundestreuhandgesellschaft sollte Aktien und auch Obligationen für ihre Kundschaft ähnlich wie Investmentfonds verwalten.

whereby Long, by polling more than 3 000 000 votes might have the balance of power in the 1936 election. For instance, the poll indicated that he would command upwards of 100 000 votes in New York state, a pivotal state in any national election; and a vote of that size could easily mean the difference between victory or defeat for the Democratic or Republican candidate. Take that number of votes away from either major candidate, and they would come mostly from our side, and the result might spell disaster." (Martin, a.a.O., S. 141.)

¹ Huey Long proklamierte seinen „*Share-our-Wealth*“-Plan in zahlreichen Aufsätzen, in Rundfunksprachen, im Senat und in zwei Büchern, dem hier oft zitierten biographischen „*Everyman a King*“, und in „*My First Days in the White House*“, das eine Schilderung seiner erhofften Präsidentschaft im Weißen Haus zu Washington zum Gegenstand hat.

Sie sollte sich bereiterklären, nötigenfalls unter Mitwirkung des Schatzsekretärs die von ihr emittierten Vermögenstitel jeder Zeit in Geld umzuwandeln.

Für den Fall, daß sich das neu zu verteilende Vermögen nicht in Aktiengesellschaften befände, sah Long gegebenenfalls vor, die Gründung solcher Gesellschaften zu erzwingen, um die fälligen Steuerzahlungen zu erleichtern. Er plante ein Gesetz, nach dem die untergebrachten Aktien in stimmberechtigte und nichtstimmberichtigte einzuteilen wären. Um das Geschäftsinteresse des Gesellschaftsvorstandes und das Gewinnpotential des Unternehmens nicht zu beeinträchtigen, hätten die „Steuerzahlungen“ mit nichtstimmberechtigten Aktien zu erfolgen, die jedoch alle übrigen Rechte behielten.

Anfang der dreißiger Jahre betrug das Durchschnittsvermögen in den Vereinigten Staaten (errechnet aus den summierten Vermögen dividiert durch die Zahl der Haushalte) 17 000 Doll. Hieraus ergab sich ein oberer Vermögensplafond von 1 700 000 (17 00 x 100) und ein unterer von rund 5 667 Doll. (17 000 : 3). Long wollte seinen Plan flexibel halten und ihn nur in großen Zügen vortragen, um Spielraum für politische und sachliche Verhandlungen über Einzelheiten, etwa der zeitlichen Anpassung der neuen Vermögenslagen oder der Höhe des oberen und unteren Vermögensplafonds, zu lassen. Er errechnete aber bereits die Sätze einer Vermögenssteuer, die auf die erste, zweite und jede weitere Million Vermögenswert erhoben werden sollten.¹

Diese wären:

für die erste Million		keine Steuer
für die zweite Million		1%
für die dritte Million		2%
für die vierte Million		4%
für die fünfte Million		8%
für die sechste Million		16%
für die siebente Million		32%
für die achte Million		64%
für die neunte Million		99%
und darüber		

Long schreibt dazu: „Bei einfacher Kalkulation bedeutet diese Steuerprogression, daß alle Vermögen der Privathaushaltungen im ersten und zweiten Jahr auf rund fünf Millionen absinken würden, aber allmählich durch die Jahr für Jahr erhobene Vermögenssteuer auf 1 bis 2 Millionen zusammenschrumpfen.“²

¹ Martin beschuldigt Long, er habe die Realisierbarkeit seines Planes nicht berücksichtigt. „But what Huey proposed was a total division of wealth-liquid and solid. This meant sharing railroads and steamship lines, buildings and factories, real estate and the very inventories on the shelves of stores. To the all-inclusive question of ‚How?‘ Huey failed to address himself. (Martin, a.a.O., S. 140.)

² Vgl. Long, My First Days in the White House, a.a.O., S. 145 - Übersetzung vom Verfasser. Er führte an gleicher Stelle weiter aus: „The money and wealth thus raised for the government under the surveys and plans arranged, was used first to supply the comforts of home and life to the masses up to a value equal to one-third of the average family wealth.“

Für die Wiederverteilung des laufenden oder jährlichen Einkommens stellte Long einen Gesamtplan auf. Man schätzte damals das Durchschnittseinkommen auf 7 500 Dollar (Volkseinkommen dividiert durch Anzahl der Haushalte). Long setzte das höchstmögliche Nettoeinkommen auf 750 000 Dollar pro Jahr fest. Alles was diese Einkommensgrenze überstieg, sollte auf dem Steuerwege der Wiederverteilung zugeführt werden. Die unterste Einkommensgrenze nahm er mit 2 500 Dollar an, so daß alle unter dieser Summe liegenden Jahresverdienste bis zu dieser Höhe aus dem Staatshaushalt aufgestockt werden mußten. Diese Art der „Spielkartenverteilung“ propagierte Long als ein besseres Heilmittel für die kranke „Gesellschaft im Überfluß“ als die vereinzeltten Hilfsmaßnahmen des amtierenden Roosevelt-Regimes. Durch die Progression seiner Vermögens- und Einkommenssteuer wollte er Roosevelts Almosen und angestrenzte Maßnahmen zur Arbeitsbeschaffung überflüssig machen. Die Begrenzung des Einkommens durch die Festsetzung von Einkommenssteuersätzen war nicht schwierig.¹

Longs „Share-our-Wealth“-Plan versprach auf den ersten Blick wirksame Erfolge. Die Massenkaufkraft, die erforderlich war, um die Überschüsse an Fertigwaren der Industrie und des Handels abzusetzen, wäre wirksam geworden. Demgegenüber waren die Summen, die Roosevelt in die Wirtschaft fließen ließ, weil sie auf die einzelnen Haushalte verteilt nur helfen konnten, die Lebensnotwendigkeiten zu bestreiten, volkswirtschaftlich unwirksam. Es stellte sich heraus, daß der Absatz von neuerrichteten Häusern, Personenkraftwagen, Fernsehgeräten und sog. Luxusgütern eine Voraussetzung für die Überwindung der Krise war. Long war der Ansicht, sobald die Lebensgrundlage an Vermögen und Einkommen gesichert sei, entfalte sich auch die Nachfrage nach diesen „Schlüsselgütern“ der modernen Wirtschaft. Der Geldstrom würde wieder in die Produktion und den Verbrauch von Wirtschaftsgütern gelenkt und erfülle damit von neuem die ihm zugeordnete Funktion der Erleichterung des Tausches im Wirtschaftssystem. Die enormen Summen, die von Jahr zu Jahr anfallen, sollten, weil sie weder zur Herstellung von Gütern noch zu deren Verbrauch verwendet werden, durch die Steuerprogression Longs abgeschöpft und der Massenkaufkraft zugeführt werden. Die Konkurrenz, die Grundlage des liberalistischen Wirtschaftssystems, dürfte dadurch kaum nachteilig betroffen werden. Ein Vermögen von 17 000 Dollar und ein Einkommen von 750 000 Dollar im Jahr sah Long noch immer als Anreiz zu wirtschaftlicher Betätigung an. Er versprach sich darüberhinaus eine Verschärfung des Konkurrenzkampfes, weil durch die Festsetzung einer oberen Vermögensgrenze der Kreis der Konkurrenzfähigen erweitert würde. Die stärkere steuerliche Belastung der höheren Vermögen und Einkommen bedeutete nach Long eine Erleichterung für den kleineren Mann, der nunmehr wieder an der Konkurrenz teilnehmen kann.

Die Beschränkungen, die mit der Durchführung des Planes und der Aufstellung solcher radikalen Spielregeln freien institutionellen Zusammenschlüssen auferlegt waren, veranschlagte Long gering. Er wollte jeder Familie ein Mindestvermögen zugestehen, daß weder veräußert noch belastet werden durfte.² So wären die Nutznießer des Longplanes gleich-

¹ Martin schreibt: „Up to a point, his proposals were far from startling. Division of liquid wealth (that is cash money) was already being achieved, indirectly, by income taxes, and with time the tax structure was to be broadened and sharpened.“ (Martin, a.a.O., S. 140.)

² Long schreibt: „It being determined that each family should have a home and comforts for life, the

zeitig auch die Geschädigten, da sie in der Verfügung über ihr Vermögen eingeschränkt würden. Auch die Durchführung des Share-our-Wealth-Planes wäre aller Wahrscheinlichkeit nach auf Schwierigkeiten gestoßen: Breite Bevölkerungskreise hätten sich einer Vermögenserfassung durch den Staat widersetzt.

Außer dem Long-Plan gab es eine Reihe anderer Pläne zur Überwindung der Weltwirtschaftskrise. Die meisten wollten Geld in Form von Volksrenten, die durch progressive Besteuerung der Einkommen finanziert werden sollten, unter die Bevölkerung bringen. Der Charakter dieser Pläne soll mit zwei Beispielen aus Morison-Commagers Werk erläutert werden: „Der Townsend-Plan bestimmte, daß allen Personen über 60 Jahren monatlich 200 Dollar gezahlt werden sollten, unter der einzigen Bedingung, daß sie ihre Arbeit aufgäben und das Geld für sich verwendeten und wurde mit Begeisterung von 3000 Townsend-Clubs befürwortet, die behaupteten, fast eine Million Mitglieder zu haben. Der Lundeen-Plan sah eine wöchentliche Zahlung von nicht weniger als zehn Dollar an alle Arbeitslosen im Alter von mindestens 18 Jahren vor und wurde von den Kommunisten, von Arbeiterorganisationen und von Sozialreformern unterstützt.“¹

Roosevelts „New Deal“ beschränkte den freien Wettbewerb und hätte das in noch größerem Maße als tatsächlich getan, hätte das höchste Gericht nicht Einspruch erhoben. Der New Deal sah nicht nur eine Neuordnung der Grenzen vor, innerhalb deren sich der Wettbewerb abspielen sollte, sondern eine weitgehende Kontrolle der wirtschaftlichen Institutionen überhaupt. Roosevelt glaubte, zur Beseitigung der Mängel des Finanzkapitalismus den Geldmarkt, den Kapitalmarkt, die Güterproduktion und die Güterverteilung reglementieren zu müssen. Um eine Uniformierung, Einordnung und Sozialisierung der Banken, der Börse und auch der verschiedenen Branchen der Güterproduktion durchsetzen zu können, war Roosevelt bereit, Verfassungsgrundsätze zu übergehen. Er drohte, falls notwendig, „Ermächtigungsgesetze“ durch Amendments zum Grundgesetz durchzubringen. Er wollte die seit Jefferson übliche enge Begrenzung der Macht einer Zentralgewalt aufheben und die Bundesautorität stärken, und in ihrer Notlage schien die Bevölkerung bereit, Roosevelt zu folgen. Nur konservative Amerikaner, die eigentümlicherweise meist Lincolns Partei angehörten, die ursprünglich zur Erweiterung der Autorität der Zentralregierung gegründet wurde, sahen in Roosevelts Bestrebungen eine Gefahr für den gewohnten Lebensstil.

Roosevelt legte seine Absichten in Parteiprogrammen, Wahlreden und in Botschaften an den Kongreß offen dar. Morison-Commager zitieren eine Stellungnahme der Demokratischen Partei vor Roosevelts Präsidentenwahl im Jahre 1936: „Das republikanische Programm will die zahlreichen dringenden Probleme der Nation einzig und allein durch Maßnahmen der Einzelstaaten lösen. Wir aber wissen, daß Trockenheitsperioden . . . Mindestlöhne, Höchstarbeitszeiten, Kinderarbeit und Arbeitsverhältnisse in der Industrie, sowohl monopolistische und unfaire Geschäftspraktiken keinenfalls durch 48 einzelne Staatslegislaturen, 48 einzelne Staatsregierungen und 48 einzelne Staatsgerichte behandelt

acts of Congress provided that such a home should not be sold by the owners unless the State should consent to such sale, and that the proceeds from such sale should be impounded, only to be used for the purchase of another homestead.”

(Vgl. Long, *My First Days in the White House*, a.a.O., S. 146.)

¹ Morison-Commager, Band II, a.a.O., S. 682.

werden können. ... Geschäfte und Betätigungen, die unvermeidlich über die Staatsengrenzen hinausgehen, erfordern eine Behandlung sowohl durch die Staaten als auch durch die Bundesregierung. ... Es ist bisher unser Bestreben gewesen, ... diese Probleme mit Hilfe von Gesetzen zu meistern, die sich innerhalb der Grenzen der Verfassung halten. Wenn aber diese Probleme durch solche verfassungsmäßigen Gesetze nicht in wirksamer Weise gelöst werden können, dann werden wir uns zur Klärung der Lage um Amendments bemühen, die ... die Befugnis sicherstellen, alle die Gesetze zu verabschieden, die die Staatenlegislaturen und die Bundslegislatur ... für notwendig halten, um den Handel in angemessener Weise zu regulieren, das Wohl und die Sicherheit der Allgemeinheit zu wahren und die Wirtschaftssicherheit zu schützen.“¹

Schon im März 1933 hatte Roosevelt in einer Einführungsbotschaft erklärt: „Wenn der Kongreß die einzelnen Gesetzesvorlagen nicht billigen sollte, werde ich der Pflicht, die mir dann klar vorgezeichnet ist, nicht ausweichen. Ich werde den Kongreß bitten, mir das einzig noch verbleibende Instrument zur Überwindung der Krise zur Verfügung zu stellen, daß heißt, weitgehende Vollmachten für die Exekutive in ihrem Kampf gegen den Notstand, die so groß sind wie die Vollmachten, die mir erteilt werden würden, wenn der Feind bei uns im Lande stünde. ... Das Volk der Vereinigten Staaten hat Disziplin und Leitung unter einer festen Führung verlangt. Es hat mich gegenwärtig zum Instrument seiner Wünsche gemacht.“²

Dem konservativen Flügel der Demokratischen Partei, den Republikanern und einem großen Teil der Industriellen und Finanziers gelang es jedoch, als die Krise ihren Höhepunkt überschritten hatte, mit Hilfe des höchsten Gerichtes den New Deal abzuschwächen. Roosevelts Gegenspieler machten gegen den New Deal den Amerikanismus und Liberalismus geltend. Morison-Commager, die offensichtlich den New Deal befürworteten, charakterisieren in ihrer Würdigung des republikanischen Präsidentschaftskandidaten für 1936, Landon, die Haltung der Gegner des New Deal etwas überspitzt. „Um es kurz herauszusagen, Landon war eine durchaus negative Persönlichkeit, ein Mann, auf den man sich verlassen konnte, wenn es sich darum handeln würde, den größten Teil der New-Deal-Experimente aufzugeben und zu jener Politik des Laissez-faire zurückzukehren, die so viele Konservative stillschweigend als ‚Normalität‘ ansahen. Als der republikanische Konvent zusammentrat, wurde Landon gleich beim ersten Wahlgang zum Kandidaten ernannt, und zwar mit einem Programm, in welchem die Behauptung aufgestellt wurde: ‚Amerika ist in Gefahr. Das Wohl der Männer und Frauen Amerikas und die Zukunft unserer Kinder stehen auf dem Spiel. Wir treten für die Wahrung ihrer politischen Freiheit, ihrer persönlichen Chance und ihres Charakters als freie Bürger ein, die heute zum ersten Male von der Regierung selbst bedroht sind.‘“³

Roosevelts New Deal wurde rechtskräftig vom US-Verfassungsgericht eingeschränkt. Das entsprach den Erwartungen der von Roosevelts Maßnahmen betroffenen Wirtschaftskreise, die sich von vornherein der Durchführung der Roosevelt'schen Erlasse widersetzt hatten. Als das Oberste Verfassungsgericht gegen Roosevelt entschieden hatte, war es für Roosevelt schwierig, seine Maßnahmen auszudrücken. Morison-Commager schreiben: „Noch

¹ Vgl. Morison-Commager, Band II, a.a.O., S. 687.

² Morison-Commager, Band II, a.a.O., S. 650.

³ Vgl. Morison-Commager, Band II, a.a.O., S. 686.

niemals hatte das Oberste Bundesgericht das Gesetzgebungsprogramm so durcheinander gebracht, wie es dies 1935 und 1936 mit der New-Deal-Gesetzgebung getan hatte. Noch niemals hatte es in so kurzer Zeit so viele Gesetze des Kongresses für ungültig erklärt. Es hatte die N.R.A. (National Industrial Recovery Act; der Verf.) mit der ganz neuartigen (nach Auffassungen dieser Autoren; der Verf.) Begründung zu Fall gebracht, daß es sich dabei um eine ungesetzliche Übertragung von Machtbefugnissen handele. Es hatte mit Hilfe einer ‚gequälten Auslegung der Verfassung‘, wie es ein Richter in seiner abweichenden Stellungnahme nannte, einen vernichtenden Schlag gegen die A.A.A. (Agricultural Adjustment Administration; der Verf.) geführt, durch welchen der Steuergewalt eine Zwangsjacke angelegt und ein Niemandsland geschaffen wurde, in dem weder die Bundesregierung noch die Einzelstaaten etwas zu sagen hatten.“¹ Ähnlich wie der N.R.A. und der A.A.A. erging es allen New-Deal-Experimenten, die dem Geist der Verfassung, die das „free enterprise“ schützte, widersprachen.

Roosevelts Maßnahmen wurden am stärksten durch die Nichtigkeitserklärung der National Industrial Recovery Act vom 16. Juni 1933 getroffen. Morison-Commager schreiben: „Der Abschnitt I des Gesetzes, der mit einem Blick auf das Oberste Bundesgericht formuliert worden war, erklärte, es bestehe ‚ein nationaler Notstand, der zu einer weitverbreiteten Arbeitslosigkeit und zur Desorganisierung der Industrie geführt hat‘, und verkündete, die Politik des Kongresses wolle ‚die Hemmnisse beseitigen, die dem freien Lauf des . . . Handels entgegenstehen; dem Wohl des ganzen durch Förderung einer Industrieorganisation dienen, welche die Zusammenarbeit innerhalb der einzelnen Industriesparten fördert; ein gemeinsames Vorgehen der Arbeiterschaft und der Unternehmer mit entsprechender Billigung und unter Aufsicht der Regierung einleiten und aufrecht erhalten; die größtmögliche Nutzung der gegenwärtigen Industriekapazität fördern; unangebrachte Produktionseinschränkungen vermeiden. . . ; den Verbrauch industrieller und landwirtschaftlicher Erzeugnisse durch Erhöhung der Kaufkraft steigern; die Arbeitslosenzahl vermindern und das Los der Unbeschäftigten erleichtern; die Arbeitsbedingungen der Arbeiter verbessern und auf sonstige Weise die Industrie sanieren und die Naturschätze des Landes konservieren‘.“² Das Gericht lehnte diesen Versuch Roosevelts, Handel und Produktion zu kontrollieren, einstimmig ab und erklärte, das N.R.A.-Gesetz bedeute eine ungesetzliche Übertragung von Machtbefugnissen, denn der Kongreß könne seine gesetzgeberischen Befugnisse nicht dem Präsidenten übertragen, damit dieser nach eigenem Gutdünken jedes Gesetz erlassen könne, von dem er annähme, daß es für die Sanierung und Fortentwicklung von Handel und Industrie notwendig oder angebracht sei. Das Gericht führte weiter aus, das Gesetz stelle einen unzulässigen Eingriff in das Handelsrecht und einen Einbruch der Bundesregierung in das den Einzelstaaten vorbehaltene Gebiet dar, denn ‚wenn die Handelsklausel darauf abziele, alle Unternehmungen und Geschäfte in ihren Bereich zu ziehen, die indirekt mit dem Handel zwischen den Einzelstaaten zu tun haben, so würde sich die Autorität der Bundesregierung praktisch auf alle Tätigkeiten des Volkes erstrecken und die Autorität des Einzelstaates bei Verfolgung seiner eigenen Angelegenheiten nur geduldet sein‘. Es lehnte die Rechtfertigung einer glatten Verfassungsverletzung mit der Begründung des nationalen Notstandes

¹ Morison-Commager, Band II, a.a.O., S. 688.

² Morison-Commager, Band II, a.a.O., S. 688.

ab, weil die Verfassung für Notstände genau so wie für Zeiten des Friedens und des Wohlstandes zu gelten habe.

Um das Bundesverfassungsgericht für sich zugewinnen, versuchte Roosevelt, eine Altersgrenze für Richter dieses Gerichts festzusetzen. Er hätte damit die Pensionierung einiger seiner Gegner erreicht. Zudem wollte er die Anzahl der Richter des Obersten Bundesgerichtes erhöhen. Beide Maßnahmen hätten ihn in die Lage versetzt, Richter zu ernennen, die nicht gegen seine Wiederverteilungspläne und die Absicht, die Zentralgewalt zu stärken, eingestellt waren. Mit diesem Angriff auf die in den USA für unantastbar gehaltene Institution, der offensichtlich auf eine Einschränkung der freien Wirtschaft und die Kontrolle der materiellen Betätigung des Individuums hinauslief, brachte Roosevelt alle seine Gegner zu vereinter Opposition. Nach dieser neuen Niederlage konnte der New Deal nach 1937 nur noch Gesetze erlassen, die sich mit der amerikanischen Tradition vereinbaren ließen.¹

Trotz aller Widerstände gelang es Roosevelt während seiner Präsidentschaft, die Macht des Bundes und des Präsidenten in bisher für die USA ungewohntem Ausmaße zu stärken. Morison und Commager halten dieses Phänomen bezeichnend für alle Perioden der amerikanischen Geschichte, in denen sich ein fortschrittlicher Geist ausgewirkt habe. Dieser Behauptung würden allerdings weder Jefferson noch Jackson zugestimmt haben. Nichtsdestoweniger muß man Morison-Commager rechtgeben, wenn sie meinen: „Grundlegender als diese Entwicklung, wenn auch unlösbar mit ihnen verbunden, war das schnelle Anwachsen des Bundeszentrismus. Auch diese Entwicklung hatte sich seit langem angebahnt, aber sie wurde durch die in der Krise entstandenen Notwendigkeiten, durch die Auswirkungen des New Deal beschleunigt . . . und führte zu einem Anwachsen der Dienststellen und Regierungsressorts, der Zahl der Beamten und zu einer Erhöhung der Regierungsausgaben. Diese Entwicklung trat auch auf dem Gebiet der Gesetzgebung in Erscheinung, als die Autorität der Bundesbehörden auf das Gebiet der Landwirtschaft, des Verkehrs, des Bankwesens, des Arbeiterwesens, der Bodenpflege, der öffentlichen Arbeiten, der Gesundheitspflege, der Erziehung und der Künste ausgedehnt wurde. Und sie wurde durch die Rechtsinstanzen anerkannt, indem die Verfassung in allen Fällen, in denen es um die Bundesautorität ging, in ‚großzügiger Weise ausgelegt‘ wurde. . . . Die Staatsengrenzen büßten viel von der Wichtigkeit ein, die sie früher einmal besessen hatten.“²

Roosevelts Maßnahmen zur Reglementierung des Geld- und Kreditwesens und zur Behebung der Mängel des Finanzkapitalismus sind im einzelnen aus der Wirtschaftskrise und der herrschenden Meinung über deren Ursache zu verstehen. Banken des Föderalsystems sowie die, die unter Aufsicht der Gliedstaaten standen, hatten neben mehr oder minder soliden Investitionen vielfach Spekulationsgeschäfte getätigt und Geld zum Spekulieren an

¹ Barnes und Ruedi schreiben dazu: „The Supreme Court had shown little sympathy toward Roosevelt's sozial legislation and set much of it aside as unconstitutional. In order to overcome this obstruction, Roosevelt suggested a possible increase in the number of justices and full salary at the retirement age of 70. This not unreasonable proposal gave the opposition, including many conservative Democrats, the chance it was waiting for to balk the New Deal. The proposed measure was savagely attacked under the slogan, 'Save the Constitution of the United States', and the bill died in a Senate Committee. . . . The New Deal made little progress after 1937, . . .“ (Barnes und Ruedi, a.a.O., S. 688.)

² Morison-Commager, Band II, a.a.O., S. 705.

Privatpersonen verliehen, wobei lediglich die Effekten als Sicherheit dienten. Die Holding Companies, innerhalb und außerhalb des Bankensystems operierend, finanzierten nur diejenigen Geschäfte, die eine bessere Verzinsung versprachen und Grundlagen für Manipulationen der diversen Märkte im Interesse der Finanzgesellschaften boten.

Nicht selten investierten und spekulierten Banken und die Holding Gesellschaften mit den Ersparnissen des breiten Publikums. Die Machenschaften im Banken- und Börsenwesen, die unter Finanzmännern, Bankiers und Börsenmaklern (insiders) getätigt wurden, hatten nach weit verbreiteter Meinung zur Krise und zum Verlust der Lebensgrundlagen weiter Schichten des Mittelstandes geführt. Die Republikaner beschuldigte man, diese Finanzkreise wegen ihrer eigennützigen, zum Teil gemeinschädigenden Tätigkeit lediglich verwarnt zu haben.

Roosevelt, der sich wie Woodrow Wilson gern eines biblischen Redestils bediente, sagte dazu: „Die skrupellosen Geldwechsler, die vor dem Gericht der öffentlichen Meinung angeklagt werden, und die falsche Führung, die den Versuch machte, die Probleme durch Ermahnung zu lösen, haben keine Erleuchtung, und wo keine Erleuchtung ist, da geht das Volk zugrunde.“¹ Die Forderung nach einer Bankenreform wurde seit den zwanziger Jahren erhoben, aber erst die Kongreßuntersuchungen über die in Banken und Börsen verfolgten Praktiken machten der Öffentlichkeit das Bankwesen suspekt. Der Bankenkraich von 1932-33 unterstrich die Notwendigkeit einer Reform. So kam das Bankengesetz von Glass-Steagall vom 16. Juni 1933 zustande. Es schrieb eine Trennung zwischen dem kommerziellen und dem Investitionsbereich des Bankwesens und einschneidende Beschränkungen für die Benutzung von Bankkrediten zu spekulativen Zwecken vor.²

Die Regierung bemühte sich um eine gründliche Reform des gesamten Wertpapier- und Investitionsgeschäftes. In seiner Botschaft an den Kongreß bemerkte Roosevelt: „Wir haben die Verpflichtung darauf zu bestehen, daß jede Begebung von neuen Wertpapieren ... unter voller Angabe sämtlicher Einzelheiten erfolgt, und daß kein für die Begebung solcher Papiere wesentliches Element dem geldgebenden Publikum vorenthalten wird. ... Dies ... sollte eine Ergänzung in Gesetzen finden, die eine bessere Aufsicht über den An- und Verkauf aller an Börsen gehandelten Vermögenswerte sicherstellen, und in Gesetzen, durch welche unmoralische und gefährliche Gepflogenheiten seitens der Angestellten und Direktoren von Banken und anderen Gesellschaften unterbunden werden.“³

Ein wenig später erlassenes Gesetz bestimmte, daß alle Wertpapiere, die im Verkehr innerhalb der Einzelstaaten zum Verkauf angeboten oder annonciert werden sollten, bei der Bundeskommission für Handel, die später den Namen „Securities and Exchange Commission“ führte, registriert werden mußten, daß jedes Angebot alle Einzelheiten zu enthalten habe, die den Käufer in die Lage versetzen, sich ein Bild über den Wert des Papiers und die Lage der Gesellschaft zu machen. Am 6. Juni 1934 wurde das Gesetz über den Handel mit

¹ Zitiert nach Morison-Commager, Band II, a.a.O., S. 649.

² „The Federal Reserve system was given greater power under supervision of the Secretary of the Treasury. The Glass-Steagall Banking Act of June 16, 1933, provided a check-up by the Federal authorities on loans to be used in speculation on the Stock Exchange, and also separated speculative banking from the national banking system.“ (Barnes and Ruedi, a.a.O., S. 686.)

³ Zitiert nach Morison-Commager, Band II, a.a.O., S. 658.

Effekten verabschiedet,¹ das die Schaffung einer Kommission für Wertpapiere und Börsentransaktionen, „the Securities and Exchange Commission“, die Lizenzierung von Börsen und die Registrierungspflicht für alle Effekten, die an ihnen gehandelt werden, vorsieht und Preisvereinbarungen in Form von Pools, Optionen sowie sonstige Methoden der Preismanipulationen verbietet.²

Die Institutionen des Finanzkapitalismus, die die Konjunkturbewegung stark beeinflussen und die Konzentration des Vermögens in den Händen weniger mit sich bringen, wurden vom New Deal kaum angetastet. Barnes und Ruedi sind der Ansicht, diese Versäumnisse seien der größte Fehler des New Deal überhaupt. Sie schreiben: „The most glaring defect of the New Deal was that it failed to eliminate the two fundamental institutions of finance capitalism: private investment banking and the holding company.“³

Der New Deal läßt weitgehend die Frage nach einer Neuverteilung der Karten in der Wirtschaft offen. Roosevelt diagnostizierte in Wahl- und Kongreßreden die wirtschaftliche Lage.⁴ Vor dem Kongreß sagte er: „Die Werte haben einen phantastischen Tiefpunkt erreicht, ... unsere Zahlungsfähigkeit ist gefallen. In allen Sparten sieht sich die Regierung einer ernsten Schrumpfung der Einnahmen gegenüber, die Mittel des Austausches sind in den Handelskanälen eingefroren, die verwelkten Blätter des industriellen Unternehmungsgeistes liegen überall herum, die Farmer finden keinen Absatz für ihre Erzeugnisse, die Ersparnisse vieler Jahre sind in Tausenden von Familien dahin. Was noch wichtiger ist, eine große Zahl arbeitsloser Bürger weiß nicht mehr, wie sie ihr Leben fristen soll, und ebensoviele arbeiten um geringen Lohn. Nur ein törichter Optimist kann sich den dunklen Realitäten des Augenblicks verschließen.“⁵

In der politischen Umgebung Roosevelts und unter den Anhängern einer radikalen Wiederverteilung des Einkommens und Vermögens lief die Wirtschaftsdiagnose auf Überproduktion-Unterkonsum hinaus. Die Kaufkrafttaste befanden sich in den Händen weniger und fanden weder ihren Weg in die Produktion noch zum Verbrauch. Auf der Güterseite wurden die Vorräte im Handel und die Fertigprodukte in den industriellen Betrieben nicht abgesetzt. Die Leute kauften nicht, die Händler bestellten nichts mehr beim Hersteller, und das Ausland hielt seine Aufträge ebenfalls zurück. Dies entsprach ganz Says Bild von den verstopften Absatzwegen. Die Konjunkturexperten und Politiker übersahen zunächst die übertragende Bedeutung der Investition zur Einkommensverteilung. Sie stellten lediglich fest, die Investitionen vermehrten die Fertigprodukte und Gütervorräte.

Demnach war das größte Problem, die vorhandenen Waren abzusetzen. Nach Roosevelts

¹ Schlesinger, Arthur Meier, Das New Deal am Werk 1933-1939, Offenbach/Main, 1947, S. 37 f.

² „The Federal Securities Act . . . ordered new securities to be registered with the Federal Trade Commission, which would examine the claims made by the companies issuing these securities and see that they corresponded to the facts. . . . The Securities Exchange Act . . . created the Securities Exchange Commission and outlawed the more atrocious forms of speculation and gambling on the stock exchanges.“ (Barnes and Ruedi, a.a.O., S. 686.)

³ ebenda

⁴ Während seiner Kandidatur sagte Roosevelt: „We may build more factorites, but the fact remains that we have enough now to supply all our needs and more, if they are used; our basic trouble is not an insufficiency of capital; It is an oversufficient speculation in production.“

(Zitiert nach Long, Everyman a King, a.a.O., S. 298.)

⁵ Zitiert nach Morison-Commager, Band II, a.a.O., S. 649.

Konzept des New Deal sollten die Kaufwilligen aber nicht Kauffähigen mit den Mitteln, Käufe zu tätigen, ausgestattet werden, um die bestehende Überproduktion abzuschöpfen. Die Investitionen liefen nach diesem Plan nicht in die gewünschte Richtung, sondern es kam zu einem noch größeren Mißverhältnis zwischen Produktion und Verbrauch. Es wurden nacheinander und später nebeneinander verschiedene Methoden ausprobiert, um die „Handelskanäle“ zu räumen. Vorerst flossen große Summen über den Fürsorgeweg an die Haushalte von Arbeitslosen. Später ging man zu arbeitsbeschaffenden Maßnahmen über, die der Infrastruktur zugute kommen sollten. Sodann wurden Aufträge an Privatunternehmen vergeben, womit man die Kaufkraft verteilen, aber den vorhandenen Warenvorrat nicht vergrößern wollte. Erst später erkannten Wissenschaftler und Politiker, daß im Prozeß der privaten Investitionen das Einkommen nicht nur vermehrt, sondern auch am besten verteilt wird.

Sämtliche Versuche des Roosevelt-Regimes, die Überproduktion durch Einkommenswiederverteilung in den Verbrauch zu leiten, scheiterten daran, daß die geleistete Arbeit den Kaufwilligen gerade nur soviel Verdienst einbrachte, um das unbedingt Notwendige, wie Verpflegung, Medikamente, Arbeitskleidung, kaufen zu können. Nach neuen Wohnungen, Kraftfahrzeugen, Hausrat, Modeartikeln und anderen neuen Verbrauchsgütern bestand keine kaufkräftige Nachfrage. Die Massenkaufkraft, die geschaffen und erhalten werden muß, um kostspielige Investitionen zu rechtfertigen und den riesigen technischen Apparat zur Produktion auf Hochtouren zu bringen, blieb aus.¹

Eine vorübergehende Linderung des materiellen Notstandes der Arbeitslosen, die innere Entwicklung des Landes und den Aufbau der Infrastruktur konnte der New Deal durch die Kaufkraft- und Arbeitsverteilung jedoch erreichen. Eine neue Hochkonjunktur konnte das System indessen nicht herbeiführen. Erst als die „zurückgestaute Inflation“ der Kriegsjahre auf den Markt einwirkte, stieg die Massenkaufkraft soweit an, daß die Wirtschaft wieder leben konnte.

Ein bleibendes Verdienst hat sich Roosevelt in den USA mit der Sicherung des Existenzminimums im Falle von Arbeitslosigkeit, Krankheit, Invalidität und Arbeitsunfähigkeit im Alter erworben. Am 14. August 1935, rund ein halbes Jahrhundert nach der Sozialgesetzgebung Bismarcks in Deutschland, nahm der US-Kongreß das erste Sozialversicherungsgesetz (Social Security Act) an. Das Gesetz bietet den Arbeitnehmern Sicherung gegen äußerste Notlagen. Eine neue Art der Wiederverteilung der Jahreseinkommen ist hierin aber keinesfalls zu erblicken, da die Gleichheit der Startbedingungen fehlt.

3. Der New Deal in Louisiana

Weder Roosevelts New-Deal-Maßnahmen noch Longs Share-our-Wealth-Plan wurden jemals in vollem Umfange rechtskräftig. Roosevelts und Longs Vorschläge zur Überwindung

¹ Barnes und Ruedi schreiben: „Workers were paid the normal wage rates prevailing in their communities, although they could not earn more than a nominal monthly sum, often not enough to assure a decent standard of living. The local communities furnished materials for the projects, and the government paid the wages. Roads, school buildings, libraries, airports, dams, parks, sewers, and water supply systems are among the developments.“ (Barnes und Ruedi, a.a.O., S. 579.)

der Wirtschaftskrise wurden auch in Louisiana nicht uneingeschränkt durchgeführt. Beide Vorschläge beeinflussten jedoch die Stellungnahmen des Kongresses und der Staatslegislativen zu wirtschaftlichen Fragen.

Die wichtigsten Maßnahmen zur Überwindung der Depression wurden in den zwanziger und dreißiger Jahren dieses Jahrhunderts getroffen. Während dieser Zeit war in Louisiana der politische Einfluß Huey P. Longs beachtlich. Darum wurde hier intensiver als in den meisten anderen Gliedstaaten der Union die Wiederverteilung des Volkseinkommens betrieben. Wäre Louisiana damals ein souveräner Staat gewesen, so hätte man dort zweifellos versucht, mit Hilfe des Share-our-Wealth-Planes die Mängel des Finanzkapitalismus zu beseitigen. Long, der fast wie ein Diktator in Louisiana walten konnte, richtete mit Zustimmung der Massen die Gesetzgebung auf eine neue Verteilung des Reichtums aus.¹ Dieses Vorhaben hatte verständlicherweise seine Grenzen, denn eine übermäßige Belastung des Kapitals (der Sacheinrichtungen oder des Verfügungskapitals) hätte eine Massenabwanderung der wohlhabenden Bevölkerungsgruppen in andere Gliedstaaten zur Folge gehabt. Nach Longs Tode bekannten sich seine Nachfolger zwar zu seinem Programm, betrieben aber eine Politik, die nur zum Teil mit dem ursprünglichen Vorhaben Longs in Einklang stand. Oft waren Longs Nachfolger stärker daran interessiert, den Reichtum unter sich als unter der Bevölkerung zu verteilen.² Dennoch wurde unter Longs politischen Erben die Neuverteilung des Vermögens und Einkommens vorangetrieben.

Über Art und Umfang der Maßnahmen zur Wiederverteilung des Reichtums gibt der Staatsetat Auskunft. In Louisiana ist ein Mindestvermögen gesetzlich geschützt. Dieses Vermögen macht allerdings nicht, wie bei Long vorgesehen, ein Drittel des durchschnittlichen Familienvermögens aus. Das Mindestvermögen - gegenwärtig beträgt es 2 000 Doll., für Kriegsveteranen 5 000 Dollar Steuerwert - wird weder besteuert, noch ist irgendwelchen Vollstreckungsmaßnahmen ausgesetzt.³ Den hierdurch verursachten Steuerausfall zu Lasten der untergeordneten Gebietskörperschaften deckt der Staat Louisiana aus seinen ordentlichen Einnahmen. Im Rechnungsjahr 1959/60 zahlte der Staat beispielsweise 3 458 431,62 Dollar für „Homestead Exemptions“ an Stadtkreise und Parishes, Städte und Gemeinden.⁴ Würden die hierfür erforderlichen Mittel vom Vermögen der Familien, das die von Long gesetzte 1,7-Millionen-Grenze übersteigt, weggesteuert, so könnte man tatsächlich von einer „Verteilung unseres Reichtums“ sprechen.

Die Vermögens- und Einkommensverteilung beschränkt sich, weil das Vermögen einer Familie nicht ohne weiteres flüssig gemacht werden kann, der Staat aber die Steuerzahlungen bis dato in klingender Münze oder Banknoten fordert, auf das aus vergangenen Perio-

¹ Davis schreibt dazu: „Long built up a political machine which controlled every phase of the state government and many of the parish governments. In so doing he made many enemies who either opposed his policies, argued that he was moving too fast, or were envious of his power. His opponents said he had become the 'Dictator of Louisiana', but he paid little attention to them and continued with his programs.“ (Davis, a.a.O., S. 287.)

² „All too soon, indeed, Huey's political heirs were busily sharing the wealth - not among the people, but among them selves.“ (Martin, a.a.O., S. 147.)

³ Laut Art. 10, § 4 (9) der geltenden Verfassung von Louisiana. (Vgl. Dart, a.a.O., - 1955 Supplement, S. 217.)

⁴ Vgl. Division of Administration State of Louisiana, Financial Statements Fiscal Year 1959/60, S. 4.

den noch vorhandene oder laufend verdiente Barvermögen. Mit der Erhebung von Steuern, Gebühren und Beiträgen entzieht der Staat den Familien einen Teil ihrer liquiden Mittel und verwendet dieselben wieder zur Auszahlung an andere oder unter Umständen sogar an die gleichen Personen. Eine Wiederverteilung des Volkseinkommens findet insofern statt, als eine beachtliche Zahl von Haushalten eine Summe vom Staat zurückerstattet bekommt, die höher ist als die Summe der Abgaben, die sie zu entrichten hat. Art und Umfang der stattfindenden Einkommens- und Vermögensverschiebung lassen sich am besten veranschaulichen, wenn man auf Roosevelts Bild von den Kartenspieler zurückgreift. Die Gewinner im Kartenspiel werden mit den Empfängern der Staatsleistungen gleichgesetzt, die Verlierer mit den Steuerzahlern. Die letzteren bleiben zunächst unberücksichtigt.

Seit August 1933 beteiligt sich der Bund an einer systematischen Unterstützung für körperlich oder wirtschaftlich benachteiligte Personen.¹ Diese Sozialleistungen umfassen:

1. eine Zwangsversicherung, die Arbeitnehmer und Arbeitgeber gemeinsam tragen. Weder der Bundes- noch der Staatshaushalt werden in der Regel dabei belastet. Aus dem aus den Beiträgen geschaffenen Fonds werden nach rein mathematischer Versicherungsrechnung an Männer mit Vollendung des 65., an Frauen mit Vollendung des 62. Lebensjahres Gegenleistungen, die sich nach der Höhe der eingezahlten Prämien richten, gezahlt.
2. Leistungen ohne Gegenleistungen an hilfsbedürftige Personen und Familien, die gemeinsam von Bund und Gliedstaat getragen werden. Der Bundeshaushalt fügt seinen Anteil (matches) hinzu und verwaltet innerhalb der Rahmenvorschriften des Bundes den Sozialfonds;
3. eine Arbeitslosenunterstützung, die einerseits aus den Prämien der Bundessozialversicherung und andererseits aus Staatsbeiträgen (matching funds) gespeist wird. Die Verwaltung dieses Fonds obliegt dem Staat. Die Kompetenzen zwischen Staat und Bund sind ähnlich verteilt wie bei der Verwaltung des unter 2. beschriebenen Sozialfonds.
4. eine allgemeine Unterstützung des Gesundheitswesens. Die Voraussetzungen für Inanspruchnahme der „matching funds“ sind denen unter 2. und 3. gleich. Die Leistungen kommen den Hilfsbedürftigen nur mittelbar zugute, wenn der Staat eine kostenlose Krankenhausbehandlung anerkennt.

Die Gliedstaaten bemühen sich, für die Zahlung der Sozialleistungen möglichst viele Bundesmittel zu erhalten. Sie erheben selbst für die „matching funds“ Steuern und sind bestrebt, die Rahmenvorschriften des Bundes über die Verteilung des Geldes genau einzuhalten. Allerdings werden nicht in allen Staaten die Sozialleistungen in gleichem Maße erfüllt. Demzufolge wird auch nicht auf alle bereitgestellten Zuschüsse des Bundes voll zurückgegriffen. Louisiana schöpft alle Möglichkeiten der Bundessozialgesetzgebung restlos aus.

¹ „Until the Sozial Security Act was passed in August, 1935, there was no systematic social insurance legislation in the United States.“ (Schreiben Barnes und Ruedi, a.a.O., S. 583.)

Darüberhinaus führt der Staat eigene Sozialpläne durch.¹ Obwohl diese zusätzlichen Leistungen ohne Mitwirkung und ohne eine finanzielle Unterstützung Washingtons erfolgen, stehen sie mit dem Bundessozialprogramm in Einklang. In Louisiana ist wie beim Bund Bedürftigkeit Voraussetzung zur Gewährung einer sozialen Unterstützung. Die umfangreichsten und wichtigsten Programme, die in Louisiana die vier Punkte des Bundessozialplanes ergänzen, sind:

5. eine „general assistance“ für Fürsorgefälle, die nicht im Sinne des 2. Punktes des Bundessozialplanes als hilfsbedürftig angesehen werden und denen infolgedessen nicht geholfen werden könnte;
6. die staatliche Unterhaltung des Krankenhauswesens und die Finanzierung der Ausbildung von Ärzten, Krankenschwestern und Pflegepersonal, vermöge deren minderbemittelten Patienten Krankenpflege kostenlos gewährt werden kann.

Das Ausmaß und die Wirksamkeit der Wiederverteilung des Volkseinkommens in Louisiana läßt sich ersehen aus dem Gesamtbetrag der vom Staat gewährten Sozialleistungen, aus der Zahl derer, die in den Genuß dieser Sozialleistungen kommen, und aus dem Umfang der Unterstützung, die im Bedarfsfalle gewährt wird.

Die Zahlungen im Rahmen der unter 1. aufgeführten Zwangsversicherung „OASDI“ (Old Age, Survivors and Disability Insurance) werden nicht nach Staaten aufgegliedert. Man muß sich zur Beurteilung des Umfangs der gezahlten Leistungen an die von dieser Unterstützung betroffenen Kreise und an die Bandbreite der ausgezahlten Beträge halten. 1957 erhielten in Louisiana aus der OASDI 37,4% der Bevölkerung, die älter als 65 Jahre waren, monatliche Zuwendungen.² Diese Überweisungen sind nicht als staatliche Sozialleistungen oder Fürsorgehilfe anzusehen, weil es sich dabei um Prämienzahlungen handelt. Die Beträge müssen jedoch der Einkommenswiederverteilung zugerechnet werden, weil der Arbeitgeber mit einem Teil seines Verdienstes diese Zahlungen ermöglicht. Mit der zunehmenden Industrialisierung Louisianas wird zwangsläufig die Masse der OASDI-Versicherten größer. Damit steigen allmählich die monatlichen Zahlungen. Im Jahre 1957 betrugen die

Mindestmonatszahlungen	33,00 Dollar
Maximalmonatszahlung an eine pensionsberechtigte, lebende Person	174,00 Dollar

¹ „The Welfare Organization Act, approved June 26, 1936, created (in Louisiana, der Verf.) a State Department of Public Welfare to „administer or supervise all forms of public assistance . . .“ The department acts as an agent for the Federal Government in welfare activities in the State and in the administration of funds granted for social assistance. Parish departments administer to local needs, taking applications and making assignments as aid is required. The levying of taxes and the floating of bond issues to finance the entire social security program is provided for, with a view toward obtaining as much Federal assistance as possible.“ (Vgl. Workers of the Writers Program, a.a.O., S. 113.)

² Vgl. Public Affairs Research Council of Louisiana (PAR), Analysis No. 72, Effect of Social Security Changes in Louisiana, October, 1958, S. 4.

Maximalmonatszahlung an die hinterbliebene Familie eines Pensionsberechtigten	254,00 Dollar
Durchschnittsmonatszahlung	57,25 Dollar ¹

Bei dem unter 2. aufgeführten Wohlfahrtsprogramm betrug im Fiskaljahr 1959/60 (1. Juli bis 30. Juni) der Bundesanteil in Louisiana 105809180,57 und die Staatsquote 88489217,81 Dollar.² Die OASDI ist eine Sozialversicherung (social security) und die unter 2. aufgeführten Unterstützungen sind ein Wohlfahrtsprogramm (welfare). Die Wohlfahrt können in Anspruch nehmen: ältere, arbeitsunfähige Personen, die hilfsbedürftig sind; hilfsbedürftige Familien, die Kinder zu erziehen und zu unterhalten haben; hilfsbedürftige Blinde und arbeitsunfähige Personen im arbeitsfähigen Alter. Die Wohlfahrtsleistungen im Oktober 1959 waren folgende:

	Zahl der Fürsorge- empfänger	Durchschnittszahlung (monatlich)
„Old Age Assistance“	124 821	66,16 Dollar
„Aid to Dependent Children“	24 076	89,11 Dollar
„Aid to Blind“	2 640	75,83 Dollar
„Aid to Disabled“	15 674	53,82 Dollar ³

Der weitaus größte Teil der Leistungen, gemessen an der Gesamtleistung sowie an der Zahl der Empfänger, entfällt auf Pensionsberechtigte (Männer über 65, Frauen über 62 Jahren. Darum ist interessant, die Empfänger der Wohlfahrtsleistungen in Beziehung zu der Gesamtbevölkerung dieser Altersgruppen zu setzen. Von 220 680 im Pensionsalter Stehenden erhielt im Jahre 1958 mehr als die Hälfte (58,7%) „welfare assistance“.⁴ Verglichen mit anderen Südstaaten bezieht, an der gesamten Bevölkerung gemessen, ein relativ hoher Prozentsatz der Louisianer Sozialleistungen aus dem Wohlfahrtsfonds. Das zeigt die folgende Tabelle:

Staat	Prozent	Staat	Prozent
Alabama	6,4%	North Carolina	3,9%
Arkansas	5,3%	Oklahoma	7,3%
Florida	3,9%	South Carolina	3,4%
Georgia	4,7%	Tennessee	4,3%
Kentucky	4,7%	Texas	3,6%
Louisiana	7,7%	Virginia	1,5%
Mississippi	7,8%	US-Durchschnitt	3,1% ⁵

Die unter 3. aufgeführte Arbeitslosenunterstützung wird in Louisiana vom „Department of

¹ Vgl. Public Affairs Research Council of Louisiana (PAR), Analysis No. 72, Effect of Social Security Changes in Louisiana, October, 1958, S. 4.

² Vgl. Division of Administration State of Louisiana, Financial Statements Fiscal Year 1959/60, S. 41.

³ Nach PAR Analysis No. 72, a.a.O., S. 5.

⁴ Nach PAR State Finance Handbook, Baton Rouge, 1960, S. 28.

⁵ Nach PAR State Finance Handbook, a.a.O., S. 29.

Labor, Division of Employment Security" arbeitsfähigen und arbeitswilligen Personen, denen keine freien Arbeitsplätze vermittelt werden können, gewährt. Die Monatsbeträge schwanken je nach Familienstand des Arbeitslosen, Dauer der Arbeitslosigkeit und anderen Kriterien um hundert Dollar. Die Arbeitslosenunterstützung trägt im weiteren Sinne ebenfalls zur Wiederverteilung des Volkseinkommens bei, obwohl sie nur geringe Wohlfahrtsmerkmale aufweist, da sie nur in Ausnahmefällen aus Steuereinnahmen des Bundes oder der Gliedstaaten bestritten wird.

Für das unter 4. aufgeführte Gesundheitswesen in Louisiana stellt der Bund eine jährliche Unterstützung bereit. Im Fiskaljahr 1960 trug der Bund zum „public welfare“ 64,37% bei. Das Gesundheitswesen erhielt nur 0,37% der Ausgaben vom Bund erstattet.¹

Für die unter 5. aufgeführte „general assistance“, an der sich der Bund nicht beteiligt, gab Louisiana im Fiskaljahr 1959 255 000 Dollar aus. Im Oktober 1959 wurden im Rahmen dieser Unterstützung von den Wohlfahrtsausschüssen der verschiedenen Parishes durchschnittlich 49,17 Dollar an 8,803 hilfsbedürftige Personen gezahlt.²

Ein besonderes Sozialprogramm 6. verfolgt Louisiana mit der Unterhaltung einer Anzahl von Krankenhäusern und Erholungsheimen, die Kranken einkommenschwacher Schichten kostenlos zur Verfügung gestellt werden. Die Transportkosten für mittellose Kranke zu und von den staatlichen Heilstätten sowie gegebenenfalls die Kosten für die Betreuung Wohlfahrtsberechtigter in Privatkrankenhäusern, wenn Staatseinrichtungen nicht in der Nähe liegen, fallen zu Lasten des Staatshaushaltes. Zahlungsfähige Patienten müssen ihre Behandlungskosten in den Staatskrankenhäusern selbst bezahlen. Im Rechnungsjahr 1959/60 setzte Louisiana für Krankenhäuser, Erholungsheime und die Betreuung mittelloser Patienten 46 971 469,90 Dollar fest.³

Weitere Maßnahmen zur Wiederverteilung des Volkseinkommens werden im Schulwesen getroffen. Huey P. Long setzte sich bereits 1928, unmittelbar nach seiner Wahl zum Gouverneur, für die Lehrmittelfreiheit in Schulen ein.⁴ In den Schulen werden an die Schüler vitaminreiche Mahlzeiten und anderes mehr kostenlos oder zu verbilligten Preisen verabreicht. Trotz aller Maßnahmen die Huey P. Long und seine Gesinnungsgenossen herbeizuführen imstande waren, kam niemand auf diese Weise auf ein Vermögen oder ein Einkommen, wie es der „Share-our-Wealth“-Plan vorsah. Weder die unveräußerliche und nichtbelastbare Vermögensgrundlage von 5 667 Dollar noch das angestrebte Mindesteinkommen von 208,50 Dollar pro Monat (2 500 Dollar im Jahr) wurden annähernd erreicht.⁵

Die Lösung des Problems der Vermögens- und Einkommenswiederverteilung in Louisiana hängt auch davon ab, inwieweit die Sozialleistungen von den Vermögens- und Ein-

¹ Vgl. Division of Administration State of Louisiana, Financial Statements Fiscal Year 1959/60, a.a.O., S. 4.

² Vgl. PAR Analysis No. 72, a.a.O., S. 2: „General assistance is financed entirely by the state. The State Board of Welfare has increased grants in this program, . . .“

³ Vgl. Division of Administration State of Louisiana, Financial Statements Fiscal Year 1959/60, a.a.O., S. 4.

⁴ Martin schreibt: „Huey had promised free schoolbooks to the state's children. Now he had to find money to pay for them. Like a salesman who offers an article at an inflated price so he can bargain, Huey proposed stiff increases in the oil and gas taxes, . . .“ (Vgl. Martin, a.a.O., S. 48.)

⁵ Longs „Share-our-Wealth“-Plan, Siehe S. 234 f.

kommensgruppen, die über dem Hundertfachen des Durchschnitts liegen, gezahlt werden. Oft tragen die minderbemittelten Gruppen durch Steuern oder durch Steuerüberwälzung indirekt selbst die Kosten der Staatsleistungen. In Louisiana versuchte man, solange der Einfluß Longs währte, bei der Steuergesetzgebung die Trusts und Holding Companies stärker zu belasten.¹

Zur Finanzierung des Bundesanteils an der Invaliden- 1. und Arbeitslosenunterstützung 3. tragen Arbeitgeber, Arbeitnehmer und freie Berufe durch Prämienzahlungen bei. Seit 1959 betragen die Prämien bei einem Jahreseinkommen bis zu 4 800 Dollar 5% (bisher 4½%) des Arbeitslohnes. Die Prämie ist zur Hälfte vom Arbeitgeber und zur Hälfte vom Arbeitnehmer zu tragen. Bei einem Jahresverdienst von 4 800 Dollar entrichten beide Teile jährlich 120 Dollar. Übersteigt das Jahreseinkommen 4 800 Dollar, erhöht sich der Prämienanteil nicht. 4 800 Dollar sind die oberste Grenze für die Veranlagung. Will jemand, der nicht zwangsversichert ist, freiwillig an der OASDI teilnehmen, so hat er 3,75% seines Einkommens bis zur Maximalhöhe von 180 Dollar, wiederum auf 4 800 Dollar bezogen, an die Bundesversicherungsanstalt zu bezahlen.²

Für Fürsorgeleistungen 2. zahlt der Bund jährlich erhebliche Summen aus öffentlichen Mitteln an die Haushalte der Gliedstaaten. Die Höhe der Beträge richtet sich nach den Leistungen der Wohlfahrtsausschüsse in den einzelnen Staaten. So entfallen zum Beispiel bei einer Zahlung von 65,00 Dollar, wenn es sich nicht um eine allgemeine Hilfeleistung, die Louisiana allein trägt, handelt, auf den Bund 46,75 Dollar.³ Bedenkt man, daß die Gelder dafür zum Teil mittels einer stark progressiven Einkommenssteuer (91% auf ein Jahreseinkommen, das 300 000 Dollar übersteigt) aufgebracht werden, so kann man darin eine gewisse Wiederverteilung des Volkseinkommens sehen.

Die Gliedstaatenanteile zur Finanzierung des Welfare 2.- und des general assistance 5.-Programms werden jedoch überwiegend von den Einkommensgruppen, die wenig über dem vorgeschriebenen Einkommensniveau von 2 400 Dollar liegen, aufgebracht. Long hatte in seinem Shar-our-Wealth-Plan eine stark progressive Einkommens- und Vermögenssteuer vorgesehen, um diese Mittel aufzubringen. Hätten diese Steuern nicht ausgereicht, wäre an eine Besteuerung von Luxusartikeln zu denken gewesen. Dieses Vorhaben ließ sich nicht mit einer allgemeinen Umsatzsteuer in Einklang bringen.⁴

Nach Longs Tode führte man eine „general sales tax“ zur Finanzierung des Wohlfahrts-

¹ Long schreibt: „While the tax bills were pending before the United States Senate in 1932, I proposed a resolution which provided that the tax bills should be so revamped that . . . much of the taxes would have been paid by the so-called upper classes and that instead of the funds of the government being sucked from the bottom and exploited by the classes at the top, the classes at the top would have paid the axes to be filtered out to the masses at the bottom through the various general works and compensations supported by the government.“

(Long, Every Man a King, a.a.O., S. 295.)

² Vgl. PAR Analysis No. 72, a.a.O., S.4.

³ Vgl. PAR Analysis No. 72, a.a.O., S. 2.

⁴ Long schreibt: „I regarded the sales tax as a disaster. It was diametrically opposed to what I considered the only course which the nation must take to relieve itself from the distress which then and now afflicts it.“ (Long, Everyman a King, a.a.O., S. 289.)

programmes ein. Hierdurch flossen im Fiskaljahr 1960 dem Wohlfahrtswesen 88 489 217,81 Dollar zu.¹

Zur Sicherstellung des Etatsposten für die Arbeitslosenunterstützung 3. werden die Arbeitgeber herangezogen. In Louisiana muß ein Arbeitgeber, der 4 oder mehr Arbeiter über zwanzig Wochen im Jahre beschäftigt, von den ersten 3 000 Dollar an Arbeitslöhnen 2,7% an den „Unemployment Compensation Fund“ des Labor Departments abführen. Dieser Satz kann bis auf 0,1% ermäßigt werden, wenn die Beschäftigungslage und die Höhe des Arbeitslosenfonds eine solche Maßnahme zulassen. Im Jahr 1959/60 brachten die Unternehmer in Louisiana 16 807 205,00 Dollar für die Arbeitslosenunterstützung auf.²

Zu wessen Lasten in Louisiana die übrigen Maßnahmen zur Wiederverteilung des Reichtums gehen, läßt sich nicht genau feststellen. Die statistischen Veröffentlichungen der Bundesministerien und Departments in Louisiana legen den Schluß nahe, daß in Louisiana das Volkseinkommen stärker als in anderen Gliedstaaten der Union wiederverteilt wird.³ Louisiana fordert von Aktiengesellschaften, zusätzlich zu den sonstigen Bundes- und Staatssteuern beispielsweise noch jährlich 1,50 Dollar Abgaben auf je tausend Dollar ihrer Eigen- und Fremdkapitalien. Riesenhafte Handelsunternehmen wie Montgomery-Ward, Sears, Roebuck and Company und die modernen Selbstbedienungslebensmittelgeschäfte unterliegen einer Sondersteuer. Eine Einkommenssteuer, die nicht mit der Bundeseinkommenssteuer zu verwechseln ist, wird erst auf Einkommen, die 5 000 Dollar im Jahr übersteigen, erhoben. Kapitalgesellschaften zahlen 4% der Nettoeinnahmen und sonstige Steuerzahler entrichten:

2% der ersten 10 000 Dollar Nettoeinnahmen

4% der nächsten 40 000 Dollar Nettoeinnahmen und

6% der Nettoeinnahmen über 50 000 Dollar.⁴

Das Volkseinkommen der Louisianer, das etwa 5 Milliarden Dollar beträgt, wird größtenteils mit der Ausbeutung der Rohstoffe des Landes verdient. Die Holzverarbeitung, die Gewinnung von Schwefel, Salz und besonders die Erschließung von Erdöl- und Erdgasquellen durch kapitalkräftige, in der Regel staatsfremde Kapitalgesellschaften bedeutet für den Staat erhebliche Steuereinnahmen. Diese politisch einflußreichen Wirtschaftskreise setzen sich verständlicherweise gegen alle Wiederverteilungspläne und besonders gegen Longs „Share-our-Wealth“-Plan mit Nachdruck zur Wehr. Dennoch ist die Steuergesetzgebung stark von Longs Vorstellungen geprägt. Ein Vergleich der Besteuerung des Rohöls und Naturgases in Louisiana mit der Besteuerung dieser Produkte in anderen führenden

¹ So Division of Administration State of Louisiana, Financial Statements Fiscal Year 1959/60. a.a.O., S. 41.

² Vgl. PAR Louisiana State Tax Handbook, 1960, Baton Rouge, 1960, S. 91.

³ Davis schreibt: „In 1949, Louisiana ranked thirty-ninth in the nation in average income per citizen. At the same time it ranked first in per-citizen state taxes, second in per-citizen state debt, and third in per-citizen cost of government. No one could deny the fact that Louisiana had become a 'high spending' state. Many critics have charged that Louisiana has become a 'welfare state' and that it gives too many services to its people. (Davis, a.a.O., S. 91.)

⁴ Vgl. PAR, Louisiana State Tax Handbook, 1960, a.a.O., S. 54.

Ölstaaten der USA läßt die Bemühungen Longs und seiner Anhänger, den Reichtum in Louisiana wiederzuverteilen, erkennen:

Es erheben:	Besteuerung von 100 Barrels Rohöl, mit 301 Doll. (3,01 pro Barrel) bewertet.	Besteuerung von 1 Million Kubikfuß Naturgas, mit 119 Dollar bewertet.
Louisiana	24,50 Dollar	23,00 Dollar
Texas	14,04 Dollar	10,12 Dollar
Oklahoma	15,27 Dollar	6,15 Dollar
New Mexiko	13,97 Dollar	5,52 Dollar
Kansas	0,02 Dollar	0,25 Dollar
Wyoming	0,12 Dollar	0,00 Dollar

Kalifornien belegt Erdöl und Naturgas mit soviel Steuern als Kosten aus den staatlichen Maßnahmen zur Sicherung der ordentlichen Bewirtschaftung der Rohstoffquellen entstehen.¹

Als in Louisiana die Auswirkungen der Weltwirtschaftskrise abgeklungen waren, kehrte man, weil Longs „Sozialisierungspläne“ von seinen Nachfolgern teilweise mißbraucht wurden, allmählich zum gewohnten Mißtrauen gegen den Staat zurück.² Aus Protest gegen die korrupte Politik der Nachfolger Longs entstand eine reaktionäre Bewegung der Louisianer. Unter Führung des Bruders Huey P. Longs, Earl K. Long, kehrte man später teilweise wieder zum Share-our-Wealth-Plan zurück, teilweise nur deshalb, weil die politischen Erben Longs Sozialleistungen versprachen, ohne auf die Frage der Beschaffung der Mittel einzugehen. In jüngster Zeit setzt man sich in Louisiana jedoch für eine Annäherung der verschiedenen Meinungen ein und scheint damit in sozialen Fragen den Weg des geringsten Widerstandes gehen zu wollen.

¹ Entnommen aus PAR, Louisiana State Tax Handbook, 1960, a.a.O., S. 101.

² Auf dem Grabstein Longs im State Capitol zu Baton Rouge steht zu lesen: „Here lies Louisiana's great son Huey Pierce Long, an unconquered friend of the poor who dreamed of the day when the wealth of the land would be spread among all the people.“ (Vgl. Martin, a.a.O., S. 147.)

VIII. ZUM WEITEREN VERLAUF DES SOZIALPROZESSES

1. Der New Deal Roosevelts und das scheinbare Ende des Liberalismus in den Vereinigten Staaten.

Betrachtet man neben der wirtschaftlichen wieder die soziale, religiöse und politische Entwicklung der Vereinigten Staaten von Amerika unter und nach dem Regime Franklin D. Roosevelts, so drängt sich die Frage auf, ob sich seit dem New Deal die Institutionalierungsweise der Amerikaner noch wesentlich von der in anderen Industrieländern üblichen unterscheidet. Man könnte untersuchen, ob der von v. Wiese beschriebene Sozialprozeß, der während der dreißiger Jahre in den USA zu einer Zentralisation der Macht auf Bundesebene führte, eine Gesellschaftsform entstehen ließ, die dem Kommunismus, einem Nationalismus oder zumindest einem demokratisch-republikanischen Sozialismus vergleichbar ist. Ließe sich diese Frage positiv beantworten, so schiene v. Wieses Theorie, nach der auf das Aufsteigen zu unpersönlicheren Gebildetypen eine Lockerung und Lösung in den zwischenmenschlichen Beziehungen einsetzen soll, auf die ein erneuter Aufstieg zu überpersönlichen Gebildetypen folgt, auf den amerikanischen Sozialprozeß zuzutreffen.

Wenn sich die Amerikaner mit dem New Deal für eine Zentralgewalt und gegen die Freiheit des Individuums, für die die Kolonisten Neuenglands einst erbittert gekämpft hatten, entschieden haben, so wird die Frage nach der ideologischen Untermauerung der neuen Gesellschaftsform akut. Die amerikanischen Bürger werden sich kaum für eine absolutistisch-theokratische Monarchie mit einer Staatsreligion und einem festgefügtten Ständewesen entschieden haben. Dieser Gedanke ist schon deshalb abwegig, weil die Freiheit von der Bevormundung einer Zentralkirche noch immer als eine der ersten, nachhaltigsten und unangefochtesten Errungenschaften des Amerikanismus angesehen wird. Die Religionsfreiheit ist in den USA so selbstverständlich, daß man es nicht mehr für nötig hält, den Ansprüchen der katholischen Kirche im öffentlichen Leben mit Mißtrauen zu begegnen. Der verstorbene Präsident Kennedy war Katholik. Nach der Verfassung, die, was die Religionsfreiheit betrifft, kaum zu ändern sein dürfte, ist es dem Kongreß untersagt, Gesetze zu erlassen, die sich auf die Einführung einer Staatsreligion beziehen oder die freie Religionsausübung verbieten wollen. Was für die Religion gilt, dürfte genau so gut auf alle weltanschaulichen oder nationalistischen Strömungen, die als moralisch-ethische Grundlage irgendeiner Volksgesinnung zu einer „Staatsreligion“ erhoben werden könnten, Anwendung finden. Die Bevölkerung der Vereinigten Staaten kennt keine gemeinsame Kultur, die sich aus rassischer oder historischer Entwicklung ableiten läßt und die möglicherweise zu überspitztem Zentralismus um dieser Kultur willen führen würde. Die einzige Gemeinsamkeit aller Amerikaner ist das Bekenntnis zum Liberalismus und der Wille zur Selbstbestimmung. Beide Erscheinungen machen eine Zentralisation auf kultureller Basis undenkbar.

Die bestimmenden Faktoren in der Weltanschauung der Amerikaner sind noch immer Gleichheit und Freiheit. Darum ist die Bevölkerung der Vereinigten Staaten kommunistischen Heilsversprechungen gegenüber relativ immun. Solange diese Gesinnung in der Ge-

sellschaft lebendig ist, gibt es keinen Nährboden, auf dem eine Diktatur zum Schutze der Proletarier vor einer kapitalistischen Wirtschaftsordnung gedeihen kann. Der Kommunismus ist die Antithese zum Liberalismus oder Amerikanismus. Das Christentum, das die Kommunisten ablehnen, und die Abneigung der meisten Amerikaner aller sozialen Schichten gegen jegliche Reglementierung werden die amerikanischen Bürger, wenn ihnen das Wahlrecht verbleibt, auch in Zukunft aller Wahrscheinlichkeit nach gegen Kommunismus und besonders gegen eine bolschewistische Diktatur gefeit halten. Im Vergleich zu diesen Gefahren gelten die Mißstände des Finanzkapitalismus und Roosevelts New Deal wenig. Inwieweit Roosevelts Vorgehen die USA einem demokratisch-republikanischen Sozialismus entgegenführte und in welchem Umfange eine Sozialisierung Amerikas im Rahmen der geltenden Verfassung überhaupt möglich ist, läßt sich nicht ohne weiteres entscheiden. Unmittelbar vor der Weltwirtschaftskrise waren in Amerika alle Sozialisierungsbestrebungen als „unamerican“ verpönt. Morison - Commager schreiben: „Die Amerikaner waren emsig dabei, Reichtum anzusammeln und ihn zu genießen und waren sicher, daß sie endlich den Weg zum Lande Utopia gefunden hatten. Sie waren unter diesen Umständen besonders intolerant gegenüber Kritikern oder Andersdenkenden. Die Wirtschaftszivilisation erschien denjenigen, die ihre Früchte genossen, so wunderbar, daß sie Mühe hatten zu verstehen, wieso ehrliche Menschen etwas daran aussetzen konnten, und so kam es, daß die Kritik an ihr der Verworfenheit oder Illoyalität zugeschrieben wurde. Ein guter Amerikaner würde bestimmt die Vereinigten Staaten nicht kritisieren. Diese Kritik war daher an und für sich etwas Unamerikanisches. Der Nationalismus . . . nahm besonders heftige Formen an. Er trat verwirrend vielfältig auf; in der Revision der Geschichte und der Geschichtsbücher, in der Forderung, daß Schullehrer Loyalitätserklärungen unterzeichnen mußten, in der Verweigerung der Staatsbürgerschaft gegenüber Pazifisten, in der Deportation von Ausländern, der Unterdrückung wirtschaftlicher Unruhe mit Hilfe von Gesetzen über verbrecherischen Syndikalismus und verbrecherische Anarchie, in der Reinigung gesetzgeberischer und anderer Körperschaften von Sozialisten.“¹

Wenige Jahre später setzte sich Roosevelt für Ziele ein, die von Sozialisten in Dänemark und Schweden oder unter Führung der Labour Party in England gleichfalls angestrebt wurden. Die National Industrial Recovery Act, die neben anderen Gesetzen den Liberalismus in der Wirtschaft ablösen sollte, zeigt, inwieweit Amerika unter Roosevelt dem Sozialismus zuneigte. Morison - Commager schreiben: „Das Ideal des neuen Programmes bestand in einer Art industrieller Selbstverwaltung, bei der das N.R.A.-Gesetz die Rolle einer grundlegenden Verfassung spielte und die Codes als Gesetze fungierten. . . . In Fällen, in denen die Codes nicht befolgt wurden, konnte mit Hilfe eines komplizierten Systems von nationalen, regionalen, staatlichen und örtlichen Aufsichtsämtern den Vorschriften Geltung verschafft werden. . . . Bis zur Aufstellung von Codes für die Hauptindustriestrukturen konnte der Präsident der Industrie einen sogenannten Mantelcode vorschreiben. Dieser Mantelcode, der am 27. Juli (1933) verkündet wurde, sollte den Verfassern der Industriecodes als Muster dienen. In ihm wurde die Kinderarbeit verboten, die Arbeitszeit auf 36 Stunden für Industriearbeiter und auf 40 Stunden für Büroangestellte herabgesetzt, es wurde ein Min-

¹ Morison-Commager, Band II, a.a.O., S. 614 f.

destlohn von 40 Cent für die Stunde festgelegt und außerdem enthielt der Mantelcode noch in dem berühmten Abschnitt 7 (a) des N.R.A. Bestimmungen über den Zwangsschutz der Arbeiter.“¹

Morison und Commager schätzen, daß rund 500 Codes verabschiedet und noch etwa 200 in Bearbeitung waren, ehe das höchste Gericht die Eingriffe des Staates in die „freie Wirtschaft“ für verfassungswidrig erklärte. Schätzungsweise fanden derartige Codes auf über 25 Millionen Arbeiter Anwendung. Dennoch erklären Morison-Commager: „Es wäre falsch, anzunehmen, wie dies einige Kritiker getan haben, daß sich diese Sozialisierung ausschließlich auf Kosten des privaten Unternehmertums entwickelte. Es ist im Gegenteil sogar wahrscheinlich, daß der New Deal mehr dazu beigetragen hat, die kapitalistische Wirtschaft zu stärken und letzten Endes zu retten als ihre Entwicklung zu hemmen oder gar sie zu vernichten. Dieses Wirtschaftssystem war in vielen Ländern zusammengebrochen, und sein Zusammenbruch trug zum Aufkommen der totalitären Regierungen bei, die die Wirtschaft vollständig dem Staate unterordneten. Während der Regierung Hoover stand das kapitalistische System auch in den Vereinigten Staaten dicht vor dem Zusammenbruch, und es ist zumindest denkbar, daß, wenn man diesen Zusammenbruch hätte eintreten lassen, daraus ein Wirtschaftssystem entstanden wäre, das ganz anders war als das, woran die Amerikaner gewöhnt waren.“²

Roosevelt wußte nach der Manier von Diktatoren den Begriff der Freiheit dem Wort nach hochzuhalten. Gleichzeitig interpretierte er „Freiheit“ in einem Sinne, der mit dem Freiheitsbegriff Roger Williams oder Thomas Jeffersons nichts mehr gemeinsam hatte. Alles, was dem freien Nutzenausgleich hinderlich war, wurde, wie es damals in vielen Industrieländern und heute noch im kommunistischen Block üblich war und ist, nicht als freiheitsraubend, sondern als freiheitserhaltend hingestellt. In einer seiner unter dem Namen „Plaudereien am Kamin“ berühmt gewordenen Rundfunkansprachen sagte der Präsident im Jahre 1938: „Die Demokratie ist bei verschiedenen großen Völkern verschwunden, nicht deshalb, weil diese Völker die Demokratie ablehnten, sondern weil sie der Arbeitslosigkeit und Unsicherheit müde geworden waren, weil sie nicht mehr zusehen wollten, wie ihre Kinder hungerten, während sie selbst hilflos dasaßen und mit ansehen mußten, wie die Regierung verwirrt und schwach war, weil es ihr an Führung fehlte. Schließlich opferten sie in der Verzweiflung die Freiheit, in der Hoffnung, wenigstens zu essen zu bekommen. Wir in Amerika wissen, daß unsere demokratischen Einrichtungen bewahrt werden und wirksam eingesetzt werden können. Aber um sie zu bewahren, müssen wir . . . den Nachweis führen, daß die demokratische Regierungsform in ihrer praktischen Arbeit der Aufgabe, die Sicherheit des Volkes zu schützen, gewachsen ist. . . . Das Volk Amerikas ist sich darin einig, seine Freiheit um jeden Preis zu verteidigen, und die erste Verteidigungslinie liegt in diesem Kampf bei dem Schutz der wirtschaftlichen Sicherheit.“³

Viele amerikanische Soziologen, die zum Auftreten wirtschaftlicher Notstände mit den Begleiterscheinungen Arbeitslosigkeit und Armut Stellung nehmen, neigen dazu, zum Schutze der niedrigen Einkommensgruppen einer festen institutionellen Ordnung zur wirtschaftlichen

¹ Morison-Commager, Band II, a.a.O., S. 666 f.

² Morison-Commager, Band II, a.a.O., S. 708 f.

³ Zitiert nach Morison-Commager, Band II, a.a.O., S. 709.

und sozialen Sicherheit und einer Staatsintervention das Wort zu reden. Die Arbeitsleistung kann offensichtlich immer dann, wenn die Produktion nicht die Bedürfnisse der Bevölkerung deckt und nicht die Verteilung des Mittels zu ihrer Befriedigung bereitstellt, vom Staat rationell gefördert werden. Die Fähigkeit des Staates, die Produktion und Verteilung der Güter dann, wenn Bedarfsdeckung und nicht Nutzensteigerung nach Wunsch, Ehrgeiz und Fähigkeit im Vordergrund steht, planen und durchführen zu können, wird kaum bestritten. Die Befürworter einer Staatsintervention, die meist Akademiker und Gelehrte, also Intellektuelle und weniger Praktiker oder Politiker sind, beurteilen die zunehmende Zentralisierung auf den Bund hin wie Morison und Commager schrieben:

„Lange Zeit hindurch war die amerikanische Politik durch die unheilvolle Auffassung behindert worden, daß zwischen dem Einzelmenschen und dem Staat unweigerlich ein Konflikt bestehen müsse. Das Mißtrauen gegenüber dem Staat, das aus der Revolutionsära übernommen war, das von Jefferson und seinen Schülern geteilt wurde und von Herbert Spencer und der Laissez-faire-Richtung rationalistisch überspitzt worden war, machte schließlich der Erkenntnis Platz, daß der Staat und der politisch organisierte Einzelmensch ein und dasselbe waren, und daß der Staat der vollständigste Ausdruck des Einzelmenschen war. Das alte Mißtrauen gegen jede Handlung des Staates machte der Erkenntnis Platz, daß der Staat allein in der Lage war, in vielen Krisen, die die Nation durchmachen mußte, wirksam zu handeln. Dazu kam, daß diese neue Anschauung vom Staat keine jener abscheulichen Personifizierungen der Vergötterungen des Staates hervorbrachte, die sich in derselben Zeit in europäischen Ländern entwickelten.“¹

Das alte Mißtrauen gegen eine Verlagerung der Entscheidungsbefugnis in den zwischenmenschlichen Beziehungen vom Individuum auf den Staat ist trotz optimistischer Äußerungen in der amerikanischen Gesellschaft nie ausgestorben.¹ Die regionalen, kulturellen und

¹ Morison-Commager, Band II, a.a.O., S. 707.

¹ Man tut gut daran zu erinnern, daß viele Wissenschaftler in den Vereinigten Staaten keine gebürtigen Amerikaner sind und aus diesem Grunde manche ihrer Auffassungen nicht der üblichen amerikanischen sozialen und politischen Konzeption entsprechen. Die „importierten Intellektuellen“ sind dafür verantwortlich zu machen, daß in Europa erhältliche Literatur nicht immer den amerikanischen Sozialprozeß in angemessener Form darstellt. Barnes und Ruedi beurteilen die Sozialisierung wie folgt: „It has been said that under the New Deal the United States 'was slipping into Socialism'. This viewpoint has been backed by two widely different groups: one a hostile group, which has evidently learned nothing, either from the lessons of previous history or from events since 1929; and the other, composed in part of foreignborn Socialists, who proudly proclaim that the New Deal is the greatest modern experiment in Socialism, with the exception of Soviet Russia.“ (Barnes und Ruedi, a.a.O., S. 688.)

Nach Auffassung dieser Autoren wird ein sozialistischer Staat von Industriearbeitern und Farmern, „dem Proletariat“, kontrolliert. Arbeiter und Bauern überführen die Schlüsselindustrien in Staats-eigentum und verhindern die Anhäufung von Privatbesitz. Vom New Deal behaupten sie: „But the New Deal did none of these things. It did not eliminate the power of the finance capitalists; in fact, it did not even seriously disturb them. The New Deal merely suggested - but did not insist - that profits and the acquisition of great wealth be at least reasonable, in order that the industrial workers and farmers be permitted to acquire enough income to buy what they needed . . . The New Deal regulated but did not abolish the private banking system. As for taxes, there was no serious move to apportion them according to the ability to pay. By and large, the New Deal was a long way from Socialism. It represented only a clumsy, if well-meaning, effort to patch up and bolster capitalism.“ (ebenda.)

wirtschaftlichen Interessen der Bevölkerung der Vereinigten Staaten sind zu vielseitig, um, abgesehen von Notzeiten, einen starken Zentralismus zuzulassen. Die Vorstellung von den verschiedenartigen Traditionen der in Amerika nebeneinander lebenden Kulturgruppen, die die unterschiedlichen Institutionalisierungsgewohnheiten in den USA bedingen, und die verfassungsmäßige Sicherung des Rechts auf einen unterschiedlichen Gesellschaftsaufbau in den Einzelstaaten und innerhalb der verschiedenen Kulturgruppen, der nicht von einer beim Bund liegenden Zentralgewalt beeinträchtigt werden darf, beherrscht das politische Denken vieler Amerikaner. Sie machen sich dabei die in der Unabhängigkeitserklärung formulierten Ideen zu eigen, die im Grundgesetz der Vereinigten Staaten, besonders in den ersten 10 Amendments zur Verfassung, die die gewährten Rechte gegen „Ermächtigungsgesetze“ schützen sollen, garantiert werden.

2. Die Fronten im öffentlichen Leben in den USA.

Konservative, dem Amerikanismus verhaftete US-Bürger, treten dafür ein, auf Bundes-, Gliedstaat- und Kommunalebene die Macht der Regierung auf das Allernotwendigste zu beschränken und nur den Würdigsten unter ihnen diese Regierungsautorität zu übertragen. Würdig, ein öffentliches Amt zu bekleiden, sind im Sinne des Amerikanismus nur diejenigen, die die ihnen gegebene Macht nicht dazu benutzen, ihre Mitbürger zu beherrschen. Diese Auffassung ist besonders unter den Anglo-Amerikanern, unter den Farmern des Mittelwestens und den weißen Südstaatlern, anzutreffen. In den Großstädten und Industriezentren des Ostens und Nordens und bei den Bevölkerungsgruppen, die ihrer kulturellen Abstammung nach wenig an Selbstverwaltung und Selbständigkeit gewöhnt sind, findet der amerikanische Konservatismus kaum Freunde. Die Lehrmeinungen in Amerika gehen dahin zu behaupten, die Demokratie amerikanischer Prägung, deren Grundlagen in der Unabhängigkeitserklärung gefordert und in der Verfassung verankert sind, sei der einzige annehmbare Weg, gemeinschaftliche Aufgaben zu lösen. Die Interpretationen des Begriffes „amerikanische Demokratie“ weichen voneinander ab. Manche erwarten in einer Demokratie die Freiheit vom Staat und eine Einschränkung des Institutionalisierungsprozesses, andere dulden den Staat als Kontrollorgan und haben gegen sekundäre Institutionalisierungen keine Bedenken. Manche fordern die weitgehende Unterordnung des Individuums unter eine gewählte Führung. Andere betonen das Recht des einzelnen, seinen Interessen in vollem Umfange nachgehen zu können, und sind nur in Notzeiten aus praktischen Erwägungen bereit, sich einer gemeinsamen Führung zu unterstellen. Der Streit um die Demokratie entzündet sich an der Frage, welches Ausmaß an Freiheit dem Individuum zuzugestehen sei.

Die Einstellung der Bevölkerung zu den Verwaltungen ihrer Gemeinden, zur gesetzgebenden Gewalt ihres Staates, zum Gouverneur ihres Staates und zur Stellung ihres Gliedstaates zur Bundesregierung können Nicht-Amerikaner kaum richtig einschätzen. Sie gehen meist nur den äußeren Merkmalen des amerikanischen Föderalismus nach und begreifen nicht dessen Wesen. Die Amerikaner erwarten von allen Abgeordneten, die sie in die Staatslegislativen oder in den Kongreß entsenden - besonders aber von Kandidaten, die sich für einen Gouverneursposten oder das Präsidentenamt zur Wahl stellen -, daß sie

sich über den Begriff „Freiheit vom Staat“ im klaren sind und ihn in jeder Weise respektieren. Da die Meinungen über das Ausmaß der Freiheit des Individuums innerhalb der Gemeinschaft auseinandergehen, wird dieser Begriff verschieden ausgelegt. Die Anhänger des amerikanischen Konservatismus vertreten in den Staatslegislativen und im Kongreß die Interessen ihrer Wahlkreise. Liberale oder radikale Abgeordnete setzen sich für die Interessen des Staates bzw. des Bundes, wie Hamilton ihn verstand, ein. Im US-Kongreß, besonders im Senat, sind die Konservativen bislang tonangebend.¹

Die dienstälteren Senatoren aus den Südstaaten, die die Interessen des Südens in den Vordergrund stellen, und die Abgeordneten der agrar- und viehwirtschaftlichen Regionen des Mittelwestens vertreten die Belange der Landwirtschaft. Die Republikanische Partei, die sich soweit von ihrem Gründungsprogramm entfernt hat, daß sie heute, im Gegensatz zu den Demokraten des Nordens und Ostens, konservativ die Belange des regionalen Individualismus vertritt, schließt sich oft den Staatenrechtlern und den Interessenvertretungen der Landwirtschaft an. So kommt vielfach eine De-facto-Koalition zwischen den ehemaligen politischen Gegnern, den Demokraten aus den Südstaaten und den Republikanern, zustande. Diese südstaatlich-landwirtschaftlich-republikanische Front steht oft in Opposition zu den Repräsentanten der Industrie, der Gewerkschaften und der Bevölkerung größerer Städte.

Die Konservativen und die Liberalen verfechten ihre sozialen und politischen Ziele mit einer Ideologie, die sie als echt amerikanisch hinstellen. Die Konservativen leben in einer Welt des Absoluten, in der Wahrheiten selbstverständlich, Gesetze unverrückbar, Recht und Unrecht klar umrissen sind. Ihre Welt ist etwas Feststehendes und nicht etwas Wachsendes. Ihre Philosophie ist statisch, nicht dynamisch. Ihre Moral ist absolut, nicht relativ. Sie sind dem Geist der Unabhängigkeitserklärung im historischen Sinne und dem Grundgesetz dem Wortlaut nach verpflichtet.

Dieser in den Vereinigten Staaten als Transzendentalismus bezeichneten Geistesrichtung steht die Lehre von Charles Pierce, William James und John Dewey, die mit der „Zueinander“-Bewegung im Sozialprozeß der Vereinigten Staaten unter Lincoln verbreitet wurde, gegenüber. Die Liberalen, die Verfechter des Zentralismus, benutzen die Philosophie der Pragmatiker zur Rechtfertigung einer großzügigen Auslegung der Verfassung oder um diese der wachsenden Einsicht der Bevölkerung gemäß zu verbessern.² Morison und Commager, die sich offensichtlich zu dieser Philosophie bekennen, schreiben:

„Die Pragmatiker betrachten unsere Welt als etwas Werdendes. Sie beugten sich völlig unter die aus der organischen Evolution zu ziehenden Folgerungen und wandten sie auf Moral und Geistesleben sowie auf die sozialen Einrichtungen an. Wenn sie gefragt wurden, ob eine Handlung recht oder unrecht, eine Institution gut oder schlecht sei, so wiesen sie nicht auf irgendeinen abstrakten Maßstab zur Beurteilung dieser Frage, sondern wandten ihre Aufmerksamkeit den Folgen zu. Diese Folgen konnten entweder unabsehbar sein, oder sie konnten das abstrakte Urteil bestätigen, aber die Wirkung dieser Einstellung auf dem Gebiete der Politik, des Rechtes, der Wirtschaft, der sozialen Einrichtungen, der Erziehung, der Religion und der Moral war revolutionierend, und diese Revo-

¹ Vgl. hierzu S. 146 ff.

² Vgl. hierzu S. 64.

lution ist auch heute noch nicht abgeschlossen. Es war die natürliche Folge dieser Philosophie, wenn viele Schüler von James und Dewey eine besondere aktive Rolle in politischen, rechtlichen, sozialen und pädagogischen Reformen gespielt haben."¹

Dem Pragmatismus, wenn er im Sinne Deweys als eine Lehre zur Meisterung des Alltags verstanden wird und als Maßstab für die Bewertung im zwischenmenschlichen Leben gilt, stimmen auch die Verfechter der Ideologie Roger Williams' und Thomas Jeffersons zu. Wo die Pragmatiker die Verfassung in Frage stellen, die dem Individuum Schutz vor einer Zentralgewalt bietet, rebelliert der Großteil der Bevölkerung. Die Liberalen versuchen die Pragmatiker so zu interpretieren, daß die Verfassung ihre bisherige Wirksamkeit verliert. Sie sagen: „Der Gedanke der organischen Evolution war vielleicht am wirksamsten auf dem Gebiet von Verfassungsrecht und -geschichte. Er ermöglichte eine neue Auslegung der Verfassungsgeschichte, die mit dem Ausspruch Gladstones ein Ende machte, daß die amerikanische Verfassung dem Genius einiger weniger Männer ‚entsprungen‘ sei. Man lernte sie als das Ergebnis einer jahrhundertelangen Verfassungsentwicklung in England und in den Kolonien kennen und gelangte dabei zu der Erkenntnis, daß diese organische Entwicklung sich nach 1787 fortgesetzt hatte. Richterschaft und patriotische Vereinigungen stehen auch heute noch dieser Auslegung der Verfassung ablehnend gegenüber und wollten diese lieber so aufgefaßt wissen, wie die scholastischen Theologen die Heilige Schrift. Aber sogar Thomas von Aquino machte an der Theorie von der Evolution auf dem Gebiete des religiösen Dogmas mehr Konzessionen als jener Richter, der sich auf den Standpunkt stellte: ‚Die Verfassung ist, mit Ausnahme der Amendments, heute noch genau das gleiche, was sie 1787 war. Wir wissen nur mehr über sie, das ist alles‘.“² Das Volk wird in seiner Mehrzahl „den Richtern und den patriotischen Vereinigungen“ in ihrer politischen und gesellschaftlichen Einstellung zustimmen. Diese Tatsache ist aus der überkommenen Vorstellung von einer erstrebenswerten Form zwischenmenschlicher Beziehungen zu verstehen.

Der Begriff „Freiheit“ wird, weil er über zwei Jahrhunderte die ursprüngliche Bedeutung der Souveränität des Individuums in seinem Nutzenaustausch beibehalten konnte, heute in den USA weitläufiger als in der übrigen Welt interpretiert. Darum sind viele Amerikaner der Meinung, daß alle Freiheiten, die ihnen gewährt, aber durch die Funktionen eines Verwaltungsapparates geordnet und geregelt werden, eigentlich keine rechten Freiheiten sind. Die vier Freiheiten, „religious freedom“, „freedom of the press“, „freedom of speech“, „freedom from fear and want“, die Roosevelt der Welt sichern wollte, sehen konservative Amerikaner nicht als Freiheiten an, wenn sie mit einer erzwungenen Zugehörigkeit zu gewissen Institutionen verbunden sind, die ihrerseits wiederum den freien Nutzenaustausch verhindern. Religions-, Presse- und Redefreiheit sind Utopien, wenn Gesetzgebung und Verwaltung bestimmend in sie eingreifen können. Freiheit von materieller Not garantiert man am besten dadurch, daß man dem einzelnen die Chance (opportunity) gibt, einen ausreichenden Lebensunterhalt selbst zu verdienen. Die Freiheit von Angst, soweit diese das Diesseits betrifft, sollte durch freiwillige Institutionen geschützt werden. Diese muß, mag es sich um eine Truppe handeln, die eine von außen drohende Gefahr für die Freiheit

¹ Morison-Commager, Band II, a.a.O., S. 304.

² Zitiert nach Morison-Commager, Band II, a.a.O., S. 307.

abwenden soll, oder um ein sonstiges Instrument, das zur Kontrolle der menschlichen Betätigung in Wirtschaft und Gesellschaft während eines Notstandes gebraucht wird, sobald sie entbehrlich ist, abgebaut werden, weil durch sie jede echte Freiheit in Gefahr geraten kann. Selbst die Intellektuellen und Liberalen in den USA sehen ein, daß erzwungene Institutionen die persönliche Freiheit einschränken, meinen aber, diese seien notwendig, um jede Ausnutzung und Ausbeutung zu verhindern.

Neben der unabwendbaren Korrektur in der Wirtschaft hat, wie *Morison-Commager* formulieren, „der New Deal die Freiheit des Unternehmertums ernstlich beschränkt, umfassende Kontrollmaßnahmen auf dem Gebiete des Arbeiterwesens und der Landwirtschaft eingeführt, das Anwachsen der Bürokratie gefördert, Verwirrung in der Verwaltung hervorgerufen, den Bestand des Leistungsprinzips gefährdet, die Furcht vor der Diktatur und die Klassengegensätze verstärkt, die nationale Schuld erheblich vergrößert und ist in gewissen Punkten mit der Verfassung in Konflikt geraten.“¹ Um diese Verwirrung in der Verwaltung zu beseitigen, wäre ein „Polizeistaat“ nötig gewesen, der den Zentralismus erst hätte vollenden können.

Der konservative Teil der Bevölkerung, der nach dem Krieg, dem die Wirtschaftskrise folgte, wieder an Einfluß gewann, hat zur Gesellschaftsordnung eine andere Einstellung. Diese Kreise glauben, das Spezifische der amerikanischen Gestaltung der zwischenmenschlichen Beziehungsformen sei aus dem amerikanischen Volksgeist und damit aus den Beweggründen der Amerikaner beim Nutzaustausch zu erklären. Der Wunsch, sich mit seinem Mitmenschen und Mitchristen auf der Basis der Selbstbestimmung zurechtzufinden, ohne die zwischenmenschlichen Beziehungen durch Gesetz bis ins einzelne geregelt zu haben, beseelt diese Gruppen. In einem Land, das von Hawaii bis Alaska reicht und Angehörigen aller Kulturvölker der Welt Heimatrecht gewährt, ist nach Ansicht der konservativen Amerikaner ein Schutz vor einer Zentralgewalt nötig. Dieser Schutz wird in der Unabhängigkeitserklärung und der Verfassung garantiert.

3. Der Ausgleich zwischen Freiheit und Ordnung.

„Genau so wie die griechischen Tragödien aus der Zeit des Perikles nicht nur die Konflikte zwischen Göttern und Helden sondern die Tiefen der menschlichen Natur betreffen, genau so wie die Geschichten des Alten Testaments die geheimnisvollen Beziehungen zwischen Gott und dem Menschen aufdecken, so können wir hinter dem lärmenden Zusammenprall der Worte und der Waffen in der amerikanischen Revolution ein politisches Problem sich rühren sehen, das älter ist als die überlieferte Geschichte: den Ausgleich zwischen Freiheit und Ordnung. Dieses Problem verbarg sich hinter all dem Tumult und Geschrei; und diese immer wieder auftauchende Frage der Beziehungen zwischen Freiheit und Ordnung mündet eigentlich in zwei Probleme aus; das horizontale oder föderative Problem der Verteilung der Macht zwischen einer zentralen und einer Vielzahl regionaler Regierungen, und das vertikale oder demokratische Problem, wie weit die Massen der Menschheit mit der Kontrolle betraut werden sollen.“²

¹ Morison-Commager, Band II, a.a.O., S. 653.

² Morison-Commager, Band I, a.a.O., S. 143 f.

Das demokratische Problem wurde in den Vereinigten Staaten mit der Durchsetzung der in der Unabhängigkeitserklärung erhobenen Forderungen weitgehend gelöst. Einige wichtige Fragen allerdings bleiben offen. In manchen Gliedstaaten wurden Frauen, Neger und Besitzlose vom Wahlrecht ausgeschlossen. In anglo-amerikanischen Kreisen befürchtete man lange Zeit, die breite Masse des Volkes sei nicht geeignet, sich selbst zu regieren. Heute darf die Entwicklung zur Übertragung der Macht und Verantwortung auf die gesamte Bevölkerung, soweit dies durch formale Bundesgesetzgebung geschehen kann, als abgeschlossen angesehen werden. In den einzelnen Gliedstaaten und Kommunen ist das Ausmaß der Mitbestimmung des Volkes verschieden groß. Das ist möglich, weil in der amerikanischen Gesellschaft stärker als in anderen zivilisierten Ländern nach ungeschriebenen Gesetzen gehandelt wird. In der Theorie tritt man überall in den USA für die volle Gleichberechtigung aller Bevölkerungsgruppen ein.

Die Meinungen liefen in der Frage nach der Beziehung zwischen Freiheit und Ordnung im Staate, nach der Verteilung der Macht zwischen einer zentralen und einer Vielzahl von regionalen Regierungen, worin sich die amerikanische von der europäischen Gesellschaftsphilosophie grundlegend unterscheidet, von vornherein auseinander. Der Sozialprozeß in den Vereinigten Staaten wird von den Antithesen „Freiheit“ und „Ordnung“ bestimmt.

Wer diesen Prozeß von Roger Williams über Thomas Jefferson bis zu Andrew Jackson verfolgt, wird zunächst feststellen können, daß die Entwicklungsgeschichte gemäß dem v. Wieses'schen „B-Prozeß des Auseinanders“ verläuft. Der einzelne Bürger versucht, sich von Staats- und Gesellschaftsformen, die ihm unerträglich zu sein scheinen, zu befreien. Die Lösung von den aus der alten Welt überkommenen Vorstellungen von der Regelung der zwischenmenschlichen Beziehungen war die Geburt des Amerikanismus. Die Forderung nach Freiheit für den einzelnen wurde immer stärker. Unter Jackson ging sie so weit, daß jede erzwungene Institutionalisierung überhaupt abgelehnt wurde.

Mit der Wahl Abraham Lincolns zum Präsidenten im Jahre 1860 setzt in den USA v. Wieses „A-Prozeß des Zueinanders“ ein. Der Wunsch nach Ordnung im sozialen Zusammenleben siegte allmählich über den Drang nach uneingeschränkter Freiheit für das Individuum. Diese Entwicklung hatte sich seit längerer Zeit angebahnt. Schon bald nach dem sich Jefferson mit seinen Gedanken durchgesetzt hatte, ergaben sich in der Praxis Fälle, in denen aus vernünftigen Überlegungen die „Freiheit vom Staate“ eingeschränkt werden mußte. In jedem dieser Fälle war der Verlust der „Freiheit vom Staat“ sorgfältig gegen die erforderlichen Notwendigkeiten abgewogen worden. Man kann daher in gewissem Sinne sagen, Lincoln kehrte zur Vernunftspolitik Jeffersons zurück. Neben der „Freiheit vom Staat“ wurde aber auch die „Freiheit im Staat“ angestrebt. Die Forderung nach „Freiheit im Staat“ bewirkte die Sklavenbefreiung, das Anti-Trust-Recht, die Einführung einer Bundes-einkommensteuer, um die Stellung der Bundesregierung zu stärken, die Institutionalisierung des Geldwesens im Interesse des ganzen Volkes und anderes mehr.

Nach vielen Rückschlägen und Mißerfolgen für die Verfechter der Ordnung setzten sich besonders der Republikaner Theodore Roosevelt (Präsident 1901-1909) und der Demokrat Woodrow Wilson (Präsident 1913-1921) in ihrer Amtszeit stark für eine Ordnung der zwischenmenschlichen Beziehungen ein. Während der zwanziger Jahre feierten die Verfechter der „Freiheit vom Staat“ und der „Souveränität der regionalen Regierungen“ den größten Sieg seit Jackson. Im weiteren Verlauf des Sozialprozesses, besonders während der Amtszeit

Franklin D. Roosevelts (1933-1945), wurden Ordnung und Sicherheit im Staate immer stärker betont. Die einsetzende Institutionalisierung und Sozialisierung der amerikanischen Gesellschaft machte diese europäischen Sozialordnungen ähnlich. Grassi nimmt diese Entwicklung zum Anlaß, vom Ende des Amerikanismus - d. h. der freien Wirtschaft und der privaten Initiative - zu sprechen.¹

Nach der Weltwirtschaftskrise wurden Stimmen laut, die den amerikanischen Sozialprozeß zurück zum Jacksonismus lenken wollten. Eine Änderung der Parteiverhältnisse brachte es mit sich, daß nicht ein demokratischer, sondern ein republikanischer Präsident in seinem Wahlprogramm diese Strömung zum Ausdruck brachte. Man beschloß, die Pläne zur Einkommenswiederverteilung und die Sozialgesetzgebung fallen zu lassen und zur amerikanischen Vorstellung vom „free enterprise“ zurückzukehren.

Während der Amtszeit Dwight D. Eisenhowers (1953-1961) hielt sich der Bund in Wirtschafts- und Sozialfragen zurück. Der Demokrat John F. Kennedy verfolgte in seiner Wirtschaftspolitik pragmatische Ziele. Alle Pläne wollten von einer staatlichen Kontrolle der Wirtschaft absehen und auch sonstige Beziehungen im sozialen Zusammenleben unbeaufsichtigt lassen. Dennoch wirken sich alle einschränkend auf die freie Betätigung des Individuums in Wirtschaft und Gesellschaft aus. Die Pragmatiker der „Harvard Schule“, die die politische Führung der Demokraten im Industriegebiet des Nordens und Ostens beanspruchen und die Wählerschaft dieser Gegenden halten eine Mitwirkung des Staates bei der Lösung wirtschaftlicher und sozialer Fragen für notwendig. Morison-Commager schreiben zur Frage, inwieweit die breite Masse eines Volkes sich selbst regieren soll und wie die Macht im Staate zwischen einer Zentralgewalt und einer Vielzahl von regionalen Regierungen verteilt werden soll: „Diese beiden Probleme sind das A und O der amerikanischen Geschichte während des ganzen Bürgerkrieges, und die Gegebenheiten unserer eigenen Zeit haben diese Frage lediglich in Gestalt des Gegensatzes zwischen Freiheit und Sicherheit wieder aufleben zulassen. Wie weit sollen die Bundes- und Landesregierungen die Angelegenheiten der Menschen regeln, um die Gesellschaft zu retten oder vielleicht zu verbessern? Wie weit sollen die Massen, nachdem sie das Recht zur Kontrolle gewonnen haben, die Durchführung dieses Rechtes, das sie ja unmöglich selbst ausüben können, an erwählte oder ernannte Beamte abgeben? Kann es unter den komplizierten Verhältnissen, in denen eine moderne Gesellschaft lebt, überhaupt eine Freiheit geben, die diesen Namen mit Recht trägt, ohne daß es auch Sicherheit gibt?“²

Im Zuge der zunehmenden Industrialisierung Amerikas siedeln mehr und mehr Farmer in die Städte über, wo sie in ihrer sozialen und wirtschaftlichen Betätigungsfreiheit immer stär-

¹ Morison-Commager stellen auch Roosevelts New Deal als typisch amerikanisch hin: „Man darf bei einer Betrachtung oder Würdigung des New Deal nicht vergessen, daß seine Wurzeln tief in unsere Geschichte hinabreichen, daß seine weltanschaulichen Grundlagen in der Zeit der Volkspartei gelegt wurden und sich auf den Square Deal Roosevelts, (Theodore Roosevelt, der Verf.) auf die neue Freiheit Wilsons und in einem gewissen Ausmaß auch auf die Politik der Regierung Hoover stützen. Ebenso soll man daran denken, daß viel von dem, was im letzten Jahrzehnt entstanden ist, außerhalb der Roosevelt-Regierung und außerhalb von Washington entwickelt wurde, und zwar in den Hauptstädten von Einzelstaaten, in privaten oder inoffiziellen Organisationen, aus den Notwendigkeiten des sozialen und industriellen Lebens und den wirtschaftlichen und technischen Wandlungen heraus.“ (Morison-Commager, Band II, a.a.O., S. 704.)

² Vgl. Morison-Commager, Band II, a.a.O., S. 144.

ker eingeschränkt werden. Das Verhältnis des Naturreichtums des Landes zur Bevölkerungsdichte hat sich allmählich beinahe dem Europas angeglichen. Die Verteidigungsanstrengungen zwingen in letzter Zeit die USA zu größerem Zentralismus als z. B. die Staaten Westeuropas. Von den ursprünglichen Anstößen, den Institutionalisierungsprozeß zu begrenzen, ist nur noch der Freiheitstrieb erhalten geblieben. Dieser ist im amerikanischen Volke, wenn es nicht von wirtschaftlicher Not bedroht ist, stärker lebendig als die Soziologen gemeinhin annehmen.

IX. DER AMERIKANISCHE VOLKSCHARAKTER UND DIE STELLUNG AMERIKAS ALS WELTMACHT

„Die einstigen Emigranten haben die erste Weltmachtposition erobert und befinden sich nun vor politischen Aufgaben, die Tradition und historisches Bewußtsein verlangen. Ihre Bewältigung wird dem amerikanischen Charakter neue Züge hinzufügen“, sagt Grassi bei der Erörterung der Frage, inwieweit die Ereignisse der neuesten Geschichte in Amerika eine Neuorientierung der institutionellen Ordnungsfaktoren bewirkt haben.¹ Die Vorstellung von einer abrupten und radikalen Wesensänderung eines Volkes wäre aber auch hier fehl am Platze.

Erst seit dem Zweiten Weltkrieg empfinden mehr und mehr Amerikaner, daß sie als einzelne in der Wirtschaft oder im Staate der Weltgemeinschaft angehören. Ebenso setzt sich langsam die Erkenntnis durch, infolge der Entwicklung, die man selbst nicht bestimmen kann, habe man auch an der sozialen und wirtschaftlichen Lage anderer Völker teil. Viele Europäer wären erstaunt, wenn sie wüßten, wie wenig diese Konzeption verbreitet ist.

Diese Haltung läßt sich erklären aus dem Wesen des amerikanischen Sozialprozesses, der mit dem Protest gegen die damals herrschende soziale und wirtschaftliche Ordnung Europas einsetzte und der weitgehend unabhängig von den Sozialprozessen der übrigen Welt verlief. Im wirtschaftlichen Bereich ist das „big business“ am ehesten bereit, sich für außer-amerikanische Angelegenheiten zu interessieren, vor allem wenn es gilt, neue Märkte zu erobern. Macht sich aber eine nicht-amerikanische Konkurrenz auf dem eigenen Binnenmarkt bemerkbar, setzen sich die Produzenten mit allen Mitteln gegen diese zur Wehr. Sie mobilisieren selbst die Arbeiterschaft gegen ausländische Einfuhren. Den Protektionismus, der sich aus den Erziehungszöllen ergab, verteidigt man heute noch damit, daß europäische Länder den Lohn im Interesse der Zahlungsbilanz und der Beschäftigung niedrig halten, ihr Steuersystem den Export fördere und in Asien die Löhne auf dem „Reisstandard“ beruhten. Die Interessenvertretungen machen geltend, die Zulassung billigerer Waren würde entweder den Lebensstandard des hochbezahlten amerikanischen Arbeiters senken oder Arbeitslosigkeit zur Folge haben. Der Abstand, den der Durchschnittsamerikaner und, durch ihn verursacht, auch der Kongreß zu den wirtschaftlichen Verhältnissen im Ausland hat, muß auf diesem Hintergrund gesehen werden.

¹ Vgl. Gorer, a.a.O., S. 204.

Einem Teil der US-Bürger schwebt immer noch vor, alle Beziehungen zu Verbündeten, zu neutralen Ländern und zu den Entwicklungsländern nicht über ein freundliches Mitverständnis und nötigenfalls wirtschaftliche oder militärische Hilfeleistung auszudehnen. Man glaubt, der Kampf gegen den Weltkommunismus lasse sich allein mit der Demonstration militärischer und wirtschaftlicher Stärke bestehen.

Zur geistigen Auseinandersetzung mit dem Marxismus fehlt den Durchschnittsamerikanern die nötige Schulung. Die Regierungsvertreter Amerikas kommen meist erst während ihrer Amtszeit - vorwiegend auf Außenposten - mit dem Kommunismus in Berührung. Weil die Auslandsvertretungen ebenso wie die Regierung stetig wechseln und beide der strengen Überwachung des Kongresses unterliegen, muß diesem die Verantwortung für die fehlende ideologische Vorbereitung zugeschrieben werden.

Die offizielle Haltung Amerikas anderen Ländern gegenüber läßt sich aus der Zusammensetzung des Senates und des Repräsentantenhauses erklären. Die Abgeordneten beider Häuser erhalten ihre Mandate vom Volk in persönlicher Wahl und nicht nach ihrer Parteizugehörigkeit. Daraus folgt, daß die einzelnen Kongreßmitglieder die Gesinnung ihrer Wählerschaft zur Institutionalisierung teilen und eher bestrebt sind, diese in der Innen- und Außenpolitik zu verwirklichen, als das die Volksvertreter in jüngeren Demokratien zu tun pflegen. Das alles führt zu einer betonten Zurückhaltung in der Außenpolitik, sobald es sich um zwischenmenschliche Beziehungen handelt. Diese Haltung wird nur aufgegeben, wenn die amerikanischen Vorstellungen von Freiheit unmittelbar bedroht sind.

Die Amerikaner beanspruchen für sich den ungehinderten Nutzaustausch und die freiwillige Institutionalisierung bei individueller Zielsetzung. Darum ist es selbstverständlich und folgerichtig, daß sie auch für die gleichen Freiheiten anderer Völker eintreten. Andere Sozialordnungen verlangen dagegen, im Interesse einer religiösen, sozialen oder wirtschaftlichen Zielsetzung müsse die völlige Freiheit des Individuums geopfert werden, denn nur so sei eine dauerhafte Freiheit zu erlangen. In einer solchen Gesellschaft findet eine Ideologie, die einen Gegensatz zwischen Ordnung und Freiheit sieht, wenig Anklang. In den USA bemüht man sich kaum, diese verschiedenen Denkweisen aneinander anzugleichen. Man unterstellt vielmehr willkürlich, daß sich auch im Ausland die Masse der Bevölkerung zur amerikanischen Auslegung des Freiheitsbegriffes bekennt, selbst aber durch eine dünne Oberschicht von Gesellschaftsträgern in einer Art Leibeigenschaft gehalten werde. Diese Haltung, aus der eine Unkenntnis der Gesellschaftsphilosophien aller anderen Völker spricht und bei der das Recht der afrikanischen, asiatischen, südamerikanischen und europäischen Völker auf Selbstbestimmung nicht geachtet wird, wirkt sich ungünstig auf die Außenpolitik der Vereinigten Staaten aus und ist im geistig-ideologischen Kampf mit dem aggressiven Kommunismus hinderlich.

Für die überwiegende Mehrheit des amerikanischen Volkes - besonders aber für die Gesellschaftsträger - ist die Bibel die unbestrittene Autorität auch im gesellschaftlichen Leben. Diese Einstellung rührt von den Puritanern, den geistigen Vätern des Amerikanismus, her. Roger Williams, Thomas Jefferson und andere Männer ihres Schlages gaben der geistigen Revolution in Amerika ihre individuelle Prägung. Die in der Bibel enthaltenen Glaubensgrundsätze und die dem amerikanischen Bürger innewohnenden christlichen Lebensvorstellungen schufen den Spielraum für die typisch amerikanische Konzeption der zwischen-

menschlichen Beziehungsformen. Die Frauen, die besonders in den USA eine führende Rolle im sozialen Zusammenleben spielen, wenn auch ihr Einfluß in der Wirtschaft noch geringer zu sein scheint, sorgen für die Verbreitung des Christentums. Auch die Farmer, die das öffentliche Leben bestimmend mitbeeinflussen, sind der Bibel verhaftet und dem Individualismus treu.¹ Gegen die Verbreitung landesfremder Gesellschaftslehren, die sich weder auf die Bibel stützen noch den Individualismus garantieren, treten insbesondere die Verbände der Kriegsveteranen auf, die sich ursprünglich gegen die Regierung zusammenschlossen, um Versorgungs- und Pensionsansprüchen Nachdruck zu verleihen. Daneben gibt es aber auch zahlreiche organisierte Gesellschaftsgruppen, die das Ziel haben, die Patriottische Sicherung und Fortsetzung der amerikanischen Lebensweise voranzutreiben. Besonders wären hier „The Daughters of the American Revolution“ zu nennen, deren Mitglieder ihre Abkunft mit mehr oder weniger Erfolg auf die Pilgerväter zurückzuführen suchen. Das „Unamerican Activities Committee“ des Kongresses, das Personen und Vereinigungen, die eine mit dem Amerikanismus unvereinbare Philosophie oder Gesellschaftslehre vertreten, ausfindig machen und verfolgen soll, hat viel von sich reden gemacht.

Schulen und Universitäten vernachlässigen die Gesellschaftskunde. Man begnügt sich traditionsgemäß mit dem Bekenntnis zur Bibel und der Verbreitung der politischen Maximen, die in der Unabhängigkeitserklärung und der Verfassung verbrieft sind. Neuerdings werden in Schulprogrammen oft mehrere wahlfreie Fächer angeboten, in denen jungen Menschen gezeigt werden soll, wie sie sich anderen Menschen gegenüber in Gesellschaft und Demokratie zu verhalten haben. Unterrichtsthemen sind beispielsweise die Zusammensetzung und Wahl der Kommunalregierungen, die Finanzierung dieser Institutionen, das Parteiensystem in den USA. Darüberhinaus wird Unterricht in Fächern erteilt, die den Schülern näher liegen, etwa im richtigen Verhalten gegenüber anderen Verkehrsteilnehmern beim Autofahren, im Benehmen bei Veranstaltungen und beim Tanz und ähnlichen Dingen. Allerdings fragt es sich bei all diesen Fächern, ob man sie überhaupt als Soziologie bezeichnen kann.²

Abschließend wäre zu sagen, daß für Amerika die ideologische Auseinandersetzung mit einer anderen Gesellschaftsphilosophie, wie sie der „Kalte Krieg“ erfordert, völlig neu ist, obwohl die USA in ihrer Geschichte etliche militärische Auseinandersetzungen erfolgreich durchkämpft und auf dem Felde der Wirtschaft beachtliche Erfolge erzielt haben. Mit der dem Amerikanismus eigentümlichen selbstverständlichen Sicherheit werden die verschiedenen in der Welt zu findenden institutionellen Ordnungsfaktoren übergangen. Man unterstellt, es gäbe nur zwei mögliche zwischenmenschliche Beziehungsformen; die eine sei

¹ Martin schreibt z. B. von Huey P. Long, der wie viele Politiker einer Farmerfamilie entstammte: „The Longs were Baptists of the old hardshelled school and Father and Mother Long made certain that the children knew their Scriptures 'from cover to cover'." (Vgl. Martin, a.a.O., S. 24.)

² Amerika verdankt John Dewey und den Pragmatikern die Abschaffung des humanistischen Bildungsideals und damit die geistige Entfremdung weiter Kreise von Europa. „Der Pragmatismus“, sagte der Italiener Papini, „ist weniger eine Philosophie als eine Methode mit deren Hilfe man ohne Philosophie auskommen kann.“ Deweys Lehre sollte der Welt des Alltags und nicht der des Klosters dienen. Er meinte: „Es ist besser, wenn die Philosophie bei der aktiven Teilnahme an den lebendigen Kämpfen und Problemen ihres eigenen Zeitalters irrt, als wenn sie eine über alles erhabene klösterliche Unfehlbarkeit bewahrt.“

(Vgl. Morison-Commager, Band II, a.a.O., S. 303 f.)

durch Macht und Autorität gekennzeichnet (der Kommunismus), die andere gewähre abgesehen von Notzeiten die Freiheit von der Zwangs- oder Sekundärinstitutionalisierung (der Amerikanismus). Mit dieser Grundeinstellung sind die Amerikaner kaum in der Lage, die verschiedenen Gesellschaftsideologien der Welt richtig einzuschätzen, sie mit der ihren zu vergleichen und andere Völker von den Vorteilen des Amerikanismus zu überzeugen. Besonders schwer ist es, die Völker richtig anzusprechen, die nicht die Unabhängigkeit von einer monarchistisch-theokratischen Obrigkeit erkämpfen, sondern die sich von einer modernen Form des Kolonialismus freimachen wollen. Man begreift in Amerika nicht, warum ein Volk in Armut und Hunger nicht die Freiheit und den Individualismus als oberste Ziele anstrebt. Das Verständnis für Sozialphilosophien, die sich seit Jahrhunderten auf Grund religiöser Überzeugungen bei den Völkern eingebürgert haben und die zu starken Bruderschafts- und Gemeinschaftsgefühlen innerhalb der Gesellschaftsgruppe geführt haben (ob bei Christen, Buddhisten, Hindus, Juden, Konfuzianern, Mohammedanern, Schintoisten oder bei Anhängern einer Naturreligion), geht dem amerikanischen Durchschnittsbürger ab. Die modernen Kolonialvölker rebellieren nicht wie die ehemaligen Kolonisten der neuen Welt gegen die Theokratie mit ihren überlieferten Traditionen und Institutionen, sondern sie lehnen sich gegen ihre materielle Not auf, für die sie den Kolonialismus, der dank kommunistischer Propaganda meist mit dem Kapitalismus gleichgesetzt wird, weit stärker als ihre religiöse und staatliche Obrigkeit verantwortlich machen.

Der Kommunismus erscheint vielen dieser „Revolutionäre“ verlockend, weil er die Armut zu beheben verspricht. Allerdings werden durch ihn die Lebensgewohnheiten dieser Völker, die meist nicht zu angestrenzter, schöpferischer Arbeit bereit sind, gefährdet. Der Liberalismus dagegen hat den Vorteil, sich nicht in die internen religiösen und sozialen Angelegenheiten eines Volkes einmischen zu wollen. Zu seinen Ungunsten wirkt sich sein Bestreben aus, bei seinen Hilfeleistungen, die Armut zu lindern, das durch Generationen herrschende Gleichgewicht in Wirtschaft und Gesellschaft verschieben zu wollen. Diese Änderung stiftet Unruhe und treibt die Revolution voran - nicht im Sinne des Liberalismus, der mit der bestehenden Verteilung des Kapitals unglaublich wirkt, - sondern für den Kommunismus, der den Reichtum neu zu verteilen vorgibt.

Setzt man im „Kalten Krieg“ die konventionelle und atomare Aufrüstung weiter fort und schüttet allein Dollars auf die Entwicklungsländer aus, ohne sich für deren sinnvolle sozial- und wirtschaftspolitische Verwendung einzusetzen, so würde der Bestand der gegenwärtigen sozialen und wirtschaftlichen Ordnung gefährdet werden. Es ließe sich denken, daß der Marxismus in den USA auflebte oder über Südamerika und Kuba auf das Festland Nordamerikas vordringen könnte, ohne daß die Durchschnittsamerikaner diese Gefahr rechtzeitig erkennen. Der gegenwärtige Konflikt zwischen Ost und West wird aller Wahrscheinlichkeit nach auf diesem Gebiet endgültig entschieden werden. Nicht durch Soldaten, Atombomben und Raketen aber auch nicht durch Rubel beabsichtigen besonders die Kommunisten der Sowjet-Union die Gesellschaftsformen der freien Welt zu beseitigen, sondern durch die Verbreitung ihrer Lebensvorstellungen unter Afrikanern, Asiaten, Südamerikanern, Italienern, Franzosen, ja auch Engländern und Amerikanern. Daher scheint das Gebot der Stunde die moralisch-ideologische Aufrüstung der gesamten amerikanischen Bevölkerung zum gesellschaftspolitischen Kampf zu sein. Diese Aufrüstung dürfte in Anbetracht der institutionellen Ordnungsfaktoren in den USA viel schwieriger sein als eine militärische.

Der Charakter eines Volkes ändert sich nicht leicht. In ihrer religiösen und sozialen Gemeinschaft finden die Amerikaner die Freiheit, das Wohlergehen individuell anzustreben, ideal und wünschen anderen Völkern Glück und Erfolg zu gleichen Zielen. Es wäre weltfremd zu erwarten, daß die Amerikaner darüberhinaus von sich aus ein historisches Bewußtsein und Verständnis für die Ideologien, die einer kollektivistischen Gesellschaftsordnung zur Grundlage dienen, entwickeln. Beides kann erst erworben werden, wenn Schule und Universität dazu erziehen. Bis das geschehen wird, müssen Theoretiker und Politiker die Bevölkerung jedenfalls von der Notwendigkeit überzeugen, auch andere als die eigenen Lebensformen zu sehen. Zur Zeit sind die Intellektuellen selbst von der Naturwissenschaft und der Anwendung ihrer Gesetze auf die Tiefen der menschlichen Natur, den „Volksgeist“ oder die „Volksseele“ so gefangengenommen, daß sie dieser Aufgabe nicht gewachsen sind. Das Unvermögen der Wissenschaftler, die inneren Zielsetzungen und Wertvorstellungen des Menschen zu erforschen, und der Versuch, die Faktoren, die eine soziale und wirtschaftliche Entwicklung bestimmen, mit quasi naturwissenschaftlichen Maßstäben zu erfassen, ist nicht neu und beschränkt sich nicht allein auf die neue Welt. Schon Goethe erkannte dieses Phänomen und tadelte in seiner zeitlosen und treffenden Sprache die Wissenschaftler, als er im 2. Teil des „Faust“ Mephisto zum kaiserlichen Kanzler sprechen läßt:

„Daran erkenn ich den gelehrten Herrn!

Was ihr nicht tastet, steht euch meilenfern;

Was ihr nicht faßt, das fehlt euch ganz und gar;

was ihr nicht rechnet, glaubt ihr, sei nicht wahr;

was ihr nicht wägt, hat für euch kein Gewicht;

was ihr nicht münzt, das meint ihr, gelte nicht.“

LITERATURVERZEICHNIS

Andree, Karl Geographie des Welthandels, Stuttgart, 1867.

Asseff, Emmett The Government of Louisiana, Baton Rouge, 1959.

Barnes and Ruedi The American Way of Life, New York, 1947.

Beer, Ad. Allgemeine Geschichte des Welthandels, Wien, 1860.

Brandt, Al. v. Beiträge zur Geschichte der französischen Handelspolitik von Colbert bis zur Gegenwart, Leipzig, 1896.

Caldwell, Stephen A. A Banking History of Louisiana, Baton Rouge, 1935.

Dart, Benjamin Wall Constitutions of the State Louisiana and Selected Federal Laws, Indianapolis, 1932. (Ein Sammelwerk auf dem laufenden gehalten.)

Davis, Edwin Adams Louisiana, The Pelican State, Baton Rouge, 1959.

Deckert, Emil Die neue Welt, Reiseskizzen aus dem Norden und Süden der Vereinigten Staaten, Berlin, 1892.

Dierschke, K., und Müller F. Die Notenbank der Welt, Berlin, 1926.

Flint, Timothy A Condensed Geograhly and History of the United States or the Miss. Valley, Cincinnatti, 1828.

Follet, Edward F. Laws of the State of Louisiana relating to Banks and Banking, Baton Rouge, 1952. (Ein Sammelwerk auf dem laufenden gehalten.)

Fortier, Alcée A History of Louisiana, New York, 1904.

Franz, Alexander Die Kolonisation des Mississippitaales bis zum Ausgange der französischen Herrschaft, Leipzig, 1906.

French, B. F. Historical Collections of Louisiana: Part I. Historical Documents from 1678 to 1691, New York, 1846; Part II. Philadelphia, 1850; Part III. New York 1851; Part IV. Redfield (New York State) 1852.

Gorer, Geoffrey Die Amerikaner, eine völkerpsychologische Studie, Rohwolts Deutsche Enzyklopädie, Hamburg, 1956.

Gossen, Hermann Heinrich Entwicklung der Gesetze menschlichen Verkehrs, und der daraus fließenden Regeln für menschliches Handeln, Berlin, 1889.

Handwörterbuch der Sozialwissenschaft Stuttgart, Tübingen, Göttingen, 1959.

Hermann, Friedrich Benedikt Wilhelm Staatswirtschaftliche Untersuchungen über Vermögen, Wirtschaft, Produktivität der Arbeiten, Kapital, Preis, Gewinn, Einkommen und Verbrauch, Leipzig, 1924.

Hesse-Wartegg, Ernst v. Mississippi-Fahrten, Leipzig, 1881.

Hillebrecht, Arno Geschichte der volkswirtschaftlichen Lehrmeinungen, Stuttgart, Düsseldorf, 1950.

Hopp, Ernst Otto Bundesstaat und Bundeskrieg in Nordamerika, Berlin, 1886.

Horn, J. C. Jean Law. Ein finanzgeschichtlicher Versuch, Leipzig, 1858.

Jadeson Samuel Das Arbeitsrecht der Vereinigten Staaten, Geschichte und Grundzüge, München und Berlin, 1952.

Kottenkamp, Franz Unabhängigkeitskampf der spanisch-amerikanischen Colonien, Stuttgart, 1858.

Leitermann, Heinz Zweitausend Jahre Mainz, Mainz, 1962.

Long, Huey P. Everyman a King, The Autobiography of Huey P. Long, New Orleans, 1933.

Long, Huey Pierce My First Days in the White House, Harrisburg (Pennsylvania), 1935.

Louisiana Legislative Council Eine Reihe von Studien und Analysen. (Teils veröffentlicht, teils nicht.) Baton Rouge (Louisiana).

Lowery, Woodbury The Spanish Settlements within the present limits of the United States, New York and London, 1911.

Mises, Ludwig v. Human Action, A Treatise on Economics, New Haven Yale University Press, 1949.

Martin Thomas Dynasty, The Longs of Louisiana, New York, 1960.

Montaner, Antonio Der Institutionalismus als Epoche amerikanischer Geistesgeschichte, Tübingen, 1948.

Morison, Samuel Eliot und Commager, Henry Steele Das Werden der amerikanischen Republik. Geschichte der Vereinigten Staaten von ihren Anfängen bis zur Gegenwart, Stuttgart, 1942, ins Deutsche übersetzt von P. Schmidt.

Morris, Henry C. The History of Colonization from the Earliest Times to the Present Day, New York, 1900.

Osgood, Herbert L. The American Colonies in the Eighteenth Century, Gloucester (Massachusetts), 1948.

- Parkmann, Franz** Frankreich und England in Nord-Amerika. Die Pioniere Frankreichs in der neuen Welt, Stuttgart, 1875.
- Platon** Der Staat, herausgegeben von Otto Apelt, Leipzig, 1944.
- Ploetz, Karl** Hauptdaten der Weltgeschichte, Würzburg, 1957.
- Proudhon, Pierre Joseph** Philosophie der Staatsökonomie; deutsch bearbeitet von Karl Grün, Darmstadt, 1847.
- Public Affairs Research Council of Louisiana** Eine Reihe von Studien und Analysen, Baton Rouge.
- Roosevelt, Theodore** The Winning of the West, New York and London, 1894.
- Roscher, Wilhelm und Jannasch, Robert** Kolonien, Kolonialpolitik und Auswanderung, Leipzig, 1885.
- Ross, William D., and Bonin, Joseph M.** A proposed New System of Non-Highway Bond Financing for Louisiana, Baton Rouge, 1960.
- Schlesinger, Arthur Meier** Das New Deal am Werk 1933-1939, Offenbach/Main, 1947
- Sethe, Paul** Geschichte der Deutschen, Frankfurt, 1962.
- Sombart, Werner** Die drei Nationalökonomien, München und Leipzig, 1930.
- Sprengel, Matthias Christian und Ehrmann, Theophil Friedrich** Schilderung von Louisiana, 10. Band der Bibliothek der neuesten und wichtigsten Reisebeschreibungen, von Sprengel und Ehrmann, Weimar, 1804.
- US-Department of Commerce** Office of Business Economics, Washington (District of Columbia), eine Reihe von Studien und Analysen.
- Wallace, Joseph** The History of Illinois and Louisiana under the French Rule, Cincinnati (Ohio), 1893
- Weber, Max** Wirtschaft und Gesellschaft - Grundriß der Verstehenden Soziologie, Tübingen, 1856.
- Wiese, Leopold v.** System der allgemeinen Soziologie, München und Leipzig, 1933.
- Workers of the Writers' Program of the Work Projects Administration in the State of Louisiana** Louisiana, a Guide to the State, New York, 1959.
- Zucker, A. E.** Amerika und Deutschland - Parallel Lives of great Americans and Germans, New York, 1953.

LEBENS LAUF

Am 4. Oktober 1913 wurde ich als Sohn des Landwirtes Jefferson Davis Wallace und dessen Ehefrau Saphronia geborene Smith in Perkinston im Staate Mississippi, U.S.A., geboren.

Nach achtjährigem Besuch der amerikanischen Grundschule trat ich 1930 in die „Mississippi Industrial and Training School“ ein und legte 1934 auf dieser High School das Abschlußexamen ab. Von 1934 bis 1935 gehörte ich der „West Point Preparatory School“ zu Fort Mc Pherson an.

1939 erfolgte meine Berufung als Lehrer für die militärische Ausbildung der High School Schüler an die „Plant High School“ zu Tampa im Staate Florida, U.S.A., wo ich nach bestandenen mündlichen, praktischen und schriftlichen Prüfungen zum Leutnant der Reserve befördert wurde. Im Juni 1956 schied ich auf eigenen Wunsch als Lieutenant Colonel Infantry (Oberstleutnant der Infanterie) aus dem aktiven Wehrdienst der Vereinigten Staaten von Amerika aus.

Ab November 1956 nahm ich das Studium an der Johannes-Gutenberg-Universität in Mainz auf und bestand dort im Herbst 1960 die Prüfung zum Diplom-Volkswirt.

Die mündliche Doktor-Prüfung bestand ich am 22. Februar 1965 an der Johannes-Gutenberg-Universität in Mainz.

LEBENSLAUF

Am 4. Oktober 1913 wurde ich im Born des Landwirts Jefferson Davis Wallace und dessen Ehefrau Saphonia geboren. Ich bin in Kinston im State Mississippi, U.S.A. geboren.

Nach erfolgreichem Besuch der amerikanischen Grundschule trat ich 1929 in die „Mississippi Industrial and Training School“ ein und legte 1931 auf dieser High School das Abgeschlossene ab. Von 1931 bis 1932 gehörte ich der „West Point Preparatory School“ zu Fort Mc Pherson an.

1933 erlangte meine Beurlaubung als Lehrer für die mittlere Ausbildung der High School Schüler an die „Plant High School“ zu Tampa im State Florida, U.S.A., wo ich nicht bestandenem mündlichen Probeexamen und während diesen Prüfungen zum Leutnant der Reserve befördert wurde. Im Jahr 1935 erhielt ich auf eigenen Wunsch als Leutnant Colonel Infantry Opaerationsdienst (ein Jahr) aus dem aktiven Wehrdienst der Vereinigten Staaten frei.

Am 1. September 1935 nahm ich das Studium an der Johannes Gutenberg-Universität in Mainz auf und beendete das im Herbst 1937 die Prüfung zum Diplom-Vollzeuher.

Die mündliche Doktorprüfung bestand ich am 23. Februar 1938 an der Johannes Gutenberg-Universität in Mainz.

